DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Wie geht's Österreich? ... ; 2017

Provided in Cooperation with:
Statistik Austria, Wien

Reference: Wie geht's Österreich? ... ; 2017 (2017).

This Version is available at:
http://hdl.handle.net/11159/1685

Kontakt/Contact
ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: *rights[at]zbw.eu*
https://www.zbw.eu/econis-archiv/

Standard-Nutzungsbedingungen:
Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

https://zbw.eu/econis-archiv/termsofuse

Terms of use:
This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wie geht´s Österreich? 2017

Indikatoren und Analysen

Sonderkapitel

UN Agenda 2030 im Kontext von „Wie geht‘s Österreich?“

STATISTIK AUSTRIA
Die Informationsmanager

Auskünfte

Allgemeiner Auskunftsdienst
1110 Wien, Guglgasse 13
E-Mail: info@statistik.gv.at
Tel.: +43 (1) 711 28-7070
Fax: +43 (1) 715 68 28

Erstellt von

STATISTIK AUSTRIA
Bundesanstalt Statistik Österreich
1110 Wien, Guglgasse 13

Autorinnen und Autoren

Alexandra Wegscheider-Pichler, Kathrin Gärtner, Catherine Prettner, Barbara Leitner (Sonderkapitel)

Layout

Waltraud Unger

Design

ARTE GRAFICA, Atelier für Grafische Gestaltung
Mag. Karl Stefan Nolz
1140 Wien, Wolfersberggasse 9a
www.artegrafica.at

ISBN: 978-3-903106-61-1

Auf der Webseite von STATISTIK AUSTRIA steht die Publikation online zur Verfügung:
http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/index.html

Das Produkt und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich (STATISTIK AUSTRIA) vorbehalten. Es ist gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und sie zu nicht kommerziellen Zwecken zu bearbeiten. Für eine kommerzielle Nutzung ist vorab die schriftliche Zustimmung von STATISTIK AUSTRIA einzuholen. Eine zulässige Weiterverwendung jedweder Art ist jedenfalls nur bei richtiger Wiedergabe und mit korrekter Quellenangabe „STATISTIK AUSTRIA" gestattet. Bei auszugsweiser Verwendung, Darstellung von Teilen oder sonstiger Veränderung an von STATISTIK AUSTRIA veröffentlichten Tabellen ist an geeigneter Stelle ein Hinweis anzubringen, dass die verwendeten Daten bearbeitet wurden.

Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation haben deren Inhalte sorgfältig recherchiert und erstellt. Fehler können dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Genannten übernehmen daher keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen. Korrekturhinweise senden Sie bitte an die Redaktion.

© STATISTIK AUSTRIA

Artikelnummer: 20-9910-17
Verkaufspreis: € 29,00

Wien 2017

Vorwort

Mit dem vorliegenden Bericht zu „Wie geht's Österreich?" präsentiert STATISTIK AUSTRIA bereits zum fünften Mal ausführliche Ergebnisse und vertiefende Analysen im Rahmen der 2012 gestarteten Initiative zur Messung von Wohlstand und Fortschritt. Vorausgegangen sind diesem Projekt auf nationaler und internationaler Ebene intensive Diskussionen darüber, wie existierende ökonomische Indikatoren – allen voran das Bruttoinlandsprodukt – sinnvoll ergänzt werden können, um ein angemessenes und vollständiges Bild von Wohlstand und Fortschritt unserer Gesellschaften zu zeichnen.

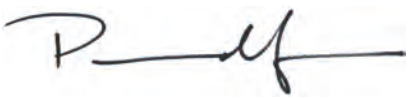
Gemeinsam mit einigen anderen Ländern nimmt Österreich bei der Wohlstands- und Fortschrittsmessung eine Vorreiterrolle ein. Im Rahmen des Projekts „Wie geht's Österreich?" legt STATISTIK AUSTRIA in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren vor, das die drei Bereiche „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt" für Österreich bestmöglich abbildet.

In einem breiten Kommunikationsprozess mit Expertinnen und Experten aus verschiedenen Forschungseinrichtungen wurde 2017 die Auswahl der Indikatoren umfassend diskutiert und inhaltlich überarbeitet, dabei wurde auch das Indikatorenset der UN Agenda 2030 berücksichtigt. Eine weitere Abstimmung erfolgte mit den wesentlichen Stakeholdern des Projekts (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen). Im Anschluss daran lieferte ein externes Expertengremium Bewertungen der lang- und kurzfristigen Verläufe der Schlüsselindikatoren. Sofern möglich, wurden bei den Bewertungen durch die Expertinnen und Experten politisch verankerte Ziele (wie etwa die Europa 2020-Ziele) und ihre Erreichung berücksichtigt.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Entwicklungen der Schlüsselindikatoren in Text und Grafiken, Zusatzinformationen ergänzen die weitreichende Darstellung. Darüber hinaus widmet sich wieder ein Kapitel der Frage „Wie geht's Österreich im EU-Vergleich?".

Ein vertiefendes Sonderkapitel befasst sich explizit mit der UN Agenda 2030 im Kontext von „Wie geht's Österreich?". Die vorgestellten Indikatoren, ein interaktives Tool zur vergleichenden Darstellung des zeitlichen Verlaufs verschiedener Indikatoren und methodische Hintergrundinformationen sind auf der Website von STATISTIK AUSTRIA unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich abrufbar.

Wien, im November 2017



Dr. Konrad Pesendorfer
Fachstatistischer Generaldirektor

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 11

Executive Summary 15

Einleitung 41

1 Was ist „Wie geht's Österreich“ 45

1.1 Hintergrund Indikatorenset BIP + 30 46
1.2 Überarbeitungsprozess 2017 48
1.2.1 Auswahlkriterien für WgÖ? Indikatoren 48
1.2.2 Expertenworkshops 49
1.2.3 Ergebnisse materieller Wohlstand 49
1.2.4 Ergebnisse Lebensqualität 50
1.2.5 Ergebnisse Umwelt 51
1.3 Bewertung der Schlüsselindikatoren 53
1.4 Kommunikation und Dissemination 55
1.5 Internationale Entwicklungen 57
1.5.1 Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung 57
1.5.2 EU Beyond GDP Prozess 58
1.5.3 ESS (Europäisches Statistisches System) and Measuring Progress – Stiglitz, Sen, Fitoussi und Sponsorship Group 58
1.5.4 EU Europa 2020 Strategie 59
1.5.5 OECD Better Life Initiative 60
1.5.6 OECD Green Growth Strategie 60

2 Materieller Wohlstand 63

2.1 Dimensionen des materiellen Wohlstands 64
2.1.1 Überarbeitungsprozess Wie geht's Österreich? – Materieller Wohlstand 64
2.2 Produktion 66
2.2.1 Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 66
2.2.2 Forschungsquote 67
2.2.3 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität 68
2.3 Unbezahlte Produktion 69
2.3.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit 69
2.4 Einkommen der privaten Haushalte 71
2.4.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen 71
2.5 Konsum der privaten Haushalte 74
2.5.1 Schlüsselindikator Haushaltskonsum 74
2.6 Produktive Aktivitäten und Arbeit 77
2.6.1 Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote 77
2.6.2 Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit 78
2.7 Verteilungsaspekte 80
2.7.1 Schlüsselindikator Hohe und niedrige Bruttojahreseinkommen 80
2.7.2 Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20) 82
2.7.3 Schlüsselindikator Gender Pay Gap 83
2.7.4 Verteilung der privaten Vermögen 84

3 Lebensqualität 87

3.1 Lebensqualität 88
3.1.1 Überarbeitungsprozess Wie geht's Österreich? – Lebensqualität 88

3.2	Soziale Teilhabe und Armut	91
3.2.1	Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	91
3.2.2	Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	93
3.2.3	Verfestigte (Mehrfach)-Ausgrenzungsgefährdung	94
3.2.4	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen	94
3.3	Gesundheit	96
3.3.1	Schlüsselindikator Subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes	96
3.3.2	Schlüsselindikator Frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen	98
3.3.3	Gesunde Lebenserwartung	99
3.4	Bildung	100
3.4.1	Schlüsselindikator Tertiärquote	100
3.4.2	Schlüsselindikator Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger	101
3.4.3	Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung	102
3.5	Physische Unsicherheit	104
3.5.1	Schlüsselindikator Physisches Unsicherheitsempfinden	104
3.5.2	Schlüsselindikator Tötungsrate	105
3.6	Qualität der gesellschaftlichen Organisation	106
3.6.1	Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System	106
3.6.2	Vertrauen in öffentliche Institutionen	107
3.6.3	Vertrauen in andere	107
3.7	Wohnen	108
3.7.1	Schlüsselindikator Sehr schlechter Wohnstandard	108
3.7.2	Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung	109
3.7.3	Wohnkostenüberbelastung	109
3.8	Subjektives Wohlbefinden	111
3.8.1	Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit	111
3.8.2	Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen	112
3.8.3	Freizeitaktivitäten	113

4
Umwelt **115**

4.1	Umwelt und Nachhaltigkeit	116
4.1.1	Überarbeitungsprozess Wie geht's Österreich? – Umwelt	117
4.2	Ressourcen	119
4.2.1	Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch	120
4.2.2	Abfälle aus Haushalten	122
4.2.3	Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung	122
4.2.4	Schlüsselindikator Flächeninanspruchnahme	123
4.3	Klimawandel, Emissionen	126
4.3.1	Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THGEmissionen)	127
4.3.2	Schlüsselindikator Luftschadstoffe: PM_{10}-Emissionen (Feinstaub)	129
4.4	Energie	132
4.4.1	Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger	133
4.4.2	Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch	134
4.4.3	Energieintensität	135
4.5	Verkehr, Mobilität	137
4.5.1	Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs	138
4.5.2	Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs	139
4.5.3	Treibhausgasemissionen des Verkehrs	141
4.6	Monetäre Umweltaspekte	142
4.6.1	Schlüsselindikator Ökosteueranteil am gesamten Steueraufkommen	142
4.6.2	Umweltorientierten Produktion und Dienstleistung	144
4.6.3	Umweltschutzausgaben	145

5
Wie geht's Österreich im EU-Vergleich? **147**

5.1	Österreich im europäischen Kontext	148
5.2	Materieller Wohlstand im EU-Vergleich	149

5.3 Lebensqualität im EU-Vergleich 155
5.4 Umwelt im EU-Vergleich 161

6
Ausblick 171

Literaturverzeichnis 177

Sonderkapitel – UN Agenda 2030 im Kontext von „Wie geht's Österreich?“ 189
A.1 Einleitung und Überblick 194
A.2 Agenda 2030 in Österreich 198
A.3 Wie geht's Österreich? in den Zielen der SDGs 202
A.4 Exkurs – Neue Schlüsselvariablen der Lebensqualität im Fokus 218
A.5 Literatur und Links 223

Grafiken

Grafik 1 Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren) 47
Grafik 2 Anpassung der Dimensionen des materiellen Wohlstands 49
Grafik 3 Anpassung der Dimensionen der Lebensqualität 50
Grafik 4 Anpassung der Dimensionen der Umwelt 51
Grafik 5 Ebene 1 der Webseite 55
Grafik 6 Ebene 2 der Webseite 56
Grafik 7 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung 57
Grafik 8 Dimensionen des materiellen Wohlstands 65
Grafik 9 Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real) 67
Grafik 10 Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung 67
Grafik 11 Bruttoinlandsausgaben für F&E in % des BIP 68
Grafik 12 Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde) 68
Grafik 13 Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit 69
Grafik 14 Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09) 69
Grafik 15 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept) 72
Grafik 16 Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommensseite (1995 und 2016) 72
Grafik 17 Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (1995 und 2016) 73
Grafik 18 Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real) 74
Grafik 19 Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen 75
Grafik 20 Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (1995 und 2015) 75
Grafik 21 Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen 77
Grafik 22 Erwerbstätigenquote der 20-64-jährigen nach Geschlecht 78
Grafik 23 Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition) 79
Grafik 24 Arbeitslosigkeit der 15-24-Jährigen (ILO-Definition) 79
Grafik 25 Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real) 81
Grafik 26 Teilzeitquoten der 15-64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht 81
Grafik 27 Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten 82
Grafik 28 S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre) 82
Grafik 29 Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte 83
Grafik 30 Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt) 84
Grafik 31 Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2014) 85
Grafik 32 Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2014) 85

Grafik 33	Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Nettovermögensdezile (2014)	85
Grafik 34	Dimensionen der Lebensqualität	89
Grafik 35	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	92
Grafik 36	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Geschlecht der Bevölkerung ab 20 Jahren (2016)	92
Grafik 37	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einkommensquintilen	93
Grafik 38	Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	93
Grafik 39	Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im Zeitvergleich	94
Grafik 40	Verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung	94
Grafik 41	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Personen ab 16 Jahren (2015)	95
Grafik 42	Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27*	97
Grafik 43	Subjektiver Gesundheitszustand nach Geschlecht der Personen ab 16 Jahren (2016)	97
Grafik 44	Subjektiver Gesundheitszustand nach Einkommensquintilen der Personen ab 16 Jahren (2016)	97
Grafik 45	Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30 bis 69-Jährige	98
Grafik 46	Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30 bis 69-Jährige nach Geschlecht	98
Grafik 47	Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren	99
Grafik 48	Tertiärquote der 30-34-Jährigen	101
Grafik 49	Tertiärquote der 30-34-Jährigen nach Geschlecht	101
Grafik 50	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18-24-Jährige	102
Grafik 51	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger nach Geschlecht, 18-24-Jährige	102
Grafik 52	Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25-64-Jährigen	103
Grafik 53	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung	104
Grafik 54	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Haushaltseinkommen (2016)	104
Grafik 55	Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen	105
Grafik 56	Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)	106
Grafik 57	Vertrauen in das politische System nach Einkommensquintilen der Personen ab 16 Jahren (2013)	106
Grafik 58	Vertrauen in öffentliche Institutionen der Personen ab 16 Jahren (2013)	107
Grafik 59	Vertrauen in andere der Personen ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)	107
Grafik 60	Sehr schlechter Wohnstandard	108
Grafik 61	Sehr schlechter Wohnstandard nach Haushaltseinkommen	109
Grafik 62	Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung	109
Grafik 63	Wohnkostenüberbelastung	110
Grafik 64	Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10	112
Grafik 65	Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2016)	112
Grafik 66	Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen	113
Grafik 67	Freizeitaktivitäten nach Geschlecht der Personen ab 19 Jahren (2008/09)	113
Grafik 68	Dimensionen der Umwelt	117
Grafik 69	Inländischer Materialverbrauch (DMC)	120
Grafik 70	Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)	121
Grafik 71	Inländischer Materialverbrauch im EU-Vergleich	121
Grafik 72	Siedlungsabfälle aus Haushalten (inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen)	122
Grafik 73	Flächen mit biologischer Bewirtschaftung	123
Grafik 74	Flächeninanspruchnahme insgesamt	124
Grafik 75	Flächeninanspruchnahme: Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen	125
Grafik 76	Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO_2-Äquivalenten)	127
Grafik 77	Entwicklung der Treibhausgasemissionen im EU-Vergleich	129
Grafik 78	PM_{10}-Emissionen (Feinstaub, in Tonnen)	130
Grafik 79	Staubemissionen nach Größenfraktionen (in Tonnen)	130
Grafik 80	Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch	133
Grafik 81	Energetischer Endverbrauch	135
Grafik 82	Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich	135
Grafik 83	Energieintensität	136
Grafik 84	Energieverbrauch des Verkehrs	138
Grafik 85	Transportleistung des Lkw-Verkehrs	139
Grafik 86	Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)	140
Grafik 87	Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege (2015)	140
Grafik 88	Treibhausgasemissionen des Verkehrs	141
Grafik 89	Ökosteueranteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)	143
Grafik 90	Ökosteuern und umweltrelevante Zahlungen	144

Grafik 91	Entwicklung des Umweltumsatzes	144
Grafik 92	Umweltschutzausgaben	145
Grafik 93	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominell) im EU-Vergleich (2016)	150
Grafik 94	Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der EU-28-Länder 2016	150
Grafik 95	Verfügbare Haushaltseinkommen (Verbrauchskonzept) (2015 und 2016)	151
Grafik 96	Erwerbstätigkeit der 20-64-Jährigen im EU-Vergleich (2016)	152
Grafik 97	Entwicklung der Teilzeit-Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen ausgewählter Länder	152
Grafik 98	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf	152
Grafik 99	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2016)	153
Grafik 100	Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2015)	154
Grafik 101	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	155
Grafik 102	Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2015)	156
Grafik 103	Tertiärquote der 30-34-Jährigen im EU-Vergleich (2016)	157
Grafik 104	Frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2016)	157
Grafik 105	Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2015)	158
Grafik 106	Todesfälle aufgrund von Mord, Todschlag und Verletzungen mit Todesfolgen im EU-Vergleich (2014)	159
Grafik 107	Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)	160
Grafik 108	Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 im EU-Vergleich (2013)	160
Grafik 109	Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2016)	161
Grafik 110	Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2016)	162
Grafik 111	Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2015)	163
Grafik 112	Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2015)	164
Grafik 113	Entwicklung der Treibhausgasemmisionen (1995 bis 2015)	164
Grafik 114	Gesamte PM_{10}-Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2015)	165
Grafik 115	Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2015) und Europa 2020 Ziel im EU-Vergleich	166
Grafik 116	Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2015)	166
Grafik 117	Veränderung des Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich (1995 bis 2015)	167
Grafik 118	Ökosteueranteile im EU-Vergleich (EU-Definition 2015)	168
Grafik 119	Ökosteueranteile am nominellen BIP im EU-Vergleich (EU-Definition 2015)	169

Übersichten

Übersicht 1	Kriterien für die Auswahl von Schlüsselindikatoren	49
Übersicht 2	Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen im materiellen Wohlstand	50
Übersicht 3	Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen in der Lebensqualität	51
Übersicht 4	Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen in der Umwelt	52
Übersicht 5	Gremium externer Expertinnen und Experten	53
Übersicht 6	Bewertungsmodus	54
Übersicht 7	Bewertungsskala	54
Übersicht 8	Kernziele der Europa 2020 Strategie	59
Übersicht 9	Schlüsselindikatoren des Materiellen Wohlstands mit Bewertung	65
Übersicht 10	Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung	89

Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemein bildende höhere Schule
BHS	Berufsbildende höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMS	Berufsbildende mittlere Schule
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
BOKU	Universität für Bodenkultur
BWS	Bruttowertschöpfung
CDM	Clean Development Mechanism
DMC	Domestic Material Consumption
ECHP	European Community Household Panel
EEV	Energetischer Endverbrauch, auch: Endenergieverbrauch
EGSS	Environmental Goods and Services Sector, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung
EK-	Einkommens-
EQLS	European Quality of Life Survey
ESF	Europäisher Sozialfond
ESS	European Statistical System, Europäisches Statistisches System
ESSC	European Statistical System Comittee
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EWCS	European Working Conditions Survey
EZB	Europäische Zentralbank
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
GDP	Gross Domestic Product
GJ	Gigajoule
GWh	Gigawattstunden
HAK	Handelsakademie
HETUS	Harmonised European Time Use Survey
HFCN	Household, Finance and Consumption Network
HFCS	Household, Finance and Consumption Survey
HNVF	High Nature Value Farmland
HTL	Höhere technische Lehranstalt
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAEG	Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators

IEA	International Energy Agency, Internationale Energieagentur
IFES	Institut für Empirische Sozialforschung
IGL	Imissionsschutzgesetz Luft
IHS	Institut für höhere Studien
ILO	International Labor Organization
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISCED	International Standard Classification of Education
KE	Konsumerhebung
KF	kurzfristig
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
KSG	Klimaschutzgesetz
kW	Kilowatt
LF	langfristig
LFS	Labour Force Survey
Lkw	Lastkraftwagen
Mio.	Millionen
MONE	Monitoring nachhaltiger Entwicklung
Mrd.	Milliarden
MZ-AKE	Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung
NGO	Non-governmental organization
NPO	Non-Profit Organisation
NSTRAT	Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
OLI	Österreichische Luftschadstoffinventur
ÖNACE	Österreichische Wirtschaftstätigkeitenklassifikation
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
ÖSTRAT	Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung
Personen-km	Personenkilometer
PJ	Petajoule
Pkw	Personenkraftwagen
PM	Particulate Matter
REAP	Ressourcen-Effizienz Aktionsplan
RMC	Raw Material Consumption
SDG	Social Development Goals
SEEA	System of Environmental-Economic Accounting
SERI	Sustainable Europe Research Institute
SERIEE	Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Enironment
SWB	Subjective wellbeing
t	Tonnen

THG	Treibhausgase
Tonnen-km	Tonnenkilometer
TSP	Total Suspended Particulates (Gesamtstaub)
UN	United Nations
UNECE	United Nations Ecnomic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environment Programme
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung(en)
WgÖ?	Wie geht‘s Österreich?
WHO	World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WU Wien	Wirtschaftsuniversität Wien
WWF	Worldwide Fund for Nature

Executive Summary

Was ist „Wie geht's Österreich?"

Im Rahmen des Projekts „Wie geht's Österreich?" *(WgÖ?)* veröffentlicht Statistik Austria neben dem Bruttoinlandsprodukt ein Set von 30 Schlüsselindikatoren und weiteren Subindikatoren, das die verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt für Österreich bestmöglich abbildet. 2017 erfolgte eine umfassende Diskussion und Überarbeitung des Indikatorensets mit einem externen Kreis von Expertinnen und Experten.

Das Projekt wurde 2012 vom fachstatistischen Generaldirektor von Statistik Austria initiiert und von einem Team aus Expertinnen und Experten[1] mehrerer Fachbereiche unter der Koordination der Analysestabsstelle umgesetzt. Das Indikatorenset liefert Informationen zu den drei Dimensionen „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt", die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen und damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstandsentwicklung unserer Gesellschaft beitragen sollen.

Das Set beinhaltet neben dem BIP 30 Schlüsselindikatoren:

> Schlüsselindikatoren sind die aus Sicht der Stakeholder zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimension.

Diese Zahl soll auch in Zukunft nicht überschritten werden. Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch Zusatzindikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, weitere Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen.

Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit und Zeitnähe wurden als allgemeine Kriterien der Indikatorenauswahl festgelegt. Quellen der offiziellen Statistik liefern das grundlegende Datenmaterial. Die Auswahl der Schlüsselindikatoren folgte den Empfehlungen des sogenannten „Stiglitz-Berichts" (Stiglitz, J., Sen, A. & Fittousi, J. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2009).

WgÖ? steht in einer Reihe nationaler und internationaler Initiativen wie How's Life?[2] (OECD), National Well-being[3] (Großbritannien, ONS), Benessere Equo e Sostenibile[4] (Italien, ISTAT/CNEL) oder dem Sutainability Monitor[5] (Niederlande, CBS) u.v.a. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen, die Themen Fortschritt und Wohlstand sichtbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Kommunikation, Aufbereitung und Verbreitung des Datenmaterials spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Die drei Dimensionen „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt" werden im vorliegenden Bericht in eigenen Kapiteln ausführlich behandelt. Ein besonderer Fokus wurde auf die Position Österreichs im EU-Vergleich gelegt. Zudem untersucht das diesjährige Sonderkapitel die UN Agenda 2030[6] im Kontext von Wie geht's Österreich?.

Die Indikatoren zu „Wie geht's Österreich?" sind auf der Website von Statistik Austria unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich online. Die Darstellung erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht auf der ersten Ebene den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen nach eigener Auswahl. Auf der zweiten Ebene wird die zeitliche Entwicklung (sofern Daten vorhanden) dargestellt und eine Interpretation des jeweiligen Indikators angeboten. Darüber hinaus sind Detail- und Metainformationen auf der untersten Ebene abrufbar.

Überarbeitungsprozess 2017

In mehreren Workshops mit unabhängigen externen Expertinnen und Experten sowie Fachexpertinnen und -experten von Statistik Austria wurden die Indikatoren der Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt umfassend diskutiert und überarbeitet. Dabei wurde auch das Indikatorenset der UN Agenda 2030 berücksichtigt. Im Rahmen eines Runden Tisches fand im Juni 2017 eine Konsolidierung des aktualisierten Indikatorensets mit den Stakeholdern (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) des Projekts *WgÖ?* statt.

---

1 Alexandra Wegscheider-Pichler (Stabsstelle Analyse: Projektleitung), Franz Eiffe (Stabsstelle Analyse: Projektleitung alt), Kathrin Gärtner (Stabsstelle Analyse), Catherine Prettner (Stabsstelle Analyse), Sacha Baud (Direktion Raumwirtschaft), Martin Bauer (Direktion Bevölkerung), Nadja Lamei (Direktion Bevölkerung), Ferdinand Leitner (Direktion Volkswirtschaft), Eva Milota (Direktion Raumwirtschaft), Matthias Till (Direktion Bevölkerung) und andere.

2 http://www.oecd.org/statistics/datalab/bli.htm

3 http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/wellbeing/index.html

4 http://www.misuredelbenessere.it/

5 http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/dossiers/duurzaamheid/cijfers/extra/duurzame-ontwikkeling.htm

6 https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld

In drei Workshops wurden mit unabhängigen Expertinnen und Experten sowohl die festgelegten Dimensionen als auch die Indikatorenauswahl für dieselben erörtert, wobei auch das Indikatorenset der UN Agenda 2030 Berücksichtigung fand. Dies erfolgte jeweils getrennt für die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt. Bei der Überarbeitung des Indikatorensets wurde beachtet, dass keine grundsätzliche Veränderung des Sets erfolgte, sondern innerhalb der konzeptionellen Vorgaben von *WgÖ?* vorgegangen wurde. Die wesentlichen Empfehlungen der Sponsorship Group blieben damit weiterhin erhalten.

Wie eingangs angeführt, wurde festgelegt, die Anzahl von 30+1 Schlüsselindikatoren auch in Zukunft nicht zu überschreiten. Zudem wurde definiert, dass zukünftig alle drei Bereiche von *WgÖ?* durch ungefähr gleich viele Schlüsselindikatoren repräsentiert sein sollten. Im Zuge der Überarbeitung kam es zur Verschiebung der Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit vom Bereich Lebensqualität zum materiellen Wohlstand, wodurch letzterer nun sechs Dimensionen beinhaltet. Durch die damit einhergehende Verschiebung von zwei Schlüsselindikatoren in den materiellen Wohlstand und die Verschiebung von einzelnen Schlüsselindikatoren innerhalb der drei Bereiche zu den Zusatzinformationen (vormals Subindikatoren), wurde diese Vorgabe erreicht, bzw. sogar Platz für neue Schlüsselindikatoren geschaffen.

Vier der neu aufgenommenen Schlüsselindikatoren finden sich im Bereich Lebensqualität und ersetzten dort vorrangig Indikatoren, die nur für ein Datenjahr zur Verfügung standen. Neu aufgenommen wurden der Indikator zur frühzeitigen Sterblichkeit, die frühen Schul- und Ausbildungsabgänger, die Tötungsrate sowie den Indikator sehr schlechter Wohnstandard. Im Bereich Umwelt wurde der Indikator zu den Emissionen des Verkehrs neu in das Datenset integriert. Nachfolgende Grafiken zeigen einen Überblick über die aktuellen Schlüsselindikatoren in *WgÖ?*.

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Durch die Einführung einer Bewertungsskala für die Schlüsselindikatoren ist es möglich, einen schnellen Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die abgebildeten Phänomene entwickeln.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren wurde von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen (siehe folgende Übersicht) vorgenommen.

Die Beurteilung der Schlüsselindikatoren erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala, die durch Piktogramme illustriert wird. Gegenstand der Bewertung waren kurzfristige (letzte 3 Jahre) und langfristige Entwicklungen des jeweiligen Indikators (zumindest 10 Jahre). In Fällen, in denen den Indikatoren verbindliche politische Zielsetzungen zugrunde liegen (z. B. Europa 2020-Ziele), wurde die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen.

Gremium externer Expertinnen und Experten

Institution	Expertin / Experte
Institut für höhere Studien	Helmut Hofer
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Angela Köppl
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Marcus Scheiblecker
Sustainable Europe Research Institute	Moritz Kammerlander
Umweltbundesamt (Bewertung der Umweltindikatoren)	Andreas Berthold
Wirtschaftsuniversität Wien	Karin Heitzmann
Wirtschaftsuniversität Wien	Markus Hametner

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

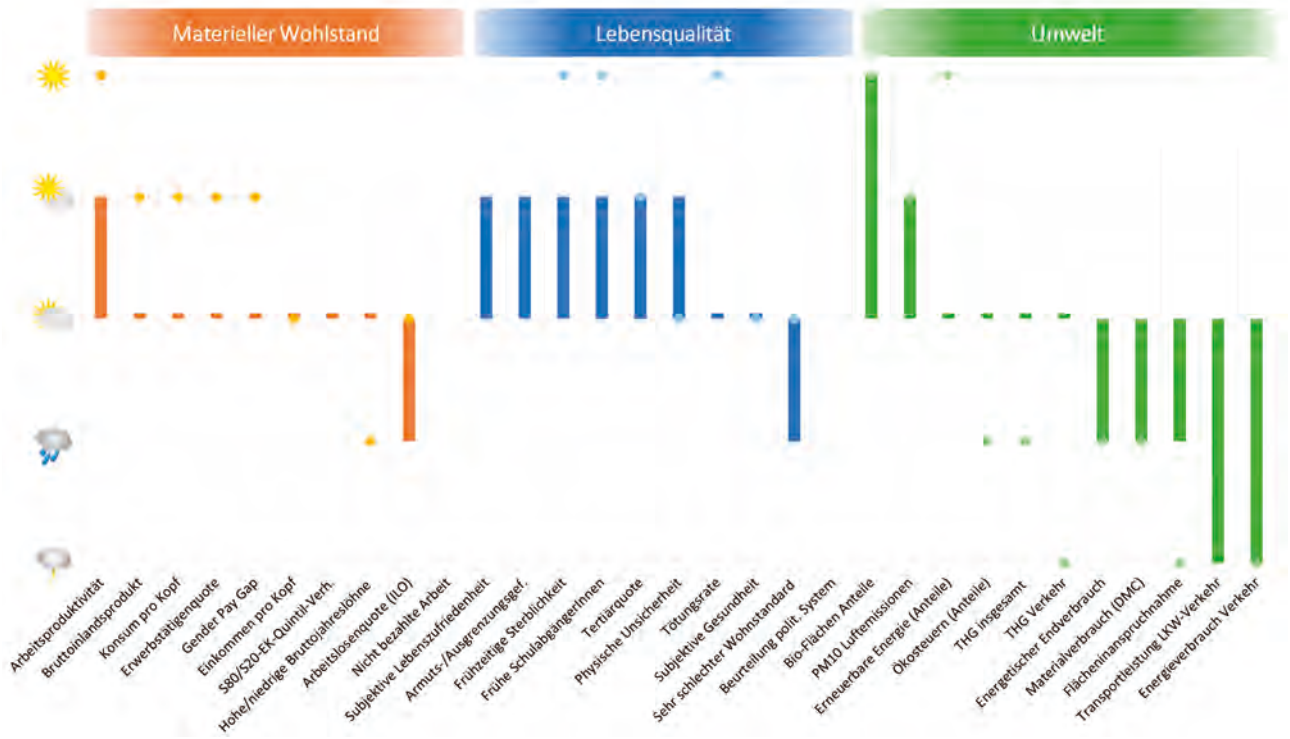
Da jeder Indikator jeweils nur einen Aspekt von Wohlstand und Fortschritt abdeckt, sind Bewertungen dort schwierig, wo verschiedene Entwicklungen zueinander im Widerspruch stehen. Beispielsweise kann eine Entwicklung, die wirtschaftlich als positiv zu sehen ist, negative Folgen für die Umwelt haben und vice versa. Um dennoch eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wurde vom Expertengremium beschlossen, dass jeder Indikator weitgehend für sich beurteilt wird und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen.

Steigender Konsum etwa würde demnach ungeachtet seiner negativen Auswirkungen auf andere Bereiche (wie Verschuldung, Ressourcenverbrauch etc.) positiv bewertet werden. Ob Nachhaltigkeitsaspekte erfüllt wurden, muss durch Einbeziehung von Indikatoren wie Energieverbrauch oder Arbeitslosigkeit überprüft werden. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009 S 16f), zur Beurteilung der Nachhaltigkeit des materiellen Wohlstands die sozialen und ökologischen Indikatoren den Wirtschaftskennzahlen gegenüberzustellen.

Überblick über die Schlüsselindikatoren (BIP + 30)

Die folgende Grafik zeigt die kurz- und langfristige Bewertung der 30+1 Schlüsselindikatoren in einem grafischen Überblick. Gegenstand der Bewertung durch das externe Bewertungsteam waren kurzfristige (letzte 3 Jahre) und langfristige Entwicklungen des jeweiligen Indikators (zumindest 10 Jahre). Die Sortierung der Indikatoren erfolgte nach der kurzfristigen Berwertung.

Wie geht's Österreich? – auf einen Blick



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Reihenfolge der Indikatoren jeweils nach der kurzfristigen und danach langfristigen Bewertung.

Die nachfolgenden tabellarischen Darstellungen der 30+1 Indikatoren jeweils nach der kurzfristigen und nach der langfristigen Bewertung, veranschaulicht nochmals die Zuordnung der Schlüsselindikatoren zur 5-teiligen Bewertungsskala. Danach folgt eine Abbildung der Schlüsselindikatoren für die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, jeweils mit der Aussage des Gremiums externer Expertinnen und Experten sowie einer kurzen Betrachtung der Entwicklung der Indikatoren.

Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren) und ihre kurzfristige Bewertung

	Wohlstand	Lebensqualität	Umwelt
			Flächen mit biolog. Bewirtschaftung
	Arbeitsproduktivität	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung Frühzeitige Sterblichkeit (neu) Tertiärquote Frühe Schul- u. Ausbild.abg. (neu) Physisches Unsicherheitsempfinden Subjektive Lebenszufriedenheit	Feinstaub-Emissionen (PM_{10})
	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real Einkommen privater Haushalte pro Kopf Konsum privater Haushalte pro Kopf Erwerbstätigenquote Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen Gender Pay Gap S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis	Subjektiver Gesundheitszustand Tötungsrate (neu)	Treibhausgasemissionen Erneuerbare Energieträger Emissionen des Verkehrs (neu) Ökosteueranteile
	Arbeitslosenquote	Sehr schlechter Wohnstandard (neu)	Inländischer Materialverbrauch Flächeninanspruchnahme Energetischer Endverbrauch
			Energieverbrauch des Verkehrs Transportleistung des Lkw-Verkehrs
Nicht bewertet	Nicht bezahlte Arbeit	Vertrauen in das politische System	

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Bewertet wird – soweit vorhanden – die Entwicklung der letzten 3 Jahre des jeweiligen Indikators.

Der einzige Indikator mit einer sehr guten Bewertung des Verlaufs der letzten 3 Jahre sind die Flächen mit biologischer Bewirtschaftung: hier gab es seit 2015 einen deutlichen Anstieg.

Während die Arbeitsproduktivität als einziger Indikator des materiellen Wohlstands und die Feinstaub-Emissionen als einziger Umwelt-Indikator eine tendenziell positive Bewertung erhalten, finden sich sechs Indikatoren der Lebensqualität unter dieser Bewertung. Das physische Unsicherheitsempfinden sowie die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung konnten aktuell eine Verbesserung der kurzfristigen Bewertung erreichen. Ebenfalls als tendenziell positiv wird die Entwicklung der Tertiärquote eingeschätzt sowie die kurzfristige Entwicklung der beiden neuen Indikatoren frühzeitige Sterblichkeit und frühe Schul- und Ausbildungsabgänger. Die kurzfristige Entwicklung der Lebenszufriedenheit wurde aufgrund des Rückgangs des Anteils der sehr unzufriedenen Personen als tendenziell positiv eingeschätzt.

Wenig bis keine Veränderung in den letzten 3 Jahren zeigte sich bei BIP, Einkommen und Konsum sowie den drei Verteilungsindikatoren Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreslöhne, sekundäre Einkommensverteilung und Gender Pay Gap. Auch die Erwerbstätigenquote wird als neutral bewertet, da sie 2016 noch unter dem Europa 2020 Zielpfad lag. In der Lebensqualität bleibt der subjektive Gesundheitszustand in dieser Kategorie, der neue Indikator der Tötungsrate wird ebenfalls als neutral eingeschätzt, da es in den letzten drei Jahren keine signifikante Veränderung gab. Im Bereich Umwelt werden die Treibhausgasemissionen, der Anteil erneuerbarer Energieträger und der neue Indikator Emissionen des Verkehrs kurzfristig als neutral bewertet sowie die Ökosteueranteile, die sich im Vergleich zum Vorjahr in der kurzfristigen Bewertung um eine Kategorie verbesserten.

Als tendenziell negativ bewertet wird für die kurze Frist – wie bereits im Jahr zuvor – die Arbeitslosenrate sowie der energetische Endverbrauch, da es für beide Indikatoren 2014-2016 zu einem Anstieg kam. Aufgrund des leichten Anstiegs in den letzten beiden Jahren wird 2017 auch der inländische Materialverbrauch als tendenziell negativ eingeschätzt. Die kurzfristige Bewertung des Indikators Flächeninanspruchnahme wird ebenfalls tendenziell negativ gesehen. Die kurzfristige Entwicklung des neu im Set aufgenommenen Indikators sehr schlechter Wohnstandard wird als tendenziell negativ eingeschätzt, da es seit 2014 zu einem sichtbaren Anstieg kam.

Eine eindeutig negative Bewertung wurde aufgrund des deutlichen Anstiegs in den Jahren 2014 - 2016 für die beiden Umwelt-Indikatoren Energieverbrauch des Verkehrs und Transportleistung des Verkehrs vergeben.

Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren) und ihre langfristige Bewertung

	Wohlstand	Lebensqualität	Umwelt
	Arbeitsproduktivität	Frühzeitige Sterblichkeit (neu) Frühe Schul- u. Ausbild.abg. (neu) Tötungsrate (neu)	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung Erneuerbare Energieträger
	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real Konsum privater Haushalte pro Kopf Erwerbstätigenquote Gender Pay Gap	Tertiärquote	Feinstaub-Emissionen (PM_{10})
	Einkommen privater Haushalte pro Kopf Arbeitslosenquote	Physisches Unsicherheitsempfinden Subjektiver Gesundheitszustand Sehr schlechter Wohnstandard (neu)	
	Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen		Treibhausgasemissionen Ökosteueranteile Inländischer Materialverbrauch Energetischer Endverbrauch
			Emissionen des Verkehrs (neu) Flächeninanspruchnahme Energieverbrauch des Verkehrs
Nicht bewertet	S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis Nicht bezahlte Arbeit	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung Subjektive Lebenszufriedenheit Vertrauen in das politische System	Transportleistung des Lkw-Verkehrs

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Bewertet wird die langfristige Entwicklung des jeweiligen Indikators wenn zumindest 10 Jahre vorliegen.

Aufgrund der langfristig positiven Entwicklung werden die Arbeitsproduktivität, die Flächen mit biologischer Bewirtschaftung und der Anteil erneuerbarer Energieträger sehr gut beurteilt. Bei den Flächen mit biologischer Bewirtschaftung wurde das im internationalen Vergleich hohe Niveau mitberücksichtigt, beim Anteil der erneuerbaren Energieträger die Unterschreitung des linearen Zielpfades. In der Lebensqualität wurden 2017 drei neue Indikatoren aufgenommen, für welche die langfristige Entwicklung als sehr gut beurteilt wurde. Dies sind die frühzeitige Sterblichkeit, die frühen Schul- und Ausbildungsabgänger sowie die Tötungsrate.

Tendenziell positiv bewertet wird der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf. Zwischen 1995 und 2008 zeigte es zwar einen kontinuierlichen Anstieg, nach dem krisenbedingten Einbruch verlief die Entwicklung jedoch eher flach. Eingeschränkt positiv gesehen wird auch der langfristige Verlauf des privaten Konsums, der weniger dynamisch als das BIP anstieg. Tendenziell positiv wird schließlich auch die Erwerbstätigenquote beurteilt, weil sie seit 2004 etwas erhöht werden konnte. Auch die Entwicklungen des Gender Pay Gap und der Tertiärquote, wurden als tendenziell positiv bewertet. Die langfristige Entwicklung der Feinstaub-Emissionen verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr und wird ebenfalls als tendenziell positiv gesehen.

Keine wesentlichen Veränderungen über den Beobachtungszeitraum finden sich bei den Indikatoren Arbeitslosenquote, Gesundheit, physische Unsicherheit und dem neuen Indikator schlechter Wohnstandard, sowie dem realen Einkommen, welches zwar gewachsen ist, doch zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) langfristig deutlich stärker entwickelten.

Kritisch bewertet wird das Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen im längerfristigen Verlauf. Auch bezüglich der Variablen Materialverbrauch, Treibhausgas-Emissionen und energetischer Endverbrauch wird eine tendenziell negative Bewertung abgegeben, allerdings hier aufgrund zu hoher Niveaus. Die tendenziell negative Bewertung bei den Ökosteuern wurde mit ihrem geringen Lenkungseffekt begründet.

Indikatoren mit sehr schlechter Bewertung entstammen ausnahmslos dem Bereich Umwelt: bei der Flächeninanspruchnahme gab es einen kontinuierlichen Anstieg, genauso wie beim Energieverbrauch des Verkehrs sowie beim neuen Indikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs.

Materieller Wohlstand

Oft wird der materielle Wohlstand eines Landes mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert. Tatsächlich ist das BIP immer noch die verbreitetste Kennzahl wirtschaftlicher Aktivität und findet sich auch als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft im Indikatorenset *WgÖ?* wieder. Inwiefern lässt sich aber der materielle Wohlstand der Bevölkerung durch andere Kennzahlen besser beleuchten? Die erwähnten Empfehlungen des Stiglitz -Berichts stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden.

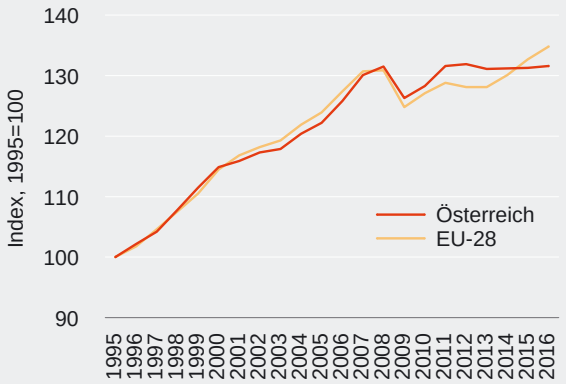
Im Frühjahr dieses Jahres fand eine Neuorganisation der Dimensionen statt, in deren Rahmen die Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit dem Bereich materieller Wohlstand zugewiesen wurde. Unter Berücksichtigung der Stiglitz-Empfehlungen sowie des Revisionsprozesses sind nunmehr sechs Dimensionen im Themenfeld materieller Wohlstand für das *WgÖ?*-Set definiert.

Dimensionen des materiellen Wohlstands

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Die Daten für die Indikatoren des „materiellen Wohlstands" liefert in den meisten Fällen die VGR. Die Dimension Verteilung wird aus anderen Datenquellen, wie Lohnsteuer- / HV-Daten und EU-SILC, dargestellt. Die Daten zum Vermögen privater Haushalte stammen aus dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) von der Oesterreichischen Nationalbank.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

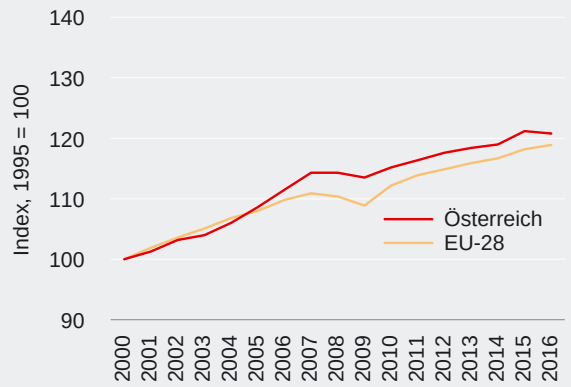
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 1995 zeigt bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg. Nach dem krisenbedingten Einbruch verlief die Entwicklung jedoch eher flach. Langfristig wird der Verlauf daher nur tendenziell positiv gesehen. Da das BIP pro Kopf (u.a. durch den Bevölkerungsanstieg) in Österreich im Gegensatz zur Entwicklung in der EU-28, seit 2014 nur sehr verhalten stieg, fällt die Bewertung der kurzfristigen Entwicklung neutral aus."

Das reale BIP pro Kopf wuchs seit 1995 um durchschnittlich etwa 1,3 % pro Jahr. Nach einem kontinuierlichen Wachstum bis zum Jahr 2008 (durchschnittlich 2,1 % p.a.) brachte das Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise den stärksten realen Rückgang des BIP in der Nachkriegszeit (pro Kopf -4,0 %). Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28 und insbesondere zur ebenfalls exportorientierten deutschen Wirtschaft, kam Österreich aber gut durch das Krisenjahr, da die Industrieproduktion hierzulande weniger stark zurückging als im Nachbarland. 2013 und 2014 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, 2015 und 2016 stieg es wieder geringfügig an um 0,1 % bzw. 0,2 %.

Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

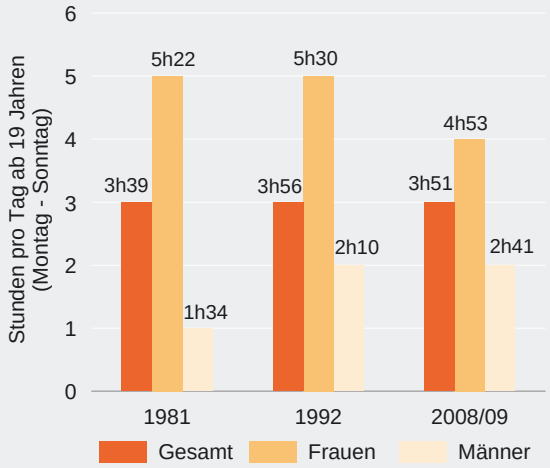
KF LF

„Der langfristige Verlauf der Arbeitsproduktivität seit 1995 weist durchwegs nach oben und ist daher positiv zu sehen. Da die Entwicklung 2016 gegenläufig zum Jahr 2015 verlief und einen Teil des starken Anstiegs 2015 wieder konterkarierte, fällt die kurzfristige Bewertung nur tendenziell positiv aus."

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 2000 bis 2016 um durchschnittlich 1,2 % pro Jahr. Im Krisenjahr 2009 war ein minimaler Produktivitätsrückgang (-0,7 %) zu beobachten. 2010 bis 2013 gab es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Nach einem minimalen Plus 2014 wuchs die Arbeitsproduktivität 2015 stark um 1,9 % zum Vorjahr. 2016 kam es zu einem geringfügigen Rückgang der Arbeitsproduktivität um 0,4 %.

Im Vergleich zu Österreich sank die Arbeitsproduktivität der gesamten EU-28 2009 stärker (-1,4 %), stieg aber seither kontinuierlich an und verzeichnete 2016 ein Wachstum von 0,6 %.

Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

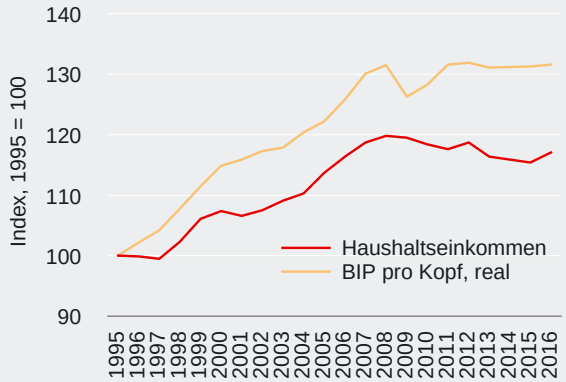
Gremium externer Expertinnen und Experten:

„Keine Bewertung möglich, da keine aktuelle Zeitreihe verfügbar."

Die Struktur der nicht-bezahlten Arbeit hat sich seit 1981 stark verändert. Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch deutlich mehr an unbezahlter Arbeit, nämlich fast doppelt so viel wie Männer. Insgesamt brachten Frauen 4h53 pro Tag im Durchschnitt für nicht-bezahlte Arbeit auf, während es bei den Männern 2h41 waren. Während Frauen deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden, gehen sie in geringerem Stundenausmaß bezahlter Arbeit nach. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen und fast drei Viertel der berufstätigen Frauen mit Kindern arbeiten in Teilzeit.

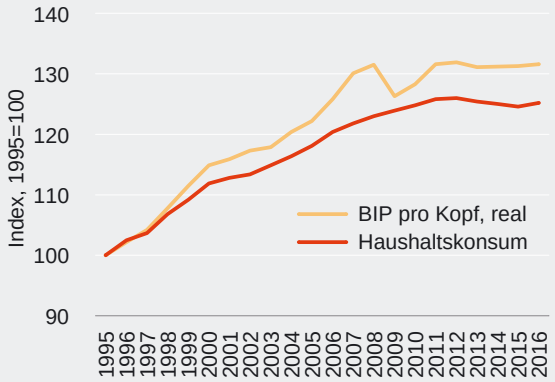
Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist für 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung der Guidelines für diese neue Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die langfristige reale Entwicklung des Indikators ist neutral zu bewerten. Zwar sind die realen Haushaltseinkommen heute höher als 1995, allerdings zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) deutlich stärker entwickelten, als die Einkommen der privaten Haushalte. Die kurzfristige Betrachtung fällt neutral aus, da der gesamte Anstieg 2014 - 2016 nicht sehr ausgeprägt war."

Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers, nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 1995 bis 2016 durchschnittlich um 0,8 % pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +1,3 % pro Jahr). Die Einkommensentwicklung war zwischen dem Krisenjahr 2009 und 2016 rückläufig (durchschnittlich -0,3 % pro Jahr), jedoch wirkte sich das Krisenjahr weit weniger negativ aus als dies beim BIP der Fall war.

Nach drei Jahren des Rückgangs, stiegen die Einkommen 2016 vor allem aufgrund der Einkommensteuerreform 2015/2016 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 1,4 %.

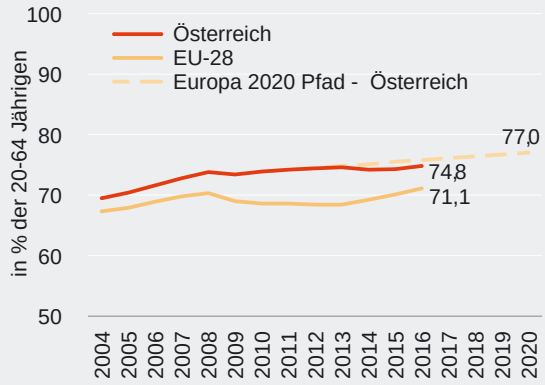
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 1995 ist eingeschränkt positiv zu sehen. Zwar wurden 2016 von den privaten Haushalten pro Kopf mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als 1995, allerdings war diese Entwicklung weniger dynamisch als jene des BIP. Die kurzfristige Bewertung fällt neutral aus, da der Anstieg des privaten Konsums 2016 einem ähnlich starken Rückgang im Vorjahr gegenübersteht."

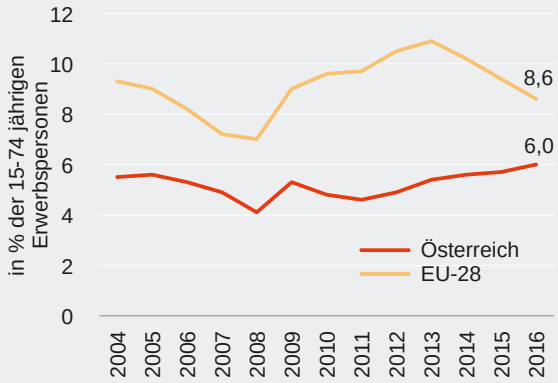
Der reale Konsum pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs seit 1995 durchschnittlich um 1,1 % pro Jahr. Das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf von 1995 bis 2016 fiel mit 1,3 % p.a. etwas kräftiger aus. Der Haushaltskonsum pro Kopf konnte jedoch im Gegensatz zum BIP auch im Krisenjahr 2009 leicht zulegen (+0,7 % pro Kopf), während das reale BIP pro Kopf einen starken Einbruch erlitt (-4,0 %). Das lag einerseits an wirtschaftspolitischen Maßnahmen und andererseits daran, dass Arbeitnehmereinkommen weniger konjunkturreagibel sind, als etwa Betriebsüberschuss oder Vermögenseinkommen. In den Jahren danach wuchs der reale Konsum pro Kopf verhaltener als das BIP. 2016 stieg der private Konsum erstmals seit 2012 im Vergleich zum Vorjahr wieder an, um 0,4 %.

Erwerbstätigenquote der 20-64Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition)



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Seit 2004 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote etwas. Die langfristige Entwicklung wird damit als tendenziell positiv eingeschätzt. Seit 2014 stieg die Erwerbstätigenquote wieder leicht an und nähert sich damit wieder dem Europa 2020-Zielpfad an. Da sie jedoch 2016 noch unter dem Zielpfad lag, fällt die kurzfristige Bewertung neutral aus."

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

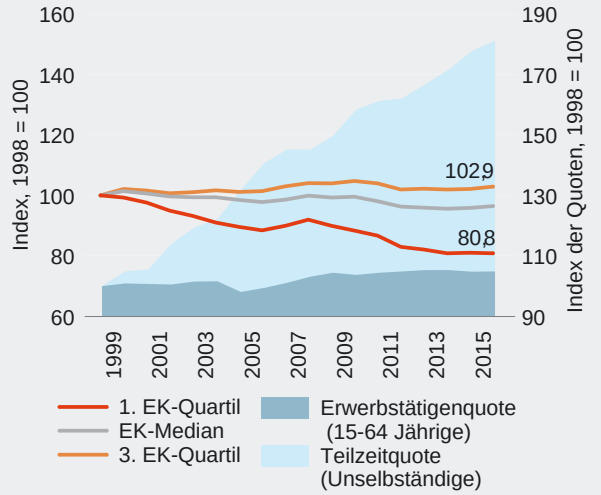
„Die langfristige Bewertung fällt neutral aus, da über den gesamten Beobachtungszeitraum keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosenquote erkennbar ist. Die kurzfristige Bewertung fällt aufgrund des Anstiegs seit 2014 und der gegenläufigen Bewegung zur Arbeitslosenquote der EU-28 tendenziell negativ aus."

2016 lag die Erwerbstätigenquote in Österreich bei 74,8 %. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch u. a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Nach einem erneuten Rückgang 2014, stieg die Erwerbstätigenquote 2015 und 2016 wieder an, zuletzt um 0,5 %-Punkte. In der EU-28 gab es ebenfalls zwischen 2004 und 2008 einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote. Der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 konnte in den letzten Jahren fast vollständig aufgeholt werden, 2016 lag die durchschnittliche EU-28-Quote bei 71,1 % (2008 bei 70,3 %).

In Österreich verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2004 in mehreren Phasen. Nach einem kontinuierlichen Rückgang der Quote zwischen 2004 und 2008, stieg diese 2009 krisenbedingt wieder an. In den Jahren darauf entspannte sich die Arbeitsmarktsituation etwas. Seit 2012 ist jedoch wieder ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei 6 % und damit 0,7 %-Punkte höher als im Krisenjahr 2009.

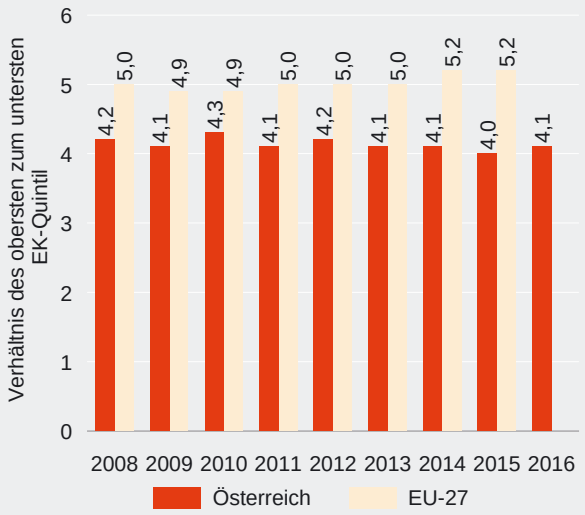
Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU28 2013 einen neuen Spitzenwert von 10,9 %. Seither ging die Quote jedoch wieder zurück und lag 2016 bei 8,6 %, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten.

Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, 2016, Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996. - Lehrlinge sind ausgeschlossen.

S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2016; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Seit 1998 kann ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen beobachtet werden. Diese Entwicklung wird daher in der Langfristbetrachtung kritisch bewertet. Die kurzfristige Bewertung fällt neutral aus, da die Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen trotz des deutlichen Anstiegs der Teilzeitquote seit 2013 nahezu unverändert blieb."

Die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen zeigt, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils bis 2005 deutlich zurückgegangen sind, aber bis 2007 wieder etwas aufholten. Seit 2008 gingen diese Einkommen wieder stark zurück und lagen 2015 19,2 % unter jenen des Jahres 1998. Die Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 1998 um insgesamt 2,9 % an.

Die Darstellungsweise aggregierter Jahreseinkommen führt dazu, dass sich Struktureffekte wie steigende Erwerbstätigkeit, Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch der Eintritt billiger Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt insbesondere in den unteren Einkommensgruppen abbilden. So stieg beispielsweise die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten zwischen 1998 und 2015 von 15,6 % auf 28,2 % und lag um 81,2 % über dem Ausgangswert.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

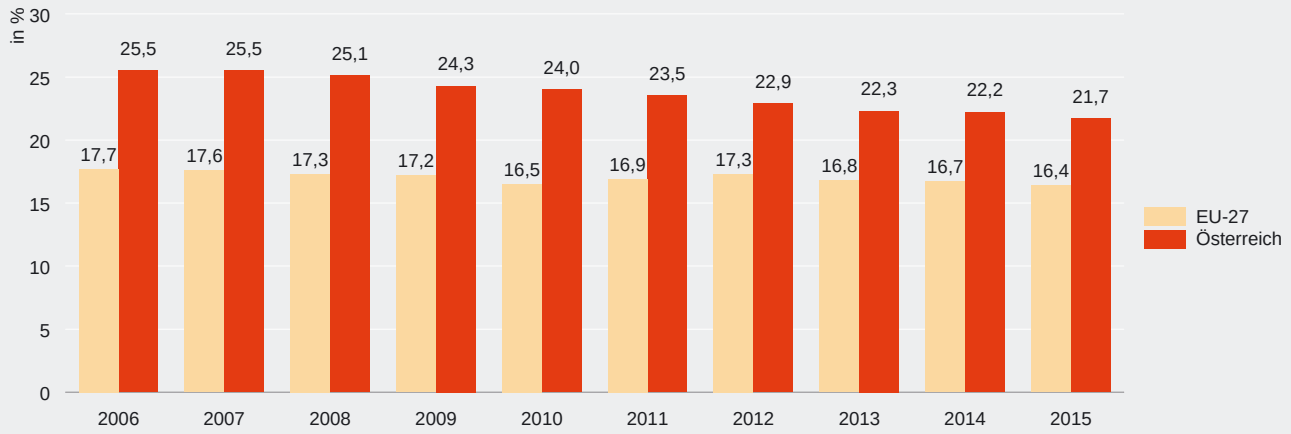
KF

„Die Bewertung der kurzen Frist (2014-2016) fällt neutral aus. Im Vergleich zu 2014 lässt sich keine deutliche Veränderung der sekundären Einkommensverteilung feststellen. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Unter „Einkommen" wird hier das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers aber ohne Sachtransfers) verstanden. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet.

Zwischen 2008 und 2016 lässt sich keine Öffnung der Einkommensschere aus den Daten ablesen. Zuletzt waren die sekundären Einkommen des reichsten Einkommensquintils 4,1 mal so hoch, wie jene des ärmsten (EU-28 5,2, 2015). Dieser Wert ist seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008 praktisch unverändert.

Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen) - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Da sich der Gender Pay Gap im internationalen Vergleich in den vergangenen 10 Jahren kontinuierlich an den Vergleichswert der EU-27 annähert, wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv eingestuft. Die Bewertung der kurzen Frist fällt neutral aus, da der Rückgang der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede ausgehend von einem im internationalen Vergleich hohen Niveau auch im Zeitraum 2013-2015 nur sehr langsam vorangeht."

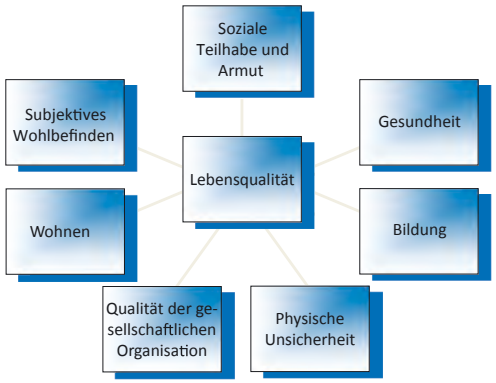
Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap" betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied (ohne Anpassungen) gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2015 in Österreich 21,7 % (siehe Grafik 25). Seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2006 (25,5 %) ist dieser Wert langsam aber kontinuierlich zurückgegangen.

Berücksichtigt man den Einfluss verschiedener Faktoren auf den Gender Pay Gap, so zeigt sich, dass basierend auf den Daten der Verdienststrukturerhebung 2014 insgesamt 8,6 %-Punkte durch beobachtbare Unterschiede erklärt werden können. Der Rest von 13,6 %-Punkten – der bereinigte Gender Pay Gap – kann dagegen nicht durch die im Modell enthaltenen Merkmale erklärt werden.

Lebensqualität

Während die Frage, worin Lebensqualität zum Ausdruck kommt und was ihre Komponenten sind, eine lange philosophische Tradition hat, geht es gegenwärtig darum, diese Debatte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und mit statistischem Datenmaterial zu unterfüttern. Der Sponsorship Report des Europäischen Statistischen Systems (ESS) leitete aus den Empfehlungen des bereits erwähnten Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8 + 1 Dimensionen ab und formulierte eine vorläufige Liste mit dazugehörigen Schlüsselindikatoren. An diesen Vorgaben orientierte sich auch der Auswahlprozess bei Statistik Austria. Im erwähnten Revisionsprozess im Frühjahr dieses Jahres fand eine Neuorganisation der Dimensionen statt, in deren Rahmen auch neue Schlüsselindikatoren formuliert wurden. Grafik xx gibt einen Überblick der nunmehr 7 Dimensionen mit den dazugehörigen Schlüsselindikatoren:

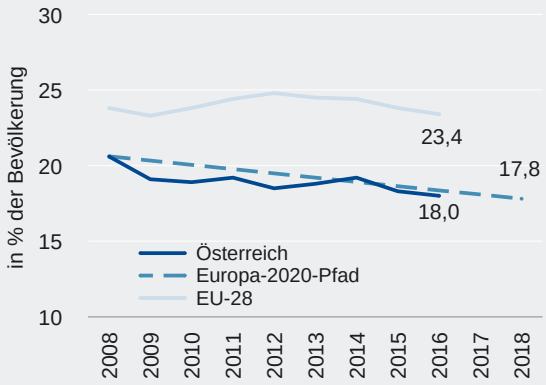
Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Ein Großteil der Indikatoren basiert dabei auf Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC.[7] Weitere verwendete Datenquellen sind beispielsweise die Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Todesursachenstatistik und die Zeitverwendungserhebung 2008/09. Alle Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet.

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF

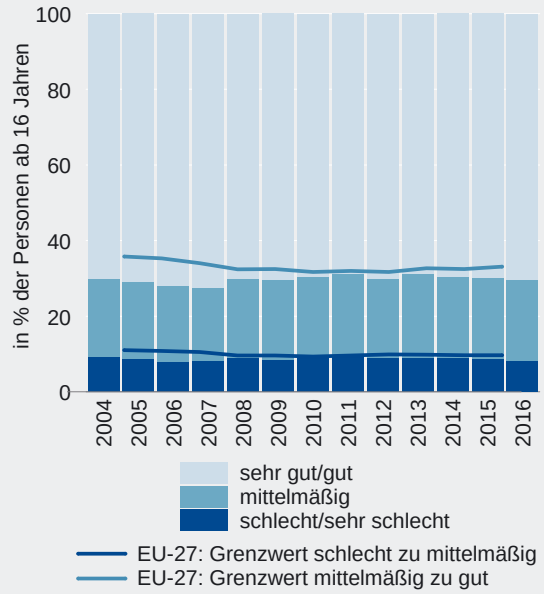
„In der kurzfristigen Betrachtung der Jahre 2014 bis 2016 lässt sich ein leichter Rückgang der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung feststellen, der jedoch nicht signifikant ist. Da die Quote 2016 aber unter dem Zielpfad lag, fällt die Bewertung tendenziell positiv aus. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

In Österreich ist hinsichtlich der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung seit 2008 eine Tendenz in die gewünschte Richtung zu beobachten: Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Bevölkerung reduzierte sich von 20,6 % im Jahr 2008 auf 18 % im Jahr 2016, das entspricht – zwei Jahre nach der Hälfte des Beobachtungszeitraums – etwa 157.000 Personen. 2013 und 2014 kam es zu einem leichten Anstieg, gefolgt von einem Rückgang 2015 und 2016, so dass die Quote nun knapp unter dem Zielpfad für 2020 liegt.

In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine Verringerung der Armuts- oder Aus¬grenz-ungs¬-gefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste in den kommenden zwei Jahren die Zahl der Betroffenen noch um weitere 78.000 Personen verringert werden.

[7] European Statistics on Income and Living Conditions, http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/microdata/european-union-statistics-on-income-and-living-conditions.

Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27*



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011. - * EU-28 ohne Kroatien, Daten für Kroatien liegen nicht ab Beginn der Zeitreihe vor.

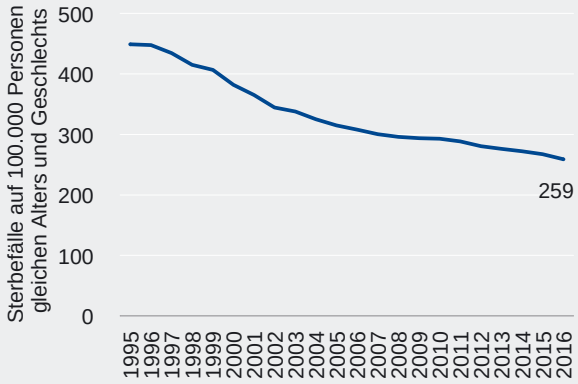
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Weder in der längeren Frist seit 2004, noch in der Betrachtung der Entwicklung seit 2014, sind bei diesem Indikator signifikante Veränderungen wahrzunehmen. Es traten also weder Verbesserungen noch Verschlechterungen auf, weshalb sowohl die langfristige Entwicklung als auch jene seit 2014 neutral eingestuft wird."

Der Schlüsselindikator subjektive Gesundheitseinschätzung basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?". Dabei zeigt sich, dass der subjektive Gesundheitsstand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. Seit 2008 ist der Anteil der Personen, die ihre Gesundheit als gut oder sehr gut einstufen, fast unverändert geblieben und lag 2016 bei 70,3 %. 8,1 % stuften ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht ein. Personen in Österreich weisen durchschnittlich eine bessere subjektive Gesundheit auf als im EU-27-Durchschnitt.

Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30 bis 69-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

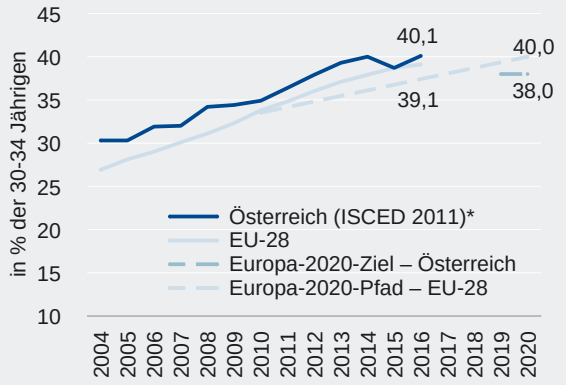
KF LF

„Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (30-69 Jahre) ging seit 1995 stark zurück, weshalb die langfristige Bewertung sehr positiv ausfällt. In den letzten Jahren wurde der Rückgang flacher, weshalb die kurzfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird."

Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten Krebs, Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes und chronische Atemwegserkrankungen hat seit 1995 kontinuierlich und deutlich abgenommen und lag 2016 bei 259 auf 100.000 Personen zwischen 30 und 69 (berechnet in Bezug auf die Normbevölkerung). Das ist ein Rückgang um 42 %.

Die Sterblichkeit wird üblicherweise mittels altersstandardisierter Sterberaten beschrieben. Diese standardisierte Sterberate berücksichtigt sowohl die insgesamt wachsende Bevölkerung als auch ihre kontinuierliche Alterung und macht damit die unterschiedlichen Sterbebedingungen vergleichbar.

Tertiärquote der 30-34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - * Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

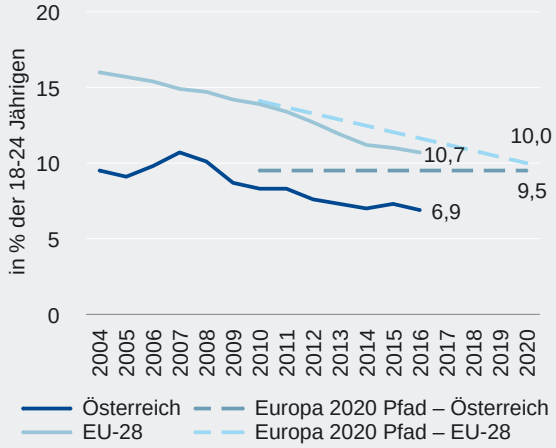
KF LF

„Die Tertiärquote stieg seit 2004 stark an. Diese enthält auch BHS-Abschlüsse, deshalb wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet. Die Entwicklung seit 2014 zeigt keine signifikanten Veränderungen. Da das nationale Ziel aber bereits erreicht wurde und der Anteil über dem EU-Wert liegt, wird die kurzfristige Entwicklung ebenfalls als tendenziell positiv bewertet."

Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen.

Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38 % festgelegt. 2016 konnten 40,1 % der 30-34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen. Anzumerken ist, dass die in der Grafik sichtbare Schwankungen der Tertiärquote auf Strichprobeneffekt zurückzuführen sein könnten.

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18-24-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

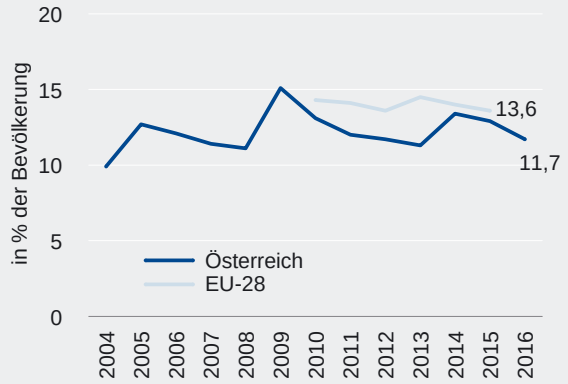
KF LF

„Da die Quote der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und Schulabgänger vor allem seit 2007 stark sank und sich deutlich unter dem EU 2020-Zielwert für Österreich befindet, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. In den letzten 3 Jahren zeigte sich keine Veränderung mehr, durch die deutliche Unterschreitung des Zielwertes fällt die kurzfristige Bewertung tendenziell positiv aus."

2016 waren in Österreich 6,9 % der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren ohne Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen geringen Rückgang um 0,4 %Punkte, der aber, genauso wie der ähnlich geringe Anstieg zwischen 2014 und 2015, auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein kann.

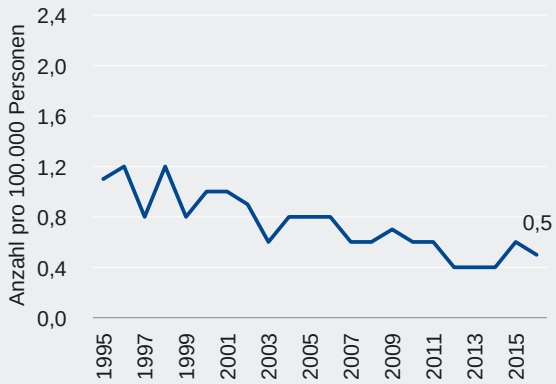
EU-weit waren 2016 10,8 % der 18-24-Jährigen frühe Schul- und Ausbildungsabgänger/innen. Auch hier konnte der Anteil im Beobachtungszeitraum deutlich reduziert werden (2004: 16 %).

Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die längerfristige Entwicklung seit 2004 zeigt im Trend nur wenig Veränderung und wird daher neutral bewertet. Da in den letzten drei Jahren ein Rückgang festzustellen ist, wird die kurzfristige Veränderung als tendenziell positiv bewertet."

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Da die Tötungsrate seit 1995 stark zurückging, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. In den letzten drei Jahren gab es keine signifikanten Veränderungen, weshalb die kurzfristige Entwicklung als neutral eingestuft wird."

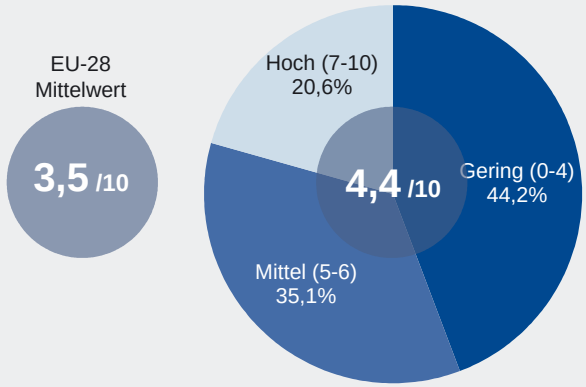
Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?". 11,7 % der Bevölkerung gaben 2016 an, in ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben, was einen leichten Rückgang gegenüber den beiden Vorjahren darstellt.

Vergleicht man die Werte zum physischen Unsicherheitsempfinden für Österreich mit den EU-Werten, so zeigt sich, dass sich Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Wohngegend im Durchschnitt sicherer fühlen (und immer sicherer gefühlt haben) als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger.

Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der Tötungsrate die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass das Risiko durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen, seit den 1990er Jahren in Österreich kontinuierlich gesunken ist. Während Mitte der 1990er Jahre noch ungefähr durchschnittlich eine von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kamen, waren es 2016 auf 100.000 Personen nur noch 0,5 vorsätzlich Getötete (2014 sogar nur 0,4).

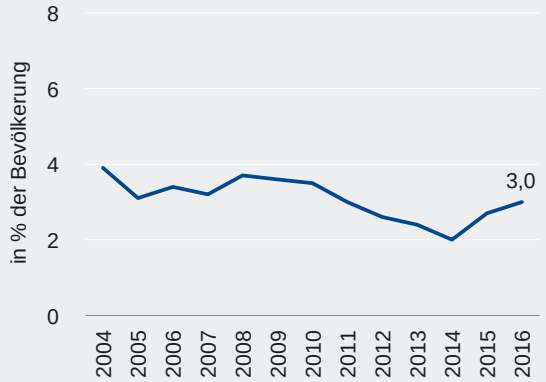
Die standardisierte Rate gibt dabei an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der nationalen Bevölkerung (gleichen Geschlechts) in der betreffenden Berichtsperiode dem der gewählten Standardbevölkerung entsprochen hätte.

Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden.

Sehr schlechter Wohnstandard



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - * Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

Keine Bewertung möglich, da keine Zeitreihe verfügbar.

Auf einer 11-stufigen Skala von 0 (vertraue gar nicht) bis 10 (vertraue vollkommen) wählten 2013 20,6 % hohe (7-10) und 44,2 % niedrige (0-4) Werte. 12 % gaben an, überhaupt kein Vertrauen in das politische System zu haben. Der Mittelwert lag bei 4,4, der für die EU-28 lediglich bei 3,5. Es ist anzunehmen, dass die Antwortverteilung bei den Fragen zum Vertrauen deswegen so stark von der Verteilung bei Zufriedenheitsfragen – wie etwa der Frage nach der subjektiven Lebenszufriedenheit - abweicht, da hier im Gegensatz zur Zufriedenheit, die das Individuum von innen her erlebt, das Objekt der Bewertung extern ist, d. h. außerhalb des Individuums liegt.

In der durchschnittlichen Beurteilung zeigten sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geringe Unterschiede. So lag das mittlere Vertrauen in das politische System im untersten Einkommensquintil bei einem Mittelwert von 4,2, während sich im obersten Einkommensquintil ein Mittelwert von 4,6 ergab.

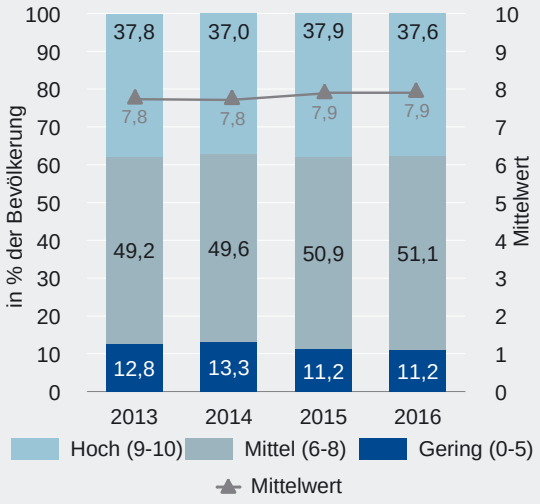
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Da sich seit 2004 kein eindeutiger Trend in eine bestimmte Richtung ausmachen lässt, wird die langfristige Entwicklung als neutral bewertet. Seit 2014 kam es hingegen zu einem erkennbaren Anstieg, weshalb die kurzfristige Entwicklung als tendenziell negativ bewertet wird.“

Von sehr schlechtem Wohnstandard wird gesprochen, wenn zwei der folgenden vier Merkmale zutreffen: (1) weder Badezimmer noch Dusche in der Wohnung (2) keine Toilette in der Wohnung (3) Probleme durch feuchte Wände oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, undichtes Dach (4) Probleme durch dunkle Räume. 2016 lebten 3 % der österreichischen Gesamtbevölkerung in Wohnungen mit einem sehr schlechten Wohnstandard. Der Anteil sank seit 2008 leicht, ist aber zuletzt (2015 und 2016) wieder angestiegen. Schwankungen dieser Größenordnung können hier jedoch auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein.

Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013-2016.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF

„Kurzfristig zeigt sich vor allem zwischen 2014 und 2015 ein Rückgang des Anteils der sehr unzufriedenen Personen, weshalb die Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Die Lebenszufriedenheit wird in EU-SILC wie folgt erfragt: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden" und 10 für „vollkommen zufrieden" steht". 2016 lag die mittlere Lebenszufriedenheit bei 7,9 von 10 Punkten und damit auf dem Niveau der beiden Vorjahre. Auch der Anteil der Personen mit einer geringen Zufriedenheit (fünf oder weniger) ist mit 11 % auf dem Niveau des Vorjahres. 2014 lag dieser jedoch noch bei 13 %.

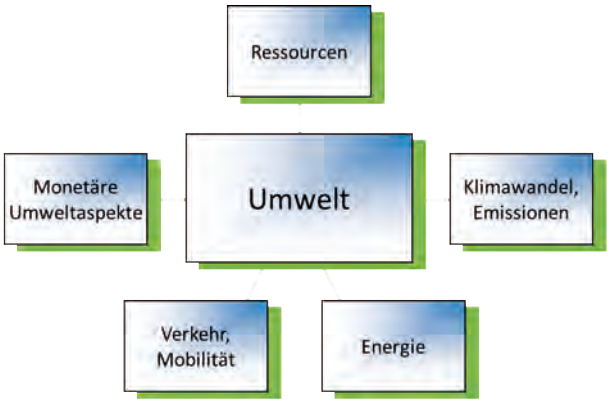
Vergleicht man die österreichischen Daten mit den EU-28-Werten von 2013 (letztverfügbares Jahr), so liegt der Mittelwert für Österreich (7,9) über dem EU-Wert von 7,1. Besonders deutlich ist der Abstand beim Anteil der Personen mit hoher Zufriedenheit: während in Österreich 37,6 % in diese Kategorie fallen, sind es im EU-28-Durchschnitt nur 22 %.

Umwelt

Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen) als auch mit sozialen Aspekten der Lebensqualität (z. B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Deren Nachhaltigkeit hängt davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können. Siehe auch der bereits erwähnte Stiglitz-Bericht. Wohlstand und Fortschritt lassen sich daher erst durch die Einbeziehung der Umweltperspektive - etwa Auswirkungen des Ressourcenverbrauchs oder der Schadstoffbelastung - umfassend beurteilen.

Im Themenfeld Umwelt wurden die folgenden fünf Dimensionen definiert, denen zwei bis drei Schlüsselindikatoren zugeordnet sind.

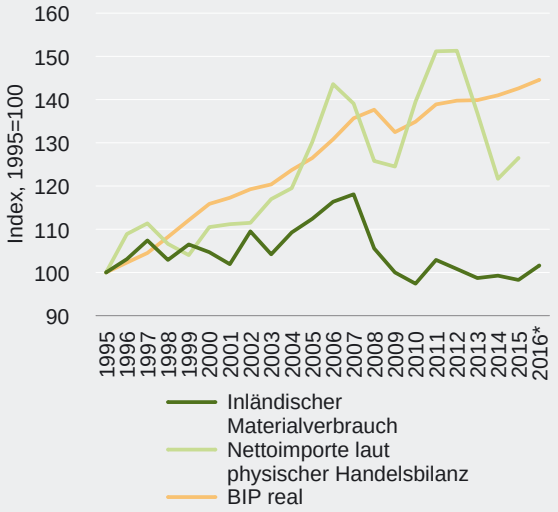
Dimensionen der Umwelt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Als Datenquellen dienen hauptsächlich Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend wurden für Umweltbereiche, die unter die Agenden des Umweltbundesamts (z. B. Transportleistung, Luftemissionen) oder des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW, z. B. Fläche der Bio-Landwirtschaft) fallen, die entsprechenden Daten dieser Institutionen verwendet.

Inländischer Materialverbrauch (DMC)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR, Eurostat. - * DMC-Werte stellen vorläufige Ergebnisse berechnet nach der Veränderungsrate von Eurostat dar.

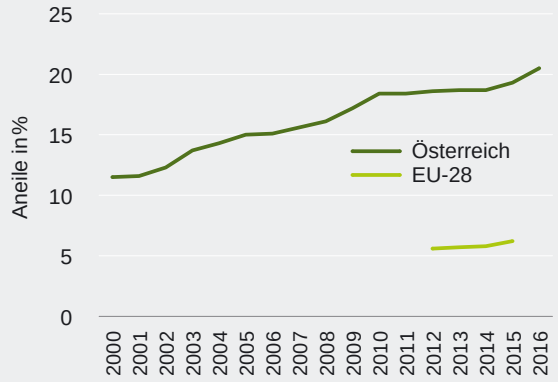
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der Materialverbrauch startete 1995 auf zu hohem Niveau, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen. In einzelnen Jahren ging der Materialverbrauch zurück, er blieb jedoch bis zuletzt auf dem Niveau von 1995. Die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt. In den letzten beiden Beobachtungsjahren zeigt sich ein leichter Anstieg, der auch kurzfristig zu einer tendenziell negativen Bewertung des Verlaufs seit 2013 führt."

In Österreich stieg der Materialverbrauch im Zeitraum 1995 bis 2016 (vorläufige Schätzung durch Eurostat) um 1,6 %. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 44,6 %, was einer erhöhten Materialeffizienz (BIP/DMC) entspricht. Nach einer Wachstumsperiode von 2003 bis 2007 zeigte sich 2008 bis 2010 ein Rückgang des DMC. Der DMC sank von 2007 auf 2008 um 10,6 %, während das reale BIP um 1,5 % wuchs, damit wurde eine absolute Entkoppelung vom BIP erreicht. Seit dem Jahr 2012 blieb der DMC beinahe konstant. Laut ersten Berechnungen von Eurostat gab es 2016 einen Anstieg von 3,4 %. Der DMC betrug damit geschätzt 2016 rund 180 Mio. t.

Flächen mit biologischer Bewirtschaftung



Q: BMLFUW: Grüner Bericht. Fläche laut INVEKOS; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

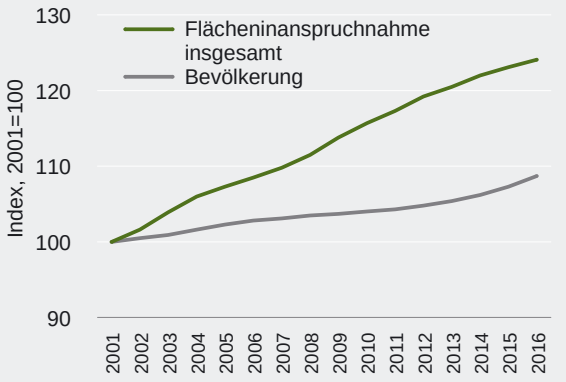
KF LF

„Die starke Ausweitung der Flächen wird langfristig als sehr positiv gesehen. Österreich befindet sich im internationalen Vergleich auf hohem Niveau (2015: EU-28: 6,2 % Bio-Fläche, Österreich: 19,3 %). Der deutliche Anstieg in den letzten Beobachtungsjahren wird ebenfalls sehr positiv bewertet."

In Österreich hat sich von 2000 bis 2016 der Anteil der Flächen, welche biologisch bewirtschaftet wurden, an den gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen (ohne Almen), von 11,5 % auf 20,5 % erhöht. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen zeigte vor allem in den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 ein deutliches Wachstum.

Rund 90 % der biologisch bewirtschafteten Flächen in Österreich werden über ÖPUL gefördert (Maßnahme 20, früher 1). Die Stagnation des Anteils der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011 bis 2014 ist Großteils auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen Agrar-Umweltprogramms ÖPUL zurückzuführen. Von 2015 auf 2016 wurde ein deutlicher Anstieg der Flächen um 4,7 % verzeichnet, der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (ohne Almen) erreichte damit 20,5 %.

Flächeninanspruchnahme insgesamt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes, Bevölkerung zu Jahresbeginn; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Gremium externer Expertinnen und Experten:

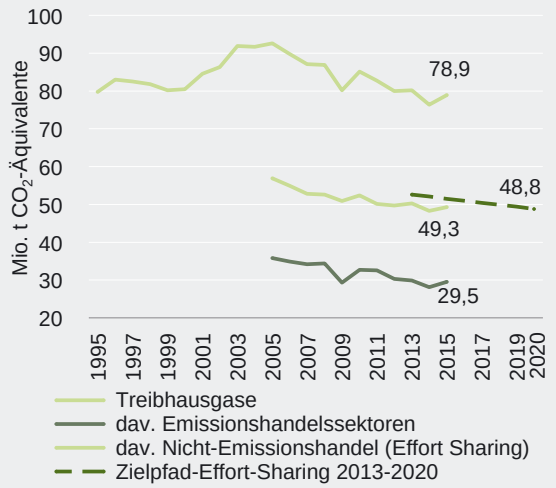
KF LF

„Die Bodenversiegelung stellt eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Ein kontinuierlicher Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet. Kurzfristig zeigt sich eine Abschwächung des Trends, die Entwicklung der letzten 3 Jahre wird als tendenziell negativ gesehen."

Die Flächeninanspruchnahme insgesamt nahm in den Jahren 2001 bis 2016 um 24,1 % zu (durchschnittlich 1,5 % pro Jahr), insgesamt entspricht dies einer Zunahme von 1.087 km² für den gesamten Zeitraum. Damit wuchs die Flächeninanspruchnahme im Beobachtungszeitraum deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+8,7 %).

Die gesamte tägliche Flächenneuinanspruchnahme (Bau- und Verkehrsflächen, Sportanlagen, Infrastrukturflächen) lag in der Periode 2013 bis 2016 bei 14,7 Hektar (ha) pro Tag. Mit der Flächeninanspruchnahme geht die voranschreitende Bodenversiegelung einher, d. h. die Bedeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z. B. Asphalt). Der Gesamtversiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Österreich betrug 2016 41,3 %.

Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO_2-Äquivalenten)



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst.

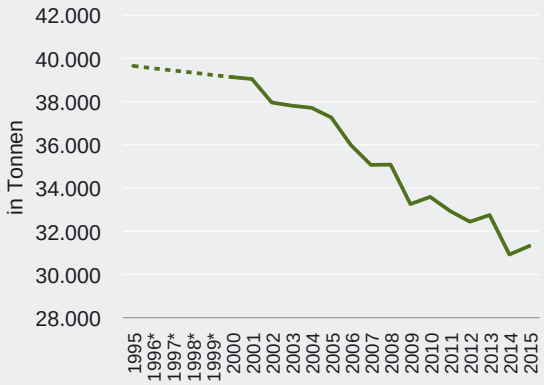
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die THG-Emissionen sind über die gesamte Periode 1995 - 2015 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt, auch wenn sich seit 2006 ein leichter Rückgang zeigt. Der Wert 2015 der Emissionen des Nicht-Emissionshandels liegt mit 49,3 Mio.t unter der erlaubten Höchstmenge für 2015 laut Klimaschutzgesetz (51,5 Mio.t). Um das Ziel für 2020 zu erreichen sind jedoch weitere Maßnahmen notwendig. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird neutral bewertet.“

Die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) stiegen von 1995 (79,8 Mio. t CO_2-äquiv.) bis 2005 (92,6 Mio. t CO_2-äquiv.) deutlich an. Ab 2006 bis 2014 gab es dagegen einen Rückgang um insgesamt 17,6 % und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (BIP) (Ausnahme 2010). Von 2014 auf 2015 stiegen die Emissionen dagegen um 3,2 % an und wuchsen damit stärker als das reale BIP (+1,1 %), im letztverfügbaren Jahr wird damit der Entkoppelungsprozess nicht fortgesetzt. Die Emissionen blieben jedoch mit 78,9 Mio. t CO_2-äquiv. unter dem Ausgangswert von 1995 (79,8 Mio. t CO_2-äquiv.).

PM_{10}-Emissionen (Feinstaub, in Tonnen)



Q: Umweltbundesamt. - * Daten der Jahre 1996 – 1999 wurden interpoliert, da nicht verfügbar.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

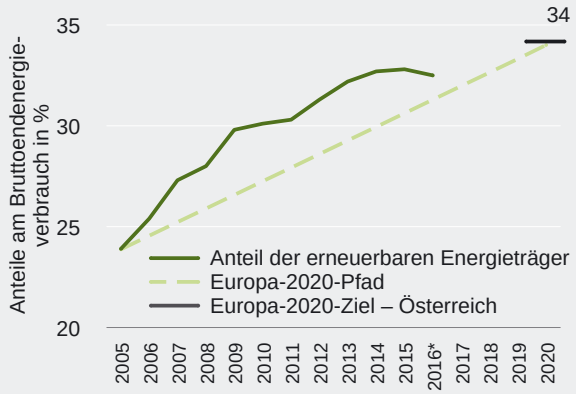
KF LF

„Die Belastung durch PM_{10}-Imissionen hängt von den inländischen PM_{10}-Emissionen, den meterologischen Bedingungen sowie den Emissionen im benachbarten Ausland ab. Die inländischen PM_{10}-Emissionen sind seit 1995 um rund 8.329 Tonnen (-21 %) zurückgegangen, die langfristige Entwicklung wird daher als tendenziell positiv beurteilt. Der kurzfristige Trend 2013 - 2015 ist sinkend, was ebenfalls zu einer positiven Einschätzung führt.“

Im Zeitraum 1995 – 2015 sanken die PM_{10}-Emissionen um 21 % (rund 8.330 Tonnen). In Absolutwerten betrachtet, bedeutet dies einen Rückgang der PM_{10}-Emissionen von 39.647 Tonnen im Jahr 1995 auf knapp 31.318 Tonnen im Jahr 2015. Besonders seit dem Jahr 2005 zeigte sich ein abnehmender Trend mit wenigen Ausnahmen.

Dabei sind die jährlichen Veränderungen stark durch die unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen bestimmt. Im Jahr 2014 war die PM_{10}-Belastung um rund 1.800 Tonnen (-5,6 %) niedriger als im Jahr davor. Für das Jahr 2015 zeigte sich dagegen ein geringer Anstieg zum Vorjahr von 1,3 % (knapp 400 Tonnen).

Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG. - * Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

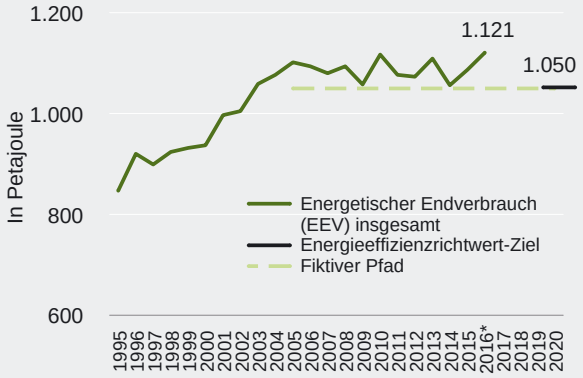
KF LF

„Sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Betrachtung zeigen eine Überschreitung des linearen Zielpfades. Durch die Stagnation von 2014 auf 2016 fällt die kurzfristige Bewertung neutral aus, zukünftige Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils werden schwieriger umsetzbar sein. Der gesamte Zeitraum wird sehr positiv bewertet."

Der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich verringerte sich im Jahr 2016 geringfügig im Vergleich zum Vorjahr (vorläufiges Ergebnis). Dabei lag die Entwicklung des Erneuerbaren-Anteils im gesamten Zeitraum deutlich über dem linearen Zielpfad für das nationale Ziel von 34 % für Europa 2020.

Der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen nahm seit 2005 um rund ein Drittel zu, während der Bruttoendenergieverbrauch nahezu konstant blieb, dies führt zu einer Anteilserhöhung. Im internationalen Vergleich liegt Österreich mit einem Anteil der erneuerbaren Energieträger von 32,8 % (2015) deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 mit 16,7 %.

Energetischer Endverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - * Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

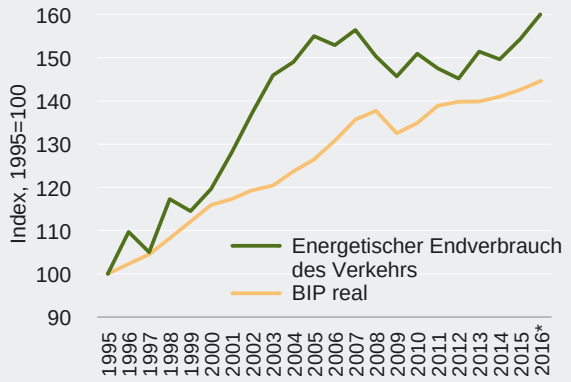
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau. Insbesondere der Zuwachs in den Jahren 1995 - 2005 wird negativ gesehen. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs in den letzten Jahren, sondern auch eine Reduktion unter das Niveau von 1995. Dies führt zu einer tendenziell negativen Beurteilung der langfristigen Entwicklung. Die kurzfristige Entwicklung zeigt von 2014 auf 2016 einen Anstieg und liegt über dem Energieeffizienzrichtwert, sie wird daher ebenfalls tendenziell negativ beurteilt."

Für das Jahr 2016 weist die vorläufige Energiebilanz eine erste Schätzung von 1.121 PJ für den energetischen Endverbrauch aus, welche damit deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert für 2020 (1.050 PJ) liegt. Im Jahr 2015 stieg der energetische Endverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 % an, was auch an den im Vergleich zu 2014 tieferen Außentemperaturen in der Heizperiode lag. Im Vergleich zu 2015 wuchs der EEV erneut um rund 3 %, Hauptursachen waren das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie wieder die tieferen Außentemperaturen in der Heizperiode.

Energieverbrauch des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR. - * Energiewerte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

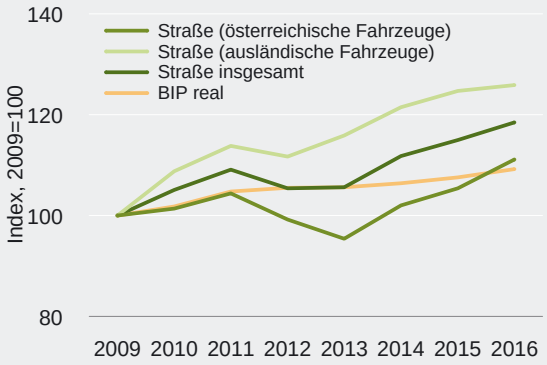
KF LF

„Die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs insbesondere in den Jahren 1995 bis 2007 verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Es sind keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z. B. Verlagerung des Transports von der Straße auf Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend, der sogar über dem BIP-Wachstum liegt, wird daher negativ beurteilt. Kurzfristig zeigt sich zwischen 2014 und 2016 ein deutlicher Anstieg, der ebenfalls negativ bewertet wird."

Der gesamte Energieverbrauch des Verkehrs stieg von 1995 bis 2016 um 60,2 %, während das reale BIP im selben Zeitraum mit 44,6 % schwächer wuchs. Von 2000 bis 2005 kam es im Vergleich zum BIP zu einem deutlich stärkeren Anstieg des EEV. Davon abweichend gab es in den Jahren 2006 und 2008 trotz ansteigender Wirtschaftsleistung erste Abnahmen des verkehrsbedingten Energieverbrauchs. Im Krisenjahr 2009 fiel der Verbrauch auf das Niveau von 2003 zurück.

Die vorläufige Energiebilanz weist, nach einem Anstieg von 3,1 % für 2015 für das Jahr 2016 einen neuerlichen deutlichen Anstieg (+3,8 %) im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit wird der höchste Verbrauch der Zeitreihe seit 1995 erreicht.

Transportleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Güterverkehrsstatistik, VGR.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

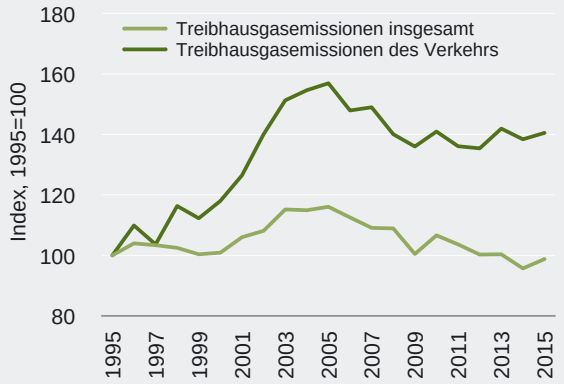
KF

„Die kurzfristige Entwicklung der Transportleistung des Lkw-Verkehrs mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2014 - 2016 wird negativ eingeschätzt. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Im Zeitraum 2009 bis 2016 wuchs die Transportleistung auf der Straße mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen insgesamt um 18,5 %, das reale BIP wuchs im Vergleichszeitraum um 9,2 %. Dabei stieg die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen mit 25,9 % deutlich stärker an als jene mit österreichischen Fahrzeugen (11,1 %). Für österreichische Fahrzeuge zeigte sich in den Jahren 2012 und 2013 ein Rückgang von 5,0 % bzw. 3,8 %, der jedoch in den folgenden 3 Jahren mit deutlichen Zuwächsen (2016 +5,4 %) mehr als kompensiert wurde.

Seit 2009 zeigt sich kaum die gewünschten Anteilsverschiebungen von der Straße zu Schiene und Schiff. Der Anteil der Straße betrug 2009 62,2 % und lag 2016 bei 62,7 %. Mit der Bahn wurde jeweils etwas über ein Drittel der Transportleistung erbracht, auf die Schifffahrt entfielen 2016 anteilig 3,3 %.

Treibhausgasemissionen des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA; Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowei KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015).

Gremium externer Expertinnen und Experten:

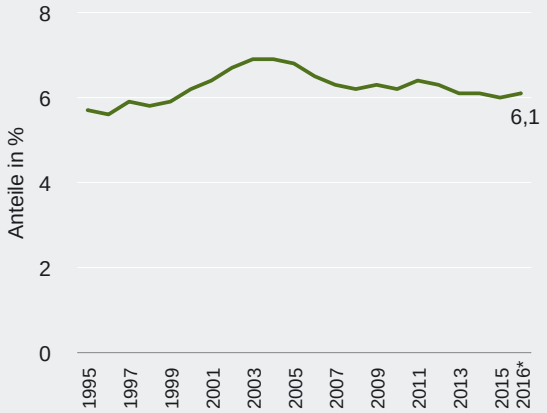
KF LF

„Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind über die gesamte Periode 1995 - 2015 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig negativ eingeschätzt, auch wenn sich seit 2006 ein Rückgang zeigt. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird neutral bewertet."

Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs wuchsen im gesamten Zeitraum 1995 bis 2015 mit 40,5 % stark, während die Treibhausgasemissionen insgesamt im selben Zeitraum sogar um 1,2 % sanken. Der Sektor Verkehr wies damit im Jahr 2015 Treibhausgas-Emissionen im Ausmaß von rund 22 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalenten auf. Ein besonders starker Anstieg zeigt sich bis zum Jahr 2005, danach gab es einen abnehmenden Trend. Der Wert für 2015 lag aber deutlich über dem Ausgangsjahr 1995.

Die Ursachen für die starke Steigerung der Emissionen im Verkehrssektor – vor allem in den Jahren 2000 bis 2005 - sind u. a.im Anstieg der inländischen Fahrleistung im Straßenverkehr und dem steigenden Kraftstoffexport im Tank (Tanktourismus), zu suchen.

Ökosteueranteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern, Steuerstatistiken. Anteil an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Pflichtsozialbeiträgen nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist. - * Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar. Daten nach nationaler Definition inklusive Grundsteuer B.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der Lenkungseffekt der derzeitigen Ökosteuern ist zu gering und hat in kaum einem Bereich (wie Energieverbrauch oder Verkehrsaufkommen) – abgesehen von den Krisenjahren – zu absoluten Reduktionen geführt. Nach den Berechnungen von Eurostat lag Österreich 2015 mit einem Anteil von 5,4 % unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 6,1 % (Daten jeweils ohne Berücksichtigung der Grundsteuer B). Dies lässt den Schluss zu, dass Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden ist und führt langfristig zu einer tendenziell negativen Bewertung. Die kurzfristige Bewertung wird neutral eingestuft."

Die gesamten Einnahmen aus Ökosteuern beliefen sich für 2016 (vorläufige Schätzung) auf knapp 9,1 Mrd. Euro, im Jahr 2015 wurden 8,9 Mrd. Euro lukriert. Der Anteil der Ökosteuern an den Steuereinnahmen insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) nahm von 1995 (5,7 %) bis 2016 (6,1 %) nur leicht zu. Im Jahr 2016 (vorläufiges Ergebnis) waren die Umweltsteuern um 2 % höher als im Jahr davor, das gesamte Steueraufkommen stieg dagegen nur um 0,4 %. Dies führte zu einem marginal erhöhten Ökosteueranteil (2015 6,0 % und 2016 6,1 %).

UN Agenda 2030 im Kontext von „Wie geht's Österreich?"

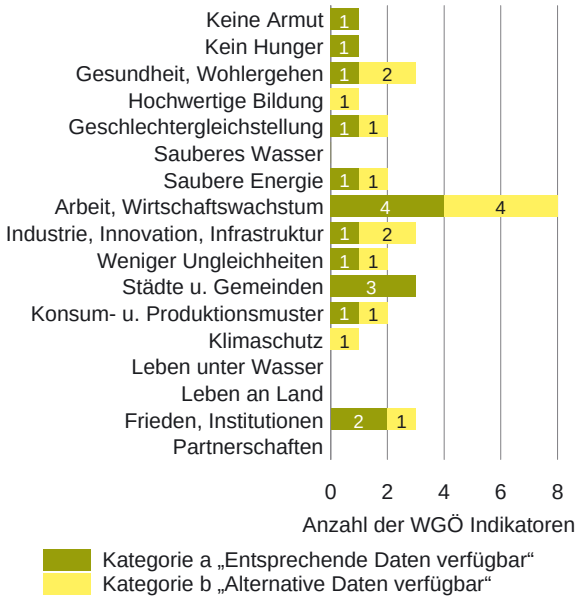
Das diesjährige Sonderkapitel zu *WgÖ?* beschäftigt sich mit der Umsetzung und insbesondere dem nationalen Monitoring der Sustainable Development Goals (SDGs) der UN-Agenda 2030, welche im September 2015 von allen UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurde. Für das Monitoring der SDGs werden durch Statistik Austria die nationalen SDG-Indikatorentabellen erstellt. Das Sonderkapitel diskutiert die Entwicklung des nationalen SDG-Indikatorensets im Kontext von *WgÖ?*.

Das diesjährige Sonderkapitel beschreibt die Anstrengungen zur Umsetzung der SDGs auf globaler, regionaler und nationaler Ebene. Auf globaler Ebene ist die UN gemeinsam mit den ihr vorgelagerten Institutionen wie Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) oder internationale Energieagentur (International Energy Agency, IEA) mit der Umsetzung beschäftigt. Auf regionaler Ebene sind in Europa die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) bzw. die EU mit der Agenda 2030 befasst. Auf nationaler Ebene sind naturgemäß die Nationalstaaten für die jeweilige Zielerreichung zuständig. Die Umsetzung der Maßnahmen zur Agenda 2030 in Österreich erfolgt durch alle Bundesministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich, der Mainstreaming Ansatz bildet dazu den strategischen Rahmen (siehe auch „Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung", Bundeskanzleramt (Bka)[8]). Die Erstellung der nationalen SDG-Indikatorentabellen erfolgt durch Statistik Austria, basierend auf dem Rahmenwerk der UN Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs), in größtmöglicher Abstimmung mit dem Indikatorenset von Eurostat sowie unter Berücksichtigung der nationalen Datenverfügbarkeit. Die Schlüsselindikatoren aus *WgÖ?* wurden ebenfalls für die Befüllung der SDG-Indikatorentabellen herangezogen.

So finden sich alle 30+1 Schlüsselindikatoren aus *WgÖ?* in entsprechender Zuordnung zu einem Target (Unterziel) der SDGs in den nationalen Indikatorentabellen wieder. Gleichzeitig wurden die Indikatorenvorschläge der Agenda 2030 beim Überarbeitungsprozess von *WgÖ?* 2017 berücksichtigt, so dass die beiden Indikatorensets soweit möglich aufeinander abgestimmt sind und wo sinnvoll ineinander greifen. 16 *WgÖ?* Schlüsselindikatoren entsprechen dabei weitestgehend einem UN-Indikatorenvorschlag, 15 Indikatoren wurden einem Target zugeordnet und sind als alternative Indikatoren enthalten (siehe folgende Grafik). Aus dem Blickwinkel von *WgÖ?* betrachtet, finden sich dementsprechend 16 der UN-Indikatorenvorschläge im Schlüsselindikatorenset von *WgÖ?* wieder.

Schließlich präsentiert das Sonderkapitel Auszüge aus den SDG-Indikatorentabellen von Statistik Austria zum Stand Oktober 2017. Die Auszüge fokussieren auf die Überschneidungen des Indikatorensets von *WgÖ?* mit dem nationalen SDG-Indikatorenset. Dargestellt werden die Agenda 2030 Targets sowie die entsprechenden Indikatorenvorschläge von Statistik Austria.

Wie geht's Österreich? in den Zielen der SDGs



Q: STATISTIK AUSTRIA.

Ein Exkurs im Sonderkapitel liefert abschließend eine vertiefende Analyse zweier SDG-Indikatoren, nämlich "Frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Krankheiten" und „Sehr schlechter Wohnstandard", welche 2017 im Rahmen des Überarbeitungsprozess als Schlüsselindikatoren ins Set von *WgÖ?* aufgenommen wurden.

[8] https://www.bundeskanzleramt.gv.at/implementierung.

Einleitung

„Wie geht's Österreich?" (fortan *WgÖ?*) von Statistik Austria liefert seit 2012 konzise und weitreichende Informationen zu verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt. Indikatoren zu den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ergänzen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und tragen zu einem breiteren Verständnis der Wohlstands- und Fortschrittsentwicklung in Österreich bei. 2017 erfolgte eine umfassende Diskussion und Überarbeitung des Indikatorensets mit einem externen Kreis von Expertinnen und Experten.

Statistische Indikatoren stellen eine wesentliche Ressource für Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit dar. Sie unterstützen dabei, evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen, und ermöglichen Vergleiche über die Zeit, über verschiedene Länder, soziale Gruppen oder Industriezweige. Sie tragen zu erhöhter Transparenz und Messbarkeit bei und stellen nicht zuletzt auch ein wichtiges Kommunikationsinstrument dar. Die breite Einsetzbarkeit von Indikatoren bringt allerdings auch potentielle Nachteile mit sich. Es besteht das Risiko, durch den Anspruch, möglichst viele Themenfelder möglichst genau abbilden zu wollen, an Punktgenauigkeit und Schärfe zu verlieren. Durch die große Anzahl von Indikatoren besteht die Gefahr der Unübersichtlichkeit und eines damit einhergehenden Relevanzverlustes. Auf der anderen Seite birgt eine Herangehensweise über einen oder einige wenige sehr prominente „Superindikatoren" das Risiko, nur noch Teilaussagen aus einem ganz bestimmten Blickwinkel treffen zu können.

Exemplarisch zum Ausdruck kommt dieses Dilemma in der (national und international) breit geführten Debatte über die Grenzen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Indikator für Wohlstand und Fortschritt. Das BIP als die *eine* Zahl besticht durch seine methodische Eleganz und Klarheit, seine internationale Vergleichbarkeit, seine schnelle zeitliche Verfügbarkeit und vor allem durch seine leichte Kommunizierbarkeit. Andererseits ist seine einseitige Ausrichtung auf die Produktion zu kritisieren: Im ausschließlichen Blick auf das Wachstum des BIP werden viele Aspekte des Wohlstands vernachlässigt. Eine Vielzahl an neu entwickelten Indikatoren soll diese Nachteile ausgleichen und Aufschluss über das Wohlergehen der Gesellschaft geben.

Mit dem Projekt „Wie geht's Österreich?" liefert Statistik Austria einen Beitrag zur verständlichen und umfassenden Darstellung von Wohlstand und Fortschritt in Österreich.

30 Schlüsselindikatoren ergänzen das BIP um weitere Informationen zum materiellen Wohlstand, wie Einkommen oder Konsum der Haushalte, umfassen subjektiv und objektiv gemessene Aspekte der Lebensqualität und erweitern die Betrachtung um Umweltagenden wie Ressourcenverbrauch und Emissionen.

Anfang 2008 wurde auf Initiative des damaligen französischen Präsidenten Sarkozy die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („*Stiglitz-Kommission*") gegründet. Diese empfahl in ihrem Bericht („Stiglitz-Sen-Fitoussi Report", Stiglitz et al. 2009) eine multidimensionale Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft.[9] In der sogenannten *„Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development"*[10] arbeiteten hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – daran, diese Vorgaben im offiziellen statistischen System umzusetzen.

Statistik Austria hat in Zusammenarbeit mit den relevanten Zielgruppen und in Ergänzung zum BIP im Jahr 2012 ein Set von Indikatoren entwickelt, das die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, unter Berücksichtigung verfügbaren statistischen Datenmaterials aus offiziellen Quellen, beleuchtet. Dabei wurden die Empfehlungen der Sponsorship Group für Österreich weitgehend umgesetzt (siehe Pesendorfer et al. 2012). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z. B. Europa 2020-Indikatoren[11]) und nationaler Ebene[12] flossen ebenfalls in die ursprüngliche Auswahl ein.

Die Auswahl der Indikatoren wurde in einem breiten Kommunikationsprozess mit nationalen Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Forschungsinstitutionen, Interessensvertretungen und Ministerien abgestimmt. Im Zuge des Statistiktags 2012 wurde Wie geht's Österreich? erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Die Indikatoren werden seitdem jährlich einem Konsolidierungsprozess mit den wichtigsten Stakeholdern unterzogen. Seit 2013 erschien jährlich ein Bericht, welcher die Schlüsselindikatoren zu *WgÖ?* analysiert und durch zusätzliche Informationen erweitert. Zudem wird der Bericht durch wechselnde Sonderthemen ergänzt.

Im Jahr 2017 erfolgte eine umfassende Überarbeitung und Anpassung des Indikatorensets. In mehreren Workshops mit externen Expertinnen und Experten wurde die Indikatorenauswahl diskutiert und angepasst, wobei auch die UN Agenda 2030 Berücksichtigung fand.

[9] http://ec.europa.eu/eurostat/documents/118025/118123/Fitoussi+Commission+report
[10] http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/measuring-progress
[11] http://ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators
[12] Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (aktuell: BMLFUW 2015a).

Die aktuellen Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren sind auf einem Webabschnitt der Homepage von Statistik Austria unter der Bezeichnung „Wie geht's Österreich?" abrufbar (www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich). Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen zu Wohlstand und Fortschritt nach eigener Auswahl. Zusätzlich sind Detailinformationen zu den einzelnen Indikatoren verfügbar. Dabei wird etwa auf Fragen der Verteilung, des subjektiven Wohlbefindens oder den Ressourcenverbrauch eingegangen.

Ein externes Expertengremium liefert zudem jährlich eine Bewertung der ausgewählten Schlüsselindikatoren, welche eine schnelle Einschätzung der Entwicklung der Indikatoren erlaubt.

Der aktuelle Bericht gliedert sich wie folgt: Kapitel 1 zeichnet den Hintergrund des *WgÖ?*-Indikatorensets. In Kapitel 2 werden die Entwicklungen des Bereichs „materieller Wohlstand" untersucht. Kapitel 3 setzt sich mit dem Themenfeld „Lebensqualität" auseinander und diskutiert die jeweiligen Indikatoren im Zeitverlauf. Kapitel 4 widmet sich umfassend dem Bereich Umwelt. In Kapitel 5 wird Österreich im EU-Vergleich dargestellt und analysiert. Kapitel 6 gibt einen abschließenden Ausblick. Das Sonderkapitel 2017 widmet sich der UN Agenda 2030 und ihrer Bedeutung für *WgÖ?*.

1

Was ist „Wie geht's Österreich"

Hintergrund

Überarbeitungs-prozess 2017

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Kommunikation

Internationale Entwicklungen

1.1
Hintergrund Indikatorenset BIP + 30

Das Projekt „Wie geht's Österreich?" *(WgÖ?)* wurde in Folge der Debatten zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung auf EU-Ebene vom fachstatistischen Generaldirektor der Statistik Austria, Konrad Pesendorfer, initiiert und seither von einem Team aus Expertinnen und Experten[13] mehrerer Fachbereiche unter der Koordination der Stabsstelle Analyse umgesetzt und weiterentwickelt. Statistik Austria hat in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Indikatoren entwickelt, das die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit statistischen Datenmaterials aus offiziellen Quellen, bestmöglich abbildet.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die bekannteste Kennziffer für die gesamtwirtschaftliche Aktivität. In den 1930er Jahren entwickelt, wird es laufend sowohl von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern als auch in der öffentlichen Debatte weltweit als Maßstab für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und den Fortschritt im Allgemeinen herangezogen. Während das BIP die aggregierte Produktion eines Landes umfassend abbildet, sagt es jedoch wenig darüber aus, wer von wirtschaftlichem Erfolg profitiert, wie sich das Wirtschaftswachstum über die Gesellschaft verteilt oder welche ökologischen Konsequenzen sich aus bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten ergeben.

Im November 2007 veranstaltete daher die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD eine Konferenz mit dem Titel „Beyond GDP" („Jenseits des BIP"). Es herrschte eine breite Übereinkunft seitens politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger, Wirtschafts- und Umweltexpertinnen und -experten sowie der Zivilgesellschaft, dass Indikatoren entwickelt werden müssen, die das BIP ergänzen und dadurch dazu beitragen, die politische Entscheidungsfindung durch umfassendere Informationen zu unterstützen.

Anfang 2008 wurde die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission") vom damaligen französischen Präsidenten Sarkozy initiiert.

Die Stiglitz-Kommission empfahl in ihrem Bericht („Stiglitz-Sen-Fitoussi Report", Stiglitz et al. 2009)[14] die multidimensionale Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft.

Durch Informationen über die Entwicklung materieller Aspekte auf Haushaltsebene sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit soll ein breites Bild von Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft entstehen.

In der sogenannten „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development"[15] arbeiteten hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – zusammen mit dem Ziel, diese Vorgaben im offiziellen statistischen System umzusetzen. Drei Task Forces wurden beauftragt, konkrete Vorschläge in den Feldern „Haushaltsperspektive & Verteilungsaspekte", „Lebensqualität" und „umweltorientierte Nachhaltigkeit" auszuarbeiten, bestehende Statistiken besser zu nutzen oder neue Statistiken und Indikatoren zu entwickeln. Task Force 4 wurde zur Behandlung von Querschnitts- und übergreifenden Themen sowie zur Konsolidierung des abschließenden Berichts („Sponsorship Report", Eurostat 2011) eingesetzt.

Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren für *WgÖ?* folgte den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009) und insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z. B. Europa 2020-Indikatoren[16]) und nationale Projekte[17] flossen ebenfalls in die Auswahl ein. Die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt werden jeweils durch mehrere Dimensionen (z. B. Produktion, Bildung und Ressourcen) dargestellt.

Neben dem BIP wurden weitere 30 Schlüsselindikatoren ausgewählt. Diese stellen die

[13] Alexandra Wegscheider-Pichler (Stabsstelle Analyse: Projektleitung), Franz Eiffe (Stabsstelle Analyse: Projektleitung alt), Kathrin Gärtner (Stabsstelle Analyse), Catherine Prettner (Stabsstelle Analyse), Sacha Baud (Direktion Raumwirtschaft), Martin Bauer (Direktion Bevölkerung), Nadja Lamei (Direktion Bevölkerung), Ferdinand Leitner (Direktion Volkswirtschaft), Eva Milota (Direktion Raumwirtschaft), Matthias Till (Direktion Bevölkerung) und andere.

[14] http://ec.europa.eu/eurostat/documents/118025/118123/Fitoussi+Commission+report

[15] http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/measuring-progress

[16] http://ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators

[17] Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (BMLFUW 2013 und 2015a)

zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ?* dar und unterliegen auch der Bewertung durch das externe Expertengremium.

Bei der Auswahl der Indikatoren für das Projekt *WgÖ?* wurde darauf geachtet, nur wenige zentrale Schlüsselindikatoren auszuwählen, was neben der notwendigen Schwerpunktsetzung auch den Mut zur Lücke erforderte. Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit und Zeitnähe wurden als allgemeine Auswahlkriterien festgelegt. Indikatoren sollen zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im internationalen Kontext dargestellt werden. Im vorliegenden Bericht findet sich daher ein eigenes Kapitel, das Österreich im europäischen Vergleich darstellt. Die Anzahl von 30+1 Schlüsselindikatoren soll auch in Zukunft nicht überschritten werden.

Die Indikatorenauswahl wurde 2017 in mehreren Workshops mit externen Expertinnen und Experten umfassend diskutiert und überarbeitet. Dabei fand auch das Indikatorenset der UN Agenda 2030 Berücksichtigung.

Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde am 25. September 2015 im Zuge des United Nations Sustainable Development Summit von der Vollversammlung bzw. den Staatsoberhäuptern der UN-Mitgliedsstaaten in New York verabschiedet(siehe Kapitel 1.5.1).

Die Schlüsselindikatoren sind in Grafik 1 abgebildet. Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch zusätzliche Indikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, weitere Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen.

Die laufende Einbindung der zentralen Stakeholder (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) im Rahmen von „Runden Tischen" ist ein Grundpfeiler des Projekts und garantiert eine möglichst breite nationale Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets. Weitere Informationen zur Entstehungsgeschichte liefert die Internetseite[18] sowie der Hintergrundbericht „Wie geht's Österreich – Messung von Wohlstand- und Fortschritt – Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen" (Pesendorfer et al. 2012).

Grafik 1
Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren)

Wohlstand	Lebensqualität	Umwelt
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	Inländischer Materialverbrauch
Arbeitsproduktivität	Subjektiver Gesundheitszustand	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung
Nicht bezahlte Arbeit	Frühzeitige Sterblichkeit (neu)	Flächeninanspruchnahme
Einkommen privater Haushalte pro Kopf	Tertiärquote	Treibhausgasemissionen
Konsum privater Haushalte pro Kopf	Frühe Schul- u. Ausbild.abg. (neu)	Feinstaub-Emissionen (PM_{10})
Erwerbstätigenquote	Physisches Unsicherheitsempfinden	Erneuerbare Energieträger
Arbeitslosenquote	Tötungsrate (neu)	Energetischer Endverbrauch
Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen	Vertrauen in das politische System	Energieverbrauch des Verkehrs
Gender Pay Gap	Sehr schlechter Wohnstandard (neu)	Transportleistung des Lkw-Verkehrs
S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis	Subjektive Lebenszufriedenheit	Emissionen des Verkehrs (neu)
		Ökosteueranteile

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

[18] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/was_ist_wie_gehts_oesterreich/index.html

1.2 Überarbeitungsprozess 2017

In mehreren Workshops mit unabhängigen externen Expertinnen und Experten sowie Fachexpertinnen und -experten von Statistik Austria wurden die Indikatoren der Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt umfassend diskutiert und überarbeitet. Dabei wurde auch das Indikatorenset der UN Agenda 2030 berücksichtigt. Im Rahmen eines Runden Tisches fand im Juni 2017 eine Konsolidierung des aktualisierten Indikatorensets mit den Stakeholdern (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) des Projekts *WgÖ?* statt.

Die laufende Einbindung der zentralen Stakeholder (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) ermöglicht, wie erwähnt, eine breite nationale Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets. Dem folgend fanden laufend moderate Anpassungen der Erstauswahl des Indikatorensets statt. Für das Jahr 2017 hatte sich Statistik Austria das Ziel gesetzt, die Indikatorenzusammensetzung umfassend zu evaluieren. In drei Workshops wurden mit unabhängigen Expertinnen und Experten sowohl die festgelegten Dimensionen als auch die Indikatorenauswahl für diese erörtert. Dies erfolgte jeweils getrennt für die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt.

Bei der Überarbeitung des Indikatorensets wurde beachtet, dass keine grundsätzliche Veränderung des Sets erfolgte, sondern innerhalb der konzeptionellen Vorgaben von *WgÖ?* vorgegangen wurde. Die wesentlichen Empfehlungen der Sponsorship Group blieben damit weiterhin erhalten.

Wie eingangs angeführt, wurde festgelegt, die Anzahl von 30+1 Schlüsselindikatoren auch in Zukunft nicht zu überschreiten. Zudem wurde definiert, dass zukünftig alle drei Bereiche von *WgÖ?* durch ungefähr gleich viele Schlüsselindikatoren repräsentiert sein sollten. Durch die Verschiebung von zwei Schlüsselindikatoren aus dem Bereich Lebensqualität in den materiellen Wohlstand und die Verschiebung von einzelnen Schlüsselindikatoren innerhalb der drei Bereiche zu den Zusatzinformationen (vormals Subindikatoren), wurde diese Vorgabe erreicht, bzw. sogar Platz für neue Schlüsselindikatoren geschaffen. Die genauen Änderungen bezüglich der Schlüsselindikatoren innerhalb der jeweiligen Bereiche sind in den Kapiteln 2.1, 3.1 und 4.1 beschrieben.

Das Indikatorenset der UN-Agenda 2030 wurde dabei ebenfalls für eine gründliche Evaluierung und Diskussion der aktuell verwendeten Indikatoren herangezogen. Eine Gegenüberstellung der *WgÖ?*-Indikatoren mit den Indikatoren der SDG war bei der Einschätzung, welche Indikatoren ausgetauscht werden könnten, von Nutzen. Festzuhalten ist, dass sich ein wesentlicher Teil der *WgÖ?* Indikatoren bereits in den UN Indikatorenvorschlägen wiederfand. Während einige Indikatoren mit gleicher Definition und Darstellung im UN-Set vorhanden sind (z. B. inländischer Materialverbrauch), weicht bei anderen Indikatoren die Definition etwas ab (z.B. Anteil der erneuerbaren Energien) oder ist die Darstellung unterschiedlich (z.B. BIP pro Kopf versus Wachstumsrate des BIP).

1.2.1 Auswahlkriterien für *WgÖ?* Indikatoren

Bereits bei der ersten Zusammenstellung der Indikatoren für *WgÖ?* wurden Auswahlkriterien wie Relevanz oder Verständlichkeit der Datenreihen festgelegt. Für den Überarbeitungsprozess wurden die Vorgaben für die Auswahl noch etwas erweitert. Zusätzliche Kriterien stellten die Bewertbarkeit der Indikatoren, die Beibehaltung von Europa 2020 Indikatoren sowie die Bevorzugung von Agenda 2030 Indikatoren dar (siehe Übersicht 1).

Bewertbarkeit von Indikatoren

Ein zusätzliches Kriterium für die Auswahl von neuen Indikatoren bzw. die Beibehaltung bereits vorhandener Schlüsselindikatoren war die Bewertbarkeit derselben. Es muss eine Zeitreihe von zumindest 3 Jahren vorhanden sein, um eine Bewertung der kurzfristigen Entwicklung vornehmen zu können. Einige bisher nicht bewertbare Indikatoren wurden damit speziell im Bereich Lebensqualität (Kapitel 3.1) vom Schlüssel- zum Zusatzindikator. Das aktuelle Indikatorenset enthält nur mehr zwei kurzfristig nicht-bewertbare Schlüsselindikatoren, nämlich den Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit sowie das Vertrauen in das politische System. Für beide Indikatoren ist keine Zeitreihe verfügbar, sie wurden jedoch vom Expertenteam als so wesentlich für die Darstellung von Wohlstand und Fortschritt eingestuft, dass sie weiterhin als Schlüsselindikatoren fungieren.

Europa 2020 Indikatoren

Indikatoren der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010)[19] sollten grundsätzlich weiterhin als Schlüsselindikatoren berücksichtigt werden. In der Dimension Energie ergab sich jedoch für den Indikator Energieintensität durch die Datenlage eine Ausnahme, dieser ist zukünftig nur mehr als Zusatzinformation verfügbar. Der Europa 2020 Indikator zur Forschungsquote wurde neu als Zusatzinformation in der Dimension Produktion angeführt. Hier wurde vom Expertenteam befunden, dass keine inhaltliche Notwendigkeit besteht, diesen Indikator als Schlüsselindikator aufzunehmen.

Agenda 2030 Indikatoren

Für neue Indikatoren wurde besonders darauf geachtet, wo immer möglich SDG-Indikatoren der UN Agenda 2030 (siehe auch Kapitel 1.5) heranzuziehen. So wurde beispielsweise bei der Dimension Gesundheit zusätzlich zur subjektiven Gesundheit die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten als Schlüsselindikator gewählt, dies entspricht weitgehend dem SDG Indikator 3.4.1 (Mortality rate attributed to cardiovascular disease, cancer, diabetes or chronic respiratory disease 30 to 69).

Übersicht 1
Kriterien für die Auswahl von Schlüsselindikatoren

Generell	Überarbeitungsprozess
Relevanz	Bewertbarkeit der Indikatoren
Qualität	Europa 2020 Indikatoren bleiben grundsätzlich erhalten (als Schlüssel)
Faktische Handhabung	Agenda 2030 Indikator, soweit vorhanden
Verständlichkeit	
Zeitnahe Verfügbarkeit	

Q: Statistik Austria, Wie geht's Österreich?

1.2.2 Expertenworkshops

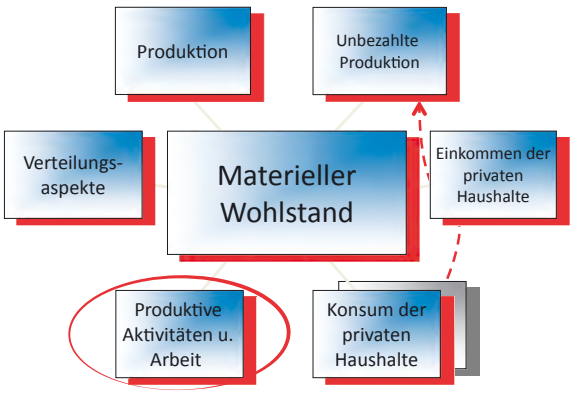
In drei Expertenworkshops wurden die möglichen Änderungen am Indikatorenset für die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt mit einem Team aus Fachexpertinnen und -experten von Statistik Austria sowie Expertinnen und Experten unabhängiger Institutionen[20] diskutiert, um ab dem Bericht 2017 umgesetzt zu werden. Das betraf einerseits die Neuernennung von Schlüsselindikatoren sowie deren Wegfall, aber auch die Zusammenfassung oder Verschiebung von Dimensionen. Die Nennung von Alternativvorschlägen für bestehende Schlüsselindikatoren durch das Expertenteam war ebenfalls möglich. Wesentliche Zusatzinformationen wurden ebenfalls von den jeweiligen Expterinnen und Experten genannt und in den Workshops diskutiert.

Im Rahmen eines Runden Tisches fand danach eine letzte Konsolidierung des aktualisierten Indikatorensets mit den Stakeholdern (wissenschaftliche Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) des Projekts *WgÖ?* statt.

1.2.3 Ergebnisse materieller Wohlstand

Im Zuge der Überarbeitung kam es zu einer Verschiebung der Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit vom Bereich Lebensqualität zum materiellen Wohlstand, wodurch letzterer nun sechs Dimensionen beinhaltet. Zudem wurde die Dimension unbezahlte Produktion direkt nach der Dimension Produktion angesiedelt.

Grafik 2
Anpassung der Dimensionen des materiellen Wohlstands



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Durch die Verschiebung der Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit kamen zu den bereits vorhandenen acht Schlüsselindikatoren die Datenreihen zur Erwerbstätigenquote und Arbeitslosenquote hinzu. Darüber hinausgehend erfolgten bei den Schlüsselindika-

[19] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm Die Ziele wurden in allen EU-Staaten in nationale Ziele umgesetzt, die den unterschiedlichen Ausgangssituationen und Gegebenheiten im jeweiligen Land Rechnung tragen.

[20] Institut für höhere Studien, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Sustainable Europe Research Institute, Umweltbundesamt, Wirtschaftsuniversität Wien.

Übersicht 2
Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen im materiellen Wohlstand

Dimensionen	Schlüsselindikatoren	Zusatzindikatoren
Produktion	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real	BIP nominell
		BIP real
		Forschungsquote
	Arbeitsproduktivität	
Unbezahlte Produktion	Nicht bezahlte Arbeit	Nicht bezahlte Arbeit nach Art
Einkommen der privaten Haushalte	Einkommen privater Haushalte pro Kopf, real	Verfügbares Einkommen – Aufkommensseite
		Verfügbares Einkommen – Verwendungsseite
Konsum der privaten Haushalte	Konsum privater Haushalte pro Kopf real	Zusammensetzung des Haushaltskonsums
		Sparen der privaten Haushalte, Sparquote
		Konsum nach Einkommensgruppen
Produktive Aktivitäten & Arbeit	Erwerbstätigenquote	
	Arbeitslosenquote	Jugendarbeitslosenquote
Verteilungsaspekte	Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen	Hohe/ niedrige EK durchgängig vollzeitbesch. Erwerbstätiger
		Teilzeitquote nach Geschlecht
		Dezile und Mittelwert des Nettovermögens
		Mediane und Mittelwerte nach Nettovermögensdezilen
		Verteilung des Bruttovermögens
	S80/S20 Einkommensquintil-Verh.	Gini-Koeffizient des Haushaltseinkommens
	Gender Pay Gap, unbereinigt	

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?. - Gelb: Änderungen bzw. neue Indikatoren.

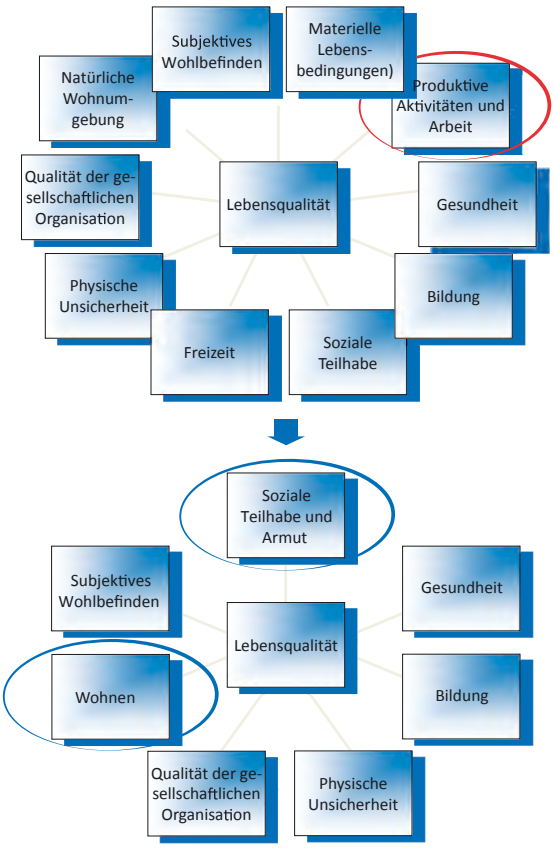
toren keine weiteren Änderungen. Damit ergänzt sich das Set des materiellen Wohlstands auf insgesamt zehn Schlüsselindikatoren.

Den Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands wurden Zusatzinformationen (vormals Subindikatoren) zur Seite gestellt, die auf einer tieferen Ebene nähere Informationen zu den Indikatoren liefern und diese um wesentliche Aspekte ergänzen. Auch dabei gab es einige Veränderungen. So wurde beispielsweise in der Dimension Produktion die Forschungsquote mit aufgenommen. Zusätzlich erfolgten Vereinfachungen bei der Darstellung der Zusatzinformationen. Übersicht 2 zeigt einen Überblick über die Zusatzinformationen zu den Schlüsselindikatoren (neue Indikatoren jeweils gelb) sowie die neu im Bereich enthaltene Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit.

1.2.4 Ergebnisse Lebensqualität

Der Bereich Lebensqualität erfuhr im Rahmen des Umstrukturierungsprozesses die größten Veränderungen, sowohl was die Dimensionen als auch was die Indikatorenauswahl betrifft. Es wurden die zehn Dimensionen der Lebensqualität auf insgesamt sieben Dimensionen reduziert (siehe Grafik 3).

Grafik 3
Anpassung der Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Übersicht 3
Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen in der Lebensqualität

Dimensionen	Schlüsselindikatoren	Zusatzindikatoren
Soziale Teilhabe und Armut	Armuts- od. Ausgrenzungsgef.	Teilaspekte Armuts- od. Ausgrenzungsg.
		Verfestigte Mehrfach-AGG
		Tragfähigkeit sozialer Beziehungen
Gesundheit	Subjektiver Gesundheitszustand	
	Frühzeitige Sterblichkeit	Gesunde Lebenserwartung
Bildung	Tertiärquote	Weiterbildung - Lebenslanges Lernen
	Frühe Schul- u. Ausbildungsabgänger	
Physische Unsicherheit	Physisches Unsicherheitsempfinden	
	Tötungsrate	
Qualität der ges. Org.	Vertrauen in das politische System	Vertrauen in öffentliche Institutionen
		Vertrauen in andere
Wohnen	Sehr schlechter Wohnstandard	Subjektive Umweltbelastung in der WU
		Hohe Wohnkosten
Subjektives Wohlbefinden	Gesamte Lebenszufriedenheit	Bereichszufriedenheiten (Arbeit, Wohn-umgebung, Haushalts-EK, persönliche Beziehungen, verfügbare Zeit)
		Freizeitaktivitäten

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?. - Gelb: Änderungen bzw. neue Indikatoren.

Die Dimension materielle Lebensbedingungen wurde in Armut und Soziale Teilhabe umbenannt. Die Dimension natürliche Wohnumgebung wurde in Wohnen umbenannt. Die Dimension Soziale Teilhabe wurde in die Dimension Armut und Soziale Teilhabe integriert. Die Dimension Freizeit wurde der Dimension Subjektives Wohlbefinden zugeordnet. Die Dimension Arbeit wurde, wie bereits erwähnt, in den Bereich materieller Wohlstand integriert. In der neu entwickelten Gliederung gibt es in der Lebensqualität nur noch eine Dimension mit nicht bewertbarem Schlüsselindikator: die Qualität der gesellschaftlichen Organisation. Hier soll in nächster Zeit geprüft werden, ob ein entsprechendes Item regelmäßig in EU-SILC aufgenommen werden kann.

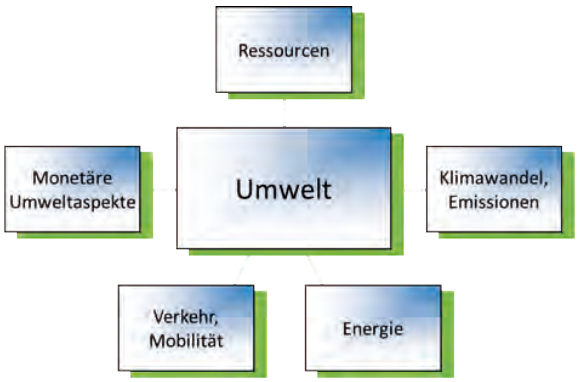
Durch die Verschiebung von zwei ehemaligen Schlüsselindikatoren in andere Dimensionen (und damit Verwendung als Zusatzinformationen) und durch die Verschiebung einer Dimension in den Bereich materieller Wohlstand hat sich die Zahl der Schlüsselindikatoren reduziert. Dadurch konnten neue Schlüsselindikatoren ernannt werden. Eine weitere wesentliche Änderung wurde in der Dimension Wohnen vorgenommen (vormals „Natürliche Wohnumgebung"). Hier wurde der Indikator „Sehr schlechter Wohnstandard" zum Schlüsselindikator ernannt, während der bisherige Schlüsselindikator „Umweltbelastung in der Wohnumgebung" zur Zusatzinformation zurückgestuft wurde.

Auch bei den Zusatzinformationen (vormals Subindikatoren) gab es einige Veränderungen. So wurden beispielsweise bei der Dimension soziale Teilhabe und Armut die Teilaspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung als Zusatzinformation mit aufgenommen. Bei der Dimension zum subjektiven Wohlbefinden wurden die Zufriedenheiten mit verschiedenen Lebensbereichen (vormals bei den jeweiligen Dimensionen) verankert. Übersicht 3 zeigt einen Blick auf die zehn Schlüsselindikatoren, von denen nun neun bewertbar sind (neue Indikatoren jeweils gelb). Zudem sind die jeweiligen Zusatzindikatoren angeführt.

1.2.5 Ergebnisse Umwelt

Für den Bereich Umwelt ergaben sich keine Umgestaltungen für Anzahl und Bezeichnung der Dimensionen (Grafik 4), dementsprechend sind weiterhin fünf Dimensionen für die Darstellung der Umweltbelange enthalten.

Grafik 4
Anpassung der Dimensionen der Umwelt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Übersicht 4

Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen in der Umwelt

Dimensionen	Schlüsselindikatoren	Zusatzindikatoren
Ressourcen	Inländischer Materialverbrauch	RMC (Rohmaterialverbrauch)
		Abfälle aus Haushalten u. ä. Einrichtungen
	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung	
	Flächeninanspruchnahme	Flächenarten
Klimawandel, Emissionen	Treibhausgasemissionen	
	Feinstaub-Emissionen (PM_{10})	$PM_{2,5}$, Staubemissionen insgesamt
Energie	Erneuerbare Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch	
	Energetischer Endverbrauch	Heizgradtage
		Energieintensität
Mobilität, Verkehr	Energieverbrauch des Verkehrs	Öffentl. Verkehr
	Transportleistung des Lkw-Verkehrs	Treibstoffverbrauch privater Pkw-Verkehr
	Emissionen des Verkehrs	
Monetäre Umweltaspekte	Ökosteueranteile an den Steuern insgesamt	Weitere relevante Zahlungen
		Ökosteueranteile am BIP
		Umweltschutzausgaben
		Umweltwirtschaft (Umweltumsatz)

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?. - Gelb: Änderungen bzw. neue Indikatoren.

Innerhalb der Dimensionen wurden einige Änderungen in den Schlüsselindikatoren beschlossen: In der Dimension Ressourcen werden etwa die Flächen mit biologischer Bewirtschaftung zukünftig als Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche gezeigt. In der Dimension Mobilität, Verkehr wurde die Transportleistung des Lkw-Verkehrs auf Statistik-interne Daten umgestellt. Zudem wurde der Indikator zu den Treibhausgasemissionen des Verkehrs neu in das Set aufgenommen. Die nunmehr 11 Schlüsselindikatoren werden noch durch Zusatzindikatoren inhaltlich ergänzt. Auch bei den Zusatzinformationen gab es einige Veränderungen. So wurde beispielsweise bei der Dimension Ressourcen der Rohmaterialverbrauch als Zusatzinformation mit aufgenommen.

1.3 Bewertung der Schlüsselindikatoren

Das grundlegende Ziel eines Indikatorensets zu Fortschritt und Wohlstand ist es, positive oder negative Trends etwa in Bezug auf die Nachhaltigkeit der Entwicklung eines Landes aufzuzeigen. Die Bewertung der Schlüsselindikatoren ermöglicht es, auch bei rascher Lektüre einen Eindruck zu gewinnen, wie sich die abgebildeten Phänomene verändert haben. Mögliche Problembereiche der Vergangenheit werden auf einen Blick sichtbar. Die Bewertung wird von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen durchgeführt.

Bewertung mittels Symbolen wird als kommunikatives Mittel bei der Darstellung von Indikatoren im Europäischen Statistischen System vielfach eingesetzt. Zum Thema „Getting Messages Across Using Indicators" veröffentlichte Eurostat (2014) ein Handbuch, das sich mit Fragen der Indikatorbewertung auseinandersetzt. Eurostat bewertet beispielsweise die Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren sowie der Europa 2020 Indikatoren mittels einer 4-teiligen Wettersymbolik (zuletzt: Eurostat 2015)[21]. Im Zuge von *WgÖ?* wird die Entwicklung oder das Niveau von Indikatoren (zumeist in Bezug auf Referenz- oder Zielgrößen) bewertet, die indirekt durch politische Maßnahmen und Strategien oder andere (soziale, ökonomische oder umweltrelevante) Phänomene wie etwa die Wirtschaftskrise beeinflusst werden können.

Bei der Bewertung von Indikatoren wird der Verhaltenskodex für Europäische Statistiken berücksichtigt und hier insbesondere die Grundsätze der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Objektivität (Eurostat 2011). Statistik Austria nimmt deshalb auf die Bewertung der einzelnen Indikatoren keinen Einfluss.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren wird von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen (siehe Übersicht 5) durchgeführt.

Bewertet werden dabei nur jene Schlüsselindikatoren, für die eine zumindest dreijährige Zeitreihe verfügbar ist. Die Bewertungen werden im Rahmen eines Bewertungsgesprächs durch das genannte Gremium jährlich akkordiert und festgelegt.

Übersicht 5
Gremium externer Expertinnen und Experten

Institution	Expertin / Experte
Institut für höhere Studien	Helmut Hofer
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Angela Köppl
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Marcus Scheiblecker
Sustainable Europe Research Institute	Moritz Kammerlander
Umweltbundesamt (Bewertung der Umweltindikatoren)	Andreas Berthold
Wirtschaftsuniversität Wien	Karin Heitzmann
Wirtschaftsuniversität Wien	Markus Hametner

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Dabei gelangt der Bewertungsmodus laut Übersicht 6 zur Anwendung.

Die Bewertung erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala (siehe Übersicht 7). Gegenstand sind kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen der Vergangenheit: Während die kurzfristige Perspektive auf die letzten drei verfügbaren Jahre fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die gesamte verfügbare Zeitreihe eines Indikators. Eine langfristige Beurteilung wird nur dann durchgeführt, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind.

Da jeder Indikator jeweils nur einen Aspekt von Wohlstand und Fortschritt abdeckt, sind Bewertungen dort schwierig, wo verschiedene Entwicklungen zueinander im Widerspruch stehen. Beispielsweise kann eine Entwicklung, die wirtschaftlich als positiv zu sehen ist, negative Folgen für die Umwelt haben und vice versa. Um dennoch eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wurde vom Expertengremium beschlossen, dass jeder Indikator weitgehend für sich beurteilt wird und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen.

Steigender Konsum etwa würde demnach ungeachtet seiner negativen Auswirkungen auf andere Bereiche (wie Verschuldung, Ressourcenverbrauch etc.) positiv bewer-

[21] http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/6975281/KS-GT-15-001-EN-N.pdf/5a20c781-e6e4-4695-b33d-9f502a30383f. Weitere Beispiele für die Bewertung von Nachhaltigkeits- oder Wohlstandsindikatoren gibt es etwa von Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien u. a.

Übersicht 6
Bewertungsmodus

Grundlegendes
Es wird grundsätzlich der Verlauf des Indikators bewertet, die Einbeziehung einer Referenzgröße (z. B. BIP, internationaler Vergleich) kann die Bewertung um eine Stufe verbessern/ verschlechtern.
Das absolut mögliche Niveau wird mitberücksichtigt (z. B.: Abflachen der Kurve bei Werten nahe 0 oder 100%)
Kurzfrist / Langfrist
Kurzfrist: die letzten 3 verfügbaren Jahre
Langfrist: die gesamte Zeitreihe sofern mindestens 10 Jahre verfügbar sind
Voraussetzung für die Bewertung
Der Indikator muss eindeutig (normativ) interpretierbar sein.
Modus der Bewertung
Die Bewertung bezieht sich grundsätzlich auf die normative Interpretation der Zeitreihe bzw. ein extern vorgegebenes Ziel (z. B. Europa 2020). Im ersten Fall kann eine zusätzliche Referenzgröße zur Bewertung herangezogen werden (z. B. BIP und Ressourcenverbrauch, absolute und relative Entkopplung). Im zweiten Fall wird die Entwicklung in Bezug auf das Ziel bewertet, weshalb keine weitere Referenzgröße notwendig ist.

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

tet werden. Ob Nachhaltigkeitsaspekte erfüllt wurden, muss durch Einbeziehung von Indikatoren wie Energieverbrauch oder Arbeitslosigkeit überprüft werden. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009 S16f), zur Beurteilung der Nachhaltigkeit des materiellen Wohlstands die sozialen und ökologischen Indikatoren den Wirtschaftskennzahlen gegenüberzustellen.

Liegen den Indikatoren vereinbarte politische Zielsetzungen wie die Europa 2020-Ziele (Europäische Kommission 2010) zugrunde, konnte die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen werden. Die Bewertungen sind dieser Art intuitiv verständlich und ergeben gemeinsam betrachtet ein Gesamtbild der Entwicklung des Indikatorensets.

Die Zuordnung einzelner Bewertungskategorien zu den Schlüsselindikatoren darf nicht als eine abschließende Beurteilung oft sehr komplexer Sachverhalte missverstanden werden, sondern soll vielmehr dazu anregen, eine weiterführende Diskussion über die Hintergründe und Rahmenbedingungen der Entwicklung einzelner Indikatoren auszulösen.

Übersicht 7
Bewertungsskala

5-teilige Bewertungsskala		
	KF	sehr gute Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Zielerreichung bei fortlaufendem Trend gewährleistet oder übertroffen
	LF	der langfristige Trend zeigt eine deutlich positive und nachhaltige Entwicklung bzw. gewährleistet die Erreichung etwaiger definierter Ziele
	KF	tendenziell positive Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend in die richtige Richtung betreffend Ziel, jedoch unter notwendigem Verlauf
	LF	der langfristige Trend ist tendenziell positiv zu bewerten bleibt aber moderat bzw. hinter der notwendigen Entwicklung in Bezug auf die Zielerreichung zurück
	KF	minimale Veränderungen bzw. gleichbleibender Status
	LF	der langfristige Trend lässt keine eindeutige positive oder negative Entwicklung erkennen
	KF	tendenziell negative Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend in die falsche Richtung betreffend Ziel; Zielerreichung nicht gewährleistet/schwierig
	LF	der langfristige Trend ist tendenziell negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich leicht gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung
	KF	deutlich negative Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend stark in die falsche Richtung betreffend Ziel, Zielerreichung unwahrscheinlich
	LF	der langfristige Trend ist deutlich negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich stark gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - KF = Kurzfristige Bewertungder letzten 3 Jahre, LF = Langfristige Bewertung der gesamten Zeitreihe (mindestens 10 Jahre).

1.4
Kommunikation und Dissemination

***WgÖ?* steht in einer Reihe nationaler und internationaler Initiativen wie How's Life?[22] (OECD), National Well-being[23] (Großbritannien, ONS), Benessere Equo e Sostenibile[24] (Italien, ISTAT/CNEL) oder dem Sutainability Monitor[25] (Niederlande, CBS) u. v. a. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen, die Themen Fortschritt und Wohlstand sichtbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Kommunikation, Aufbereitung und Verbreitung des Datenmaterials spielen hierbei eine wichtige Rolle.**

Die Kommunikation des Indikatorensets *WgÖ?* richtet sich an verschiedene Usergruppen. Zum einen sollen interessierte Privatpersonen angesprochen werden, die sich über die Webseite einen schnellen Überblick über Entwicklung und Tendenz verschiedener Indikatoren verschaffen wollen. Zum anderen soll das Set die interessierte Fachwelt zu wissenschaftlichen Analysen mit den Indikatoren anregen, die detaillierte Ergebnisse über Zusammenhänge und Einflussgrößen zu Tage fördern können. Drittens dient das *WgÖ?*-Set politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern aber auch Medienvertreterinnen und -vertretern dazu, sich umfassend und schnell über die relevanten Entwicklungen der vergangenen Jahre zu informieren. Letztere benötigen unter Umständen mehr Detailtiefe als die breite Öffentlichkeit, jedoch schnellere und weniger detaillierte Information als wissenschaftliche Nutzerinnen und Nutzer.

In Bezug auf die Kommunikation, differenzierte Hák et al. (2012, S. 21ff) im Rahmen des BRAINpol-Projekts (Bringing alternative indicators into policy [26]) drei zentrale Funktionen von Indikatorensets wie dem vorliegenden. Unterschieden wurden i.) die instrumentelle, ii.) die konzeptuelle und iii.) die politische Verwendung der Indikatoren:

- Instrumentelle Funktion: Indikatoren sind objektive Informationsinstrumente, die als Entscheidungsgrundlage für politische Akteurinnen und Akteure herangezogen werden können.

- Konzeptuelle Funktion: Dieser Ansatz zum Verständnis der Verwendung von Indikatorensystemen sieht den primären Wert der Indikatoren in ihrer konzeptuellen Darstellung. Indikatoren können demnach neue Perspektiven auf Probleme geben oder die Herangehensweise an Problemstellungen beeinflussen.

- Politische Funktion: In ihrer politischen Verwendung werden Indikatoren in dreierlei Hinsicht herangezogen: Erstens zur Legitimierung bereits getroffener Entscheidungen, zweitens zur taktischen Argumentation bzw. zur Unterstützung politischer Forderungen und drittens werden sie in symbolischer Weise verwendet, um bestimmte Botschaften zu vermitteln.

Parallel zur Entwicklung der Indikatoren wurde an der grafischen Umsetzung auf der Website von Statistik Austria gearbeitet. Der entsprechende Abschnitt ist seit 2012 unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich online und wird regelmäßig aktualisiert.

Die Darstellung der Indikatoren erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht an oberster Ebene den Vergleich der vergangenen Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Schlüsselgrößen zu Wohlstand und Fortschritt nach eigener Auswahl (Grafik 5).

Grafik 5
Ebene 1 der Webseite

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

[22] http://www.oecd.org/statistics/datalab/bli.htm
[23] http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/wellbeing/index.html
[24] http://www.misuredelbenessere.it/
[25] http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/dossiers/duurzaamheid/cijfers/extra/duurzame-ontwikkeling.html
[26] BRAINpol ist ein Forschungsnetzwerk, das sich mit der Vermittlung alternativer Indikatoren an die Politik auseinandersetzt.

Auf der nächsten Ebene (Grafik 6) wird die zeitliche Entwicklung (sofern Daten vorhanden) der Schlüsselindikatoren dargestellt und eine Interpretation des jeweiligen Indikators angeboten. Seit 2017 werden keine Sub-Indikatoren mehr auf Ebene 2 ausgewiesen, sondern diese Informationen als Zusatzindikatoren auf Ebene 3 der Webseite dargestellt. Dies ermöglicht eine klare Unterscheidung zwischen Schlüssel- und weiteren Indikatoren.

Grafik 6
Ebene 2 der Webseite

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Auf der untersten Ebene schließlich sind zusätzliche Detail- und Metainformationen zu den jeweiligen Inhalten abrufbar.[27]

Das Indikatorenset wird seit 2013 jährlich in einem umfassenden Bericht zu Wie geht's Österreich? inhaltlich analysiert und grafisch dargestellt. Artikel in den Statistischen Nachrichten von Statistik Austria und diverse Zeitschriftenbeiträge sowie Vorträge ergänzen den Disseminationsprozess. Der Konsultationsprozess erfolgt laufend in enger Abstimmung mit Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen sowie interessierten Datennutzerinnen und -nutzern aus Politik und Wirtschaft.

„Wie geht's Österreich?" ist als dynamischer Prozess zu verstehen. Die Zusammenstellung der Schlüsselindikatoren bleibt Gegenstand von Diskussionen und kann gegebenenfalls überdacht und verändert werden. Statistik Austria lädt daher dazu ein, Kommentare und Weiterentwicklungsvorschläge zu diesem Projekt an die Adresse wie-gehts-oesterreich@statistik.gv.at zu senden.

[27] Siehe beispielsweise Zusatzinformationen zu den Verteilungsaspekten: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/materieller_wohlstand/04/index.html#1_2

1.5 Internationale Entwicklungen

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN Agenda 2030 wurden im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt. Auch die EU weist die Bedeutung der Ziele für nachhaltige Entwicklung für Europa aus[28]. Sie stellen weltweit einen wesentlichen neuen politischen Rahmen zur Beendigung aller Formen von Armut, zur Bekämpfung von Ungleichheiten und zur Bewältigung des Klimawandels dar, und sollen zugleich sicherstellen, „dass niemand zurückgelassen wird".

Eine Reihe von Initiativen (z. B. How's Life? (OECD), BES (ISTAT), National Well-being (ONS)) befasst sich schon bisher auf internationaler Ebene mit der Messung und Interpretation von Wohlstand, Lebensqualität und sozialem und nachhaltigem Fortschritt einer Gesellschaft. Allen Initiativen gemeinsam ist der Grundgedanke, dass die Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt ein breiteres Feld abdecken muss, als es das Bruttoinlandsprodukt gemeinhin vermag.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bildet die aggregierte Produktion eines Landes umfassend ab, sagt aber wie erwähnt wenig über Verteilungswirkungen oder negative ökologische Konsequenzen, die sich aus bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten ergeben, aus. Eine dynamische Produktion steigert kurzfristig die Einkommen einer Volkswirtschaft, verbraucht allerdings auch Ressourcen und kann dabei mittelfristig die Lebensqualität durch Umweltschäden beeinträchtigen. Aus diesem Grund ist in den vergangenen Jahren in vielen Ländern eine Debatte darüber in Gang gekommen, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftliches Wohlbefinden gemessen werden soll.

1.5.1 Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung

Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde am 25. September 2015 im Zuge des United Nations Sustainable Development Summit von der Vollversammlung bzw. den Staatsoberhäuptern der UN-Mitgliedsstaaten in New York verabschiedet. Dem Gipfel vorausgegangen ist die Erarbeitung weltweiter Entwicklungsziele, die für 15 Jahre gelten und die 2015 ausgelaufenen Millennium Development Goals (MDGs) ablösten. Im Gegensatz zu den MDGs sind SDGs universell gültig d. h. sie betreffen Entwicklungsländer ebenso wie die westlichen Industriestaaten. Im Zentrum der Sustainable Development Goals (SDG) steht eine breite und mehrdimensionale Auffassung vom Wohlbefinden der Menschen wie auch ein ausbalanciertes Bild der ökonomischen, sozialen und umweltrelevanten Aspekte der Nachhaltigkeit. Die Open Working Group on Sustainable Development Goals (OWG) hat dafür nach einem 16-monatigen Konsultations- und Verhandlungsprozess 17 Ziele (Goals, siehe Grafik 7) mit 169 Zielvorgaben (targets)[29] vorgeschlagen.

Grafik 7
17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung

Q: UN, http://unstats.un.org/sdgs/

Eine große Herausforderung stellt das Monitoring der SDGs dar, das durch die den Zielvorgaben (targets) zugeordneten Indikatoren geschieht. Die Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs) wurde mit der Ausarbeitung eines globalen SDG-Indikatorenrahmenwerks betraut. Der daraus resultierende Vorschlag bestehend aus 244 Indikatoren (bzw. 232 Indikatoren mit teilweiser Mehrfachnennung) wurde während der Sitzung der UN Statistical Commission (48. Sitzung, März 2017) angenommen. Eine weitere Detailabstimmung der Indikatoren durch die IAEG-SDGs wird in den nächsten Jahren erfolgen. Für Europa in der IAEG-SDGs vertreten sind: Frankreich, Deutschland, Niederlande und Schweden. Durch diese Indikatoren soll es möglich sein, festzustellen, ob die beabsichtigten Verbesserungen tatsächlich eintreten, bzw. wo möglicherweise noch größere Anstrengungen erforderlich sind.

[28] http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/sdi/overview
[29] https://sustainabledevelopment.un.org/?menu=1300

Das internationale Indikatorenrahmenwerk soll durch regionale und nationale Indikatorensets ergänzt werden. Eurostat entwickelte daher eine Liste von 100 EU SDG Indikatoren für das regionale Monitoring der UN Agenda 2030. Dieses Indikatorenset wurde mittels eines breit und umfassend angelegten Prozesses entwickelt. Eurostat ging dabei jedoch vom Prinzip der Zuordnung der Indikatoren zu Targets (Unterzielen) ab und beschloss, seine Indikatoren nur den 17 Zielen zuzuordnen. Zudem ist jedes der 17 Ziele jeweils mit maximal sechs Indikatoren zu messen. Ein erster Indikatorenbericht soll Ende 2017 folgen[30].

Statistik Austria kommt als nationalem Statistikinstitut (NSI) eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Indikatorentabellen zur Agenda 2030 zu. Zudem zeigte die Agenda 2030, wie in Kapitel 1.2 erläutert, auch einen Einfluss auf die Indikatorenauswahl für *WgÖ?*. Das diesjährige Sonderkapitel des vorliegenden Berichts befasst sich explizit mit der Agenda 2030 im Kontext von *WgÖ?*.

1.5.2 EU Beyond GDP Prozess

Im November 2007 veranstaltete die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD eine Konferenz mit dem Titel „Beyond GDP" („Jenseits des BIP"). Es herrschte breite Zustimmung seitens politischer EntscheidungsträgerInnen, Wirtschafts- und UmweltexpertInnen sowie der Zivilgesellschaft, dass die Notwendigkeit bestünde Indikatoren als Ergänzung zum BIP zu entwickeln, die dazu beitragen sollen, die politische Entscheidungsfindung durch umfassendere Informationen zu unterstützen.

Zentrales Ziel der Beyond-GDP Konferenz war es, zu klären, welche Kennzahlen Fortschritt am ehesten zu messen vermögen und wie man sie bestmöglich in den politischen Entscheidungsprozess integrieren und in der öffentlichen Debatte verankern könne: „The objectives were to clarify which indices are most appropriate to measure progress, and how these can best be integrated into the decision-making process and taken up by public debate".

Am 20. August 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel". Die Mitteilung - ein direktes Ergebnis der „Beyond GDP" Konferenz – skizziert in fünf Schlüsselaktionen wie Fortschrittsindikatoren so verbessert werden könnten, dass sie soziale, technische und politische Entwicklungen optimal abbilden. Am 21. September 2009 bestätigte der Umweltrat, dass zunehmend Einigkeit darüber bestünde, das BIP durch zusätzliche Indikatoren zu ergänzen, die ein genaueres Bild der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritte zeichnen. Er beauftragte daher die Kommission mit Arbeiten zu diesem Thema.

In der Mitteilung der Kommission wurde ein Aktionsplan für die EU mit fünf wesentlichen Handlungsfeldern vorgestellt, die unmittelbar oder in naher Zukunft umgesetzt werden sollen. Die fünf Handlungsfelder unterstützen das Ziel der Kommission, zeitgemäße Indikatoren zu entwickeln, die den politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts Rechnung tragen und eine bessere Grundlage für öffentliche Debatten und politische Entscheidungen bieten:

- Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren (d. h. einen umfassenden Index, der die Bereiche Umwelt, Lebensqualität und Wohlergehen abdeckt)
- Informationen in Beinahe-Echtzeit für die Entscheidungsfindung (möglichst zeitnahe ökologische und soziale Indikatoren)
- Genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten
- Entwicklung eines europäischen Anzeigers für nachhaltige Entwicklung.

In den letzten Jahren wird vorrangig an der Weiterentwicklung von Indikatoren gearbeitet (etwa zur Messung von Umweltbelastungen) sowie an der Datenaktualität speziell der Umweltindikatoren. Sogenannte „early estimates" werden beständig weiterentwickelt. Dies führte u.a. dazu, dass für den Schlüsselindikator „inländischer Materialverbrauch" heuer bereits aktuelle Daten für 2016 vorliegen.

1.5.3 ESS (Europäisches Statistisches System) and Measuring Progress – Stiglitz, Sen, Fitoussi und Sponsorship Group

Am 14. September 2009 wurde der abschließende Bericht der Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission") vorgelegt. Die Kommission wurde Anfang 2008 auf Initiative des französischen Präsidenten Sarkozy mit dem Ziel ins Leben gerufen, die wachsende Kluft zwischen den klassischen Wirtschaftskennzahlen auf der einen Seite und der individuellen, subjektiven Wahrnehmung von Fortschritt und Wohlbefinden auf der anderen Seite zu verringern. Die Stiglitz-Kommission empfahl in ihrem Bericht, die Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft durch Informationen über die Entwicklung des Wohlstands auf Ebene der privaten Haushalte sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der

[30] http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/sdi/overview

Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit zu ergänzen.

Am 21. Oktober 2009 betonte der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN), dass die Bemühungen um eine bessere Verzahnung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Statistiken verstärkt werden müssten, und begrüßte den Beitrag, den die Mitteilung der Europäischen Kommission und der Bericht der Stiglitz-Kommission leisteten.

Das oberste Statistikgremium der EU, der Ausschuss des Europäischen Statistischen Systems (ESSC), initiierte daraufhin ein gemeinschaftliches Projekt mit dem Ziel, die Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports sowie die Kommunikation der Europäischen Kommission (GDP & Beyond) in konkrete Handlungsfelder für das ESS zu übersetzen.

Organisiert wurde dieses Projekt in Form einer sogenannten „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development", in der hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – mit dem Ziel zusammenarbeiten, das offizielle statistische System den sich verändernden Bedürfnissen anzupassen.

Drei Task Forces wurden beauftragt, konkrete Vorschläge in den Feldern „Haushaltsperspektive & Verteilungsaspekte", „Lebensqualität" und „umweltorientierte Nachhaltigkeit" auszuarbeiten, bestehende Statistiken besser zu nutzen oder neue Statistiken und Indikatoren zu entwickeln. Task Force 4 wurde zur Behandlung von Querschnitts- und übergreifenden Themen sowie zur Konsolidierung des abschließenden Berichts (Sponsorship Report) eingesetzt.[31]

Im November 2011 wurden vom Europäischen Statistischen System (ESS) die Empfehlungen der Sponsorship Group übernommen. Die Vorschläge laut Sponsorship Report wurden damit ein integraler Teil des Europäischen Statistischen Programms 2013-2017 (2020)[32].

1.5.4 EU Europa 2020 Strategie

Die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum, also der Berücksichtigung eines mehrdimensionalen Ansatzes von Fortschritt und Entwicklung, wurde infolge auch von der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) verfolgt. Durch wirksamere Investitionen in Forschung, Bildung und Innovation, durch eine entschlossene Ausrichtung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft und eine wettbewerbsfähige Industrie, aber auch durch die vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung soll dieses Ziel bis 2020 erreicht werden. Ein System der wirtschaftspolitischen Steuerung wurde eingerichtet, um politische Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene zu koordinieren. Fünf ehrgeizige Kernziele wurden vom Europäischen Rat am 17. Juni 2010 endgültig beschlossen und stehen im Zentrum der Strategie[33] (siehe Übersicht 8).

Eine wesentliche Leitinitiative unter Europa 2020 betrifft ein „Ressourcenschonendes Europa" mit dem Scoreboard zur Ressourceneffizienz[34].

Übersicht 8
Kernziele der Europa 2020 Strategie

Beschäftigung
75% der 20-64-Jährigen sollen in Arbeit stehen.
Forschung & Entwicklung
3% des BIP der EU sollen für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden.
Klimawandel & nachhaltige Energiewirtschaft
Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% (oder sogar um 30%, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind[1]) gegenüber dem Niveau von 1990;
Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%;
Steigerung der Energieeffizienz um 20%.
Bildung
Verringerung der Quote vorzeitiger Schulabgänger auf unter 10%;
Steigerung des Anteils der 30-34-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40%.
Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung
Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen soll um mindestens 20 Millionen gesenkt werden.

Q: Eurostat. - 1) Eine Verringerung der Treibhausgase von 30% gegenüber 1990 wird angestrebt, sofern sich die anderen Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten.

Im Oktober 2014 wurde aufbauend auf dem Klima- und Energiepaket 2020 von den EU-Staats- und Regierungschefs ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 angenommen[35]: Darin verfolgt die EU drei Hauptziele:

31 http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/measuring-progress
32 http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:039:0012:0029:EN:PDF
33 http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm
34 http://ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators/resource-efficient-europe/context
35 http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2030/index_de.htm

- Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 % (gegenüber dem Stand von 1990)
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf mindestens 27 %
- Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27 %.

Im Juli 2017 wurde die mittlerweile vierte Publikation zu den Europa 2020 Indikatoren „smarter, greener, more inclusive - indicators to support the Europe 2020 strategy" veröffentlicht (Eurostat 2017). Die Publikation enthält auch Länderprofile mit den nationalen Europa 2020-Zielen.

Europa 2020 und eine Reihe anderer Initiativen (z. B. PROGRESS[36]; Sozialinvestitionspaket 2013[37], Paket zur Jugendbeschäftigung 2013[38], Verkehrsweißbuch[39] u. v. a.) zeigen, dass auch die europäische Politik ihren Fokus über das Wirtschaftswachstum hinaus auf spezifische Handlungsfelder und Dimensionen des ökonomischen, sozialen und umweltverträglichen Lebens richtet.

1.5.5
OECD Better Life Initiative

Im Mai 2011 wurde anlässlich des 50. Geburtstags der OECD die Better Life Initiative ins Leben gerufen, in der man die Aktivitäten der Organisation zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung zusammenfasste. Die Better Life Initiative baut auf dem OECD Rahmen für die Analyse von Wohlbefinden und gesellschaftlichem Fortschritt auf, der sowohl die materiellen Lebensbedingungen als auch die Lebensqualität in ihren verschiedenen Dimensionen berücksichtigt.

Die OECD-Initiative umfasst die Stränge „How's Life?"[40] inklusive einer breit angelegten Forschungsagenda und das interaktive Tool „Your Better Life Index" (BLI)[41]. How's Life? fasst die Entwicklungen von Indikatoren zum Wohlbefinden von Individuen und Haushalten zusammen und analysiert Zusammenhänge und Einflüsse. Der Fokus wird dabei insbesondere auf die Dimensionen der Lebensqualität gelegt, wie sie von Stiglitz et. al. (2009) vorgeschlagen wurden. Untersucht werden sowohl durchschnittliche Lebensbedingungen der Haushalte als auch spezifische Bevölkerungsgruppen in der OECD. Die Guidelines zur Messung von Subjektivem Wohlbefinden[42] stellten in diesem Zusammenhang den ersten Versuch dar, internationale Empfehlungen zur Erhebung, Publikation und Analyse von subjektiven well-being Daten bereitzustellen.

Neben dieser stark analytischen Dimension setzt die OECD mit dem BLI verstärkt auf Kommunikation und Breitenwirksamkeit ihrer Initiative. Dieser Index ermöglicht es, die Situation in den verschiedenen OECD-Staaten zu visualisieren. Der BLI ist ein interaktives Instrument, durch das man herausfinden kann, wie Länder im Vergleich abschneiden und das es ermöglicht, die einzelnen Komponenten des Wohlbefindens nach eigenen Vorstellungen zu gewichten.

1.5.6
OECD Green Growth Strategie

Im Juni 2009 unterzeichneten die Ministerinnen und Minister aus 34 Ländern eine Erklärung zu umweltverträglichem Wachstum, der zufolge sie beabsichtigen, ihre „Anstrengungen zur Verfolgung umweltverträglicher Wachstumsstrategien im Rahmen ihrer Reaktion auf die Krise und in der Zeit danach zu verstärken, und anerkennen, dass Umweltverträglichkeit und Wachstum Hand in Hand gehen können". Sie stimmten der Erteilung eines Mandats an die OECD zu, eine Strategie für umweltverträgliches Wachstum zu entwickeln, die wirtschaftliche, ökologische, soziale, technologische und entwicklungsspezifische Aspekte zu einem umfassenden Rahmenkonzept vereint.

Mit der „Green Growth Strategy"[43] kommt die OECD diesem Mandat nach. Umweltverträgliches Wachstum bedeutet dabei, Wirtschaftswachstum und Entwicklung zu fördern und gleichzeitig sicherzustellen, dass Naturgüter weiter die Ressourcen und Umweltleistungen liefern können, die Voraussetzung für unser Wohlergehen sind. Um dies zu erreichen, sollen Investitionen und Innovationen herbeigeführt werden, die ein dauerhaftes und nachhaltiges Wachstum unterstützen.

Das oberste Ziel der Strategie für umweltverträgliches Wachstum ist die Schaffung von Anreizen, die zur Erhöhung des Wohlergehens beitragen, indem sie:

- das Ressourcenmanagement verbessern und die Produktivität steigern;
- eine Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit im Interesse größtmöglicher langfristiger Vorteile für die Gesellschaft fördern;
- zur Entwicklung neuer Methoden zur Erfüllung dieser beiden Ziele führen – d. h. zu Innovationen.

---

36 http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=327
37 http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=9761&langId=en
38 http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=1036
39 http://ec.europa.eu/transport/themes/strategies/2011_white_paper_en.htm
40 http://www.oecd.org/berlin/publikationen/hows-life.htm
41 http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/#/11111111111
42 http://www.oecd.org/statistics/oecd-guidelines-on-measuring-subjective-well-being-9789264191655-en.htm
43 http://www.oecd.org/greengrowth/

2

Materieller Wohlstand

Geringes Wachstum des BIP pro Kopf real

BIP pro Kopf wuchs 2016 real um 0,2 %

Zuwachs bei Einkommen und Konsum

Einkommen und Konsum der privaten Haushalte pro Kopf stiegen real um 1,4 % und 0,4 %

Anstieg der Arbeitslosenrate

Arbeitslosenrate stieg 2016 auf 6,0% an

2.1
Dimensionen des materiellen Wohlstands

Der materielle Wohlstand eines Landes wird häufig mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert, und tatsächlich kann der ökonomische Entwicklungsstand eines Landes gut daran abgelesen werden. Das BIP ist immer noch die verbreitetste Kennzahl wirtschaftlicher Performance. Es bildet die aggregierte Angebotsseite einer Volkswirtschaft ab. Die Berechnung des BIP beruht auf internationalen Standards, die durch das ESVG 2010 aktualisiert wurden. Als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft findet sich das BIP auch im Indikatorenset *WgÖ*? wieder. Der Lebensstandard der Bevölkerung lässt sich daran aber nicht automatisch ablesen. Der materielle Wohlstand eines Landes wird nicht nur von der Größe der wirtschaftlichen Produktion bestimmt, sondern auch vom Einkommen und den Konsummöglichkeiten seiner Bevölkerung sowie von der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Wie der Stiglitz-Report (Stiglitz et al. 2009, S. 85) verdeutlicht, korreliert das Niveau des BIP mit vielen Indikatoren des Lebensstandards. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht universal und wird schwächer, wenn bestimmte Wirtschaftssektoren betrachtet werden. Darüber hinaus kann das BIP naturgemäß auch nicht alle Aspekte von Wohlstand und Fortschritt in einer Gesellschaft abbilden, manche weisen gar negative Korrelationen auf. Wie in der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament (Europäische Kommission 2010c, S. 2) zum Thema „Das BIP und mehr" festgehalten, misst dieses *„weder die Nachhaltigkeit im Umweltbereich noch die soziale Integration. Diese Einschränkungen müssen aber berücksichtigt werden, wenn das BIP in politischen Analysen und Diskussionen herangezogen wird"*. Folglich ist die Konzentration auf diesen einen Indikator unzureichend, wenn Aussagen über das Wohlbefinden der Bevölkerung getroffen werden sollen.

Inwiefern lässt sich aber der materielle Wohlstand der Bevölkerung durch andere Kennzahlen besser beleuchten? Die Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden; es bedarf also lediglich einer expliziteren Darstellung einzelner Bereiche. Fünf konkrete Vorschläge werden genannt, die kurz- bis mittelfristig mit neuen Daten operationalisiert werden müssen:

- Verschiebung des Fokus von der Produktion auf Einkommen und Konsum
- Gemeinsame Betrachtung von Einkommen und Konsum mit Vermögen
- Hervorhebung der Haushaltsperspektive
- Mehr Gewicht auf der Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen
- Erweiterung der Einkommenskennzahlen um Nichtmarktaktivitäten

Der Schlussbericht der Eurostat Sponsorship Group (Eurostat 2011) greift diese Punkte auf. Er skizziert, wie vorhandene Daten der VGR künftig so aufbereitet werden können, dass die Entwicklung des materiellen Lebensstandards der privaten Haushalte besser abgebildet wird. Demnach ist das verfügbare Einkommen um soziale Sachtransfers (z. B. Gratiskindergarten) zu erweitern. Die Darstellung des Konsums von Haushalten hat detaillierter zu erfolgen. Zudem soll die Verteilung von Einkommen und Vermögen besser abgebildet und auch jene Produktion, die nicht am „Markt" stattfindet (wie etwa Haushaltsarbeit oder Kinderbetreuung), dargestellt werden.

Die Daten für die Indikatoren des materiellen Wohlstands liefert zu einem großen Teil die VGR. Aus der VGR stammen, neben dem realen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, der reale Konsum der privaten Haushalte pro Kopf sowie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf. Um den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) gerecht zu werden, wurde die Dimension Produktion durch die Dimension unbezahlte Produktion ergänzt. Erweitert wurde das Set um die Indikatoren der inflationsbereinigten Entwicklung hoher und niedriger Bruttoeinkommen unselbständiger Beschäftigter aus Lohnsteuer- und Hauptverbandsdaten sowie dem S80/S20 Einkommensquintilsverhältnis aus dem EU-SILC Datensatz und dem Gender Pay Gap, aus der Verdienststrukturerhebung um Aspekte der Einkommensverteilung abzudecken. Weiters wurde nach den Rückmeldungen der Stakeholder die Arbeitsproduktivität ergänzt, um dem BIP auf Produktionsseite auch die produktive menschliche Arbeitsaktivität gegenüberzustellen.

2.1.1
Überarbeitungsprozess Wie geht's Österreich? – Materieller Wohlstand

Unter Berücksichtigung der oben genannten Empfehlungen wurden ursprünglich fünf Dimensionen im Themenfeld materieller Wohlstand für das *WgÖ?*-Set definiert. 2017 wurde das Indikatorenset von *WgÖ?* wesentlich überarbeitet (siehe auch Kapitel 1.2). Im Zuge dieser Überarbeitung

Grafik 8
Dimensionen des materiellen Wohlstands

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

kam es zu einer Verschiebung der Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit vom Bereich Lebensqualität zum materiellen Wohlstand, durch welche der Bereich materieller Wohlstand nun sechs Dimensionen beinhaltet.

2017 wurden die Schlüsselindikatoren inhaltlich diskutiert und angepasst. Zum Bereich materieller Wohlstand kamen durch die Verschiebung der Dimension „Produktive Aktivitäten und Arbeit" zu den bereits vorhandenen 8 Schlüsselindikatoren weitere zwei Schlüsselindikatoren hinzu. Die Schlüsselindikatoren Erwerbstätigenquote und Arbeitslosenquote, welche ursprünglich in der Lebensqualität verankert waren, ergänzen das Set des materiellen Wohlstands auf insgesamt zehn Schlüsselindikatoren. Bei den vorhandenen acht Schlüsselindikatoren ergab sich laut Expertenmeinung kein Änderungsbedarf. Übersicht 9 stellt die Schlüsselindikatoren des materiellen

Übersicht 9
Schlüsselindikatoren des Materiellen Wohlstands mit Bewertung

Materieller Wohlstand	kurz-fristig	lang-fristig
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real		
Arbeitsproduktivität		
Nicht bezahlte Arbeit	–	–
Einkommen privater Haushalte pro Kopf		
Konsum privater Haushalte pro Kopf		
Erwerbstätigenquote		
Arbeitslosenquote		
Hohe / niedrige Bruttojahreseinkommen		
Gender Pay Gap		
S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis		–

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Wohlstands zusammen mit ihrer kurzfristigen und langfristigen Bewertung dar.

Den Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands wurden Zusatzinformationen (vormals Subindikatoren) zur Seite gestellt, die auf einer tieferen Ebene nähere Informationen zu den Indikatoren liefern und diese um wesentliche Aspekte ergänzen. Dabei gab es einige Veränderungen. So wurde beispielsweise bei der Dimension Produktion die Forschungsquote mit aufgenommen und in der Dimension Verteilung der Gini-Koeffizient für das verfügbare Äquivalenzeinkommen als Zusatzinformation (siehe Kapitel 1.2).

2.2 Produktion

Die marktwirtschaftliche Produktion stellt einen wesentlichen Pfeiler der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dar. Markttransaktionen bilden den Angelpunkt der wirtschaftlichen Leistung eines Landes. Zu berücksichtigen ist, dass nicht für alle Güter Preise existieren und andererseits Externalitäten (wie etwa Umweltschäden), die in der Produktion oder auch im Konsum entstehen, nicht ausreichend in den Marktpreisen reflektiert werden.

Im gesamten Indikatorenset *WgÖ?* bildet das BIP (real, pro Kopf) den Ausgangspunkt, dem weitere 30 Schlüsselindikatoren gegenübergestellt werden. Es gibt den innerhalb einer Periode in einer Volkswirtschaft hergestellten Wert aller Waren und Dienstleistungen (abzüglich Vorleistungen) an.

Das BIP ist ein Indikator für die – überwiegend – marktwirtschaftliche Produktion. Für den Wohlstand ist die Produktionsleistung einer Volkswirtschaft insofern von Bedeutung, als sich davon die zur Verteilung gelangenden Einkommen herleiten, die wiederum für die Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehen. Ökonomische Wohlfahrt oder gar ein gesellschaftliches Wohlbefinden (so ein solches existiert) können durch das BIP alleine jedoch nicht hinreichend beschrieben werden.

Als Zusatzindikatoren werden in der Dimension Produktion auch das nominelle und reale BIP dargestellt.

Für eine breitere Betrachtung des materiellen Wohlstands ist es analytisch von Bedeutung, wie sich maßgebliche Indikatoren im Vergleich zum Produktionsmaß BIP entwickeln. Als zweiter zentraler Indikator der Produktionsdimension wurde daher die Arbeitsproduktivität gewählt. Sie drückt das Verhältnis der geleisteten Arbeitsstunden zum realen BIP aus und gibt Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß der Produktionsfaktor Arbeit eingesetzt werden muss, um ein bestimmtes Produktionsniveau zu erreichen bzw. wie sich die Effizienz des Arbeitseinsatzes im Zeitverlauf entwickelt.

2.2.1 Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

Das BIP ist die in monetären Einheiten ausgedrückte Wirtschaftsleistung, die von gebietsansässigen produzierenden Einheiten in einer Referenzperiode erbracht wird. Um eine Verzerrung des Produktionsvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird als Schlüsselindikator das BIP preisbereinigt („real") ausgewiesen. Das BIP wird hier aus zwei Gründen pro Einwohner gezeigt: einerseits wird der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des BIP-Niveaus im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird der Vergleich mit Ländern unterschiedlicher Bevölkerungszahlen möglich.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

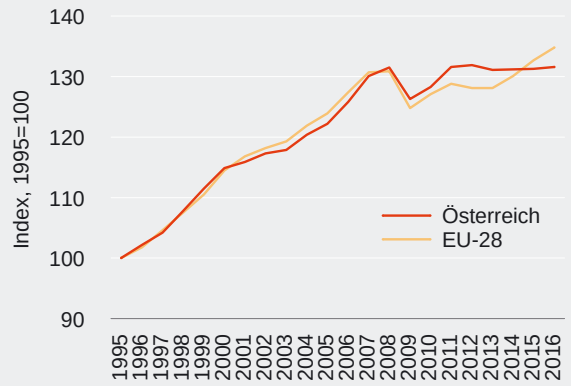
„Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 1995 zeigt bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg. Nach dem krisenbedingten Einbruch verlief die Entwicklung jedoch eher flach. Langfristig wird der Verlauf daher nur tendenziell positiv gesehen. Da das BIP pro Kopf (u.a. durch den Bevölkerungsanstieg) in Österreich im Gegensatz zur Entwicklung in der EU-28, seit 2014 nur sehr verhalten stieg, fällt die Bewertung der kurzfristigen Entwicklung neutral aus."

Das reale BIP pro Kopf wuchs seit 1995 um durchschnittlich etwa 1,3 % pro Jahr. Nach einem kontinuierlichen Wachstum bis zum Jahr 2008 (durchschnittlich 2,1 % p.a.) brachte das Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise den stärksten realen Rückgang des BIP in der Nachkriegszeit (pro Kopf -4,0 %). Gründe dafür lagen im durch den internationalen Konjunktureinbruch bedingten Nachfragerückgang, der den heimischen Export v. a. zu Beginn 2009 massiv einbrechen ließ. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28 und insbesondere zur ebenfalls exportorientierten deutschen Wirtschaft, kam Österreich aber gut durch das Krisenjahr, da die Industrieproduktion hierzulande weniger stark zurückging als im Nachbarland (BMWFJ 2010). Dies zeigt sich auch in Grafik 9: In den Jahren 2009-2011 konnten wieder Wachstumsimpulse erzielt werden. In Österreich erreichte die Wirtschaftsleistung 2011 sogar erneut das Vorkrisenniveau.

Nach der Erholung in den Jahren 2010 und 2011 verlor das Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2012 jedoch deutlich an Dynamik, was sich in Verbindung mit stärkeren Bevölkerungszuwächsen in diesem Zeitraum in einer rückläufigen Entwicklung des BIP pro Kopf niederschlug (siehe auch Grafik 10). 2013 und 2014 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, 2015 und 2016 stieg es wieder geringfügig an um 0,1 % bzw. 0,2 %. Die Nachfrage nach Investitionsgütern entwickelte sich 2016 (reales Wachstum von 3,7 %) am kräftigsten. Nach der gedämpften Entwicklung der letzten Jahre gingen 2016 wieder Impulse von der Konsumnachfrage aus (real +1,7 %). Mit einem Plus von real 1,5 % wuchsen die Konsumausgaben der privaten Haushalte so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr[44]. Etwas stärker stiegen die Konsumausgaben des Staates (real +2,1 %) und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (real +1,9 %). Die Steigerung der Exportnachfrage mit real 1,9 % fiel schwächer aus als in den Jahren davor.

Grafik 9

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)



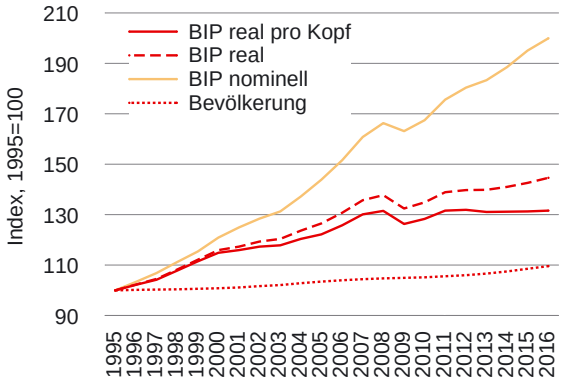
Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Das kumulierte Wachstum des BIP pro Kopf der EU-28 im Zeitraum 1995-2016 war um rund 3,2 %-Punkte höher als in Österreich. Das durchschnittliche Wachstum in diesem Zeitraum betrug für die EU-28 rund 1,4 % pro Jahr, für Österreich 1,3 %. EU-weit befand sich die Wirtschaftsleistung zuletzt im Aufwärtstrend. 2016 wuchs die Wirtschaft der EU-28 inflationsbereinigt und pro Kopf um 1,6 %. Österreich verzeichnete (u.a. aufgrund der Anstiegs der Bevölkerung) mit 0,2% das niedrigste reale Wachstum des BIP pro Kopf im EU-Vergleich. Betrachtet man jedoch das Niveau des BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards, so nahm Österreich 2016 im EU-28-Vergleich hinter Luxemburg, Irland und den Niederlanden erneut den vierten Platz ein.

Grafik 10 zeigt die Entwicklung des nominellen und realen BIP, des realen BIP pro Kopf sowie die Bevölkerungsentwicklung seit 1995. Obgleich die österreichische Wirtschaft seit 2010 durchschnittlich um 1,2 % pro Jahr wuchs, lag das Bevölkerungswachstum im selben Zeitraum bei durchschnittlich 0,7 %, wodurch das reale BIP pro Kopf eine geringe durchschnittliche Wachstumsrate von 0,4 % verzeichnete. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die österreichische Wirtschaft 2016 um 1,5 %, die Bevölkerung um 1,3 %, und das reale BIP pro Kopf daher um 0,2 %.

Grafik 10

Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

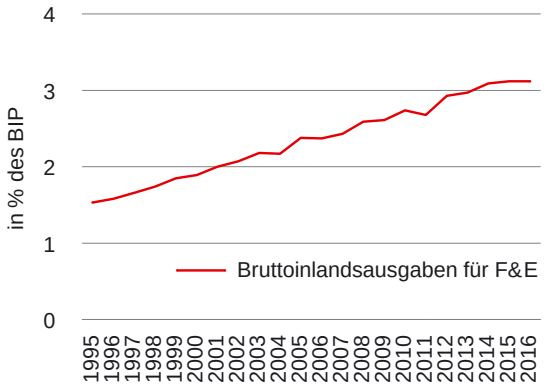
2.2.2 Forschungsquote

Eines der Ziele der Europa 2020-Strategie der Europäischen Union ist die Erhöhung der Forschungsquote der EU auf 3 % des BIP. Stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen dazu beitragen, das Wachstum der Wirtschaft intelligent[45] zu gestalten. Das nationale Ziel für Österreich sieht die Erhöhung der Forschungsquote auf 3,76 % des BIP vor. Wie aus Grafik 11 ersichtlich, liegt die Forschungsquote in Österreich 2016 noch darunter bei 3,1 % des BIP. Seit 1995 konnten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP ausgehend von 1,5 % damit mehr als verdoppelt werden.

[44] Die Konsumausgaben der privaten Haushalte als Komponente des BIP unterscheiden sich vom Schlüsselindikator Konsum der privaten Haushalte pro Kopf nach Verbrauchskonzept, für welchen auch die Waren und Dienstleistungen, welche vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zur Verfügung gestellt werden, berücksichtigt werden.

[45] Als intelligentes Wachstum bezeichnet die Europa 2020-Strategie bessere Leistungen der EU in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation, digitale Gesellschaft, siehe http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/priorities/smart-growth/index_de.htm

Grafik 11
Bruttoinlandsausgaben für F&E in % des BIP



Q: STATISTIK AUSTRIA, F&E Statistik.

Es ist jedoch zu betonen, dass die Höhe der Ausgaben für Forschung und Entwicklung alleine noch nicht ausreicht, um zu beurteilen, wie intelligent Wachstum in einer Volkswirtschaft auch tatsächlich gestaltet wird. Dies hängt unter anderem immer auch davon ab, ob die Ausrichtung der Investitionen auf die wesentlichen Herausforderungen der Gesellschaft, wie Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz, Gesundheit und demografischer Wandel, gewährleistet ist.

2.2.3 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität

In der Arbeitsproduktivität kommt der Wirkungsgrad der konkreten menschlichen Arbeit bei der Produktion materieller Güter und Dienstleistungen zum Ausdruck. Sie stellt das Verhältnis der produzierten Warenmengen zu der für ihre Produktion erforderlichen gesellschaftlichen Arbeit dar. Gemessen wird sie an der Menge der in einer bestimmten Zeit hergestellten Güter und Dienstleistungen und an der Arbeitszeit, die für die Herstellung einer bestimmten Menge dieser Gebrauchswerte gesellschaftlich notwendig ist.

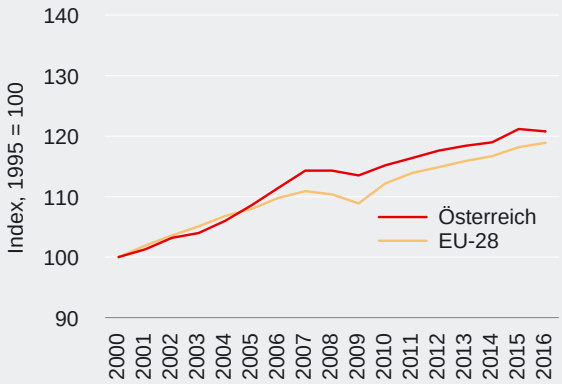
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der langfristige Verlauf der Arbeitsproduktivität seit 1995 weist durchwegs nach oben und ist daher positiv zu sehen. Da die Entwicklung 2016 gegenläufig zum Jahr 2015 verlief und einen Teil des starken Anstiegs 2015 wieder konterkarierte, fällt die kurzfristige Bewertung nur tendenziell positiv aus."

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 2000 bis 2016 um durchschnittlich 1,2 % pro Jahr. Im Krisenjahr 2009 war ein minimaler Produktivitätsrückgang (-0,7 %) zu beobachten. 2010 bis 2013 gab es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Nach einem minimalen Plus 2014 wuchs die Arbeitsproduktivität 2015 stark um 1,9 % zum Vorjahr. 2016 kam es zu einem geringfügigen Rückgang der Arbeitsproduktivität um 0,4 %. Im Vergleich zu Österreich sank die Arbeitsproduktivität der gesamten EU-28 2009 stärker (-1,4 %), stieg aber seither kontinuierlich an und verzeichnete 2016 ein Wachstum von 0,6 %.

Grafik 12
Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Beeinflusst wird die Arbeitsproduktivität beispielsweise durch den durchschnittlichen Qualifikationsgrad oder die Produktionserfahrung der Arbeitskräfte, aber auch durch die technologische Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse auf die Produktion. Andere Einflussfaktoren sind etwa die Entwicklungsstufe der Serien- und Massenproduktion, oder die Spezialisierung des Produktionsprozesses.

Bei der Interpretation der Arbeitsproduktivität ist jedoch Vorsicht geboten. Die Bezeichnung impliziert nicht, dass mit der Messung der Produktivität auch das Zurechnungsproblem gelöst sei. So ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Regel primär nicht die Folge einer Leistungssteigerung des Faktors Arbeit, sondern wird vielmehr durch eine Vermehrung, beziehungsweise Verbesserung, des Einsatzes der Betriebsmittel bedingt sein. Dabei spielt die Wirkung des technischen Fortschrittes eine wesentliche Rolle. Die Leistungssteigerung des Faktors Arbeit beeinflusst die Arbeitsproduktivität nur sekundär.

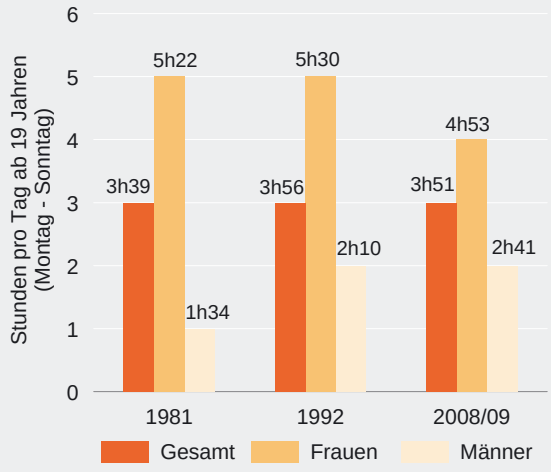
2.3 Unbezahlte Produktion

Viele Dienstleistungen, die Haushalte für den Eigenbedarf produzieren, scheinen in klassischen Einkommens- und Produktionskennzahlen nicht auf. Dennoch stellen sie einen wichtigen Teil der ökonomischen Aktivität dar. Zu diesen Aktivitäten zählen z. B. putzen, kochen, Kinder- und Altenbetreuung, Arbeitswege u.a. Die Stiglitz-Kommission fordert daher, dass vollständige Haushaltskonten als Satelliten der VGR das Bild ökonomischer Produktion vervollständigen.

Die Dimension der Nichtmarktproduktion liefert im Zeitverlauf auch wichtige Informationen über die Entwicklung der Funktion von Haushalten in der Gesellschaft. So werden viele Dienstleistungen, die früher von Familienmitgliedern ausgeführt wurden, heute am Markt erworben. Diese Veränderung kommt in steigenden Einkommen (wie in den VGR gemessen) zum Ausdruck, stellt jedoch lediglich eine Verschiebung der Nichtmarkt- auf die Marktproduktion dar. In diesem Fall wird nicht mehr produziert, sondern lediglich mehr Produktion gemessen.

Grafik 13

Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

2.3.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit

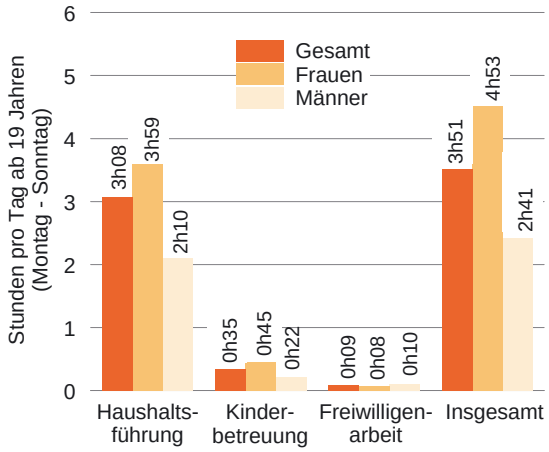
„Unbezahlte Arbeit" setzt sich aus den Aktivitäten Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit zusammen. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in Stunden und Minuten für einen durchschnittlichen Tag (Montag bis Sonntag). Es wurden die Hauptaktivitäten über alle Personen in Österreich ab 19 Jahren ausgewertet. Die aktuellen Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/09. Neue Daten zur Zeitverwendung liegen zurzeit nicht vor.

Die Struktur der nicht-bezahlten Arbeit hat sich seit 1981 stark verändert. Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch deutlich mehr an unbezahlter Arbeit, nämlich fast doppelt so viel wie Männer. Insgesamt brachten Frauen 4h53 pro Tag im Durchschnitt für nicht-bezahlte Arbeit auf, während es bei den Männern 2h41 waren. Während Frauen deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden, gehen sie in geringerem Stundenausmaß bezahlter Arbeit nach. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen und fast drei Viertel der berufstätigen Frauen mit Kindern arbeitet in Teilzeit (siehe Grafik 13).

Ein Blick in die einzelnen Tätigkeitsbereiche der unbezahlten Arbeit zeigt, dass ein Großteil der Zeit für die Haushaltsführung aufgebracht wurde, wobei hier wiederum

Grafik 14

Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

ein deutlicher Geschlechterunterschied zu sehen ist: Während Frauen im Durchschnitt knapp 4 Stunden täglich für diese Aktivität aufbrachten, waren es bei den Männern nur 2 Stunden 10 Minuten.

Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist für 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung der Guidelines für diese neue Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab.

2.4 Einkommen der privaten Haushalte

Stiglitz et. al. (2009) fordern, für die Bewertung des materiellen Wohlstands eines Landes insbesondere die privaten Haushalte in den Blick zu nehmen. Kennzahlen zum Konsum und den Einkommen der Haushalte liefern hierfür wichtige Informationen. Die verfügbaren VGR-Daten zeigen für viele Länder der OECD und auch für Österreich, dass sich die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen bzw. des -konsums im Zeitverlauf häufig anders darstellt als jene des realen BIP.

Die Haushaltsdaten der VGR ermöglichen die Berücksichtigung von Zahlungsströmen zwischen den Sektoren (wie etwa von den Haushalten abgeführte Steuern, von der öffentlichen Hand erhaltene Sozialleistungen oder Zinszahlungen an bzw. von Finanzinstituten). Darüber hinaus reflektieren die Daten staatlich bereitgestellte Sachtransfers wie etwa Gesundheitsdienstleistungen oder den Zugang zu Bildungseinrichtungen, die in Haushaltsbefragungen wie Mikrozensus oder EU-SILC nicht einbezogen werden (es wird ausschließlich nach den monetären Einkommen gefragt). Dadurch wird im internationalen Vergleich auch die staatliche Umverteilung berücksichtigt.

Die erste Empfehlung der Stiglitz-Kommission (2009, S. 12) lautet daher: *„When evaluating material well-being, look at income and consumption rather than production"*. Während produktionsbezogene Indikatoren jeweils auf die Angebotsseite fokussieren, betreffen Einkommen und Konsum das originäre Ziel der Produktion, nämlich den Lebensstandard der Menschen eines Landes zu erhöhen. Dabei wird der Konsum (wie auch die Sparmöglichkeiten) vom Einkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht, bestimmt. Das Haushaltseinkommen liefert somit ein Maß der für den Konsum und das Sparen verfügbaren Ressourcen eines Haushalts. Übersteigt der Konsum das verfügbare Einkommen, müssen entweder die Verbindlichkeiten erhöht oder die Aktiva vermindert werden. In beiden Fällen sinkt das Nettovermögen.

In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren.

Durch die Verwendung verfügbarer aggregierter VGR-Daten kann die Entwicklung des materiellen Lebensstandards eines „durchschnittlichen (privaten) Haushalts" dargestellt werden. Da das Verhältnis von öffentlichen und privat erstandenen Gütern und Dienstleistungen von Land zu Land variiert und auch die Sozialversicherungen unterschiedlich ausgestaltet sind, ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen" und beim „Konsum der privaten Haushalte" nach dem Verbrauchskonzept erfasst. Zwei Zusatzindikatoren zur Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Aufkommensseite und der Verwendungsseite zeigen das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten, monetären Sozialleistungen und sozialen Sachtransfers sowie staatliche Leistungen.

2.4.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen

Für den Wohlstand der privaten Haushalte ist jenes Einkommen maßgeblich, das ihnen nach der Einkommensumverteilung für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung steht. Die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v. a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) werden beim Verbrauchskonzept als einkommensäquivalent behandelt.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die langfristige reale Entwicklung des Indikators ist neutral zu bewerten. Zwar sind die realen Haushaltseinkommen heute höher als 1995, allerdings zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) deutlich stärker entwickelten, als die Einkommen der privaten Haushalte. Die kurzfristige Betrachtung fällt neutral aus, da der gesamte Anstieg 2014 - 2016 nicht sehr ausgeprägt war."

Gäbe es die Leistungen von Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht, müssten die Einkommen ohne Sachtransfers nämlich genau um diesen Betrag höher sein, um das gleiche Wohlstandsniveau zu errei-

chen. Die Berücksichtigung der Transferströme erleichtert zeitliche Vergleiche bei unterschiedlichen oder sich ändernden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und vervollständigt die Untersuchung der Rolle des Staates bei der Einkommensumverteilung. Da die Kaufkraft des Einkommens über die Zeit durch Preisänderungen verzerrt ist, wird das Einkommen kaufkraftbereinigt (d. h. „real") ausgewiesen[46].

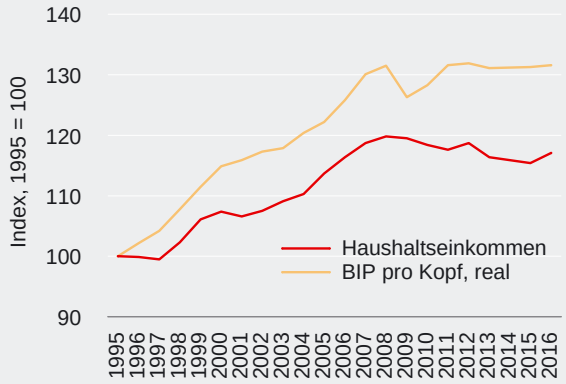
Wie im Stiglitz-Bericht (2009, S. 94) angemerkt, führt das Phänomen der Globalisierung zu großen Unterschieden zwischen Einkommens- und Produktionsmaßen. Niveau und Entwicklung der Einkommen sind für den Lebensstandard der Menschen im Land wesentlicher als Höhe und Entwicklung der Produktion, weil Teile des in der Produktion generierten Einkommens ins Ausland fließen und manche Bewohnerinnen und Bewohner Einkommen aus dem Ausland beziehen. Das BIP als Indikator für die Produktion muss daher um Einkommensindikatoren ergänzt werden.

Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers, nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 1995 bis 2016 durchschnittlich um 0,8 % pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +1,3 % pro Jahr) wie aus Grafik 15 ersichtlich. Die Einkommensentwicklung war zwischen dem Krisenjahr 2009 und 2016 rückläufig (durchschnittlich -0,3 % pro Jahr), jedoch wirkte sich das Krisenjahr weit weniger negativ aus als dies beim BIP der Fall war. Nach drei Jahren des Rückgangs, stiegen die Einkommen 2016 vor allem aufgrund der Einkommensteuerreform 2015 / 2016 gegenüber dem Vorjahr deutlich um 1,4 %. Die im Vergleich zum BIP schwächere Einkommensentwicklung im Beobachtungszeitraum ist, neben dem Einbruch der Vermögenseinkommen im Zuge der Wirtschaftskrise, vor allem auf die mäßigen Zuwächse der nominellen Arbeitnehmerentgelte sowie auf die im EU-Vergleich hohe Inflation zurückzuführen.

Grafik 16 zeigt die Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen auf der Aufkommensseite (Komponenten, aus denen sich das gesamte Haushaltseinkommen zusammensetzt) im Zeitverlauf. Die Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte (nach dem Verbrauchskonzept) war 2016 die unselbständige Arbeit (46,3 %). Die sozialen Sachtransfers trugen rund ein Zehntel (12,2 %) zum Haushaltseinkommen (vor Abzug von Abschreibungen, Steuern und Sozialbeiträgen) bei. Zu diesen Sachtransfers zählen wie erwähnt Gesundheits- oder Bildungsleistungen. 22,8 % der Einkommen speisten sich aus monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers,

Grafik 15

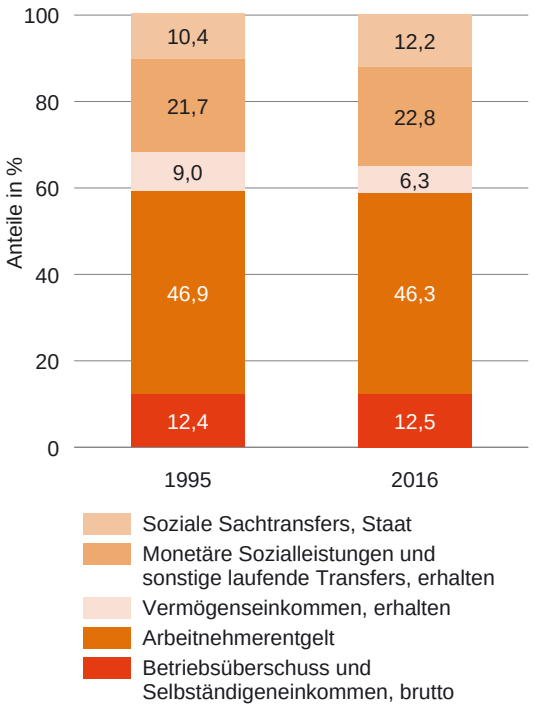
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Grafik 16

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommensseite (1995 und 2016)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

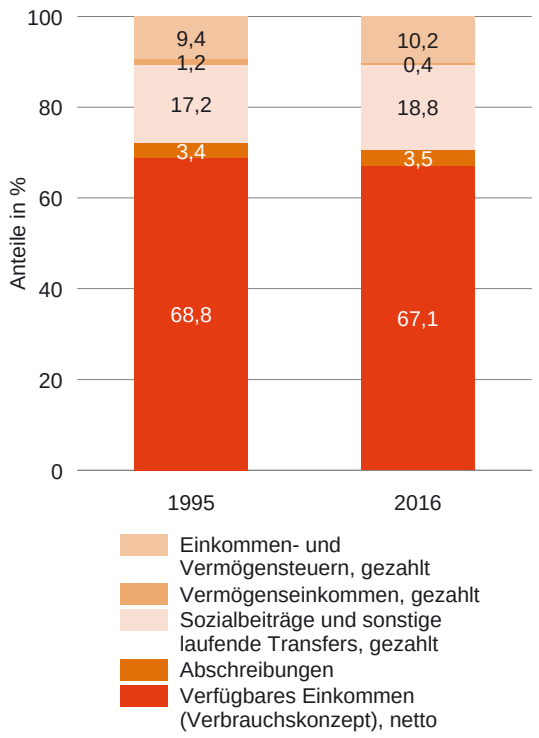
[46] Zur Bereinigung der Einkommen wird der Konsumdeflator herangezogen, ein impliziter Preisindex des Konsums der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

wobei die Sozialleistungen, zu denen etwa Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosenunterstützung oder Familienbeihilfe zählen, den überwiegenden Teil ausmachten. 12,5 % stammen aus Betriebsüberschüssen und Selbständigeneinkommen. 6,3 % flossen schließlich den Haushalten in Form von Vermögenseinkommen als Zinsen oder Dividenden zu. Im Vergleich zu 1995 zeigen sich bei der Zusammensetzung der Einkommen kaum Veränderungen. Lediglich der Anteil der Vermögenseinkünfte ging von 9 % auf 6,3 % zurück, während die Anteile der sozialen Sachtransfers sowie der monetären Sozialleistungen leicht anstiegen.

Auf der Verwendungsseite leitet sich das verfügbare Einkommen (nach dem Verbrauchskonzept) wie folgt ab (Grafik 17): 67,1 % der Summe aus Primäreinkommen und sozialen Sachtransfers hatten die privaten Haushalte 2016 für Konsumzwecke netto zur Verfügung. Vom gesamten Einkommen wurden 10,2 % für Einkommen- und Vermögenssteuern, 18,8 % für Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers sowie 3,5 % für Abschreibungen, Zinsen und Pachten verwendet. 0,4 % des verfügbaren Einkommens ergeben sich über Vermögenseinkommen. Auch auf der Verwendungsseite zeigen sich kaum Unterschiede in der Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens zu 1995.

Grafik 17

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (1995 und 2016)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

2.5
Konsum der privaten Haushalte

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers).

Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen[47]. Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Der Konsum wird hier aus zwei Gründen je Einwohner ausgewiesen: einerseits wird der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des Gesamtkonsums im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird dadurch der Vergleich von Ländern mit unterschiedlicher Bevölkerungszahl ermöglicht.

Zwei Zusatzindikatoren zu den Konsumausgaben privater Haushalte geben Aufschluss über die Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers, sowie die monatlichen Verbrauchsausgaben nach Einkommen.

2.5.1
Schlüsselindikator Haushaltskonsum

Ob und in welchem Ausmaß die privaten Haushalte ihre Bedürfnisse befriedigen können, ist ein wesentlicher Aspekt bei der Beurteilung von Wohlstand, der im Schlüsselindikator Haushaltskonsum zum Ausdruck kommt. Für die privaten Haushalte stehen neben den verfügbaren Einkommen auch die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v. a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) zum Konsum zur Verfügung. Für die Wohlstandsmessung ist deshalb das Verbrauchskonzept gut geeignet, weil es zum Ausdruck bringt, welche Güter den Haushalten tatsächlich für den Konsum (=Bedürfnisbefriedigung) zur Verfügung stehen, und nicht nur, welche Konsumausgaben sie tätigen.

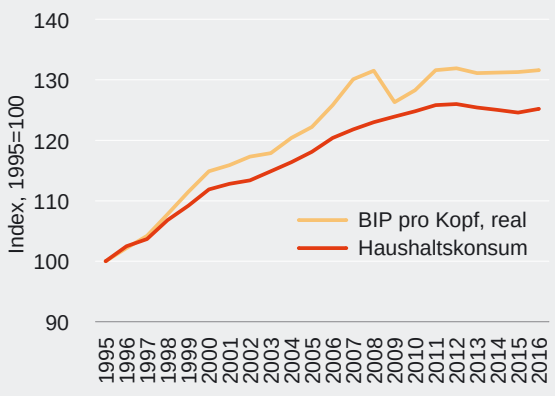
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 1995 ist eingeschränkt positiv zu sehen. Zwar wurden 2016 von den privaten Haushalten pro Kopf mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als 1995, allerdings war diese Entwicklung weniger dynamisch als jene des BIP. Die kurzfristige Bewertung fällt neutral aus, da der Anstieg des privaten Konsums 2016 einem ähnlich starken Rückgang im Vorjahr gegenübersteht.“

Der reale Konsum pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs seit 1995 durchschnittlich um 1,1 % pro Jahr (siehe Grafik 18). Das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf von 1995 bis 2016 fiel mit 1,3 % p.a. etwas kräftiger aus. Der Haushaltskonsum pro Kopf konnte jedoch im Gegensatz zum BIP auch im Krisenjahr 2009 leicht zulegen (+0,7 % pro Kopf), während das reale BIP pro Kopf einen starken Einbruch erlitt (-4,0 %). Das lag einerseits an wirtschaftspolitischen Maßnahmen

Grafik 18
Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

[47] Impliziter Preisindex des Konsums der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

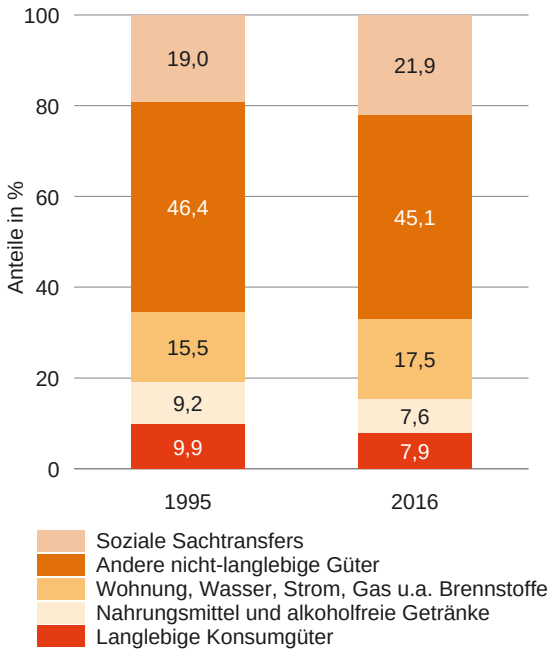
(z. B. „Ökoprämie“ bei Anschaffung eines neuen Pkw) und andererseits daran, dass die Arbeitnehmereinkommen, die ja den Hauptbestandteil der Haushaltseinkommen ausmachen, weniger konjunkturreagibel sind, als etwa Betriebsüberschuss oder Vermögenseinkommen. In den Jahren danach wuchs der reale Konsum pro Kopf verhaltener als das BIP. 2016 stieg der private Konsum erstmals seit 2012 im Vergleich zum Vorjahr wieder an, um 0,4 %.

Ein Großteil des Konsums der privaten Haushalte entfiel 2016 auf nicht-dauerhafte Konsumgüter. Selbst nach Abzug der Ausgaben für Wohnen und Nahrungsmittel umfasste diese Position noch 45,1 % des privaten Konsums nach dem Verbrauchskonzept.

Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke machten 2016 7,6 % des Konsums aus, nur unwesentlich größer war der Anteil langlebiger Konsumgüter (wie beispielsweise Möbel und Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Motorräder, Fahrräder oder Informationsverarbeitungsgeräte) mit 7,9 %. Auf das Wohnen entfielen 17,5 % der Haushaltsausgaben. Diese umfassen Ausgaben für Miete, Strom, Wasser und Heizung. 21,9 % des Konsums schließlich speisten sich aus sozialen Sachtransfers. Wie erwähnt, werden soziale Sachtransfers dem Konsum der Haushalte nach dem Verbrauchskonzept zugerechnet. Es handelt sich dabei um den Konsum von Gütern, die den privaten Haushalten vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unentgeltlich oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt werden. Andere nicht langlebige Konsumgüter, d.h. kurzlebige Konsumgüter (beispielsweise Bekleidung und Schuhe), Verbrauchsgüter (beispielsweise Güter für die Körperpflege) oder Dienstleistungen (beispielsweise im Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur) machten insgesamt 45,1 % der Konsumausgaben aus (Grafik 20).

Seit 1995 veränderte sich die Struktur des Konsums nur leicht. Der Posten „Wohnung, Wasser, Strom, etc.“ stieg

Grafik 20
Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (1995 und 2015)

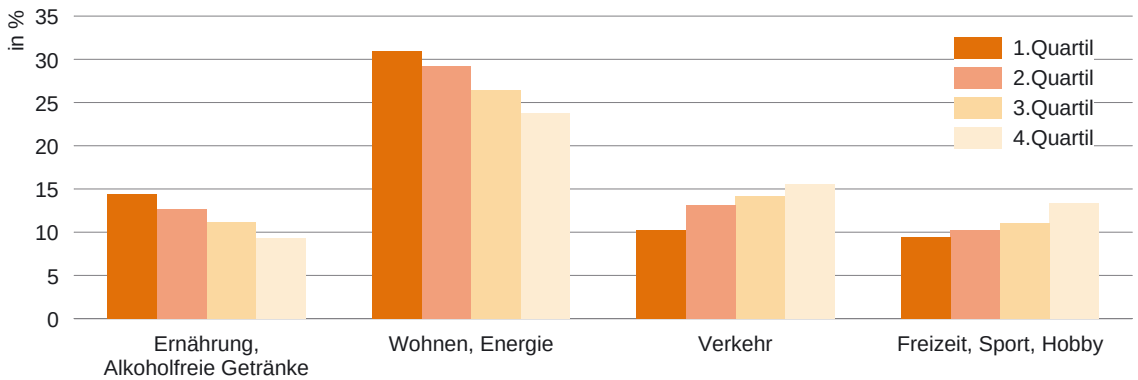


Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

von 15,5 % auf 17,5 %. Der Konsum langlebiger Konsumgüter fiel von rund 9,9 % auf 7,9 % zurück. Die stärkste Veränderung machte sich bei den „sozialen Sachtransfers“ bemerkbar: 1995 betrug ihr Anteil am Gesamtkonsum 19,0 %, 2016 waren es 21,9 %. Die größte Position der anderen nicht-langlebigen Konsumgüter blieb anteilsmäßig beinahe unverändert bei rund 46 % bzw. 45%.

Die monatlichen Verbrauchsausgaben unterscheiden sich jedoch erheblich nach Einkommensgruppen. Als Zusatz-

Grafik 19
Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Konsumerhebung 2014/15. - 1) Äquivalenzeinkommen und -ausgaben sind nach folgendem Schema berechnet: Erste erwachsene Person = 1, jede weitere Person im Haushalt ab 14 Jahren = 0,5, Kinder unter 14 Jahren = 0,3. - 2) Um einen Vergleich des Mietaufwands zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Wohnformen (Eigentum/Miete) zu ermöglichen, werden für Erstwohnungen, für die keine tatsächlichen Mietausgaben existieren (Haus-, Wohnungseigentum, mietfreie Objekte) fiktive Mietwerte errechnet.

information wurden daher mit der Überarbeitung des Indikatorensets 2017 die Verbrauchsausgaben der Haushalte nach Einkommensquartilen aufgenommen. Wie aus Grafik 19 ersichtlich, verschieben sich mit geringem Einkommen die Anteile der Ausgaben der Haushalte verstärkt zu den Grundbedürfnissen Wohnen und Ernährung. 31,0 % bzw. 14,4 % für Wohnen bzw. Ernährung im untersten Einkommens-Quartil stehen 23,8 % bzw. 9,3 % im obersten Einkommens-Quartil gegenüber. Einkommensstarke Haushalte geben dagegen mehr für Verkehr und Freizeit aus (9,4 % bzw. 10,2 % im untersten Quartil gegenüber 13,4 % bzw. 15,6 % im obersten Quartil).

2.6 Produktive Aktivitäten und Arbeit

Produktive Aktivitäten umfassen sowohl bezahlte Arbeit als auch nicht-bezahlte Tätigkeiten. Da die Datenlage für letztere aber eher lückenhaft ist, zielen die hier diskutierten Indikatoren auf den Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit ist sowohl eine der wichtigsten Grundlagen für den materiellen Lebensstandard als auch ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität. Die Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit kann daher ebenso dem Bereich materieller Wohlstand wie dem Bereich der Lebensqualität zugeordnet werden. Mit dem Überarbeitungsprozess 2017 wurde die Dimension in den materiellen Wohlstand verschoben (siehe Kapitel 1.2).

Es ist jedoch zu betonen, dass Arbeit nicht nur die materielle Grundlage des Lebens in Form eines regelmäßigen Einkommens liefert, sondern darüber hinaus die Möglichkeit bietet, sich zu entwickeln, spezifische Fähigkeiten zu erwerben und sich in der Gesellschaft als nützlich zu erleben. Insofern geht die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus.

WgÖ?-Schlüsselindikatoren für die Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit sind die Erwerbstätigenquote, die auch den Schlüsselindikator der Europa 2020 Strategie für den Bereich Arbeitsmarkt darstellt, und die Arbeitslosenquote. Als Zusatzinformation wird die Jugendarbeitslosenrate dargestellt.

2.6.1 Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote

Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren. Präsenz- und Zivildiener gehen nicht in die Berechnung der Erwerbstätigenquote ein.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

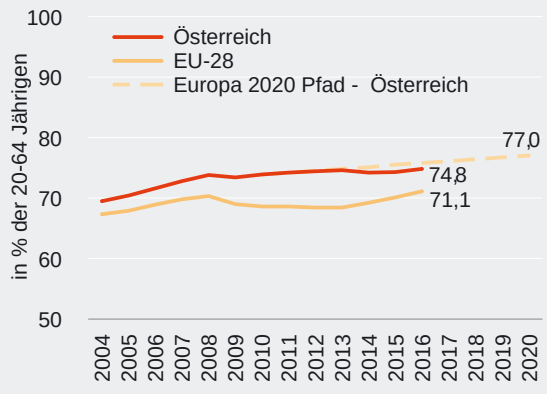
„Seit 2004 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote etwas. Die langfristige Entwicklung wird damit als tendenziell positiv eingeschätzt. Seit 2014 stieg die Erwerbstätigenquote wieder leicht an und nähert sich damit wieder dem Europa 2020-Zielpfad an. Da sie jedoch 2016 noch unter dem Zielpfad lag, fällt die kurzfristige Bewertung neutral aus."

Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde die Erwerbstätigenquote als Leitindikator für die Beschäftigung definiert:

> Bis 2020 sollen 75 % der 20-64-Jährigen in Erwerbstätigkeit stehen. Das nationale Ziel liegt bei 77 %. Die Wahl des Indikators wurde in der Mitteilung der Kommission (Europäische Kommission 2010) damit begründet, dass Beschäftigung multiple Effekte auf die Aspekte „wirtschaftliche Entwicklung", „Lebensqualität" und „soziale Eingliederung" hat und somit einen Eckstein der sozioökonomischen Entwicklung darstellt.

2016 lag die Erwerbstätigenquote in Österreich bei 74,8 %. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch u. a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Nach einem erneuten Rückgang 2014, stieg die Erwerbstätigenquote 2015 und 2016 wieder an, zuletzt um 0,5 %-Punkte. In der EU-28 gab

Grafik 21
Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen

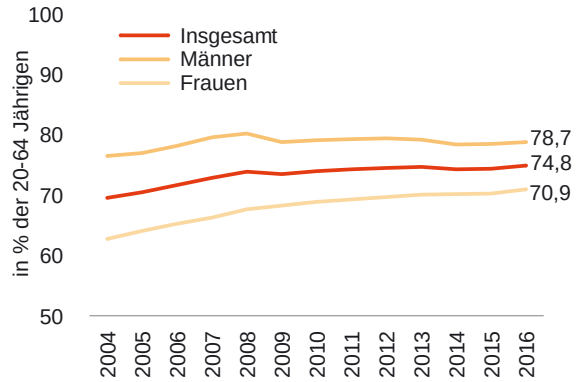


Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

es ebenfalls zwischen 2004 und 2008 einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote. Der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 konnte in den letzten Jahren fast vollständig aufgeholt werden, 2016 lag die durchschnittliche EU-28-Quote bei 71,1 % (2008 bei 70,3 %).

Der Trend zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen hält dabei weiter an, wenngleich dieser überwiegend auf einer Zunahme der Teilzeitarbeit beruht. Wie im Nationalen Reformprogramm der Bundesregierung (BKA 2017) festgehalten, liegt ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik aufgrund der in Österreich zunehmend angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt bei Maßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Frauen und Personen mit Migrationshintergrund sowie für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen.

Grafik 22
Erwerbstätigenquote der 20-64-jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

In Österreich lag die Erwerbstätigenquote der Frauen 2016 bei 70,9 %. Jene der Männer betrug 78,7 %. Die Quote der Männer stieg zwischen 2009 und 2013 nur geringfügig an, ging 2014 leicht zurück und stieg 2015 und 2016 wieder an. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2004 noch bei 63 % und stieg seit 2009 jährlich um durchschnittlich 0,6 %. Der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern war aber auch 2016 mit 7,9 %-Punkten noch beträchtlich.

Zur Erreichung des Europa 2020 Ziels wurden auf europäischer Ebene einige Maßnahmen gesetzt, die mit den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung unterstützt werden (European Commission 2012). Darunter fallen Maßnahmen wie die Anpassung der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und -nehmer und der Unternehmen an sich verändernde Umweltfaktoren, die Bekämpfung insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, die berufliche Integration beeinträchtigter Personen oder die Integration arbeitsmarktferner Personen.

2.6.2 Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote ist als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen zwischen 15 und 74 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) definiert. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt. Beim ILO-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber ansonsten einer Beschäftigung nachgeht. Personen in Elternkarenz mit aufrechtem Dienstverhältnis[48], gelten als erwerbstätig. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die langfristige Bewertung fällt neutral aus, da über den gesamten Beobachtungszeitraum keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosenquote erkennbar ist. Die kurzfristige Bewertung fällt aufgrund des Anstiegs seit 2014 und der gegenläufigen Bewegung zur Arbeitslosenquote der EU-28 tendenziell negativ aus."

In Österreich verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2004 in mehreren Phasen. Nach einem kontinuierlichen Rückgang der Quote zwischen 2004 und 2008, stieg diese 2009 krisenbedingt wieder an. In den Jahren darauf entspannte sich die Arbeitsmarktsituation etwas. Seit 2012 ist jedoch wieder ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei 6 % und damit 0,7 %-Punkte höher als im Krisenjahr 2009 (Grafik 23).

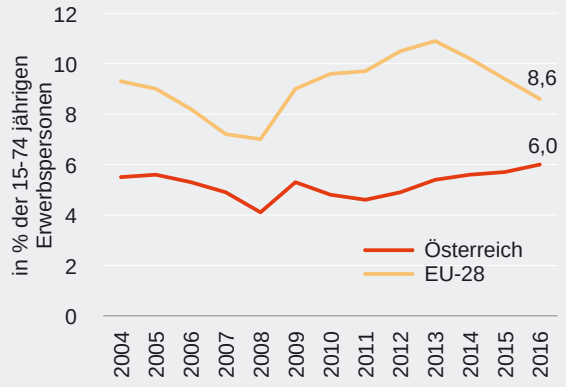
Arbeitslosigkeit stellt in der Europäischen Union nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU-28 2013 einen neuen Spitzenwert von 10,9 %. Seither ging die Quote jedoch wieder zurück und lag 2016 bei 8,6 %, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten (siehe Kapitel 5.2).

Auch ein Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit zeigt eine ähnliche Entwicklung: Die Situation für junge Menschen

[48] Bis zu einer Karenzierungsdauer von maximal 22 Monaten.

Grafik 23

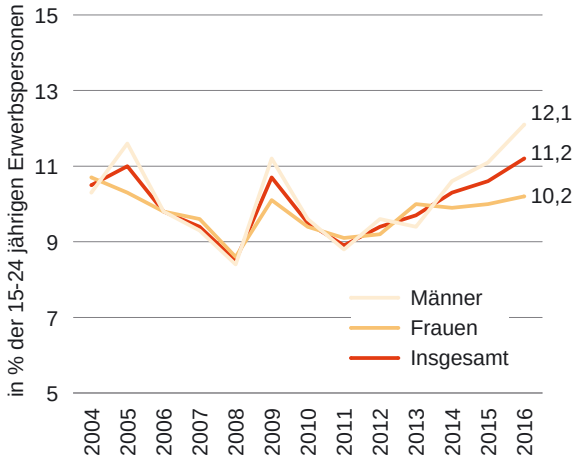
Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition)



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Grafik 24

Arbeitslosigkeit der 15-24-Jährigen (ILO-Definition)



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

zwischen 15 und 24 ist in Österreich vor wie nach der Wirtschaftskrise deutlich günstiger als in den meisten Vergleichsländern und in der EU-28 insgesamt. Jedoch ging die Jugendarbeitslosenquote in der EU-28 2014, 2015 und 2016 deutlich zurück auf zuletzt 18,7 % (2013 lag sie noch bei 23,7 %). In Österreich ist die Jugendarbeitslosenrate hingegen seit 2012 im Steigen begriffen und lag zuletzt bei 11,2 %.

Die duale Ausbildung (Lehre) sowie eine Reihe von Initiativen wie beispielsweise die Ausbildungsgarantie konnten dazu beitragen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich vergleichsweise gering zu halten. Begünstigend kommen ein gut funktionierendes System der schulischen beruflichen (Aus-) Bildung sowie demographische Faktoren hinzu. (BMASK 2014). Zudem gilt für Jugendliche in Österreich seit Juli 2017 die Ausbildungspflicht, welche sicherstellt, dass Jugendliche auch nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht eine weitere Ausbildung erhalten.[49]

Auch seitens der Europäischen Union wurden Initiativen gesetzt, die sich teilweise an den österreichischen Maßnahmen orientieren: Vom Europäischen Rat wurde im Februar 2013 eine Beschäftigungsinitiative für junge Menschen angeregt. Diese stellt eine Ergänzung zu anderen Projekten dar, die auf nationaler Ebene durchgeführt und teils vom Europäischen Sozialfonds unterstützt werden. Der Rat (Europäische Kommission 2012) schlägt in seiner Empfehlung die Einführung einer Jugendgarantie vor, mit dem Ziel, allen unter 25-Jährigen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer formalen Ausbildung oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes ein gutes Angebot für eine Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsstelle bzw. für eine Weiterbildung machen zu können.

[49] https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009604

2.7 Verteilungsaspekte

Fragen der Verteilung materieller Ressourcen und gesellschaftlicher Disparitäten stehen immer wieder im Blickpunkt des öffentlichen Diskurses. Dies betrifft insbesondere verteilungspolitisch relevante Themen der Fiskal- und Steuerpolitik, der Lohnpolitik oder der Sozialpolitik. Die Bewertung des materiellen Wohlstands kann nicht bei der Darstellung durchschnittlicher (aggregierter) Einkommen stehenbleiben, sondern muss auch deren Verteilung widerspiegeln. Einkommen, Konsum und Wohlstand müssen daher jeweils von Indikatoren flankiert werden, die diesen Aspekt reflektieren.

Verteilungsmaße sind daher auch ein wesentlicher Teil des *WgÖ?*-Indikatorensets. Eine objektive Beschreibung der Einkommensverteilung erfordert eine klare Unterscheidung zwischen Einkommen vor und nach staatlichen (aber auch privaten) Transfers. Die für *WgÖ?* ausgewählten Schlüsselindikatoren versuchen beide Aspekte der Verteilung näherungsweise zu beleuchten: Der erste Schlüsselindikator stellt die Entwicklung der hohen und niedrigen preisbereinigten Bruttojahreseinkommen der unselbständig Beschäftigten dar. Er beleuchtet somit die primäre (unmittelbar aus dem Marktprozess entstehende) Verteilung der Einkommen (unselbständig Erwerbstätiger) auf Basis von Lohnsteuerdaten. Wichtiges Entscheidungskriterium für diese Maßzahl war insbesondere die hohe Qualität der Quelle. Als zweiter Schlüsselindikator wurde das Verhältnis des obersten zum untersten Einkommensquintils der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen gewählt. Dieser Indikator gibt Aufschluss über die sekundäre (also die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigende) Verteilung auf Basis von Haushaltsdaten (EU-SILC). Als dritter Schlüsselindikator gibt der Gender Pay Gap, welcher geschlechtsspezifische Unterschiede in der Lohnstruktur misst, Auskunft über die Ungleichverteilung der Einkommen von Frauen und Männern.

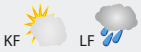
Die Dimension Verteilung ist im *WgÖ?*-Indikatorenset somit mit insgesamt drei Schlüsselindikatoren vertreten: der realen Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen, dem S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis und dem Gender Pay Gap.

Schließlich wird über die Verteilung der Einkommen hinaus, auf Basis des von der OeNB erhobenen Household, Finance and Consumption Survey auch Auskunft über die Verteilung der Vermögen gegeben. Drei Zusatzindikatoren zur Vermögensverteilung ergänzen das Indikatorenset in der Dimension Verteilung.

2.7.1 Schlüsselindikator Hohe und niedrige Bruttojahreseinkommen

Gezeigt wird die Entwicklung der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen. Dabei werden das unterste und das oberste Einkommens-Quartil einander gegenübergestellt[50].

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Seit 1998 kann ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen beobachtet werden. Diese Entwicklung wird daher in der Langfristbetrachtung kritisch bewertet. Die kurzfristige Bewertung fällt neutral aus, da die Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen trotz des deutlichen Anstiegs der Teilzeitquote seit 2013 nahezu unverändert blieb."

Die alleinige Betrachtung der Lohneinkommen reicht freilich nicht aus, um die Frage befriedigend zu beantworten, ob eine Schere bei der Verteilung materieller Ressourcen insgesamt aufgeht. Jedoch sind die Lohneinkommen in den Lohnsteuer- bzw. Hauptverbandsdaten vollständig enthalten und liefern insofern eine solide Grundlage für die Verteilung innerhalb der Gruppe der unselbständig Beschäftigten.

Grafik 25 zeigt die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen. Hier ist ersichtlich, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils[51] bis 2005 deutlich zurückgegangen sind, aber bis 2007 wieder

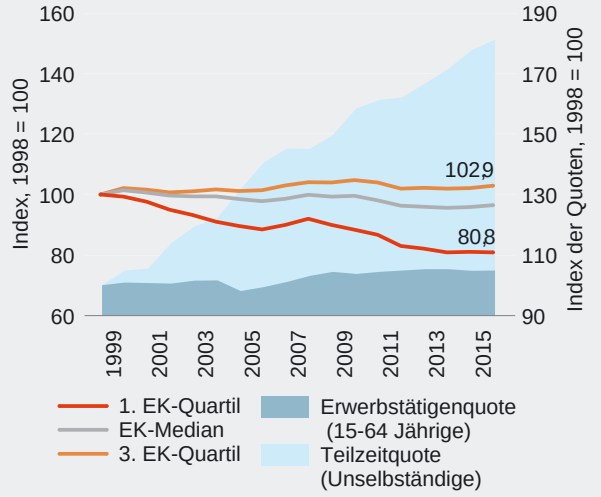
[50] Quartile teilen die Verteilung in vier gleich große Gruppen, so dass jeweils 25 % der Daten in die vier durch die Quartilsgrenzen (1. Quartil, Median und 3. Quartil) bestimmten Gruppen fallen. Das erste Einkommenquartil gibt somit jene Einkommensgrenze an, unter der die Einkommen von 25 % der unselbständig Beschäftigten liegen. Das oberste Einkommensquartil jene Einkommensgrenze, unter der die Einkommen von 75 % der unselbständig Beschäftigten liegen.

[51] Dieser Wert entspricht der Grenze, unter der die 25 % der niedrigsten Einkommen liegen.

etwas aufholten. Seit 2008 gingen diese Einkommen wieder stark zurück und lagen 2015 19,2 % unter jenen des Jahres 1998. Die Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 1998 um insgesamt 2,9 % an.

Grafik 25

Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, 2016, Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996. - Lehrlinge sind ausgeschlossen.

Die Darstellungsweise aggregierter Jahreseinkommen führt dazu, dass sich Strukturreffekte wie steigende Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch der Eintritt billiger Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt insbesondere in den unteren Einkommensgruppen abbilden.

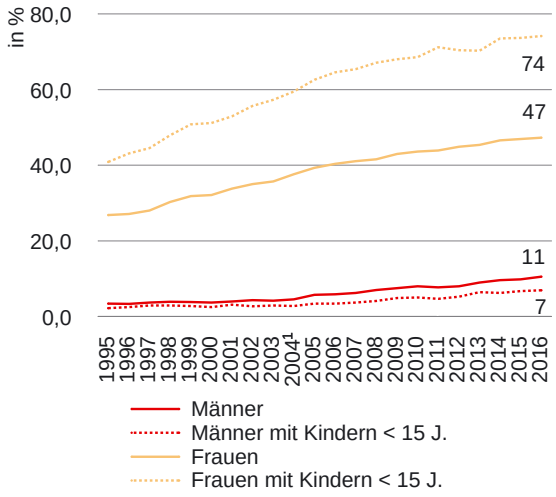
So stieg beispielsweise die Erwerbstätigenquote (der 15-64-Jährigen) zwischen 1998 und 2015 von 67,8 % auf 71,1 %. Die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten stieg zwischen 1998 und 2015 von 15,6 % auf 28,2 % und lag um 81,2 % über dem Ausgangswert (indizierte Werte in Kapitel Grafik 25 zu sehen).

Das Auseinanderdriften hoher und niedriger Bruttojahreseinkommen kann daher nicht in erster Linie auf eine wachsende Ungleichheit zurückgeführt werden, sondern reflektiert vor allem eine veränderte Struktur des Arbeitsmarkts.

Grafik 26 verdeutlicht die Veränderung der Struktur des Arbeitsmarkts und stellt die Bedeutung von Teilzeitbeschäftigung für Männer und Frauen mit und ohne Kinder unter 15 Jahren dar. Während die Teilzeitquote bei den Frauen insgesamt 2016 bei 47,3 % lag (seit 1995 Anstieg um 20,5 %-Punkte), waren es bei den Männern nur 10,5 % (Anstieg um 7,1 %-Punkte). Die Teilzeitquote der Frauen mit Kindern stieg seit 1995 von 40,9 % auf 74,2 %. Bemerkenswert ist auch, dass während über den gesamten Beobachtungszeitraum deutlich mehr Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiteten als Frauen insgesamt, es sich bei den Männern entgegengesetzt verhielt und die Teilzeitquote der Männer mit Kindern niedriger war als jene der Männer insgesamt.

Grafik 26

Teilzeitquoten der 15-64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht

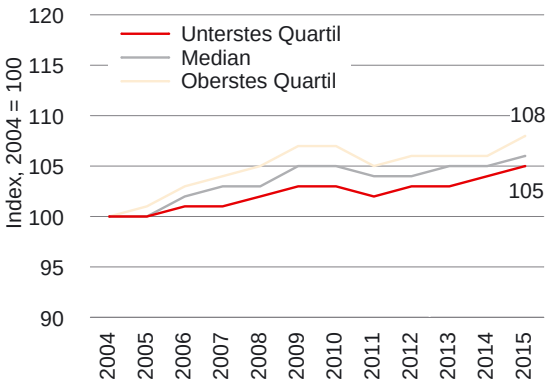


Q: STATISTIK AUSTRIA. - Bis 2003 Mikrozensus, Durchschnitt der Erhebungen im März, Juni, September und Dezember. - Ab 2004 Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

Teilweise kann der Einfluss dieser Struktureffekte auf die Einkommensentwicklung ausgeblendet werden, wenn nur jene Personen berücksichtigt werden, die ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren. Wie die folgende Grafik 27 zeigt, stiegen die inflationsbereinigten Einkommen des untersten Quartils (ganzjährig vollzeitbeschäftigt) zwischen 2004 und 2009 leicht, gingen in den Folgejahren wieder zurück, und wuchsen seit 2014 wieder leicht. 2015 lagen sie 5 % über dem Ausgangsniveau von 2004. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für das oberste Quartil zu beobachten. Allerdings stiegen die Einkommen hier bis 2009 weit stärker an und lagen 2015 immerhin rund 8 % über dem Ausgangswert von 2004. Somit ist ersichtlich, dass sich die Schere auch bei Ausblendung der arbeitsmarktbezogenen Struktureffekte zwischen hohen und niedrigen Einkommen (bei unselbständig Beschäftigten) leicht geöffnet hat.

Grafik 27

Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten



Q: STATISTIK AUSTRIA, 2013, Lohnsteuer-/HV-Daten und VPI.

Betrachtet man die Bruttostundenverdienste von Beschäftigten in der Privatwirtschaft auf Basis der alle vier Jahre stattfindenden Verdienststrukturerhebung, so zeigt sich, dass der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten von 14,1 % (2006) auf 14,8 % (2014) gestiegen ist, im Vergleich zu 2010 (15,1 %) ging der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten zuletzt jedoch leicht zurück.[52]

2.7.2 Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20)

Quantilsverhältnisse beschreiben das Verhältnis des Einkommens gleich großer Einkommensgruppen. Der *WgÖ*? Schlüsselindikator S80/S20 vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20 % mit jenem der ärmsten 20 %. Je stärker der Quotient von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen verteilt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF

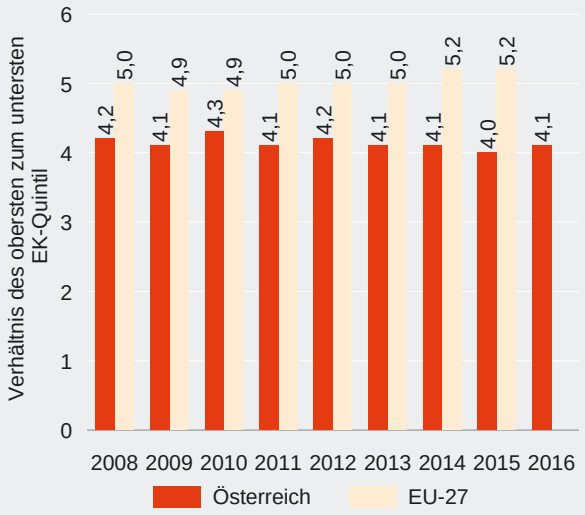
„Die Bewertung der kurzen Frist (2014-2016) fällt neutral aus. Im Vergleich zu 2014 lässt sich keine deutliche Veränderung der sekundären Einkommensverteilung feststellen. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Unter „Einkommen" wird hier das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers aber ohne Sachtransfers) verstanden. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. Damit wird das verfügbare Haushaltseinkommen dem Einkommen einer alleinstehenden Person vergleichbar gemacht[53]. Der Referenzzeitraum ist das Jahr vor der Befragung, d. h. aus der derzeit aktuellen Befragung des Jahres 2017 stehen Daten zum Einkommen im Jahr 2016 zur Verfügung.

Zwischen 2008 und 2016 lässt sich keine Öffnung der Einkommensschere aus den Daten ablesen. Zuletzt waren die sekundären Einkommen des reichsten Einkommensquintils 4,1 mal so hoch, wie jene des ärmsten. Dieser Wert ist seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008 praktisch unverändert (Grafik 28).

Grafik 28

S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2016; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde

Verteilungsdaten auf Mikro-Datenbasis (aus Haushaltserhebungen) sind aus unterschiedlichen Gründen mit Vorsicht zu interpretieren: Insbesondere ist von einer

[52] Zu den Niedriglohnbeschäftigten zählt, wer weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdient (Niedriglohngrenze: 2006 7,65 €, 2010 8,52 €, 2014 9,24 € brutto pro Stunde).

[53] Dabei geht man einerseits von einer gewissen Kostenersparnis bei zunehmender Haushaltsgröße aus (ein 2-Personen-Haushalt braucht nicht 2 Kühlschränke), andererseits wird das Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigt: die erste Person erhält ein Gewicht von 1, jede weitere (erwachsene) Person 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3.

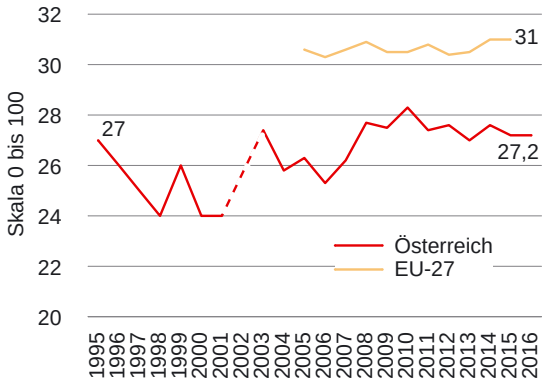
Unterschätzung der Ungleichverteilung auszugehen, da Haushalte mit sehr hohen Einkommen und Vermögen schwierig für Erhebungen zu gewinnen sind bzw. von einer Zufallsstichprobe kaum erfasst werden können.

Stärkere Aussagekraft gewinnt der Indikator im EU-Vergleich: Im Durchschnitt hatte die Bevölkerung im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen, als jene im untersten. Österreich befand sich 2015 mit einem Verhältnis von 4,0 deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 5,2.

Eine zentrale Kennzahl für die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Er nimmt bei totaler Gleichverteilung der Einkommen den Wert 0 und bei totaler Konzentration auf einen Einzelfall 100 an.

Grafik 29 stellt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für das verfügbare Äquivalenzeinkommen in Österreich und der EU-27 im Zeitraum 1995-2016 dar. Nach dem durch die Verwendung von Verwaltungsdaten für die Einkommenserhebung bedingten Zeitreihenbruch in 2008, liegt der Gini-Koeffizient in Österreich seit 2009 relativ stabil auf etwa demselben Niveau wie zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. Dabei fällt die Einkommenskonzentration 2015 in Österreich mit einem Gini-Koeffizienten von 27,2 geringer aus als im EU-27 Durchschnitt (31,0).

Grafik 29
Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. - Zeitreihenbruch 2008.

Im Vergleich dazu liegt der Gini-Koeffizient vor Sozialtransfers, Abgaben und Privattransfers bei 37,2 – also deutlich über jenem des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte von 27,2.

2.7.3 Schlüsselindikator Gender Pay Gap

Der Gender Pay Gap wurde 2016 zum Schlüsselindikator des *WgÖ?*-Indikatorensets aufgewertet. Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Der Gender Pay Gap misst demnach den Anteil, den Frauen brutto pro Stunde weniger verdienen als Männer.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Da sich der Gender Pay Gap im internationalen Vergleich in den vergangenen 10 Jahren kontinuierlich an den Vergleichswert der EU-27 annähert, wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv eingestuft. Die Bewertung der kurzen Frist fällt neutral aus, da der Rückgang der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede ausgehend von einem im internationalen Vergleich hohen Niveau auch im Zeitraum 2013-2015 nur sehr langsam vorangeht."

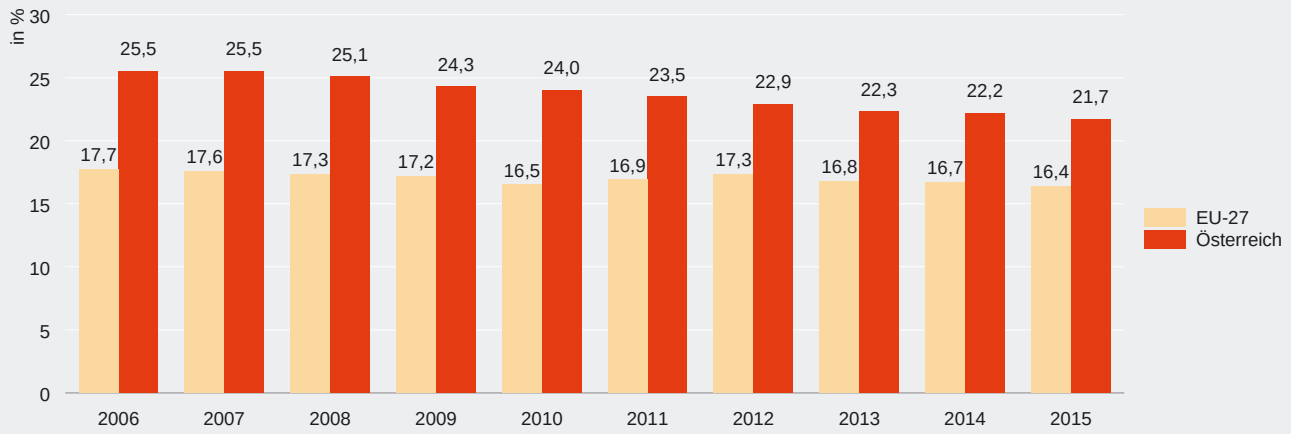
Der Schlüsselindikator „Gender Pay Gap" ist einer aus einer Reihe von Gender Equality Indikatoren, die zur Messung der Geschlechtergleichstellung in der EU herangezogen werden. Der Indikator bezieht sich auf alle unselbständig Beschäftigten in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der öffentlichen Verwaltung werden nicht berücksichtigt.

Basis für die Berechnung sind die Bruttostundenverdienste, da diese aussagekräftige Vergleiche unabhängig von der Arbeitszeit (Voll-/Teilzeit) ermöglichen. Der Schlüsselindikator wurde als „unbereinigt" (ohne Anpassungen) definiert, d. h. er berücksichtigt keine Unterschiede im Hinblick auf die Beschäftigungsstruktur, sondern stellt ein Gesamtbild der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheiten am Arbeitsmarkt dar.

Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap" betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied (ohne Anpassungen) gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2015 in Österreich 21,7 % (siehe Grafik 30). Seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2006 (25,5 %) ist dieser Wert langsam aber kontinuierlich zurückgegangen. Dennoch schlagen sich die damit verbundenen Einkommensnachteile sowie die unterschiedlichen Beschäftigungschancen von Frauen und Männern letztlich in für Frauen niedrigeren Pensionen und in einem höheren sozialen Risiko nach wie vor deutlich nieder (Lamei & Skina-Tabue 2011).

Grafik 30

Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen) - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern.

Als Zusatzinformation wird dem Gender Pay Gap in unbereinigter Form der „bereinigte" Gender Pay Gap gegenüber gestellt[54]. Berücksichtigt man den Einfluss verschiedener Faktoren auf den Gender Pay Gap, so zeigt sich, dass basierend auf den Daten der Verdienststrukturerhebung 2014 insgesamt 8,6 %-Punkte durch beobachtbare Unterschiede erklärt werden können. Der größte Teil des erklärten Lohnunterschieds kann dabei auf die branchen- und berufsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes zurückgeführt werden. Ein weiterer Teil beruht auf Unterschieden betreffend das Ausbildungsniveau, das Alter, die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, das Ausmaß der Beschäftigung oder die Art des Arbeitsvertrags. Der große Rest von 13,6 %-Punkten – der bereinigte Gender Pay Gap – kann dagegen nicht durch die im Modell enthaltenen Merkmale erklärt werden.

Der Vergleich verdeutlicht, dass der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in Österreich nur zum Teil die Folge von strukturellen Ungleichheiten ist (Geisberger & Glaser 2014). Bei der Interpretation ist zudem zu berücksichtigen, dass die Bereinigung um beobachtbare Faktoren letztlich eine rein rechnerische ist, da geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt bewusst herausgerechnet werden. Real bleiben die Unterschiede und damit auch das Lohngefälle bestehen. Weiter ist zu bedenken, dass fast die Hälfte der Frauen und fast drei Viertel der Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiten (siehe Grafik 26), sodass die Monatsgehälter von Frauen noch weiter unter jenen der Männer liegen und damit auch die Pensionshöhe.

Betrachtet man den Gender Pay Gap im internationalen Vergleich, dann zählt Österreich zu den Ländern mit den größten Lohn- und Gehaltsunterschieden. Auch 2015 fiel der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in den EU-27 mit durchschnittlich 16,4 % deutlich geringer aus als in Österreich, das im EU-Vergleich 2015 an vierter Stelle steht –vor Deutschland (22,0 %), der Tschechischen Republik (22,5 %) und Estland (26,9 %) (siehe auch Kapitel 5.2).

2.7.4 Verteilung der privaten Vermögen

Die hier gezeigten Daten zur Vermögensverteilung in Österreich stammen aus dem 2014 von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) durchgeführten Household Finance and Consumption Survey (HFCS)[55]. Im HFCS werden Sachvermögen (z. B. Immobilien, Unternehmenseigentum, Fahrzeuge, Wertgegenstände), Finanzvermögen (Wertpapiere, Girokonten, Spareinlagen etc.) und die Verschuldung privater Haushalte erfasst (siehe Fessler et al. 2012). Das Bruttovermögen bezeichnet demgemäß die Summe von Sach- und Finanzvermögen. Nach Abzug der Verschuldung erhält man das Nettovermögen.

Das Nettovermögen beschreibt die Vermögenslage eines Haushalts am besten. Eine Beschränkung darauf würde jedoch die Zusammensetzung des Vermögens eines Haus-

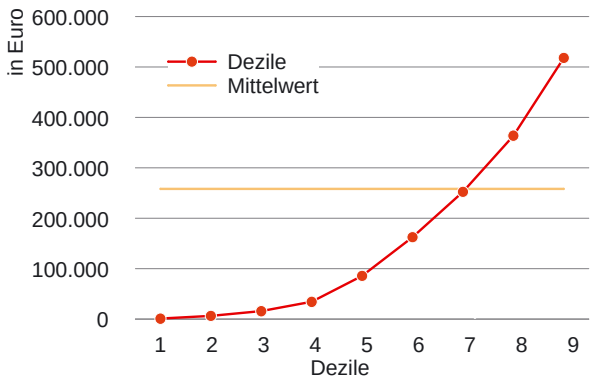
[54] Das Lohndifferential wurde mit Hilfe der Oaxaca-Blinder-Dekomposition in einen erklärten und einen unerklärten Teil zerlegt. Der erklärte Teil bezeichnet jenen Teil des Gender Pay Gap, der auf die ungleiche Verteilung von Frauen und Männern hinsichtlich der beobachteten Merkmale zurückgeführt werden kann. Der unerklärte Teil ist dagegen jener Teil, der nicht auf den in das Modell einbezogenen sozioökonomischen Faktoren beruht.

[55] http://www.hfcs.at/

halts außer Acht lassen. Im Folgenden werden daher beide Vermögensaspekte berücksichtigt.

Grafik 31 zeigt Dezile und den Mittelwert des Nettovermögens in Österreich. Die neun Dezile zerlegen die Menge der Haushalte in zehn umfanggleiche Teile. Entsprechend liegen dann beispielsweise unterhalb des dritten Dezils 30 % aller Haushalte.

Grafik 31
Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2014)

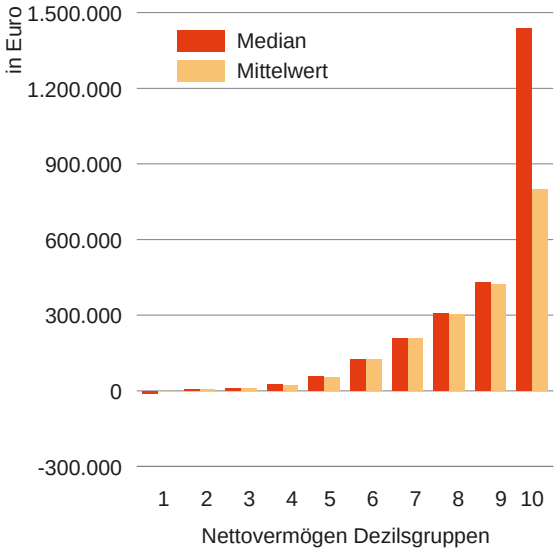


Q: OeNB, HFCS-Austria 2014.

Jeder Punkt in der Grafik repräsentiert eine Vermögensgrenze, die ein Dezil vom nächsten trennt. Das unterste Zehntel der Haushalte lag 2014 unterhalb einer Nettovermögensgrenze von rund 1.000 Euro (anders formuliert verfügen die ärmsten 10 % der Haushalte über ein Nettovermögen von jeweils weniger als 1.000 Euro). Die Nettovermögensgrenze unterhalb derer sich 50 % (5. Dezil bzw. Median) der Haushalte befanden, betrug rund 86.000 Euro. Die reichsten 10 % der Haushalte, welche über dem Grenzwert des 9. Dezils lagen, hielten jeweils Vermögen von über 518.000 Euro. Erst in diesen reichsten 10 % der Haushalte wurden Nettovermögen von über 1 Mio. Euro erfasst, wobei es hier zu großen Datenunsicherheiten und Erfassungsproblemen kam (siehe Fessler et al., 2016). Grafik 31 verdeutlicht die markante Ungleichverteilung des Nettovermögens. Im Gegensatz zum Median (5. Dezil), der bei rund 86.000 Euro lag, lag der Mittelwert des Nettovermögens bei rund 258.000 Euro (etwa 70 % der Haushalte verfügten über weniger).

Grafik 32 stellt Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens innerhalb der Dezilsgruppen dar. Daraus lässt sich erkennen, dass jene 10 % der Haushalte mit dem niedrigsten Nettovermögen im Durchschnitt sogar ein negatives Nettovermögen aufwiesen. Der Mittelwert lag in dieser Gruppe bei rund -11.600 Euro. Es zeigt sich darüber hinaus eine deutliche Streuung nach oben, d. h. Mittelwert und Median fielen bei den 10 % der Haushalte mit dem höchsten Nettovermögen weit auseinander. Während Median und Mittelwert in der Vermögensgruppe darunter (unterhalb des 9. Dezils) noch nahe bei 400.000 Euro

Grafik 32
Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2014)

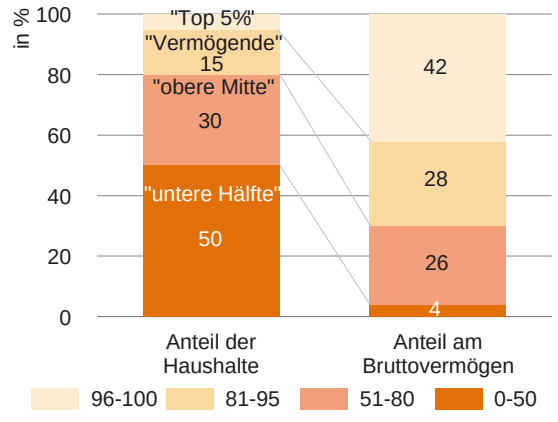


Q: OeNB, HFCS-Austria 2014.

lagen, hielten die Haushalte der reichsten 10 % im Median 801.000 Euro, aber im Durchschnitt bereits über 1,4 Mio. Euro an Nettovermögen.

Grafik 33 veranschaulicht die Verteilung der Bruttovermögen. Hier werden die privaten Haushalte nach ihrem Bruttovermögen in vier Gruppen unterteilt: i) „untere Hälfte“, ii) „obere Mitte“, iii) „Vermögende“ und iv) „Top 5 %“. Aus der Darstellung geht hervor, dass die 50 % der Haushalte mit den niedrigsten Bruttovermögen (untere Hälfte) einen Anteil von 4 % am gesamten Bruttovermögen hielten. Die 30 % der „oberen Mitte“ besaßen 26 % und die 15 % „vermögenden“ Haushalte 28 % des Gesamtbruttovermögens. Den größten Anteil hielten mit 42 % die 5 % der Haushalte mit dem höchsten Bruttovermögen.

Grafik 33
Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Nettovermögensdezile (2014)



Q: OeNB, HFCS-Austria 2014.

3

Lebensqualität

Ausgrenzungsgefährdung unter Zielpfad

2016 waren 18 % von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen

Frühzeitige Sterblichkeit stark gesunken

Seit 1995 Rückgang an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (30 – 69-Jährige) um über 40 %

Lebenszufriedenheit auch 2016 sehr hoch

37,6 % bewerteten ihre Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10 mit 9 oder 10

3.1 Lebensqualität

Der Bevölkerung ein "gutes Leben" zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der öffentlichen Politik. Lebensqualität ist jedoch ein vielschichtiger Begriff und umfasst je nach Blickwinkel objektive und subjektive Aspekte. Was unter diesem guten Leben verstehen ist, ist jedoch nicht eindeutig definiert und Gegenstand von Kontroversen. Eine dieser Debatten bezieht sich auf die Frage, inwiefern sich Lebensqualität über objektive Indikatoren wie Einkommen, Bildung und Gesundheit überhaupt erfassen lässt oder ob immer auch subjektive Einschätzungen und auch Gewichtungen miteinbezogen werden müssen.

Der Stiglitz-Bericht vereint diese Zugänge und betont, dass Lebensqualität über ökonomische Produktion und Lebensstandard hinausgeht. Sie umfasst demnach die gesamte Bandbreite an (subjektiven und objektiven) Faktoren, die beeinflussen, was Menschen über den materiellen Fokus hinaus in ihrem Leben wertschätzen (Stiglitz et al. 2009, S. 41). Viele Bedingungsfaktoren menschlichen Wohlbefindens können demnach nicht monetarisiert werden. Kennzahlen zur Lebensqualität sind jedoch gar nicht darauf gerichtet, konventionelle ökonomische Indikatoren zu ersetzen, sondern ermöglichen es stattdessen, politische Diskussionen zu bereichern und die Gesellschaft über die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger zu informieren.

Während die Frage, worin Lebensqualität zum Ausdruck kommt und was ihre Komponenten sind, eine lange philosophische Tradition hat, geht es gegenwärtig darum, diese Debatte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und mit statistischem Datenmaterial zu unterfüttern. Dafür mussten pragmatische Entscheidungen getroffen werden. Der Sponsorship Report leitet aus den Empfehlungen des Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8+1 Dimensionen ab und formuliert eine vorläufige Liste mit dazugehörigen Schlüsselindikatoren. Eurostat übernimmt diese Vorgehensweise in seiner Lebensqualitäts-Berichterstattung[56], verwendet an anderen Orten[57] aber auch aus elf Dimensionen bestehende Konzepte der Lebensqualität.

3.1.1 Überarbeitungsprozess Wie geht's Österreich? – Lebensqualität

Für WGÖ? wurde in den letzten Jahren daran angelehnt eine Herangehensweise mit insgesamt 10 (9+1) Indikatoren gewählt, wobei im Gegensatz zum Entwurf der Sponsorship Group Soziale Beziehungen und Freizeit getrennte Dimensionen darstellten.

Dieses Jahr hat ein wesentlicher Überarbeitungsprozess der Indikatoren und Dimensionen stattgefunden. Der Umstrukturierung lagen verschiedene Kriterien zugrunde, wobei, wo immer möglich, Indikatoren des SDG-Sets besondere Berücksichtigung erfuhren (siehe auch Kapitel 1.2). Im Rahmen dieses Prozesses wurden die zehn Dimensionen der Lebensqualität auf insgesamt sieben Dimensionen reduziert (siehe auch Grafik 34):

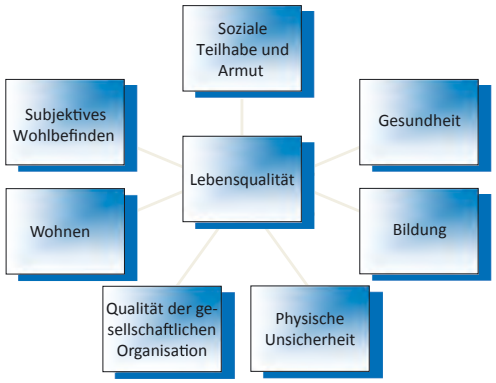
- Die Dimension „Materielle Lebensbedingungen" wurde in „Armut und Soziale Teilhabe" umbenannt.
- Die Dimension „Produktive Aktivitäten und Arbeit" wurde aus dem Bereich Lebensqualität entfernt und bei dem Bereich „Materieller Wohlstand" zugeordnet.
- Die Dimension „Soziale Teilhabe" wurde in die Dimension „Armut und Soziale Teilhabe" integriert.
- Die Dimension Freizeit wurde der Dimension „Subjektives Wohlbefinden" zugeordnet.
- Die Dimension „Natürliche Wohnumgebung" wurde in „Wohnen" umbenannt.

Den ursprünglichen Dimensionen waren jeweils ein bis zwei Schlüsselindikatoren zugeordnet[58]. Ein wichtiges Kriterium für die Selektion der Schlüsselindikatoren für *WgÖ?* war das Vorhandensein von Zeitreihen. Allerdings war nur in sieben von zehn Dimensionen dieses Kriterium erfüllt, da für die Dimensionen „soziale Teilhabe", „Freizeit" und „Qualität der gesellschaftlichen Organisation" solche Zeitreihen aus den offiziellen Datenquellen des Europäischen Statistischen Systems derzeit nicht zur Verfügung stehen und auf einmalige Datenerhebung (zum Beispiel

[56] http://ec.europa.eu/eurostat/web/gdp-and-beyond/quality-of-life/data/overview
[57] http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_de.html
[58] Schlüsselindikatoren sind die aus Sicht der Stakeholder zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimension und unterliegen auch der Bewertung durch das externe Bewertungsteam.

im Rahmen von Sondermodulen) zurückgegriffen werden musste. In der neu entwickelten Gliederung gibt es nur noch eine Dimension mit nicht bewertbarem Schlüsselindikator: die Qualität der gesellschaftlichen Organisation. Hier soll in nächster Zeit geprüft werden, ob ein entsprechendes Item regelmäßig in EU-SILC aufgenommen werden kann.

Grafik 34
Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Generell sollen zukünftig alle drei Bereiche von *WgÖ?* durch ungefähr gleich viele Schlüsselindikatoren repräsentiert sein und das Set von 30 Indikatoren insgesamt zusätzlich zum BIP nicht ausgeweitet werden. Durch die Verschiebung von zwei ehemaligen Schlüsselindikatoren in andere Dimensionen (und damit Verwendung als Zusatzinformationen) und durch die Verschiebung einer Dimension in den Bereich materieller Wohlstand hat sich die Zahl der Schlüsselindikatoren reduziert. Dadurch konnten neue Schlüsselindikatoren ernannt werden (teilweise auch zwei pro Dimension). Hierbei wurde besonders darauf geachtet, wo immer möglich SDG-Indikatoren heranzuziehen. So wurde beispielsweise bei der Gesundheit zusätzlich zur subjektiven Gesundheit die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten als Schlüsselindikator gewählt, ein Indikator der auch bei den SDGs unter 3.4.1 vorhanden ist.

Eine weitere wesentliche Änderung wurde in der Dimension Wohnen vorgenommen (vormals „Natürliche Wohnumgebung"). Hier wurde der Indikator „Sehr schlechter Wohnstandard" zum Schlüsselindikator ernannt, während der bisherige Schlüsselindikator „Umweltbelastung in der Wohnumgebung" zur Zusatzinformation zurückgestuft wurde. Dieser Veränderung lagen zwei Überlegungen zugrunde: Zum einen haben Berechnungen gezeigt, dass die subjektive Einschätzung der Umweltbelastung in der Wohnumgebung ein sehr schwacher Prädiktor für die allgemeine Lebenszufriedenheit ist, und zum anderen sind Umweltaspekte bereits im Bereich Umwelt verortet und dort besser abgebildet. Wohnen stellt auch in einem Eurostat-Modell zur Lebensqualität[59] eine eigene Dimension dar, weshalb hier diesem Bereich verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Übersicht 10 liefert eine Übersicht über die zehn Schlüsselindikatoren, von denen nun neun bewertbar sind, da Zeitreihen verfügbar sind.

Übersicht 10
Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung

Lebensqualität	kurz-fristig	lang-fristig
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung		–
Subjektiver Gesundheitszustand		
Frühzeitige Sterblichkeit		
Tertiärquote		
Frühe Schul- u. Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger		
Physisches Unsicherheitsempfinden		
Tötungsrate		
Vertrauen in das politische System	–	–
Sehr schlechter Wohnstandard		
Subjektive Lebenszufriedenheit		–

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Auch bei den Zusatzinformationen (vormals Subindikatoren) gab es einige Veränderungen. So wurde beispielsweise bei der Gesundheit die gesunde Lebenserwartung als Zusatzinformation mit aufgenommen und bei der gesamten Lebenszufriedenheit Zufriedenheiten mit verschiedenen Lebensbereichen (vormals bei den jeweiligen Dimensionen).

Im vorliegenden Bericht werden zur einfacheren und anschaulicheren Darstellung jener subjektiven Indikatoren, die auf einer elfstufigen Skala basieren (z. B. von 0 „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 „vollkommen zufrieden"), drei Kategorien – niedrig, mittel und hoch – unterschieden. Die Grenzwerte für diese Zusammenfassung entsprechen dabei jenen, die für Eurostat entwickelt und im Bericht über die EU-Ergebnisse des EU-SILC Moduls Wohlbefinden (2013) angewendet wurden. Da keine theoretischen bzw. externen Kriterien auf internationaler Basis vorhanden waren, wurde ein verteilungsbasierter Ansatz gewählt. Die Ausprägungen, die jeweils von den 20 % zufriedensten im EU-Durchschnitt (Lebenszufriedenheit) gewählt werden, wurden als hoch klassifiziert. Das waren bei den Zufriedenheiten die 9 und die 10. Am unteren Ende der Skala wurden jene Ausprägungen als niedrig klassifiziert, die von den circa 20 % Unzufrie-

[59] http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_de.html

densten gewählt wurden. Das sind die Ausprägungen 0 bis 5. Bei 6 -8 liegt also eine mittlere Zufriedenheit vor, die auf circa 60 Prozent der europäischen Bevölkerung zutrifft (vgl. Eurostat 2015). Die Frage nach der Lebenszufriedenheit, die von den Respondentinnen und Respondenten auf einer Skala von 0 für „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 für „vollkommen zufrieden" beantwortet wurde, wird also in niedrige (0 bis 5), mittlere (6 bis 8) und hohe (9 bis 10) Zufriedenheit gruppiert. Alle anderen Zufriedenheitsfragen bedienen sich ebenso dieser Grenzwerte. Jene für die Fragen nach dem Vertrauen in Institutionen oder andere Personen, bei denen ebenfalls eine elfstufige Skala verwendet wurde, basieren ebenso auf der 20:60:20-Verteilung. Das ergibt für das Vertrauen in Institutionen und in andere Personen mit niedrig: 0-4; mittel: 5-6; hoch: 7-10 andere Grenzwerte als für die Zufriedenheitsfragen.

Die Analysen dieses Kapitels basieren in erster Linie auf Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC[60]. Weitere verwendete Datenquellen sind z. B. die Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Todesursachenstatistik und die Zeitverwendungserhebung 2008/09. All diese Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet. Der Fokus liegt auf hoch relevanten Indikatoren, die u. a. dem politischen Monitoring nationaler und internationaler Schlüsselziele dienen (z. B. Europa 2020). Außerdem werden Maßzahlen berücksichtigt, die weiterreichende Analysen etwa nach Geschlechtsunterschieden oder nach Einkommensquintilen ermöglichen.

[60] European Statistics on Income and Living Conditions, http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/overview.

3.2
Soziale Teilhabe und Armut

Materielle Lebensbedingungen, aber auch die soziale Eingebundenheit, die nicht zuletzt durch diese ermöglicht wird und dieselbe wiederum beeinflusst, bilden den Rahmen, innerhalb dessen sich Lebensqualität entfalten kann. Obwohl Europa und speziell Österreich zu den wohlhabendsten Regionen der Welt gehören, zeigt sich, dass viele Haushalte Schwierigkeiten haben, mit ihren finanziellen Ressourcen ein Auslangen zu finden. Darüber hinaus fehlt vielen Menschen die soziale Eingebundenheit, um solche Notlagen abzufedern und ganz allgemein Hilfe in schwierigen Lebenssituationen zu erhalten. Andersherum hindern mangelnde materielle Ressourcen Menschen oft daran, am sozialen Leben teilzunehmen und stabile Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Deswegen werden diese beiden Aspekte in dieser Dimension gemeinsam behandelt.

Probleme mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, niedriger Lebensstandard und Deprivation beschränken sich nicht auf Haushalte mit geringer Erwerbsintensität oder ökonomischer Inaktivität. Oft reichen materielle Probleme tief in die sogenannte Mittelschicht, da viele Faktoren (wie zum Beispiel hohe Lebenshaltungskosten, Schulden, Energiepreise etc.) dazu beitragen können, dass das Einkommen nicht mehr ausreicht, um in adäquater Weise an der Gesellschaft teilzuhaben.

Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde als soziales Kernziel formuliert, bis 2020 europaweit die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um 20 Millionen Menschen zu reduzieren (Ausgangswert 2008: rund 120 Millionen). Als Teil dieser Strategie wurde 2010 die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung ins Leben gerufen.

Konkrete Maßnahmen liegen zwar in der Kompetenz der nationalen Regierungen, die Plattform versucht jedoch, diese Bemühungen zu unterstützen, indem sie best practices identifiziert und den wechselseitigen Erfahrungsaustausch fördert. Politische Koordination, der Dialog zwischen den Stakeholdern, Funding und strategische Partnerschaften sind wichtige Bestandteile dieses Prozesses.

In Anerkennung der zentralen Bedeutung des Europa 2020 Ziels und dieser Initiativen ist „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung" auch im *WgÖ?-Set* als Schlüsselindikator der Dimension soziale Teilhabe und Armut definiert. Ergänzt wird dieser Indikator um Zusatzinformationen zu den einzelnen Teilaspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und um die verfestigte Mehrfachausgrenzungsgefährdung, um darüber hinaus auch individuelle zeitliche Entwicklungen und nicht nur Gesamttrends abzubilden. Dieser Indikator ist auch Bestandteil der österreichischen Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung. Datenbasis für seine Berechnung ist EU-SILC mit seiner Längsschnittkomponente. Die Soziale Teilhabe wird schließlich über den Indikator „Tragfähigkeit sozialer Beziehungen" erfasst, bei dem danach gefragt wird, ob man Verwandte, Freunde oder Nachbarn hat, die man um Hilfe bitten kann. Diese Frage wurde zuletzt in SILC 2015 im Sondermodul zur sozialen und kulturellen Teilhabe gestellt.

Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Um das Monitoring des Europa 2020 Ziels zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung trotz Umstellung auf Verwaltungsdaten mit EU-SILC 2012 zu gewährleisten, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 mit Verwaltungsdaten eine neue Zeitreihe der Indikatoren erstellt. Diese im Oktober 2014 revidierten Werte werden in den entsprechenden Grafiken zur Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ausgewiesen.

3.2.1
Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet gelten all jene Personen, die zumindest von einem der drei folgenden Teilaspekte der Armut betroffen sind: relative monetäre Armut, Deprivation oder geringe Erwerbsintensität im Haushalt.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF

„In der kurzfristigen Betrachtung der Jahre 2014 bis 2016 lässt sich ein leichter Rückgang der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung feststellen, der jedoch nicht signi-

fikant ist. Da die Quote 2016 aber unter dem Zielpfad lag, fällt die Bewertung tendenziell positiv aus. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Konkret umfasst die Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten daher Personen, auf die zumindest eines der folgenden drei Merkmale zutrifft:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das unter 60 % des nationalen Medianeinkommens liegt[61]

2. Personen, deren Haushalt nach EU-Definition erheblich materiell depriviert ist, also vier oder mehr der folgenden neun Merkmale aufweist:

   a. Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten

Folgende Dinge sind finanziell nicht leistbar:

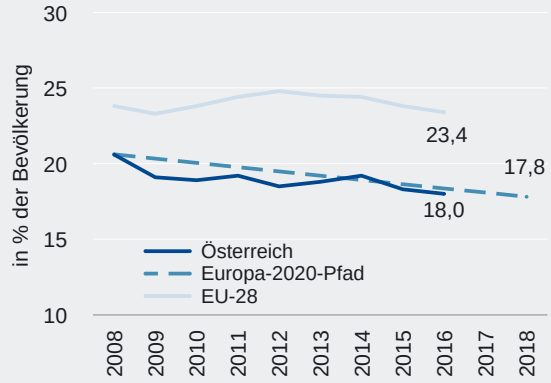
   b. einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
   c. unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.160 Euro (EU-SILC 2015) zu tätigen
   d. die Wohnung angemessen warm zu halten
   e. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
   f. ein Pkw
   g. eine Waschmaschine
   h. ein Fernsehgerät
   i. ein Festnetztelefon oder Handy

3. Personen, die jünger als 60 Jahre alt sind und in einem (nahezu) erwerbslosen Haushalt leben.

In Österreich ist hinsichtlich der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung eine Tendenz in die gewünschte Richtung zu beobachten: Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Bevölkerung reduzierte sich von im Jahr 2008 auf 18,0 % im Jahr 2016, das entspricht 1.542.000 Personen, die 2016 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet waren (siehe Grafik 35[62]). In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine Verringerung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt (vgl. BKA 2017[63]). Seit 2008 ist in Österreich eine sinkende Tendenz der von sozialer Ausgrenzung gefährdeten Personen (20,6 %) erkennbar, die Zahl hat sich um 157.000 Personen verringert. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste in den kommenden zwei Jahren die Zahl der Betroffenen noch um weitere 78.000 Personen verringert werden. Zu beachten sind dabei allerdings die jährlichen Schwankungsbreiten auf Grund der Stichprobenerhebung: So lag 2016 die statistische Schwankungsbreite für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit 95 % Vertrauenswahrscheinlichkeit bei 1.542.000 +/- 124.000 Personen (zw. 16,5 % und 19,4 %). Dementsprechend ist auch die Reduktion mit einem statistischen Fehler behaftet und kann strenggenommen nicht genau beziffert werden, die sinkende Tendenz ist jedoch aufgrund der mehrjährigen Entwicklung relativ abgesichert.

Grafik 35

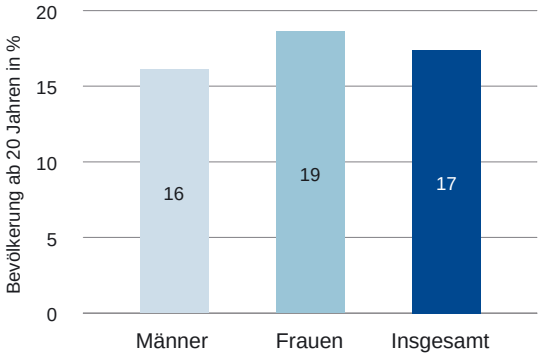
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

Grafik 36

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Geschlecht der Bevölkerung ab 20 Jahren (2016)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

[61] Der Schwellenwert für die Armutsgefährdung war in Österreich in EU SILC 2016 ein Betrag von 1.185 Euro pro Monat für Alleinlebende, plus 355 Euro pro Monat für jedes Kind unter 14 Jahren und 592 Euro pro Monat für jeden weiteren Erwachsenen.

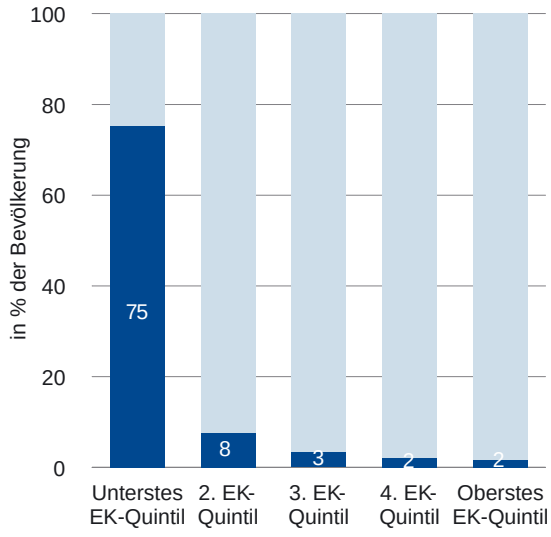
[62] Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Um das Monitoring des Europa 2020-Sozialziels trotzdem zu gewährleisten, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 mit Verwaltungsdaten im Oktober 2014 eine neue, hier verwendete Zeitreihe der Indikatoren erstellt.

[63] Bundeskanzleramt (2017). Nationales Reformprogramm Österreich. https://www.bka.gv.at/nationale-reformprogramme-europa-2020 (abgerufen am 11.07.2017).

Das Risiko, zur Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten zu gehören, ist in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hoch. So zeigt Grafik 36, dass im Jahr 2016 in der Bevölkerung ab 20 Jahren mehr Frauen (19 %) ausgrenzungsgefährdet waren als Männer (16 %). Zum Teil hängt dies damit zusammen, dass Frauen in bestimmten Lebenssituationen (als Alleinerzieherinnen oder als Pensionistinnen mit geringer Pension) ein erhöhtes Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko aufweisen. Es ist allerdings zu beachten, dass Geschlechterunterschiede im Haushaltszusammenhang nur eingeschränkt erkennbar sind und auf Grund des verwendeten Konzepts systematisch unterschätzt werden.

Betrachtet man den Anteil der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in den verschiedenen Einkommensklassen des äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommens (siehe Grafik 37) so zeigt sich erwartungsgemäß, dass im untersten Einkommensquintil die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung am höchsten ist. Drei Viertel der Bevölkerungsgruppe mit dem niedrigsten äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen waren 2016 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Bemerkenswert ist jedoch, dass auch ein höheres Haushaltseinkommen nicht vollständig vor Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung schützt. So waren im zweiten Einkommensquintil noch 8 % und immerhin noch 3 % der Personen im dritten Einkommensquintil betroffen.

Grafik 37
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einkommensquintilen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

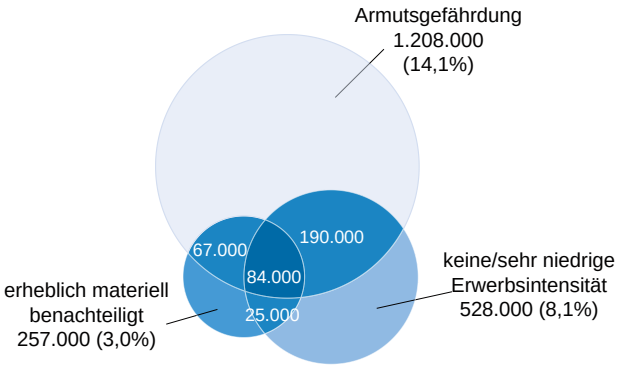
Erklärbar ist das u. a. damit, dass Einkommen bzw. Erwerbslosigkeit zeitversetzt auf die ökonomische Situation und den materiellen Lebensstandard wirken können. Von Relevanz sind daher zusätzlich (1) sowohl die Frage, ob mehrere dieser Faktoren gleichzeitig wirksam sind und sich daher eine größere Intensität der Problemlagen zeigt und (2) eine längerfristige Betrachtung, um die Frage zu beantworten, ob Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung temporär oder andauernd ist.

3.2.2 Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Wie oben bereits beschrieben, gilt eine Person dann als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, wenn sie entweder ein niedriges Haushaltseinkommen hat oder unter erheblicher materieller Deprivation leidet oder in einem Haushalt mit geringer Erwerbsintensität lebt. Unter den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten machten die armutsgefährdeten (Einkommen unter 60 % des nationalen Medianeinkommens) Personen mit 14,1 % den größten Teil aus (entspricht 1.208.000 Personen).

Der entsprechende Anteil der Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität betrug 8,1 % (528.000) und der erheblich materiell Deprivierten 3,0 % (entspricht 257.000 Personen). Grafik 38 zeigt, dass ein relevanter Teil (23,7 % bzw. 366.000) der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten gleich von mehreren Aspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen waren. Besonders deutlich ist dies bei den erheblich materiell benachteiligten Personen: fast 70 % dieser Personen hatten entweder ein Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle und / oder waren von geringer Erwerbsintensität im Haushalt betroffen.

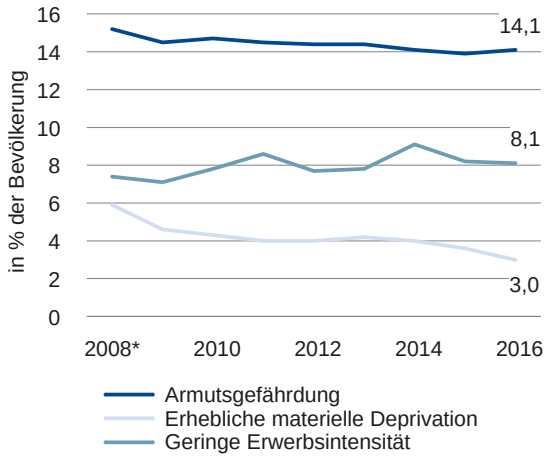
Grafik 38
Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Grafik 39 zeigt nun, wie sich die Betroffenheit von den verschiedenen Aspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den letzten Jahren entwickelt hat.

Grafik 39
Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im Zeitvergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da, 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

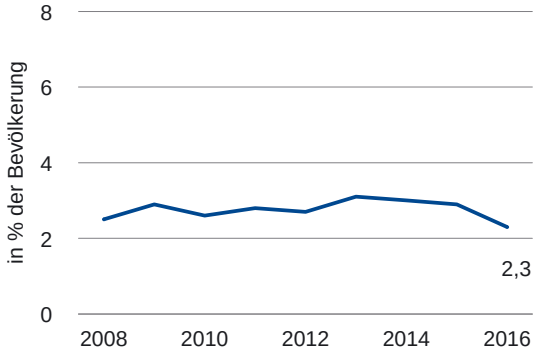
Bezüglich der Armutsgefährdung und der erheblichen materiellen Deprivation sind seit 2008 Rückgänge zu verzeichnen - bei der erheblichen materiellen Deprivation mehr noch als bei der Armutsgefährdung. Bei letzterer hat es zuletzt einen leichten Anstieg von 13,9 auf 14,1 % gegeben, der allerdings auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein könnte. Die Betroffenheit von geringer Erwerbsintensität zeigt einen deutlich variableren Verlauf, zuletzt mit Werten über dem Niveau von 2008.

3.2.3 Verfestigte (Mehrfach)-Ausgrenzungsgefährdung

Dieser Indikator wurde als einer von 20 Leitindikatoren für soziale Eingliederung aufgenommen (inzwischen „Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung"), die von Statistik Austria für das BMASK unter Beteiligung der nationalen Armutsplattform entwickelt wurden[64] (siehe Till et al. 2014). Als verfestigt mehrfach-ausgrenzungsgefährdet gelten Personen, die in mindestens zwei der drei Bereiche der Armuts-oder Ausgrenzungsgefährdung (siehe oben) über mindestens zwei aufeinander folgende Jahre benachteiligt sind. Der Fokus auf verfestigte Benachteiligung in mehreren Bereichen rückt die Intensität der Benachteiligung in den Vordergrund.

Wenn eine erhöhte Intensität der Armutslagen – gemessen über „Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung" – und eine Verfestigung, also das Andauern dieses Zustandes, zusammenfallen, liegt nicht nur eine soziale Benachteiligung besonders großen Ausmaßes vor, es besteht auch die zunehmende Gefahr, nicht mehr angemessen am sozialen Leben teilnehmen zu können und Grundbedürfnisse nicht mehr decken zu können. Im Jahr 2016 waren 2,3 % der österreichischen Bevölkerung von verfestigter Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung betroffen. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,6 %-Punkte.

Grafik 40
Verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008-2016 Längsschnittdaten. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da, 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

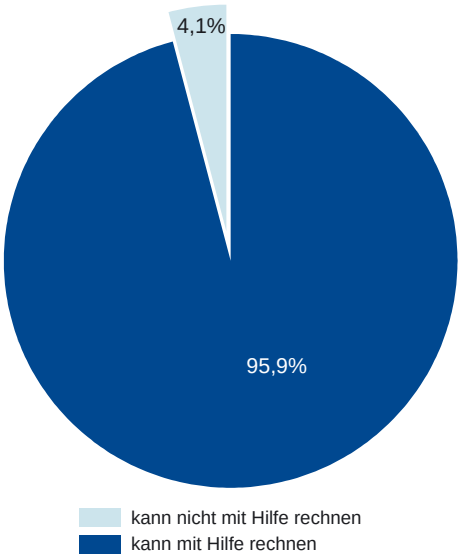
3.2.4 Tragfähigkeit sozialer Beziehungen

Als Indikator für die „Soziale Teilhabe" wurde die Tragfähigkeit sozialer Beziehungen herangezogen. Hierfür stehen Daten des EU-SILC Sondermoduls Soziale und kulturelle Teilhabe 2015 zur Verfügung. Folgende Frage wurde den interviewten Personen gestellt: „Haben Sie Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die Sie um Hilfe bitten können?" Zuvor wurde diese Frage zuletzt 2013 gestellt, so dass ein Zeitvergleich möglich ist.

Soziale Beziehungen gehören zu den Grundpfeilern gesellschaftlichen Zusammenhalts und somit zu einer hohen Lebensqualität. Gute soziale Beziehungen können darüber hinaus helfen, materielle Engpässe zu bewältigen. Dauerhafte soziale Isolation hingegen führt zur Exklusion von einer adäquaten Teilhabe an der Gesellschaft und kann insbesondere im Alter zu Versorgungsproblemen führen. Andersherum können eine schlechte materielle Situation und eine geringe Erwerbsbeteiligung wiederum zur sozialen Isolation beitragen. Soziale Teilhabe ist für die Einschätzung der Lebensbedingungen von besonderer Relevanz: In Österreich werden Familie, Freunde und Freizeit

[64] http://www.sozialministerium.at/site2/Soziales/Allgemeine_Sozialpolitik/Armut/Indikatoren_fuer_soziale_Eingliederung

Grafik 41
Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Personen ab 16 Jahren (2015)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015, Modul soziale und kulturelle Teilhabe.

nach der Gesundheit als die wichtigsten Lebensbereiche wahrgenommen (Europäische Kommission 2013a).

Wie Grafik 41 zeigt, konnten 2015 4,1 % der Personen nicht auf tragfähige soziale Beziehungen bauen. 2013 waren es 3 %.

3.3 Gesundheit

Gesundheit ist laut WHO (2014) ein Zustand völligen physischen, mentalen und sozialen Wohlbefindens und nicht lediglich die Abwesenheit einer Krankheit oder eines Gebrechens. Sie stellt eine unverzichtbare Bedingung des individuellen Wohlergehens wie auch der gesellschaftlichen Prosperität dar.

Bezüglich der Dimension Gesundheit steht eine Reihe von Indikatoren und Daten zur Verfügung. Eurostat veröffentlicht auf seiner Webpage „GDP and beyond" zur Gesundheit im Bereich „Lebensqualität" zehn Indikatoren, die den Themen „Outcome" (z. B. Lebenserwartung), „Drivers" (z. B. Gesundheitsverhalten) und „Zugang zum Gesundheitswesen" zugeordnet sind.

Als erster Schlüsselindikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung wurde für *WgÖ?* die subjektive Gesundheit ausgewählt, wie sie in EU-SILC erfragt wird. Hier werden auch sozioökonomische Unterschiede in Bezug auf Gesundheit beleuchtet. Dieser Indikator ist in den obengenannten Indikatoren bei den Outcomes enthalten.

Der zweite Schlüsselindikator, die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten zwischen 30 und 69 Jahren, stellt diesem Indikator ein objektives Gegenstück zur Seite. Nicht übertragbare potentiell tödliche Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder chronische Erkrankungen der unteren Atemwege stellen schwerwiegende Gesundheitsprobleme in der entwickelten Welt dar.

Der Indikator zur frühzeitigen Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten wurde nach dem Vorbild des internationalen SDG Indikators 3.4.1 aus der UN Agenda erstellt und neu ins Indikatorenset aufgenommen.

Mit steigender Lebenserwartung gewinnt der Gesundheitszustand zusätzlich an Bedeutung für die Lebensqualität. In einer Lebensphase, in der das Risiko schlechter Gesundheit steigt und ihr negativer Einfluss auf die Lebensqualität mitunter drastisch zunimmt, wird sie zu einem essenziellen Faktor. Aus diesem Grund wird als Zusatzinformation die gesunde Lebenserwartung dargestellt, d.h. die Anzahl der weiteren Jahre, die eine 65 jährige Person erwarten, kann ohne chronische Krankheit zu leben (in Relation zu ihrer gesamten verbleibenden Lebenserwartung).

3.3.1 Schlüsselindikator Subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes

Der Schlüsselindikator „Subjektive Gesundheitseinschätzung" basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?" (Antwortmöglichkeiten: Sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Weder in der längeren Frist seit 2004, noch in der Betrachtung der Entwicklung seit 2014, sind bei diesem Indikator signifikante Veränderungen wahrzunehmen. Es traten also weder Verbesserungen noch Verschlechterungen auf, weshalb sowohl die langfristige Entwicklung als auch jene seit 2014 neutral eingestuft wird."

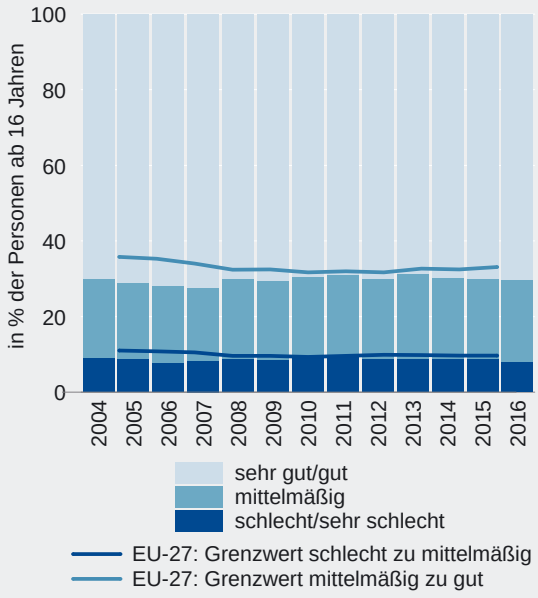
Die Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes in jährlichen Erhebungen liefert einen guten Indikator für das allgemeine Wohlbefinden einer Bevölkerung. Diese Frage bezieht sich auf physische, aber auch auf psychische und soziale Aspekte von Gesundheit.

Grafik 42 zeigt, dass der subjektive Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. So liegt der Anteil der Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit seit 2008 bei 70 % und betrug auch 2016 wieder 70,3 %. 8,1 % stuften ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht ein. Grafik 42 zeigt außerdem, dass Personen in Österreich durchschnittlich eine bessere subjektive Gesundheit aufweisen als im EU-27-Durchschnitt.

Im Bericht zur Gesundheitsbefragung 2014 des Bundesministeriums für Gesundheit und von Statistik Austria (2015) wird angemerkt, dass hinsichtlich des subjektiv empfundenen Gesundheitszustandes seit 1991 ein positiver Trend festzustellen ist, der noch stärker ausfällt, wenn man die Alterung der Gesellschaft mit berücksichtigt. Auch wenn sich also in den letzten Jahren keine deutlichen Veränderungen des subjektiven Gesundheitszustandes der Bevölkerung ausmachen ließen, so bilden Fragen zum subjektiven Gesundheitszustand doch langfristige Entwicklungen ab.

Grafik 42

Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27*



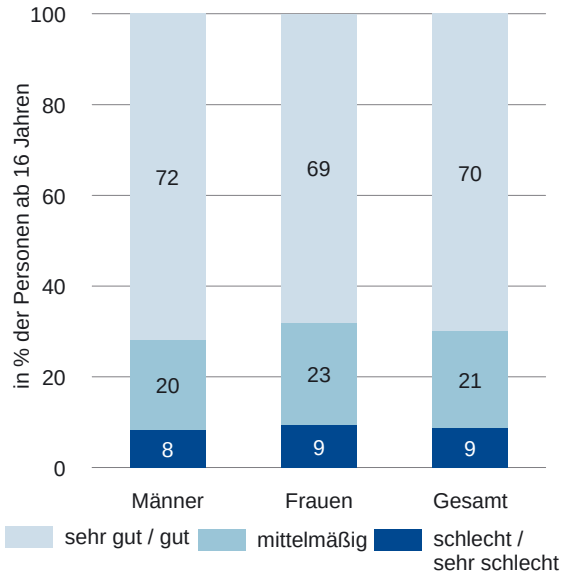
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011. - * EU-28 ohne Kroatien, Daten für Kroatien liegen nicht ab Beginn der Zeitreihe vor.

Frauen schätzten ihren Gesundheitszustand etwas schlechter ein als Männer (Grafik 43). Während 2016 72 % der Männer angaben, über eine sehr gute bzw. gute Gesundheit zu verfügen, waren es bei den Frauen nur 69 %. Dieser Unterschied kann teilweise mit der höheren Lebenserwartung der Frauen erklärt werden, da gesundheitliche Probleme im höheren Alter vermehrt auftreten. Zur Deutung dieser Diskrepanz wird außerdem oft die besondere Aufmerksamkeit von Frauen auf ihren körperlichen Zustand sowie ein erhöhtes Gesundheitsbewusstsein genannt (Kuhlmann & Kolip 2005).

Noch deutlichere Unterschiede zeigten sich zwischen verschiedenen Einkommensgruppen (Grafik 44). Während im Fünftel der Bevölkerung mit dem niedrigsten äquivalisierten Einkommen nur 62 % der Personen angaben, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein, waren es im obersten Einkommensquintil 80 %. Gleichzeitig schätzten 12 % des untersten Einkommensquintils ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht ein, während dieser Anteil in den höheren Einkommensquintilen wesentlich geringer ausfiel (4. EK-Quintil: 7 %, oberstes EK-Quintil: 4 %). Dieses Ergebnis wirft wichtige Fragen nach Lebensgewohnheiten, gesundheitlicher Vorsorge aber vor allem auch nach den Arbeits- und Lebensbedingungen unterschiedlicher sozialer Gruppen auf, die einer detaillierteren Analyse bedürfen. Auch das WIFO (Leoni 2015) weist in einer europaweiten Studie auf den sozialen Gradienten im Gesundheitszustand der Bevölkerung hin, d. h. sozioökonomisch Bessergestellte sind tendenziell gesünder als Schlechtergestellte. Österreich zählt dieser und auch früheren Studien folgend zu den europäischen Ländern mit einem niedrigen Maß an sozialer Ungleichheit im Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung.

Grafik 43

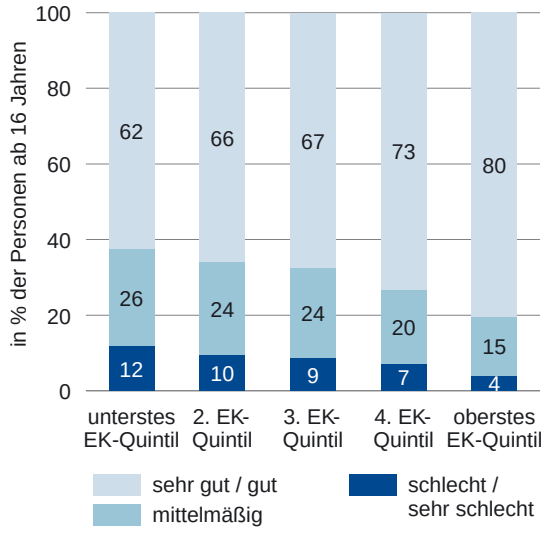
Subjektiver Gesundheitszustand nach Geschlecht der Personen ab 16 Jahren (2016)



Q: STATISTIK, AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Grafik 44

Subjektiver Gesundheitszustand nach Einkommensquintilen der Personen ab 16 Jahren (2016)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20 % der Bevölkerung.

3.3.2
Schlüsselindikator Frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen

Der neue Schlüsselindikator „frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragenbaren Krankheiten" beschreibt die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (Krebs, Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, Diabetes und chronische Erkrankungen der unteren Atemwege) in der Gruppe der 30 bis 69-Jährigen.

Die Sterblichkeit gehört zu den wichtigsten objektiven Gesundheitsindikatoren. Die frühzeitige Sterblichkeit, also die Sterblichkeit der Bevölkerung mittleren Alters, ist dabei von besonderem Interesse. In dieser Bevölkerungsgruppe sind vorwiegend nicht-übertragbare Erkrankungen – vor allem Krebs, Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes und chronische Erkrankungen der unteren Atemwege – die häufigsten Todesursachengruppen. Unter den Indikatoren der SDGs findet sich daher unter 3.4.1 die „Sterblichkeit durch die wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten der 30 bis 69-jährigen Personen" als zentraler Indikator.

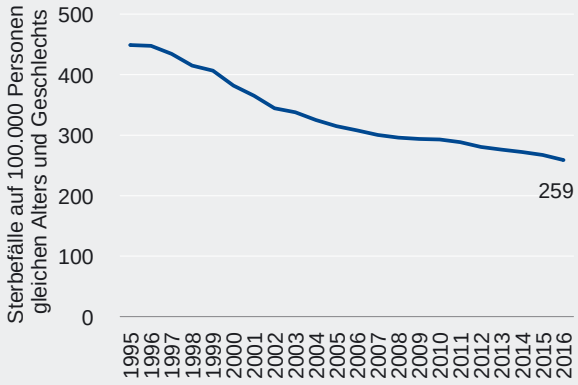
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (30-69 Jahre) ging seit 1995 stark zurück, weshalb die langfristige Bewertung sehr positiv ausfällt. In den letzten Jahren wurde der Rückgang flacher, weshalb die kurzfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird."

Die Sterblichkeit wird üblicherweise mittels altersstandardisierter Sterberaten beschrieben. Diese standardisierte Sterberate berücksichtigt sowohl die insgesamt wachsende Bevölkerung als auch ihre kontinuierliche Alterung und macht damit die unterschiedlichen Sterbebedingungen vergleichbar.

Die altersstandardisierte Sterberate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der Bevölkerung in der betreffenden Berichtsperiode dem einer international vorgegebenen Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen Altersaufbaues der Bevölkerung ist dadurch ausgeschaltet, d.h. diese Maßzahl ermöglicht einen fairen Vergleich zwischen den Jahren und den Geschlechtern. Nähere Informationen zur Zusammensetzung des Indikators sowie Analysen finden sich im Sonderkapitel unter A.4.

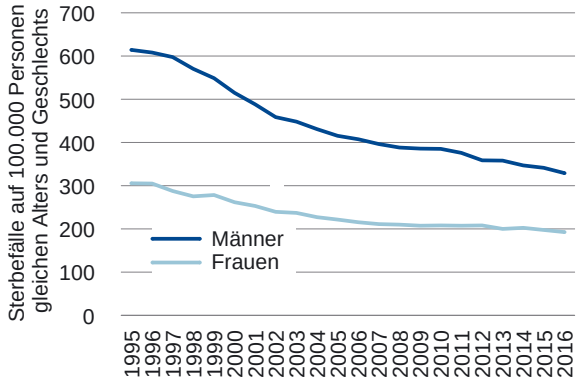
Grafik 45
Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30 bis 69-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Wie in Grafik 45 zu sehen, hat die frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten seit 1995 kontinuierlich und deutlich abgenommen und lag zuletzt 2016 bei 259 auf 100.000 Personen zwischen 30 und 69 (berechnet in Bezug auf die Normbevölkerung). Das ist ein Rückgang um 42 %. Grafik 46 zeigt darüber hinaus, dass Männer eine deutlich höhere frühzeitige Sterblichkeit an diesen Krankheiten haben als Frauen, wobei die Sterblichkeit bei den Männern stärker zurückgegangen ist als bei den Frauen. Damit hat die Geschlechterdifferenz um mehr als die Hälfte abgenommen (-56 % seit 1995). 2016 lag die frühzeitige Sterblichkeit bei den Frauen bei 193, bei den Männern bei 329 auf 100 000 Personen gleichen Alters und Geschlechts (Grafik 46).

Grafik 46
Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30 bis 69-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK, AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

3.3.3
Gesunde Lebenserwartung

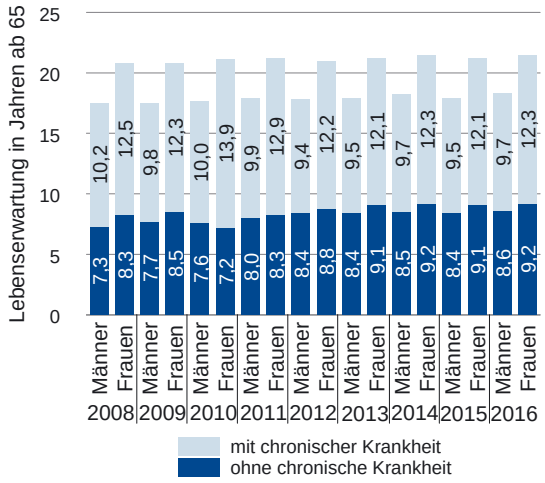
Der Indikator „Gesunde Lebenserwartung", wie er hier verwendet wird, beschreibt, wie viele Jahre eine 65 -jährige Person noch erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben. Er wird auf Basis von EU-SILC berechnet und die entsprechende Frage lautete dabei zwischen 2008 und 2013: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?" bzw. ab 2014: „Haben Sie eine dauerhafte Krankheit oder ein chronisches Gesundheitsproblem? (Damit gemeint sind Krankheiten oder gesundheitliche Probleme, die 6 Monate andauern oder voraussichtlich andauern werden.)".

Während bei Maßen der Sterblichkeit die generelle verbleibende Lebenserwartung im Vordergrund steht, hat sich in letzter Zeit die Überzeugung durchgesetzt, dass das Ziel der Politik nicht nur ein „Mehr an Jahren", sondern auch ein „Mehr an Gesundheit" in den verbleibenden Lebensjahren sein soll. Hier spielen Indikatoren zur sogenannten „gesunden Lebenserwartung", d.h. zu Anzahl an Jahren, die man noch erwarten kann, gesund zu leben, eine zentrale Rolle. Gesundheit kann dabei auf verschiedene Weise definiert und gemessen werden. Für diesen Bericht wurde eine Entscheidung für die Lebenserwartung ohne chronische Krankheit getroffen, da hier eine ausreichend lange weitgehend konsistente Zeitreihe zur Verfügung steht.

Berechnet wurde dieser Indikator durch Anwendung der Werte aus EU-SILC zur Häufigkeit chronischer Krankheit auf die jeweiligen Sterbetafeln. Theoretisch stehen für diesen Indikator bereits Werte ab 2003 zur Verfügung, vor 2008 führte aber eine abweichende Fragestellung „ Haben Sie eine chronische Krankheit?" zu einem deutlich sichtbaren Zeitreihenbruch, so dass die Entscheidung getroffen wurde, diese Werte nicht darzustellen.

Grafik 47 zeigt, dass 2016 eine 65-jährige Frau erwarten konnte, noch 9,2 Jahre in Gesundheit und weitere 12,3 mit einer chronischen Krankheit zu leben. Über den Zeitverlauf ist hier kaum ein Trend erkennbar. Gut sichtbar ist jedoch der Unterschied zwischen Frauen und Männern. Frauen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer, allerdings zeigen sich diese Unterschiede nicht im selben Maße bei der gesunden Lebenserwartung. Frauen verbringen also einen größeren Anteil ihrer nach 65 noch verbleibenden Lebenszeit chronisch krank.

Grafik 47
Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren



Q: STATISTIK, AUSTRIA, Sterbetafeln, EU-SILC.

3.4 Bildung

Bildung und Wissen gelten als zentrale Faktoren individueller und gesellschaftlicher Entwicklung. Eine gerechte Verteilung von Bildungschancen ist grundlegend für die Vermeidung sozialer Schieflagen. Das Bildungsniveau ist außerdem zentral für die Wirtschaftskraft eines Landes. Die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems und Anreize zu höherer Bildungsbeteiligung gehören deshalb sowohl national als auch international zu den strategischen Zielsetzungen der Politik. Darüber hinaus soll die Mobilität junger Menschen im gesamten Bildungssystem wie auch in Bezug auf nicht-formales Lernen gefördert werden (Rat der EU 2011).

Ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung ist aber nicht nur ein zentraler Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, sondern spielt auch eine wichtige Rolle für die soziale Teilhabe und die politische Partizipation.

Stiglitz et al. (2009, S.165) betonen, dass Bildung instrumentellen Charakter für das Erreichen einer Reihe weiterer Ziele hat (z. B. höheres Einkommen, bessere soziale Teilhabe etc.), wovon sowohl die Individuen selbst, als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren. Darüber hinaus erweitern kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten die Freiheiten und Möglichkeiten von Individuen ungeachtet ihres Einflusses auf spätere Verdienstmöglichkeiten und die ökonomische Entwicklung.

Schlüsselindikatoren der Dimension Bildung sind die Tertiärquote der Bevölkerung zwischen 30 und 34 Jahren (Altersgruppe, in der in der Regel von einer abgeschlossenen Tertiärausbildung ausgegangen werden kann) und als Gegenstück die frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, also die Personen, die zu einem hohen Prozentsatz voraussichtlich keinen sekundären Bildungsabschluss erlangen werden.

Ergänzt werden diese Schlüsselindikatoren durch den Zusatzindikator Teilnahme an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung, der den Aspekt des lebenslangen Lernens in den Fokus rückt.

3.4.1 Schlüsselindikator Tertiärquote

Die Tertiärquote stellt den Anteil der 30-34-Jährigen mit Hochschulstudium oder einem nicht-akademischen tertiären Abschluss als höchster abgeschlossener Bildung an der Gesamtgruppe der 30-34-Jährigen dar. Gemäß Europa 2020 Strategie soll bis 2020 der Anteil der 30-34-Jährigen, die über einen Tertiärabschluss verfügen, EU-weit bei mindestens 40 % liegen.

Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38 % festgelegt. Dieses nationale Ziel stammt noch aus einer Zeit (vor 2013) als BHS-Abschlüsse noch nicht zu den Tertiärabschlüssen gezählt wurden (ISCED 1997) und somit die Österreichische Tertiärquote deutlich niedriger war.

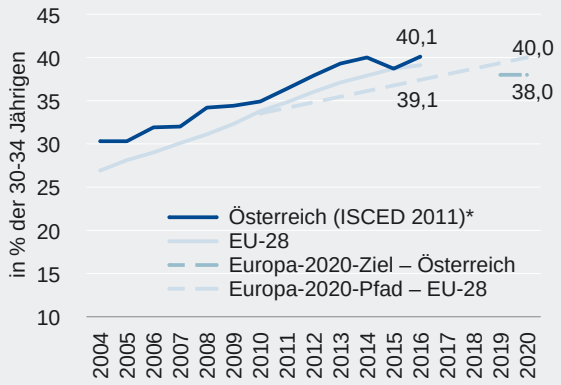
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Tertiärquote stieg seit 2004 stark an. Diese enthält auch BHS-Abschlüsse, deshalb wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet. Die Entwicklung seit 2014 zeigt keine signifikanten Veränderungen. Da das nationale Ziel aber bereits erreicht wurde und der Anteil über dem EU-Wert liegt, wird die kurzfristige Entwicklung ebenfalls als tendenziell positiv bewertet."

Als nationales Ziel wurde wie erwähnt eine Quote von 38 % festgelegt. Grafik 48 zeigt, dass 2016 40,1 % der 30-34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen konnten. Zwar gibt es durch die neue Kategorisierung der Bildungsabschlüsse (ISCED 2011) einen Zeitreihenbruch, dennoch zeigt sich seit 2004 ein deutlicher Anstieg der Quote, lediglich 2015 ist die Tertiärquote im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückgegangen, um 2016 den bislang höchsten Stand zu erreichen. Solche Schwankungen können aufgrund der kleinen Personengruppe im Alter zwischen 30 und 34 in der Stichprobe auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein und sollten daher nicht interpretiert werden.

Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbilden-

Grafik 48
Tertiärquote der 30-34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - * Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

den Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen. Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen (BHS wie z. B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als einem Tertiärabschluss gleichwertig gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S. 10). Mit Einführung der ISCED 2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär und der erfolgreiche Abschluss der dritten Klasse einer fünfjährigen BHS-Form wird als Abschluss der Sekundarstufe gewertet.

Durchaus interpretiert werden kann jedoch der langfristige Trend, der auf die Auswirkung der Umsetzung des Bologna-Prozesses zurückzuführen sein dürfte. Durch die Einführung des Bachelors schließen mehr Personen ein Studium auch tatsächlich ab (und das früher) und die entsprechenden Absolventinnen und Absolventen rücken nun in die Altersgruppe 30+ vor.

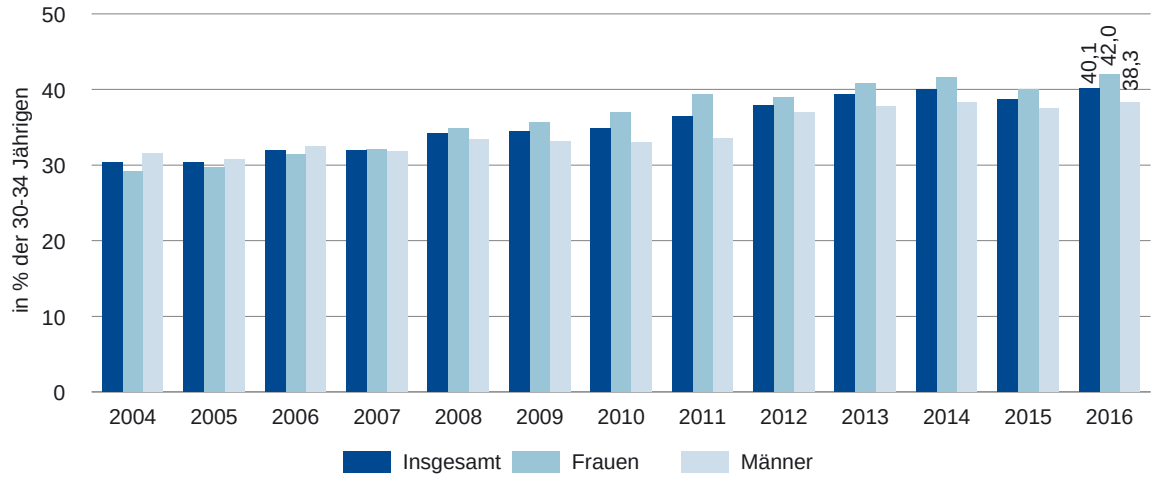
Betrachtet man die Tertiärquote der 30-34-Jährigen nach Geschlecht, so zeigt Grafik 49, dass zwischen 2007 und 2008 die jungen Frauen die jungen Männer überholt haben. Dieser Trend setzt sich fort: 2016 lag die Differenz zwischen den Geschlechtern bei fast 4 %-Punkten.

3.4.2 Schlüsselindikator Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger

Der neue Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger bezeichnet Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Will man den Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss in der Bevölkerung langfristig senken, so gilt es, die Zahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger so gering wie möglich zu halten. Entsprechend wurde im Rahmen der Europa 2020 Strategie das Ziel formuliert, dass der Anteil der 18-24-Jährigen, die über keinen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (Obere Sekundarstufe/Oberstufe) verfügen und gleichzeitig an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, maximal 10 % betragen darf.

Grafik 49
Tertiärquote der 30-34-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

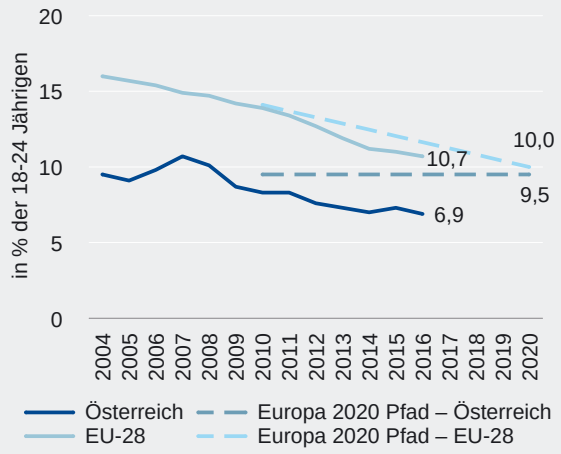
Als nationales Ziel wurde hier eine Quote von 9,5 % vereinbart, die bereits im Jahr 2009 unterschritten wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Da die Quote der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und Schulabgänger vor allem seit 2007 stark sank und sich deutlich unter dem EU 2020-Zielwert für Österreich befindet, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. In den letzten 3 Jahren zeigte sich keine Veränderung mehr, durch die deutliche Unterschreitung des Zielwertes fällt die kurzfristige Bewertung tendenziell positiv aus."

2016 waren in Österreich 6,9 % der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren ohne Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung (Grafik 50). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen geringen Rückgang um 0,4 %-Punkte, der aber, genauso wie der ähnlich geringe Anstieg zwischen 2014 und 2015, auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein kann. EU-weit waren 2016 10,7 % der 18-24-Jährigen frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/innen. Auch hier konnte der Anteil im Beobachtungszeitraum deutlich reduziert werden (2004: 16 %). Daten bis 2013 beruhen auf der ISCED97, ab 2014 wird die ISCED 2011 zur definitorischen Abgrenzung von Sekundarstufe I und II verwendet.

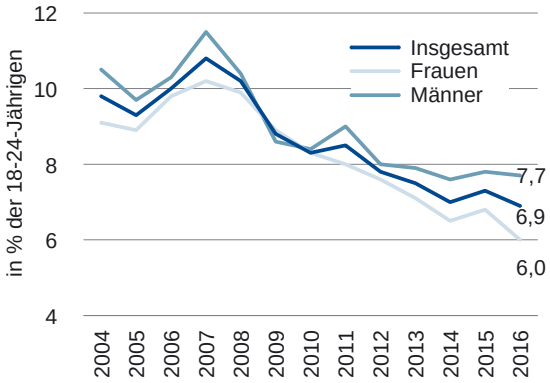
Grafik 50
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger-innen und -abgänger, 18-24-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Betrachtet man die Anzahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänginnen und -abgänger nach Geschlecht, so zeigt sich in den letzten Jahren, dass weniger junge Frauen als Männer die Schule ohne Sekundarabschluss verlassen. Langfristig sollte sich daher die Überrepräsentation der Frauen unter Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss weiter verringern (unter der Annahme, dass dieser Effekt nicht durch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Nutzung des zweiten Bildungswegs neutralisiert wird).

Grafik 51
Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger nach Geschlecht, 18-24-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

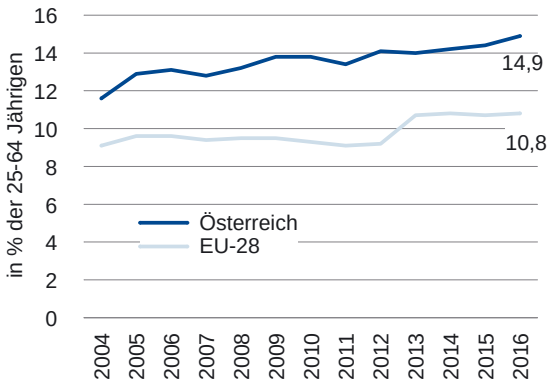
3.4.3 Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung

Dieser Indikator stellt den Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 Jahre dar, die in den vier Wochen vor der Befragung an Weiterbildungsaktivitäten teilgenommen haben. Solche umfassen formale und nicht-formale Bildungs- und Trainingstätigkeiten.

Lebenslanges Lernen umfasst alle Aktivitäten, die im Laufe des Lebens (nach Abschluss der Anfangsausbildung) und aus einer persönlichen, sozialen oder beschäftigungsbezogenen Motivation heraus mit dem Ziel unternommen werden, die eigenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen zu verbessern. Die Absicht etwas „Spezifisches" zu lernen unterscheidet diese Aktivitäten von Nicht-Lernaktivitäten wie kulturellen oder sportlichen Freizeitbeschäftigungen, die eher durch beiläufiges Lernen gekennzeichnet sind.

Der strategische Rahmen für eine europäische Kooperation zur allgemeinen und beruflichen Bildung formuliert als Zielmarke für das Jahr 2020, dass zumindest 15 % der Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren an Aktivitäten, die unter „lebenslanges Lernen"

Grafik 52
Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25-64-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

subsumiert werden können, teilnehmen.

Seit 2004 stieg der Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 Jahre, die an beruflichen oder allgemeinen Weiterbildungsaktivitäten teilnahmen, sowohl in Österreich als auch in der EU an. 2016 nahmen 14,9 % an solchen Aktivitäten teil und somit über 3 %-Punkte mehr als zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. In der EU lag der Anteil bei 10,8 %, wobei hier insbesondere seit 2013 ein deutlicher Anstieg, teilweise allerdings bedingt durch Fragebogenänderungen in einigen Ländern, zu verzeichnen ist.

3.5 Physische Unsicherheit

Unsicherheit ist eine Quelle für Sorgen und Ängste, die sich negativ auf die Lebensqualität auswirken. Das Gefühl der Verletzbarkeit oder die Angst, Opfer von kriminellen Handlungen zu werden, können das persönliche Freiheitsempfinden drastisch beeinträchtigen. Die Themen Gewalt, persönliches Sicherheitsempfinden und Lebensqualität hängen daher eng miteinander zusammen.

Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Gewalt und physischer Unsicherheit im Alltag betreffen hingegen deutlich mehr Menschen. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden" aus EU-SILC abgedeckt, die objektive Sicherheit wird durch die Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet.

3.5.1 Schlüsselindikator Physisches Unsicherheitsempfinden

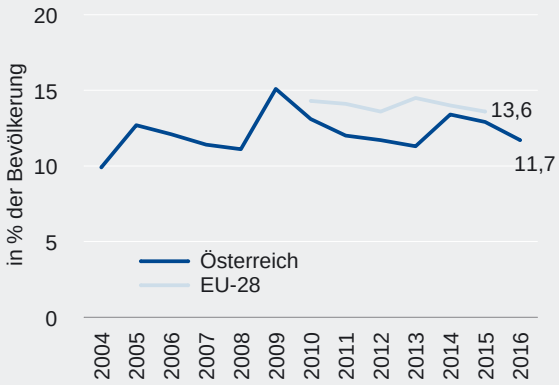
Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?".

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die längerfristige Entwicklung seit 2004 zeigt im Trend nur wenig Veränderung und wird daher neutral bewertet. Da in den letzten drei Jahren ein Rückgang festzustellen ist, wird die kurzfristige Veränderung als tendenziell positiv bewertet."

11,7 % der Bevölkerung gaben 2016 an, in ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben, was einen leichten Rückgang gegenüber den beiden Vorjahren darstellt. Vergleicht man die Werte für Österreich mit den EU-Werten, so zeigt sich, dass sich

Grafik 53
Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung

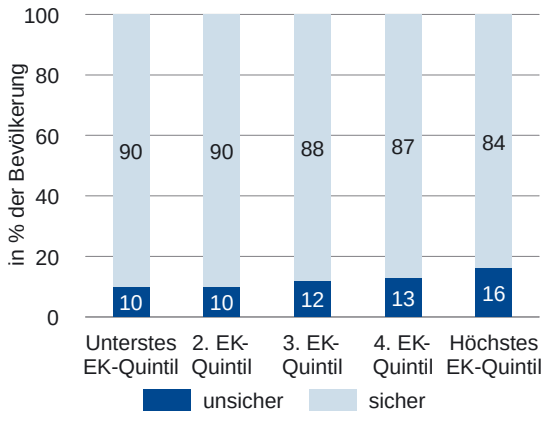


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Wohngegend sicherer fühlen (und immer sicherer gefühlt haben) als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im Durchschnitt.

Eine Betrachtung nach Haushaltseinkommen zeigt, dass sich Personen mit höherem Haushaltseinkommen in ihrer Wohnumgebung unsicherer fühlen. Während in den zwei Quintilsgruppen mit dem niedrigsten Einkommen der

Grafik 54
Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Haushaltseinkommen (2016)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Einkommensquintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jeder Gruppe umfasst 20 % der Bevölkerung.

Anteil der Personen, die Kriminalität, Vandalismus und Gewalt in der Wohnumgebung wahrnehmen, für 2016 jeweils bei 10 % lag, wes das einkommensreichste Fünftel eine Betroffenheit von 16 % auf. Allerdings ist nicht unbedingt davon auszugehen, dass sich diese Haushalte tatsächlich in höherem Maße in von Kriminalität und Vandalismus belasteten Wohngegenden befinden, sondern sich die Einschätzung und Wahrnehmung der Wohnumgebung unterscheidet. Das Kriminalitätsfurcht-Paradoxon beschreibt, dass sich Personen eher vor Kriminalität fürchten, wenn sie selbst seltener von Kriminalität betroffen sind. Die Furcht vor Kriminalität hängt also nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung (objektiviert etwa durch Kriminalstatistik) zusammen (vgl. Ziegleder et al., 2011, 27ff).

3.5.2 Schlüsselindikator Tötungsrate

Der neue Schlüsselindikator umfasst die Kategorie „tätlicher Angriff" nach den international standardisierten Codes X85 bis Y09 sowie Y87.1 und wird altersstandardisiert[65] berechnet. Das bedeutet, dass die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

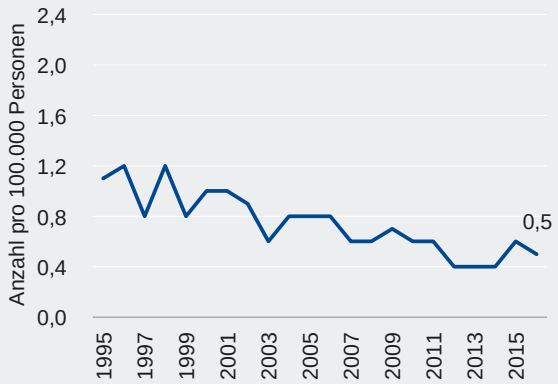
KF LF

„Da die Tötungsrate seit 1995 stark zurückging, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. In den letzten drei Jahren gab es keine signifikanten Veränderungen, weshalb die kurzfristige Entwicklung als neutral eingestuft wird."

Die schlimmste Form der physischen Unsicherheit ist die objektive Gefahr, durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen. Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der „Mordrate" (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass dieses Risiko seit 1995 in Österreich kontinuierlich gesunken ist. Während Mitte der 1990er Jahre noch ungefähr durchschnittlich eine von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kam, waren es 2016 auf 100.000 Personen nur noch 0,5 vorsätzlich Getötete (2014 sogar nur 0,4).

Grafik 55

Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

[65] Die standardisierte Rate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der nationalen Bevölkerung (gleichen Geschlechts) in der betreffenden Berichtsperiode dem der gewählten Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen nationalen Altersaufbaues ist dadurch ausgeschaltet. Als Standardbevölkerung wurde die Europa-Standardbevölkerung von Eurostat verwendet.

3.6
Qualität der gesellschaftlichen Organisation

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentlichen Institutionen, ebenso wie die politische und zivile Teilhabe, fördert das gesellschaftliche Zusammenleben und die soziale Kohäsion. Das reibungsfreie Funktionieren des sozio-institutionellen Gefüges ermöglicht somit auch eine größere Effizienz und Effektivität der öffentlichen Politik. Dies steht in einem direkten Zusammenhang mit der Stellung des Individuums in der Gesellschaft, seinen interpersonalen Verbindungen, sozialen Netzen und schließlich mit der Lebensqualität.

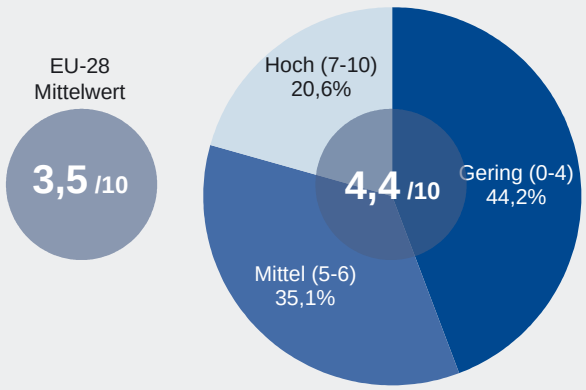
Das institutionelle und interpersonale Vertrauen wird durch den transparenten Austausch mit öffentlichen und privaten Einrichtungen des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens gestärkt. Es steht und fällt mit der organisatorischen und inhaltlichen Fähigkeit der Institutionen, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. Andererseits kann das Vertrauen in die Möglichkeit, eine gleichberechtigte Gesellschaft zu realisieren, durch Intransparenz und Korruption dramatisch erschüttert werden.

Nach 2008 und 2009 enthielt zuletzt das EU-SILC Sondermodul 2013 eine Frage zum Vertrauen in das politische System, das hier als Schlüsselindikator herangezogen wird. Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen und Fragewortlaute sind die Jahre 2008/09 und 2013 jedoch nicht vergleichbar. Das entsprechende Item lautete 2013: „Ich nenne Ihnen nun einige Institutionen. Bitte sagen Sie mir zu jeder, wie sehr Sie ihr persönlich vertrauen. Antworten Sie bitte wieder auf einer Skala von 0 bis 10, hier steht 0 für „vertraue gar nicht“ und 10 für „vertraue voll und ganz“. Wie sehr vertrauen Sie persönlich dem politischen System in Österreich?“

3.6.1
Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System

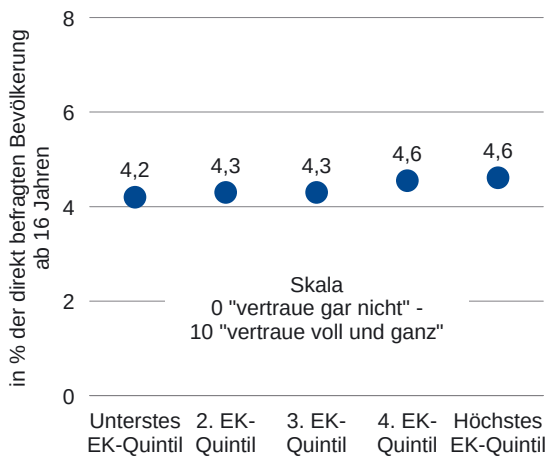
Bei der Bewertung des Vertrauens in das politische System dominieren niedrige und mittlere Ausprägungen dominieren. Ein Viertel entschied sich etwa für die mittlere Ausprägung 5. Allerdings gaben auch 12 % an, überhaupt kein Vertrauen in das politische System zu haben und nur 2 % vertrauten dem politischen System hierzulande voll und ganz. Es ist anzunehmen, dass die Antwortverteilung bei den Fragen zum Vertrauen deswegen so stark von der Verteilung bei den Zufriedenheitsfragen abweicht, da hier im Gegensatz zur Zufriedenheit, die das

Grafik 56
Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden.

Grafik 57
Vertrauen in das politische System nach Einkommensquintilen der Personen ab 16 Jahren (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20 % der Bevölkerung.

Individuum von innen her erlebt, das Objekt der Bewertung extern ist, d. h. außerhalb des Individuums liegt.

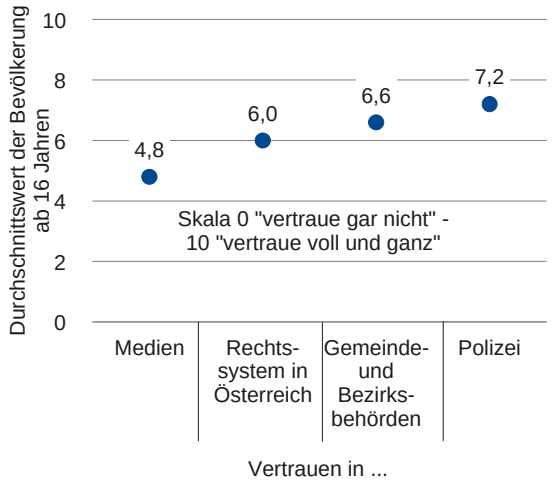
20,6 % gaben ein hohes Vertrauen in das politische System an (Werte von 7-10), 35,1 % wählten Werte zwischen 5 und 6 und 44,2 % hatten nur geringes Vertrauen. Der Durchschnittswert lag in Österreich bei 4,4 (von 10), in der EU-28 lag er mit 3,5 noch deutlich darunter.

In der durchschnittlichen Beurteilung des politischen Systems zeigen sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geringe Unterschiede (Grafik 57). So lag das mittlere Vertrauen in das politische System im untersten Einkommensquintil bei einem Mittelwert von 4,2, während sich im obersten Einkommensquintil ein Mittelwert von 4,6 ergab.

3.6.2 Vertrauen in öffentliche Institutionen

Über das Vertrauen in das politische System hinaus, wurde im EU-SILC Sondermodul 2013 auch das Vertrauen in einzelne Institutionen erhoben. Grafik 58 zeigt, dass Menschen in Österreich der Polizei in einem deutlich höherem Maße vertrauen (Mittelwert 7,2) als beispielsweise den Medien (4,8). Zwischen diesen beiden liegt das Vertrauen in das Rechtssystem (6,0) und in die Gemeinde- und Bezirksbehörden (6,6).

Grafik 58
Vertrauen in öffentliche Institutionen der Personen ab 16 Jahren (2013)

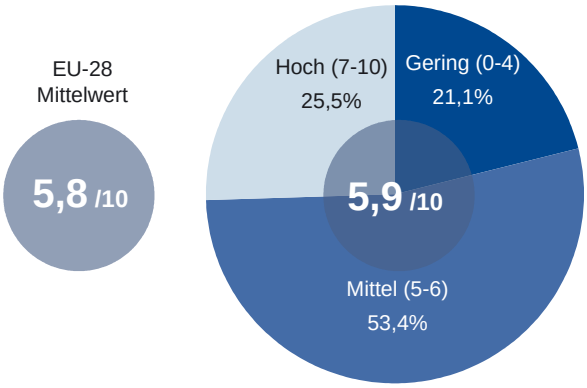


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden.

3.6.3 Vertrauen in andere

Vertrauen ist ein Kernelement der Beziehungen von Individuum und ihrer sozialen Interaktionen. Es leitet sich aus der Erwartung ab, die jemand gegenüber einem „anderen" hat. Diese Erwartung ist wiederum eine Funktion des Ausmaßes, in dem Vertrauen in der persönlichen Historie früherer sozialer Interaktionen eines Individuums honoriert wurde, und hat starke Auswirkungen auf viele Lebensaspekte (siehe z. B. Lewicki und Tomlinson 2003).

Grafik 59
Vertrauen in andere der Personen ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden

Das Vertrauen in andere zu messen, trägt dazu bei zu zeigen, wie Menschen gegenüber ihrer unmittelbaren Gemeinschaft aber auch gegenüber der Gesellschaft insgesamt eingestellt sind. Es kann insofern zur hier diskutierten Dimension gezählt werden, als Vertrauen ein konstitutiver Bestandteil funktionierender Gesellschaften und effizienter staatlicher Organisation darstellt. Die Bedeutung von Vertrauen für die gesellschaftliche Qualität wurde u. a. von Ward und Meyer (2009) näher untersucht.

Die im EU-SILC Sondermodul 2013 gestellte Frage nach dem Vertrauen in andere bezieht sich nicht auf eine spezifische Personengruppe. Wie auch bei den anderen Vertrauensfragen wurden die Respondentinnen und Respondenten hier aufgefordert, auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht" bis 10 „vertraue vollkommen" das Vertrauen in andere zu bewerten. Der Durchschnittswert lag bei 5,9 und somit zwar höher als jener des Vertrauens in das politische System oder die Medien, jedoch bemerkenswerterweise noch unter jenem in das Rechtssystem oder die Polizei. 43,15 % hatten ein hohes Vertrauen in andere (Werte 7-10), 35,8 % berichteten mittlere Vertrauenswerte (7-10) und 21,1 % vertrauen anderen nur sehr wenig und wählten Werte zwischen 0 und 4.

3.7 Wohnen

An der Dimension „Wohnen" wird deutlich, wie stark die drei Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ineinander greifen: wie Menschen wohnen, hängt in starkem Umfang von ihren materiellen Ressourcen ab. Gleichzeitig beeinflussen Umweltbedingungen in der Wohnumgebung die Lebensqualität. In der Dimension Wohnen finden sich sowohl Indikatoren zur Qualität und Kosten der Wohnung als auch zur natürlichen Wohnumgebung.

Eurostat veröffentlicht neben einer neunstufigen Gliederung der Dimensionen der Lebensqualität, in der Wohnen und die materiellen Lebensbedingungen zusammengefasst sind, auch eine elfstufige Gliederung, in der Wohnen zusätzlich zur natürlichen Wohnumgebung eine eigene Dimension darstellt[66].

Um die besondere Bedeutung des Wohnens für den Bereich Lebensqualität in *WgÖ?* sichtbar zu machen, werden hier Wohnen im engeren Sinne und die natürliche Wohnumgebung zu einer Dimension zusammengefasst, mit der neuen Variable Sehr schlechter Wohnstandard als Schlüsselvariable. Ergänzt wird diese Schlüsselvariable um Zusatzinformationen zur Umweltbelastung in der Wohnumgebung (bisher Schlüsselvariable der Dimension Natürliche Wohnumgebung) und zur Belastung durch hohe Wohnkosten.

3.7.1 Schlüsselindikator Sehr schlechter Wohnstandard

Von sehr schlechtem Wohnstandard wird gesprochen, wenn zwei der folgenden vier Merkmale zutreffen: (1) weder Badezimmer noch Dusche in der Wohnung (2) keine Toilette in der Wohnung (3) Probleme durch feuchte Wände oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, undichtes Dach (4) Probleme durch dunkle Räume.

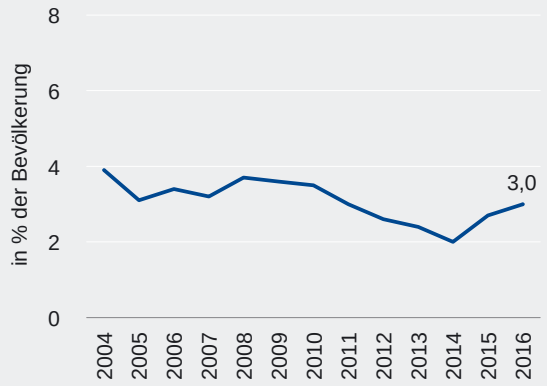
Die UN schlägt bezüglich des Ziels 11.1 der Agenda 2030 „Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren" den folgenden Indikator vor: „Proportion of urban population living in slums, informal settlements or inadequate housing". Der von Statistik Austria verwendete hierfür den Indikator „sehr schlechter Wohnstandard" wird auch für die nationalen Eingliederungsindikatoren herangezogen.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Da sich seit 2004 kein eindeutiger Trend in eine bestimmte Richtung ausmachen lässt, wird die langfristige Entwicklung als neutral bewertet. Seit 2014 kam es hingegen zu einem erkennbaren Anstieg, weshalb die kurzfristige Entwicklung als tendenziell negativ bewertet wird."

Grafik 60 zeigt, dass 2016 3 % der österreichischen Gesamtbevölkerung in Wohnungen mit einem sehr schlechten Wohnstandard gelebt haben. Der Anteil sank seit 2008, ist aber zuletzt (2015 und 2016) wieder angestiegen. Schwankungen dieser Größenordnung können hier jedoch auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein.

Grafik 60
Sehr schlechter Wohnstandard



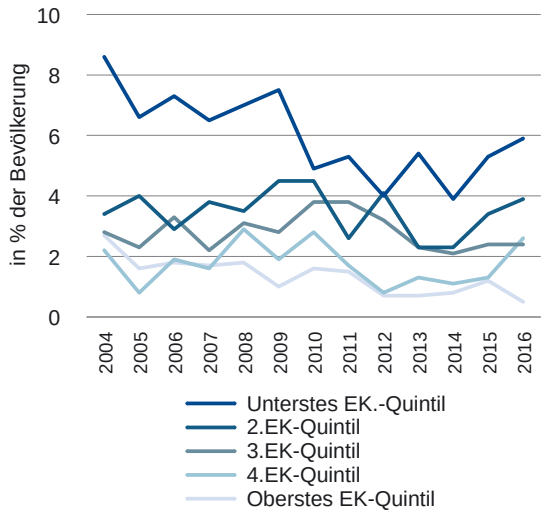
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - * Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Grafik 61 stellt die Rate der Personen in Wohnungen mit sehr schlechtem Wohnstandard nach dem Haushaltseinkommen dar. Hierbei zeigt sich, dass vor allem Personen im untersten Einkommensquintil ein höheres Risiko auf-

[66] http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_de.html

weisen, in einer Wohnung mit sehr schlechtem Wohnstandard zu leben. Die Unterschiede zwischen den anderen Einkommensgruppen fallen deutlich geringer aus (die Linien überkreuzen sich teilweise sogar), was darauf schließen lässt, dass in den höheren Einkommensgruppen Einkommensunterschiede keinen so deutlichen Einfluss auf das Risiko sehr schlechter Wohnbedingungen haben.

Grafik 61
Sehr schlechter Wohnstandard nach Haushaltseinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - * Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

3.7.2 Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung

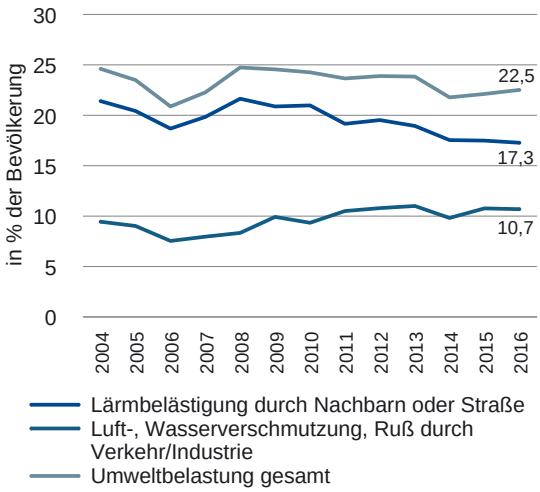
Probleme wie Abgase, Ruß oder sonstige Luftverschmutzungen, aber insbesondere auch die Belastung durch Lärm (durch Nachbarn oder Verkehr), können eine Reihe von Schäden nach sich ziehen und sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit auswirken. Operationalisiert wird diese Dimension über den Indikator „subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung".

Der Indikator bezieht sich auf die beiden EU-SILC-Fragen: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung, Ruß oder anderen Umweltproblemen wie Rauch, Staub oder Gestank?" und „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Lärmbelästigung durch Nachbarn oder von der Straße (durch Verkehr, Gewerbe- oder Industriebetriebe)?". Antwortet die Auskunftsperson für den Haushalt zumindest auf eine der beiden Fragen mit ja, so wird für alle Haushaltsmitglieder Umweltbelastung in der Wohnumgebung angenommen.

Grafik 62 zeigt, dass 2016 22,5 % aller Personen Umweltbelastungen in der Wohnumgebung wahrnahmen. Dieser Wert bewegt sich damit auf dem Niveau der Vorjahre.

Die Belastung ging dabei, wie ebenfalls aus Grafik 62 ersichtlich, zu einem Großteil auf Lärm zurück: 2016 waren 17,3 % der Wohnbevölkerung durch Lärm von Nachbarn

Grafik 62
Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - * Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

oder der Straße belastet. Im Vergleich zu den Vorjahren ist dieser Anteil leicht zurückgegangen. Luft und Wasserverschmutzung sowie Ruß führten 2016 bei 10,7 % zu Belastungen.

Bei der Interpretation der Schwankungen zwischen den Jahren ist freilich Vorsicht geboten. Wetterbedingt und je nach Befragungszeitpunkt können subjektive Einschätzungen zu Umweltbedingungen sehr unterschiedlich ausfallen. So ist die Lärmbelastung durch Verkehr in den Sommermonaten beispielsweise wesentlich geringer, als in der Hauptarbeitszeit. Lange Winter wiederum führen zu einer stärkeren Feinstaubbelastung und besonders zu vermehrter Berichterstattung in den Medien, was wiederum die Wahrnehmung beeinflussen kann. Deswegen können keine Rückschlüsse gezogen werden, ob sich die Situation auch tatsächlich objektiv verbessert hat. Einen Hinweis gibt das Vorkommen von Schwebestaub, das in Kapitel 4.3.3 im Bereich Umwelt diskutiert wird.

3.7.3 Wohnkostenüberbelastung

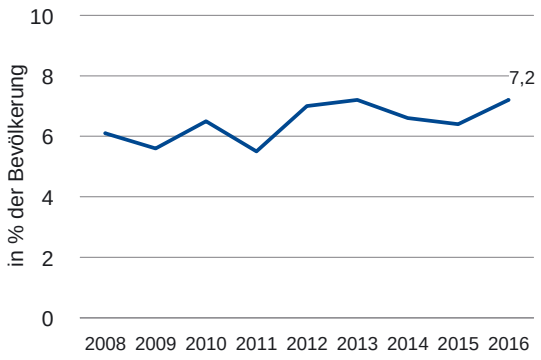
Der neue Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung, wie er auch für die nationalen Eingliederungsindikatoren verwendet wird, beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40 % des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten,

Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

Dass sich das Thema Wohnen nicht nur von der Seite der Wohnbedingungen sondern auch von der Seite der Wohnkosten betrachten lässt, kommt auch in der Formulierung „bezahlbarer Wohnraum" in Goal 11.1 der SDGs zum Tragen. Gerade in großen Städten sind die Mietkosten teilweise so hoch, dass sie selbst bei bescheidenen Wohnbedürfnissen einen beachtlichen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen und somit anderweitige Konsummöglichkeiten stark einschränken.

Grafik 63 zeigt, dass der Anteil der Personen mit Wohnkostenüberlastung seit 2008 auf ungefähr gleichem Niveau blieb. 2016 waren 7,2 % der Bevölkerung davon betroffen.

Grafik 63
Wohnkostenüberbelastung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

3.8 Subjektives Wohlbefinden

Subjektives Wohlbefinden umfasst eine große Bandbreite verschiedener Aspekte, die von der reflektierten Bewertung des eigenen Lebens über die Gefühls- und Emotionszustände einer Person bis hin zu sogenannten eudaimonischen Fragestellungen[67] nach dem Lebenssinn reichen. Wie subjektives Wohlbefinden gemessen werden kann, wird mittlerweile auch in der offiziellen Statistik intensiv diskutiert. Die OECD (2013b) veröffentlichte Leitlinien zur Messung subjektiven Wohlbefindens um eine diesbezüglich größere Konsistenz in den offiziellen Statistiken zu erreichen.

Eurostat (2014b)[68] fasst die Bedeutung dieser neuen Daten wie folgt zusammen: *„Das BIP und mehr[69], die Empfehlungen der SSF-Kommission[70], die Sponsorship-Group zur Messung des Fortschritts[71] und das Sofia-Memorandum[72] betonen sämtlich die Bedeutung der Erhebung qualitativ hochwertiger Daten über die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen und die zentrale Rolle von Statistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) im Rahmen dieser verbesserten Messung. Die Erhebung von Mikrodaten im Zusammenhang mit dem Wohlbefinden ist daher ein vorrangiges Ziel. Im Mai 2010 unterstützten sowohl die Arbeitsgruppe Lebensbedingungen als auch die Indikatoren-Untergruppe des Ausschusses für Sozialschutz den Vorschlag von Eurostat zur Erhebung von Mikrodaten zum Wohlbefinden im Rahmen des Moduls der SILC 2013, um dieser Forderung gerecht zu werden."*

Im Rahmen von EU-SILC 2013 wurde erstmals EU-weit ein Sondermodul zur Erhebung des subjektiven Wohlbefindens umgesetzt. Es enthält eine Reihe subjektiver Fragen zu den verschiedenen Aspekten des Wohlbefindens (Zufriedenheitsfragen, Stimmungsfragen etc.). In der österreichischen Erhebung zu EU-SILC werden bereits seit 2004 Fragen zur Lebensqualität gestellt.

Der *WgÖ?*-Schlüsselindikator zu dieser Dimension ist die „Gesamte Lebenszufriedenheit". Er liefert einen Hinweis darauf, inwieweit die Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich erfüllt werden.

Flankiert wird dieser Indikator von Indikatoren zur Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen, die teilweise regelmäßig in der österreichischen Erhebung zu EU-SILC erhoben werden und teilweise einmalig 2013 und/oder 2015 erhoben wurden. Daten zur Freizeit aus der Zeitverwendungserhebung ergänzen diese Indikatoren.

3.8.1 Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit

Der Indikator Lebenszufriedenheit misst, wie eine Person ihr Leben als Gesamtes bewertet. Der Begriff „Leben" umfasst somit sämtliche Lebensbereiche dieser Person zu einem bestimmten Zeitpunkt. Es wird daher nicht angestrebt, den momentanen emotionalen Zustand der Auskunftsperson abzufragen, sondern ein reflektiertes und breites Urteil über den Grad ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit diesem Leben zu erhalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF

„Kurzfristig zeigt sich vor allem zwischen 2014 und 2015 ein Rückgang des Anteils der sehr unzufriedenen Personen, weshalb die Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

EU-SILC stellt die entsprechende Frage seit 2013 mit 11-stufiger Antwortskala. Die Frage lautet: Ich möchte Ihnen nun einige Fragen zu Ihrem Wohlbefinden und Ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen stellen. Zunächst aber ganz allgemein gefragt: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten

[67] Eudaimonia ist ein Begriff der praktischen Philosophie, der ursprünglich auf Aristoteles zurückgeht: Sie ist „das vollkommene und selbstgenügsame Gut und das Endziel des Handelns." (1097 b20). In aktuellen Diskussionen zum subjektiven Wohlbefinden wird darunter das Gedeihen oder Gelingen (der Lebensführung) bezeichnet. Der Begriff wird mittelbar mit Glückseligkeit und seelischem Wohlbefinden assoziiert.
[68] http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/gdp-and-beyond/quality-of-life/context
[69] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/initiativen_zur_fortschrittsmessung/gdp_and_beyond/index.html
[70] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/initiativen_zur_fortschrittsmessung/stiglitz_sen_fitoussi/index.html
[71] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/initiativen_zur_fortschrittsmessung/euro_statistisches_system_stiglitz_sen_fitoussi/index.html
[72] http://ec.europa.eu/eurostat/help/new-eurostat-website

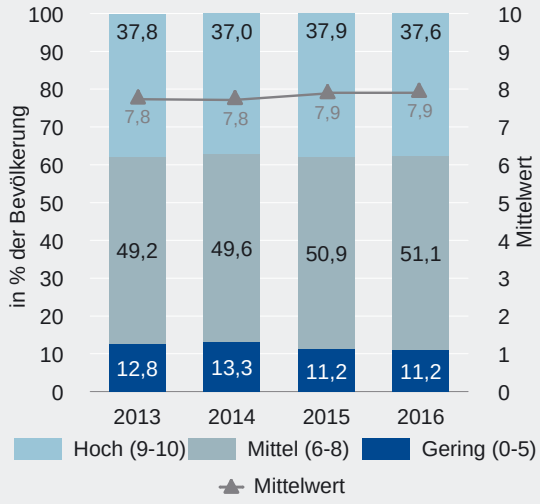
Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „vollkommen zufrieden“ steht.“

2016 lag die mittlere Zufriedenheit bei 7,9 von 10 Punkten und damit auf dem Niveau der beiden Vorjahre. Der Anteil der Personen mit einer geringen Zufriedenheit (fünf oder weniger) liegt mit 11,2 % auf demselben Niveau wie im Vorjahr und damit niedriger als 2014. Während die Gruppe der mittel und hoch Zufriedenen auch Personen umfasst, die schwierige Lebensumstände haben, aber aus verschiedenen Gründen trotzdem angeben, dass sie zufrieden sind (siehe dazu Ponocny et al. 2015), ist bei der unzufriedenen Gruppe tatsächlich davon auszugeben, dass die meisten Personen objektiv belastet sind.

Vergleicht man die österreichischen Daten mit den EU-28-Werten von 2013, so liegt der Mittelwert für Österreich (7,9) über dem EU-Wert von 7,1. Besonders deutlich ist der Abstand beim Anteil der sehr Zufriedenen: während in Österreich 37,6 % in diese Kategorie fallen, sind es im EU-28-Durchschnitt nur 22 %.

Grafik 64

Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10



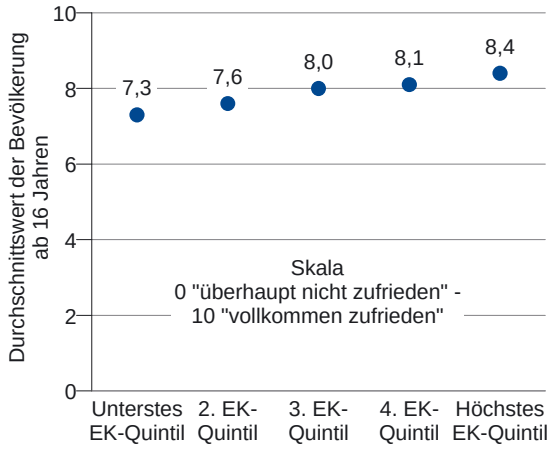
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013-2016.

Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nur geringe Unterschiede. Frauen sind im Mittel etwas zufriedener als Männer, der Anteil der hoch Zufriedenen liegt bei den Frauen bei 39 %, bei den Männern hingegen nur bei 36 %.

Grafik 65 zeigt, dass die Lebenszufriedenheit im reichsten Einkommensfünftel am höchsten ist und mit steigendem Einkommen zunimmt. Während die unterste Einkommensgruppe 2016 eine mittlere Lebenszufriedenheit von 7,3 von 10 aufwies, lag der entsprechende Mittelwert in der obersten Einkommensgruppe bei 8,4 von 10.

Grafik 65

Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2016)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20 % der Bevölkerung.

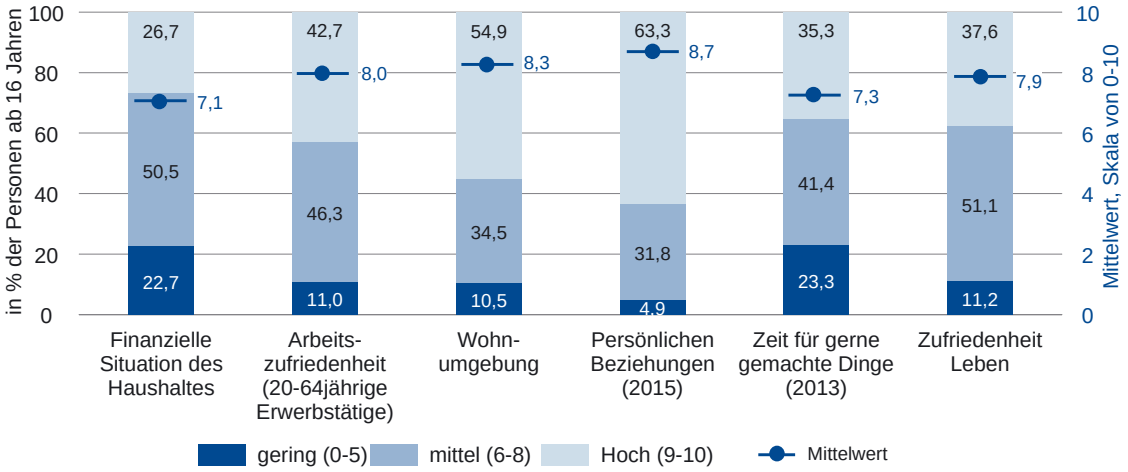
3.8.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

Zufriedenheiten mit verschiedenen Lebensbereichen wie Einkommen, Wohnumgebung und soziale Beziehungen ermöglichen Aufschlüsse darüber, wie bestimmte objektive Lebensbedingungen subjektiv erfahren werden, geben aber - wie bei den persönlichen Beziehungen - auch Auskunft über Lebensbereiche, die sich gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand objektiv erfassen lassen.

Im nationalen Fragenteil zu EU-SILC finden sich jährlich Fragen zur Arbeitszufriedenheit, zur Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes und zur Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Darüber hinaus wurden 2013 im Modul zur Lebensqualität einige weitere Fragen zur Zufriedenheit gestellt, unter anderem zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge. Die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Beziehungen, z. B. zu Familie, Freunden, Kollegen, Kolleginnen?“ wurde sowohl 2013 als auch 2015 im Sondermodul „Soziale und kulturelle Teilhabe“ gestellt. In Grafik 66 finden sich die Werte von 2016 bzw. des jeweils aktuellsten verfügbaren Jahres.

Wie Grafik 66 zeigt, ist die Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen am höchsten. Fast zwei Drittel der Personen wählten hier auf der 11-stufigen Skala zwischen 0 und 10 eine 9 oder eine 10, der Mittelwert lag bei 8,7. Im Vergleich zu 2013 stellt das eine Verbesserung dar. Der Anteil der Personen mit hoher Zufriedenheit lag damals bei unter 60 %, der mit geringer Zufriedenheit bei 8 % und der Mittelwert bei 8,5. Auch mit ihrer Wohnum-

Grafik 66
Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

gebung sind die Menschen in Österreich sehr zufrieden, knapp 55 % wählten hier eine 9 oder 10. Bezüglich der Arbeitszufriedenheit, bei der sich ebenfalls hohe Werte finden, muss berücksichtigt werden, dass nur Personen befragt wurden, die auch wirklich erwerbstätig waren, also eine Personengruppe, der es vergleichsweise gut geht. Den höchsten Anteil gering Zufriedener findet man bei der Zeit für gerne gemachte Dinge, hier gaben 23,3 % einen Wert von 5 oder geringer an. Die niedrigste mittlere Zufriedenheit findet sich mit 7,1 bei der finanziellen Situation des Haushalts.

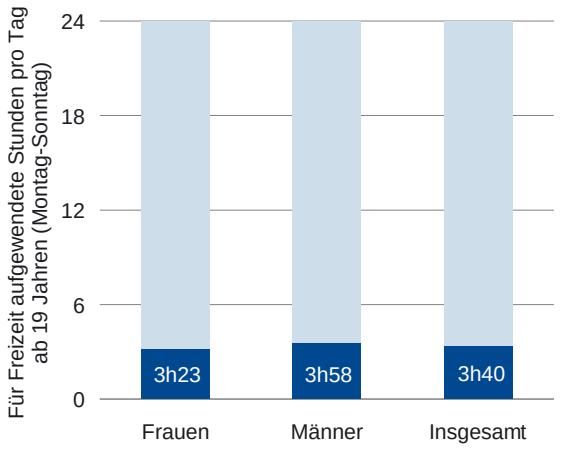
3.8.3 Freizeitaktivitäten

Das objektive Gegenstück zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge stellt die verfügbare Zeit für Freizeitaktivitäten dar. Die diesbezüglich letztverfügbaren Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/2009.

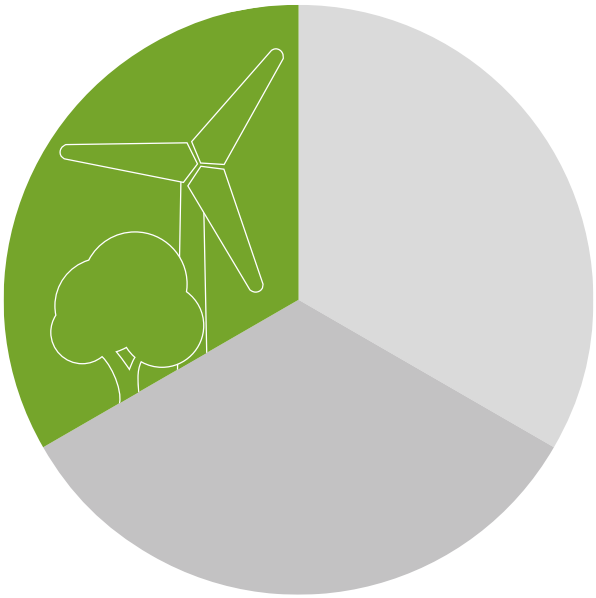
In der Zeitverwendungserhebung werden für die Erhebung 2008/09 die folgenden Tätigkeiten als Freizeitaktivitäten gewertet: Kulturelle Aktivitäten; Unterhaltung, öffentliche Festveranstaltungen; Ausflug; Spazierengehen; Wandern, Laufen; Radfahren (als Sport); Sonstige sportliche Betätigung; Fitness, Gymnastik; Jagen, Fischen, Sammeln in der Natur; Hobbys; Musizieren; Beschäftigung mit dem Computer, technische Hobbys; Spiele; Computerspiele; Zeitungen, Zeitschriften lesen; Bücher lesen; Sonstiges Lesen; Fernsehen (inkl. DVDs & Videos); Musik hören; Informationsbeschaffung mittels Computer; Wege – Kultur; Wege – Sport; Wege – Hobbys; Wege – Mediennutzung. Nichtstun wird jedoch nicht zur Freizeit gezählt. Da es gemeinsam mit dem Nickerchen abgefragt wird, werden diese in der Zeitverwendungserhebung der Kategorie „Schlaf" zugeordnet. Unter Freizeitaktivitäten fallen hier also nur aktive Tätigkeiten.

Grafik 67 zeigt, dass Personen ab 19 Jahren im Durchschnitt pro Tag (inklusive Wochenende) 3 Stunden und 40 Minuten Zeit zur freien Verfügung hatten. Frauen hatten mit 3 Stunden 23 Minuten über eine halbe Stunde weniger Freizeit als Männer (3h58). Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass Frauen nach wie vor mehr Zeit mit Haushalt, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit verbringen (Frauen 4h53; Männer 2h41). Gegenüber 1981, als Frauen im Durchschnitt knapp 5 ½ Stunden für diese Tätigkeiten aufwendeten und Männer nur 1 ½ Stunden, deuten diese Zahlen auf eine allmähliche Angleichung hin.

Grafik 67
Freizeitaktivitäten nach Geschlecht der Personen ab 19 Jahren (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.



4

Umwelt

Anteil der Biofläche deutlich gestiegen

Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche wuchs von 11,5% (2000) auf 20,5% (2016) bei einem Anstieg von 5,9% im letzten Jahr

Zunehmender Flächenverbrauch

Flächeninanspruchnahme wuchs von 2001 bis 2016 um 24,1% bei leicht abgeschwächtem Trend seit 2014

Hoher Energieverbrauch

Energetischer Endverbrauch erhöhte sich von 1995 bis 2016 um 32,3 %

Dimension Verkehr kritisch

Energieverbrauch des Verkehrs nahm von 1995 auf 2016 um 60,2 % zu. Lkw-Transportleistung stieg seit 2009 um 18,5 %

4.1
Umwelt und Nachhaltigkeit

Umweltindikatoren zeigen die Entwicklung von Ressourcenverbrauch oder Emissionen auf, die infolge wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten (wie Industrieproduktion oder Verkehr) entstehen. Stellt man diese Indikatoren beispielsweise dem Konsum der Haushalte gegenüber, werden die Aspekte von Wohlstand und Fortschritt – materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt – umfassend betrachtet. Dabei wird noch der Aspekt der „Nachhaltigkeit", also die intra- und intergenerationelle Perspektive mit einbezogen.

Umweltdaten beziehen sich sowohl auf physische als auch auf monetäre Größen, da sich die Umweltstatistik vor allem mit den sozialen und ökonomischen Aktivitäten und deren Auswirkungen auf Umweltsysteme sowie dem Zustand und den Veränderungen der Medien (Boden, Wasser, Luft, etc.) beschäftigt. Die Umweltstatistik ermöglicht damit einen breiten Blick auf die ökologischen Dimensionen von *Wohlstand und Fortschritt*. Aspekte wie Ressourcenverbrauch, Emissionen oder das Verkehrsaufkommen werden genauer betrachtet.

Ob eine Gesellschaft ihr Wirtschaftswachstum schadstoffarm oder zu Lasten zukünftiger Generationen erzeugt, lässt sich durch die Ergänzung materieller und sozialer Faktoren mit ökologischen Komponenten feststellen.

Um multidimensionalen, weltweit auftretenden Umweltproblemen wie dem Klimawandel begegnen zu können, wurde das Konzept der „Nachhaltigkeit" entwickelt. Dieses gewann durch die Einbeziehung inter- und intragenerationeller Gerechtigkeitsüberlegungen sowie einer tragfähigen ökonomischen Perspektive für die Umweltthematik zunehmend an Bedeutung. Nachhaltigkeit wurde erstmals 1987 im *"Brundtland-Bericht" (United Nations Report of the World Commission on Environment and Development, 1987, Kapitel I, Absatz 3) umfassend formuliert: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs."*

Nachhaltigkeit bezeichnet also gemeinhin die Herausforderung, den derzeitigen Lebensstandard für zukünftige Zeiträume und spätere Generationen mindestens aufrechtzuerhalten, wenn nicht gar zu verbessern. Sie umfasst alle Bereiche von Wohlstand und Fortschritt und reflektiert darüber hinaus Zukunftskomponenten – wie beispielsweise die Konsequenzen des Klimawandels – aus einer globalen Perspektive. Für Stiglitz et al. (2009, S. 16f, S. 61f) ist die Messung und Bewertung der Nachhaltigkeitskomponente von Wohlstand und Fortschritt von zentraler Bedeutung. Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen) als auch mit sozialen Aspekten der Lebensqualität (z. B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Deren Nachhaltigkeit hängt davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können.

Diese vorausblickende Perspektive vervielfacht die Schwierigkeiten, die bereits in den vorangehenden Kapiteln im Zusammenhang mit der Messung von Wohlstand und Fortschritt erwähnt wurden (z. B. Kapitel 2.1). Stiglitz et al. (ebd. S. 17) gehen davon aus, dass eine Unterscheidung zwischen der Beurteilung des gegenwärtigen Wohlbefindens und jener der Nachhaltigkeit notwendig ist: *„The assessment of sustainability is complementary to the question of current well-being or economic performance, and must be examined separately."* Zudem wird festgehalten, dass ein einzelner Indikator nicht alle relevanten Informationen zum gegenwärtigen Wohlbefinden und den Nachhaltigkeitsaspekten aufzeigen kann.

Deshalb wird von Stiglitz et al. (ebd. S. 17f) speziell der Umweltaspekt der Nachhaltigkeit separat betont: *„Recommendation 12: The environmental aspects of sustainability deserve a separate follow-up based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage (such as associated with climate change or the depletion of fishing stocks)."*

Eine der Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010 S. 3) bezieht sich auf die Schaffung einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise in Europa. Diese Leitinitiative bildet die Grundlage für Maßnahmen, die eine Umstellung auf ein ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wirtschaften erleichtern sollen. Unter anderem soll damit die Sicherung der Versorgung mit wesentlichen Ressourcen sowie die Bekämpfung des Klimawandels erreicht werden.

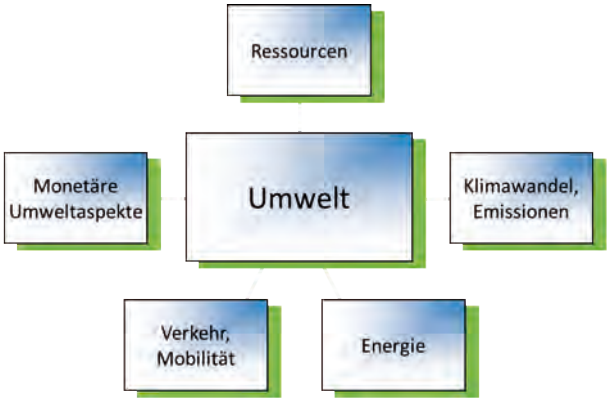
Mit dem Konzept der *Entkoppelung* lässt sich die Entwicklung der (ökologischen) Nachhaltigkeit quantitativ beurteilen.

Von *absoluter* Entkoppelung spricht man, wenn die betreffende Umweltauswirkung (z. B. Materialverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist *relativ*, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Variable.

4.1.1 Überarbeitungsprozess Wie geht's Österreich? – Umwelt

Beim bereits erwähnten Überarbeitungsprozess der Dimensionen und Indikatoren (siehe auch Kapitel 1.2) ergaben sich für den Bereich Umwelt keine Umgestaltungen für Anzahl und Bezeichnung der Dimensionen (Grafik 68).

Grafik 68
Dimensionen der Umwelt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Den fünf Dimensionen wurden ein bis drei Schlüsselindikatoren zugeordnet. Schlüsselindikatoren sind die aus Sicht der Stakeholder zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimension und unterliegen auch der Bewertung durch das externe Bewertungsteam. Wie in Kapitel 1.2 erwähnt sollen zukünftig alle drei Bereiche von *WgÖ?* durch ungefähr gleich viele Schlüsselindikatoren repräsentiert sein und insgesamt das Set von 30 Indikatoren zusätzlich zum BIP nicht überschritten werden.

Die Schlüsselindikatoren zur Umwelt wurden inhaltlich diskutiert und es wurden folgende wesentlichen Änderungen vorgenommen (Tabelle 1):

- In der Dimension „Ressourcen" werden die Flächen mit biologischer Bewirtschaftung zukünftig als Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche gezeigt. Die Naturschutzflächen sind nicht mehr Teil des Indikators. Dies entspricht weitgehend dem SDG Indikator 2.4.1 (Proportion of agricultural area under productive and sustainable agriculture).

- Wiewohl Indikatoren der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010)[73] grundsätzlich weiterhin ohne Änderung berücksichtigt werden, ergab sich in der Dimension ‚Energie' durch die Datenlage eine Ausnahme für den Indikator Energieintensität, der zukünftig nur mehr als Zusatzinformation verfügbar ist.

- In der Dimension „Mobilität, Verkehr" wird die Transportleistung des Lkw-Verkehrs auf Daten von Statistik Austria umgestellt, die Zeitreihe beginnt damit ab 2009. Zudem wird der Indikator zu den Treibhausgasemissionen des Verkehrs neu in das Set aufgenommen.

- Die Dimension „Monetäre Umweltaspekte" enthält zukünftig nur mehr den Schlüsselindikator Ökosteueranteile, die Umweltwirtschaft wird als Zusatzinformation gezeigt.

Die nunmehr 11 Schlüsselindikatoren werden noch durch Zusatzindikatoren inhaltlich ergänzt. Auch bei den Zusatzinformationen gab es einige Veränderung. So wurde beispielsweise bei der Dimension Ressourcen der Rohmaterialverbrauch als Zusatzinformation mit aufgenommen.

Tabelle 1
Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung

Umwelt	kurzfristig	langfristig
Inländischer Materialverbrauch		
Flächen mit biologischer Bewirtschaftung		
Flächeninanspruchnahme		
Treibhausgasemissionen		
Feinstaub-Emissionen (PM_{10})		
Erneuerbare Energieträger		
Energetischer Endverbrauch		
Energieverbrauch des Verkehrs		
Transportleistung des Lkw-Verkehrs		–
Emissionen des Verkehrs		
Ökosteuern		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Zu beachten ist, dass es zwischen den Dimensionen keine eindeutige inhaltlich Abgrenzung geben kann, sondern

[73] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm Die Ziele wurden in allen EU-Staaten in nationale Ziele umgesetzt, die den unterschiedlichen Ausgangssituationen und Gegebenheiten im jeweiligen Land Rechnung tragen. Österreich ist demnach verpflichtet, bis 2020 die Treibhausgasemissionen in Nicht-Emissionshandelssektoren um mindestens 16 % zu reduzieren, den Anteil Erneuerbarer Energieträger auf 34 % zu steigern und die Energieeffizienz zu erhöhen.

thematische Überschneidungen der Zugehörigkeit von Indikatoren möglich sind. Überschneidungen bestehen z. B. für Energieträger wie Öl oder Gas, welche in einer eigenen Dimension „*Energie*" geführt werden, jedoch genauso eine wichtige *Ressource* darstellen. Indikatoren zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs (Dimension *Verkehr*) oder zum Energieverbrauch (Dimension *Energie*) sind auch für die Dimension *Klimawandel, Emissionen* inhaltlich relevant.

Als Datenquellen dienen hauptsächlich Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend wurden für Umweltbereiche, die unter die Agenden des Umweltbundesamts (z. B. Luftemissionen) oder des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW, z. B. Fläche der Bio-Landwirtschaft) fallen, die entsprechenden Daten dieser Institutionen verwendet. Datenlücken ergeben sich für Bereiche wie Biodiversität, Bodenqualität (Emissionen), Wasserentnahme oder Klimawandelanpassungskosten, für die derzeit keine aggregierten Werte aus offiziellen Statistikquellen vorliegen.

Die stärkere Berücksichtigung der Zukunftskomponente im Bereich Umwelt führt dazu, dass – im Vergleich zu den Bereichen materieller Wohlstand und Lebensqualität – bei der Bewertung der Umweltindikatoren neben der Dynamik das absolute Niveau der Umweltwerte eine größere Relevanz zeigt.

Der Schwerpunkt der Umweltbetrachtung liegt stärker auf der langfristigen als auf der kurzfristigen Entwicklung.

Beispielsweise müsste bezüglich des Ziels, den Klimawandel zu begrenzen, der Energieverbrauch unter den Wert von 1995 gesenkt werden. Auch wenn sich seit dem Jahr 2006 eine Stabilisierung des Verbrauchs zeigt, bleibt das Problem, dass der Energieverbrauch insgesamt im europäischen Vergleich immer noch zu hoch ist. Dies liegt vor allem an dem Zuwachs in den Jahren 1995 - 2005 und führte zu einer tendenziell negativen Beurteilung des langfristigen Verlaufes durch das Expertengremium (siehe auch Kapitel 1.3).

4.2 Ressourcen

Bei (natürlichen) Ressourcen handelt es sich um Bestandteile der Natur, die vom Menschen direkt oder indirekt genutzt werden bzw. potentiell genutzt werden können und die die Grundlagen für derzeitiges und zukünftiges Leben bilden. Viele dieser Ressourcen, wie Minerale, Lebensräume oder auch Tierarten sind begrenzt – wenn sie erschöpft oder vernichtet werden, sind sie für immer verschwunden. Eine Vielzahl anthropogen verursachter Umweltschäden ist auf den gestiegenen Verbrauch natürlicher Ressourcen zurückzuführen. Die schonende, effiziente Ressourcennutzung und die Vermeidung ökologischer und sozialer Belastungen sind notwendig für eine nachhaltige Entwicklung.

Eine Kategorisierung von Ressourcen bietet das UN System of Environmental-Economic Accounting (SEEA)[74]. Im Kapitel Naturvermögensrechnungen („asset accounts") werden folgende Ressourcenkomponenten aufgelistet:

- mineralische Ressourcen
- Energieressourcen
- Land- und Bodenressourcen
- Holzressourcen
- aquatische Ressourcen
- sonstige biologische Ressourcen
- Wasserressourcen.

Während einige dieser Komponenten bereits sehr gut im Rahmen der Naturvermögensrechnungen abgebildet werden (beispielsweise mineralische oder Energieressourcen), liegen für andere Kategorien keine passenden Daten aus der amtlichen Statistik vor.

Durch die gestiegene Nutzung der natürlichen Ressourcen innerhalb der letzten Jahrzehnte treten eine Vielzahl durch den Menschen (anthropogen) verursachte Umweltschäden auf.

Die zunehmende Produktion, der Transport und der Konsum von Rohstoffen führen zu Umweltproblemen wie dem anthropogenen Klimawandel, der Flächenversiegelung, dem Verlust der Artenvielfalt, der Bodenerosion, der Produktion von Abfällen oder der Luftverschmutzung.

Eine der sieben Leitinitiativen innerhalb der Europa 2020 Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa" (Europäische Kommission 2011b). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor. Der sparsame und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen und die absolute Entkoppelung des Ressourceneinsatzes vom Wirtschaftswachstum gelten als wesentliche Schlüsselstrategie für eine nachhaltige Entwicklung.

In Österreich hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Jahr 2011 einen Ressourceneffizienz-Aktionsplan (REAP) entwickelt (BMLFUW 2012a). Dieser legt Ziele zur Effizienzsteigerung bei der Nutzung natürlicher Ressourcen fest, identifiziert wesentliche Handlungs- und Aktionsfelder und schlägt Maßnahmen für eine konkrete Erhöhung der Ressourceneffizienz vor. Langfristig soll die österreichische Wirtschaftsentwicklung vom Ressourcenverbrauch und den damit einhergehenden Umweltauswirkungen entkoppelt werden. Dazu ist es laut REAP erforderlich, die Ressourceneffizienz in Österreich mittelfristig, also bis zum Jahr 2020, um mindestens 50 % anzuheben und somit den Ressourcenverbrauch insgesamt deutlich zu reduzieren.

Für die Abbildung des Bereichs Ressourcen wurden drei Schlüsselindikatoren herangezogen: der wichtigste Indikator ist der *inländische Materialverbrauch*, welcher mineralische und Energieressourcen, Holz- und sonstige biologische Ressourcen sowie zu einem Teil auch aquatische Ressourcen umfasst (die Energieressourcen werden zudem explizit im Bereich Energie dargestellt). Der Indikator „*Flächen mit biologischer Bewirtschaftung*" bezieht sich auf Komponenten der Land- und Bodenressourcen sowie der „sonstigen biologischen Ressourcen". Die Problematik der Flächenversiegelung, welche ebenfalls die Land- und Bodenressourcen betrifft, wird durch den Indikator *Flächeninanspruchnahme insgesamt (*durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen) abgedeckt.

Für Wasserressourcen (z. B. Wasserentnahme oder Wasserverwendung) stehen in Österreich kaum Daten zur Verfügung. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung geplant, welche den Wasserverbrauch VGR-konform abbilden soll.

[74] http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seeaRev/SEEA_CF_Final_en.pdf.

4.2.1
Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch

Der Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch (DMC = Domestic Material Consumption) aus der Materialflussrechnung der Statistik Austria stellt die im Inland verbrauchte Materialmenge dar. Dies betrifft den Verbrauch jenes Materials, das in Produktionsprozessen und im Endverbrauch in Österreich konsumiert wird. Indirekte Materialflüsse sind nicht enthalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

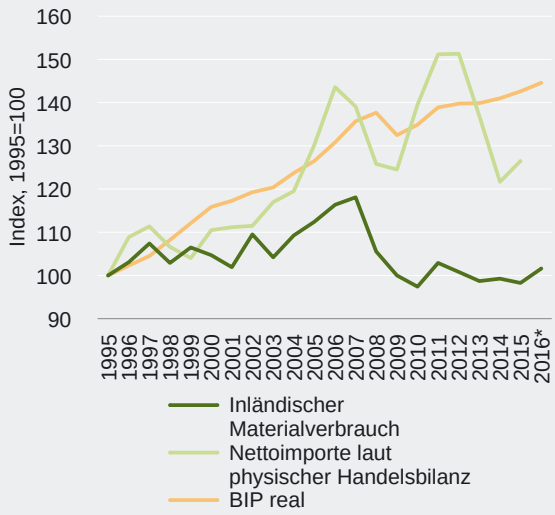
„Der Materialverbrauch startete 1995 auf zu hohem Niveau, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen. In einzelnen Jahren ging der Materialverbrauch zurück, er blieb jedoch bis zuletzt auf dem Niveau von 1995. Die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt. In den letzten beiden Beobachtungsjahren zeigt sich ein leichter Anstieg, der auch kurzfristig zu einer tendenziell negativen Bewertung des Verlaufs seit 2013 führt."

Der DMC zeigt die Entwicklung der vier wichtigen Ressourcenströme Biomasse, metallische Erze, nichtmetallische Minerale und fossile Energieträger. Definiert wird der DMC als die jährliche Menge an Rohstoffen, die im Inland gewonnen wird, zuzüglich aller physischen Einfuhren und abzüglich aller physischen Ausfuhren. Indirekte Ressourcenflüsse, die nicht direkt in den importierten Gütern stecken, aber während ihrer Herstellung in anderen Ländern verbraucht wurden – sogenannte Vorleistungen – sind nicht im DMC enthalten.

Flächenversiegelung, Bodenerosion oder Luftverschmutzung sind einige Umweltprobleme, die auf den zunehmenden Materialverbrauch zurückgeführt werden können. Zudem entsteht eine zunehmende Verknappung nicht erneuerbarer Rohstoffe.

In Österreich stieg der Materialverbrauch im Zeitraum 1995 bis 2016 (vorläufige Schätzung durch Eurostat) um 1,6 %. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 44,6 %, was einer erhöhten Materialeffizienz (BIP/DMC) entspricht (siehe Grafik 69). Nach einer Wachstumsperiode von 2003 bis 2007 zeigte sich 2008 bis 2010 ein Rückgang des DMC. Der inländische Materialverbrauch sank von 2007 auf 2008 um 10,6 %, während das reale BIP um 1,5 % wuchs, damit wurde eine absolute Entkoppelung vom BIP erreicht. Seit dem Jahr 2012 blieb der DMC beinahe konstant. Laut ersten Berechnungen von Eurostat gab es 2016 einen Anstieg von 3,4 %. Der DMC betrug damit laut erster Schätzung 2016 rund 180 Mio. t.

Grafik 69
Inländischer Materialverbrauch (DMC)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR, Eurostat. - * DMC-Werte stellen vorläufige Ergebnisse berechnet nach der Veränderungsrate von Eurostat dar.

Entsprechend den Zielen des europäischen Fahrplans für ein „ressourcenschonendes Europa" (Europäische Kommission 2011b), soll der DMC langfristig reduziert werden, also absolut von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt werden[75]. Kurzfristig soll die Materialeffizienz gesteigert werden, der Verbrauch soll also zumindest langsamer wachsen als die Gesamtwirtschaft (relative Entkoppelung).

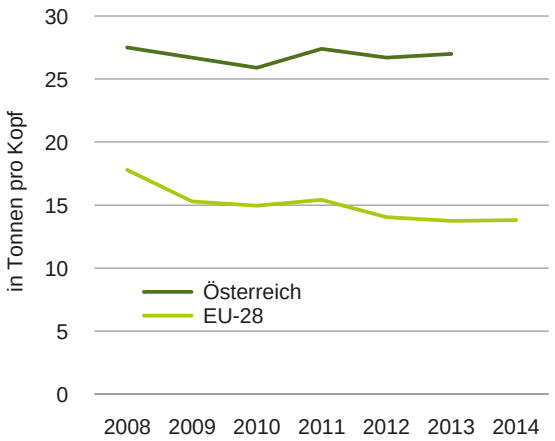
Die Entkoppelung von Materialverbrauch und BIP kann durch einen effizienteren Materialeinsatz, eine Verlagerung von Konsum zu materialextensiveren Gütern oder auch durch eine Auslagerung der Güterproduktion ins Ausland erreicht werden. Einen Hinweis auf letzteres gibt die Entwicklung der Nettoimporte laut der physischen Handelsbilanz (physical trade balance = PTB). Die physischen Nettoimporte errechnen sich aus den Importen abzüglich der Exporte. Positive Werte bedeuten demnach, dass ein Land die Zulieferung von Materialien aus dem Ausland benötigt. Österreich hatte im Jahr 1995 einen Nettoimport von 24,7 Mio. t, welcher bis 2015 auf 31,2 Mio. t anstieg. Die Nettoimporte erhöhten sich damit von 1995 bis 2015 um 26,5 %, während der DMC 2015 sogar geringfügig unter dem Ausgangswert 1995 lag (Grafik 69).

[75] Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

In einer vollständigen Berechnung und Analyse des Ressourcenverbrauchs eines Landes müssten zusätzlich die materiellen und energetischen Vorleistungen, die mit der Produktion der importierten aber auch der exportierten Güter einhergehen, berücksichtigt werden. Vor allem hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich, dadurch werden materialintensive Produktionsschritte zunehmend ausgelagert. Der Indikator RMC (Raw Material Consumption, Rohmaterialverbrauch) berücksichtigt die materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte und erfasst damit auch Auslagerungseffekte. Durch Importe lagern Industrieländer wie Österreich einen erheblichen Teil des durch ihren Konsum bedingten Ressourcenverbrauchs (und der damit verbundenen Umweltbelastung) in die (vor)produzierenden Länder aus.

Der RMC – die Summe aller genutzten Ressourcen inklusive der Vorleistungen – liegt in Österreich, wie in anderen Importländern, deutlich über dem DMC, der keine Vorleistungen berücksichtigt. Werden alle genutzten Materialien berücksichtigt, erhöht sich der Materialverbrauch 2013 von rund 21 Tonnen pro Kopf (DMC) auf 27 Tonnen pro Kopf (RMC) und Jahr. Der Vergleichswert der EU-28 liegt bei 14 Tonnen pro Kopf (siehe Grafik 70). Der Rohmaterialverbrauch übersteigt den Materialverbrauch, weil mehr Material in der Erzeugung der von Österreich importierten Güter eingesetzt wird, als Material in Österreich für die Erzeugung von Gütern für den Export verwendet wird. In der Beurteilung der globalen Ressourcennutzung und des jeweiligen Beitrages eines Landes ist es daher zukünftig entscheidend, die Vorleistungen des Außenhandels zu berücksichtigen.

Grafik 70
Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)



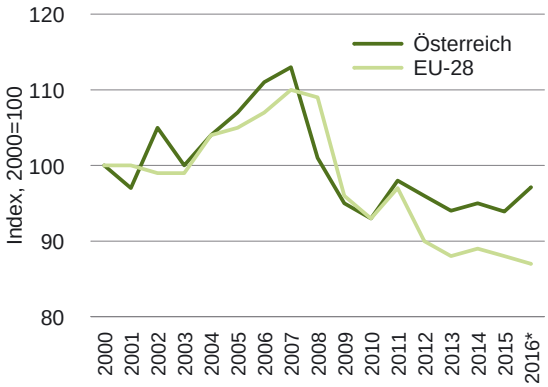
Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat.

Rund drei Viertel des gesamten inländischen Materialverbrauchs sind nicht erneuerbare Rohstoffe (Kohle, Erdöl, Erdgas, mineralische Materialien). Nur ein Viertel des Materialdurchsatzes gehört den erneuerbaren Rohstoffen wie z. B. Biomasse an. Hauptziel des österreichischen Ressourceneffizienz-Aktionsplans (REAP, siehe BMLFUW 2012a S. 19) ist es daher, den österreichischen Materialverbrauch deutlich zu reduzieren, um damit u. a. eine nachhaltige Ressourcenversorgung Österreichs sicher zu stellen.

Der DMC bestand 2015 zu einem Großteil (57,6 %) aus nichtmetallischen Mineralen, unverarbeitet und verarbeitet. Dabei handelt es sich vor allem um Baurohstoffe, deren flächenintensive Nutzung stark an das Wirtschaftswachstum gekoppelt ist. Die Verfügbarkeit dieser „Massenrohstoffe" wurde lange Zeit als unproblematisch eingestuft, jedoch verursachten in den letzten Jahren Flächennutzungskonflikte zunehmend Engpässe bei ihrer Bereitstellung. 23,4 % des österreichischen Materialverbrauchs entfielen 2015 auf Biomasse, 14,3 % auf fossile Energieträger (unverarbeitet und verarbeitet). Die Nutzung fossiler Energien trägt u. a. erheblich zum Klimawandel bei. Metalle sind wichtiger Bestandteil vieler Infrastrukturanlagen, Maschinen und Konsumgüter. Mit 4,3 % hatten sie den geringsten Anteil am Materialverbrauch, sind aber im Hinblick auf Umweltauswirkungen vor allem wegen des hohen Material- und Energieaufwandes, mit dem ihr Abbau und ihre Veredelung verbunden sind, von großer Bedeutung (Gierlinger 2017).

Im internationalen Vergleich (siehe Grafik 71) verlief die Entwicklung des inländischen Materialverbrauchs bis 2010 weitgehend parallel zu jener mit dem Durchschnitt der EU-28-Länder. Allerdings erreichten letztere von 2011 auf 2013 im Durchschnitt einen deutlich stärkeren Rückgang als Österreich. Betrachtet man die Veränderung von 2000 bis 2015, dann nahm der DMC für alle EU-Staaten um 12,6 % ab, in Österreich betrug die Reduktion 2,9 %.

Grafik 71
Inländischer Materialverbrauch im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat. - * Werte stellen vorläufige Ergebnisse von Eurostat dar.

Anzumerken ist, dass ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst ist. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt auch vom Umfang der erfassten Materialflüsse und Datenrevisionen ab. Die Datenqualität der österreichischen Materialflussanalyse ist als sehr hoch anzusehen, während es in einigen Ländern

noch zu deutlichen Untererfassungen kommt. Seit 2012 ist die Methode der Materialflussrechnung international standardisiert (UN System of Environmental Economic Accounting – SEEA[76]). Seit dem Jahr 2013 müssen diese Daten von allen Mitgliedsländern des Europäischen Statistischen Systems (ESS) verpflichtend an Eurostat berichtet werden (EU-Verordnung 691/2011), was die internationale Vergleichbarkeit erhöhte.

4.2.2 Abfälle aus Haushalten

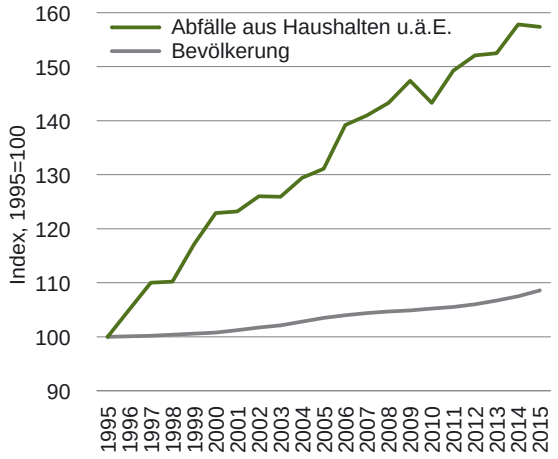
Ein Teil der eingesetzten Ressourcen wird in Form von *Emissionen und Abfällen* (z. B. auch als Dünger) in die Natur zurück verbracht. Die Grafik 72 zeigt einen Teilbericht dieser Residuen, nämlich die „Abfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen" nach Daten des Umweltbundesamts. Diese entsprechen im Wesentlichen dem Begriff der „Siedlungsabfälle", d. h. sie stammen aus Haushalten, aus Verwaltungseinrichtungen, aus Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, aus dem Kleingewerbe und landwirtschaftlichen Betrieben und von sonstigen Stellen, sofern diese an die kommunale Müllabfuhr angeschlossen sind.

Im Jahr 2015 fielen in Haushalten und ähnlichen Einrichtungen im ersten Behandlungsweg knapp 4,2 Mio. Tonnen Abfälle an. Das Abfallaufkommen von „Siedlungsabfällen" hat damit seit 1995 um 57,4 % zugenommen und ist deutlich stärker gewachsen als die österreichische Bevölkerung mit 8,6 %.

Der zehnte Umweltkontrollbericht (Umweltbundesamt 2013) führt verschiedene Ursachen für das steigende Abfallaufkommen an, etwa den Anstieg der Wohnbevölkerung, die Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße oder abfallintensiveres Kaufverhalten der Konsumenten (z. B. Zunahme an Einwegprodukten, Fertiggerichten etc.).

Das Gesamtaufkommen der österreichischen Abfälle betrug für das Jahr 2015 59,8 Mio. Tonnen. Abfälle aus Haushalten und haushaltsähnlichen Einrichtungen machen damit 7,0 % des gesamten Abfallaufkommens aus.

Grafik 72
Siedlungsabfälle aus Haushalten (inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen)



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsstatistik, Bevölkerung im Jahresdurchschnitt; Umweltbundesamt.

4.2.3 Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

Der Indikator „Flächen mit biologischer Bewirtschaftung" bezieht sich auf die gesamte ökologisch bewirtschaftete Fläche (ohne Almen) in Österreich. Der Indikator wird als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche dargestellt.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die starke Ausweitung der Flächen wird langfristig als sehr positiv gesehen. Österreich befindet sich im internationalen Vergleich auf hohem Niveau (2015: EU-28: 6,2 % Bio-Fläche, Österreich: 19,3 %). Der deutliche Anstieg in den letzten Beobachtungsjahren wird ebenfalls sehr positiv bewertet."

Das Agrar-Umweltprogramm (aktuell: ÖPUL 2015) soll die umweltschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen in einem sehr breiten Rahmen fördern. Die Maßnahme zur biologischen Wirtschaftsweise[77] laut ÖPUL soll mit ihrer naturnahen extensiven Produktionsweise dieser Entwicklung entgegenwirken und zur Schonung von Böden und Gewässern sowie zur Förderung der Ressource Biodiversität beitragen.[78]

Eine intensive Landwirtschaft bringt Umweltprobleme wie erhöhte Nitratgehalte im Trinkwasser, Artenrückgang bei Pflanzen und Tieren, Belastung der Lebensmittel mit

[76] http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seea.asp
[77] Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion.
[78] Zur ÖPUL Maßnahmenerläuterung siehe: https://www.ama.at/getattachment/4a7c22e1-bcb4-42bc-bab1-fea6b904b6a2/SRL_OEPUL_2015.pdf

Schadstoffen und eine zunehmende Bodenerosion mit sich.

In Österreich hat sich von 2000 bis 2016 der Anteil der Flächen, welche biologisch bewirtschaftet wurden, an den gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen (ohne Almen), von 11,5 % auf 20,5 % erhöht. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen zeigte vor allem in den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 ein deutliches Wachstum (siehe Grafik 73).

Grafik 73
Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

Q: BMLFUW: Grüner Bericht. Fläche laut INVEKOS; Eurostat.

Rund 90 % der biologisch bewirtschafteten Flächen in Österreich werden über ÖPUL gefördert (Maßnahme 20, früher 1). Die Stagnation des Anteils der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011 bis 2014 ist Großteils auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen Agrar-Umweltprogramms ÖPUL zurückzuführen. Auch bei einem aktuell bereits erfolgten Umstieg eines landwirtschaftlichen Betriebs auf die ökologische Wirtschaftsweise ist eine Aufnahme in das ÖPUL-Programm erst wieder mit dem Start der neuen Periode 2015 möglich, im Vergleich zum Jahr 2014 zeigt sich ein Anstieg des Anteils der Bio-Fläche von 18,7 % auf 19,3. Von 2015 auf 2016 wurde ein deutlicher Anstieg der Flächen um 5,9 % verzeichnet, der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (ohne Almen) erreichte damit 20,5 %.

Rund 62 % der biologisch bewirtschafteten Fläche entfielen auf Grünland. Dieses erfüllt neben der Bereitstellung von Grundfutter eine Vielzahl ökologischer Funktionen und hat – vor allem wenn extensiv bewirtschaftet – eine wesentliche Bedeutung für die Landschafts-, Habitat- und Artenvielfalt. Die biologische Wirtschaftsweise soll durch reduzierte Düngung, Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und vielfältige Fruchtfolgen zur Förderung der Biodiversität im tierischen und pflanzlichen Bereich beitragen. Eine schonende Bodenbearbeitung soll die Bodengesundheit fördern. Darüber hinaus werden durch die Verringerung des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln der Schutz des Grundwassers und eine Reduktion der Emissionen in die Luft angestrebt. Eine besonders tierfreundliche Haltung der Nutztiere sowie eine weitgehende Kreislaufwirtschaft am Betrieb sind ebenfalls Ziele dieser ÖPUL-Maßnahme. Das ÖPUL-Programm wird vom Bund im Rahmen des Österreichischen Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum für den jeweiligen Programmzeitraum im gesamten Bundesgebiet angeboten[79]. Mit 2015 wurde ÖPUL 2015/2020 wirksam[80]. Die Maßnahme zur biologischen Wirtschaftsweise stellt auch für die 5. Periode ein Kernstück des ÖPUL dar, trotz gesunkener Gesamtmittel sind für Bio-Betriebe erhöhte Mittel vorgesehen.

Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2015 (letztverfügbares Jahr) flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben: Rund 20 % der landwirtschaftlichen Fläche wurde biologisch bewirtschaftet, danach folgen Schweden mit knapp 17 % (2014) und Estland mit 15,7 %. Der Durchschnitt in der EU-28 lag 2015 bei 6,2 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion.

Informationen über Flächenentwicklungen lassen naturgemäß keinen direkten Schluss auf den Zustand der biologischen Vielfalt oder des Bodens zu. Allerdings liegen aus der offiziellen Statistik keine Daten zu den genannten Ressourcen vor. Der Indikator wurde daher ausgewählt, um zumindest näherungsweise die Ressourcen Boden (qualität) und Biodiversität abzubilden. Zudem entspricht der Schlüsselindikator damit weitgehend dem SDG-Indikator 2.4.1 „Proportion of agricultural area under productive and sustainable agriculture".

4.2.4 Schlüsselindikator Flächeninanspruchnahme

Der Schlüsselindikator zur Flächeninanspruchnahme bildet die Entwicklung von Flächennutzungen ab und stellt damit einen wesentlichen Aspekt bei der Betrachtung von Land- und Bodenressourcen dar. Die natürliche Ressource Boden ist begrenzt vorhanden, eine zunehmende Inanspruchnahme (etwa für Bauzwecke) führt zu Verknappung. Ein gravierendes Umweltproblem stellt dabei die voranschreitende Bodenversiegelung dar, d. h. die Abdeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z. B. Asphalt).

[79] Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER).
[80] https://www.bmlfuw.gv.at/land/laendl_entwicklung/oepul/oepul2015.html

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

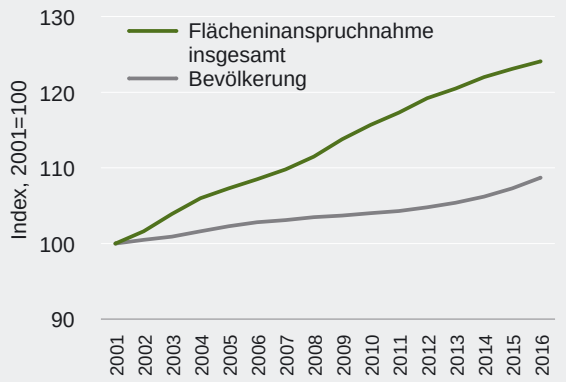
„Die Bodenversiegelung stellt eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Ein kontinuierlicher Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet. Kurzfristig zeigt sich eine Abschwächung des Trends, die Entwicklung der letzten 3 Jahre wird als tendenziell negativ gesehen."

Die gesamte Flächeninanspruchnahme wird in die Kategorien Bauflächen, Verkehrsflächen und sonstige Flächen (Freizeitflächen und Abbauflächen) unterteilen (neue Klassen).

Die Ressource Boden stellt ein nicht vermehrbares und nicht erneuerbares Gut dar. Einmal versiegelt, kann Boden nur mit großem technischem und finanziellem Aufwand wieder renaturiert werden.

Die Flächeninanspruchnahme insgesamt nahm in den Jahren 2001 bis 2016 um 24,1 % zu (durchschnittlich 1,5 % pro Jahr), insgesamt entspricht dies einer Zunahme von 1.087 km² für den gesamten Zeitraum. Damit wuchs die Flächeninanspruchnahme im Beobachtungszeitraum deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+8,7 %) (Grafik 74). Die gesamte tägliche Flächenneuinanspruchnahme (Bau- und Verkehrsflächen, Sportanlagen, Infrastrukturflächen) lag in der Periode 2013 bis 2016 bei 14,7 Hektar (ha) pro Tag. Mit der Flächeninanspruchnahme geht die voranschreitende Bodenversiegelung einher, d. h. die Bedeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z. B. Asphalt). Der Gesamtversiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Österreich betrug 2016 41,3 %.

Grafik 74
Flächeninanspruchnahme insgesamt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes, Bevölkerung zu Jahresbeginn; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Nach den Daten des Umweltbundesamts erreichte die gesamte Flächeninanspruchnahme für Bau-, Verkehrs- und sonstige Zwecke 2016 5.597 km² der österreichischen Bundesfläche. Dies entspricht 17,9 % des *Dauersiedlungsraums*, welcher den für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehrsanlagen verfügbaren Raum umfasst.[81] Durch die naturräumlichen und topografischen Faktoren ist der Dauersiedlungsraum in Österreich auf nur ca. 37 % der gesamten Landesfläche beschränkt.

Von den insgesamt 5.597 km² der gesamten Flächeninanspruchnahme entfielen 2016 rund 3.150 km² auf Bauflächen (56,3 %), 2.065 km² wurden für Verkehrsflächen genutzt (36,9 %). Der Rest der Flächennutzung von 6,8 % (383 km²) entfiel auf die Kategorie „Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt".

Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen werden wie folgt definiert (neue Klassen)[82]:

- Bauflächen – versiegelte Flächen (z. B. Gebäude, Betriebsflächen) und begrünte Flächen (z. B. Hausgärten).
- Verkehrsflächen – Großteils versiegelte Straßen- oder Eisenbahnanlagen, Verkehrsrandflächen, Parkplätze.
- Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt – diese umfasst die Untergruppen *„Freizeitflächen"* (z. B. Erholungsflächen, Parkanlagen) und *„Abbauflächen"*.

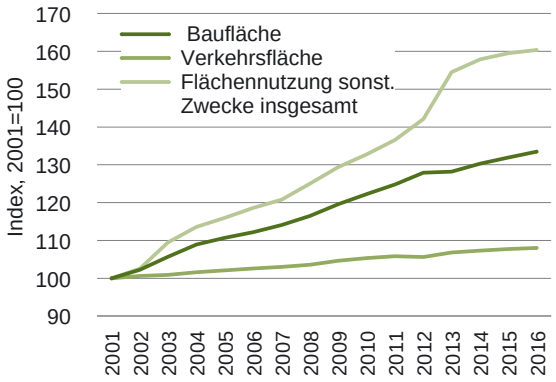
Bauflächen erfuhren von 2001 bis 2016 einen deutlich stärkeren Anstieg (+33,5 %) als Verkehrsflächen (+8,0 %), was u. a. eine vermehrte Nachfrage nach Wohnraum widerspiegelt (siehe Grafik 75). Die geringe Abnahme der Verkehrsflächen im Jahr 2012 (0,2 %) entstand aufgrund einer Neudefinition der Klassenzuordnung: Forststraßen wurden bisher den „Straßenflächen" zugeordnet, seit 2012 gehören sie jedoch zur Nutzungsart „Wald". Die Kategorie „Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt" wies im Zeitverlauf 2001 bis 2016 den höchsten Zuwachs (+60,4 %) auf.

Die gesamte Flächenneuinanspruchnahme stieg im Durchschnitt der Jahre 2013 - 2016 um 14,7 ha/Tag. Davon entfielen auf Bau- und Verkehrsflächen eine Steigerung von 11,3 bzw. 2,1 ha/Tag. Die „Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt" stieg um 1,3 ha/Tag. Dies bedeutet ein Einbremsen des Anstiegs der Neuinanspruchnahme im

[81] Dauersiedlungsraum besteht aus einem potenziell für Siedlungszwecke nutzbaren Raum mit den Benützungsarten Baufläche, landwirtschaftlich genutzte Flächen, Gärten, Weingärten; Nutzungen Straßenverkehrsanlagen, Verkehrsrandflächen, Parkplätze, Schienenverkehrsanlagen, Betriebsflächen, Abbauflächen, Freizeitflächen, Friedhöfe).

[82] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/rp_definitionen/

Grafik 75
Flächeninanspruchnahme: Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen



Q: Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme (neue Klassen) modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme jeweils am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Vergleich zur Vorperiode 2009 – 2012, wo der Anstieg durchschnittlich 22,4 ha/Tag betrug.

Flächen, die einmal für Siedlungs- oder Verkehrszwecke erschlossen werden, stehen für andere Nutzungen wie der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung, oder auch als Gebiet ohne menschliche Inanspruchnahme (z. B. Schutzgebiete) nicht mehr zur Verfügung. Entsprechende Rückbaumaßnahmen – wie von bebauten Flächen in Grünland – werden nur sehr selten durchgeführt.

Durch die Bebauung werden die vielfältigen Aufgaben der Ressource Boden auf eine einzige Funktion als Standort für Siedlungs- und Verkehrsnutzungen reduziert. Dies entzieht der Land- und Forstwirtschaft produktive Flächen, führt zu Verlusten an Lebensraum für Pflanzen und Tiere und beeinträchtigt damit die biologische Vielfalt. Boden erfüllt auch Regelungsfunktionen in Stoffkreisläufen, etwa die Speicherung von Energie und Stoffen (z. B. Wasser oder CO_2-Speicherung (Kohlenstoffdioxid) und deren Umwandlung und Transport (z. B. Ausfiltern von Stoffen aus dem Niederschlags-, Sicker- und Grundwasser) (Lanegger & Fröhlich 2014).

Eine wesentliche Ursache für die zunehmende Bodenversiegelung stellt der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel dar. Eine Steigerung des Lebensstandards wirkt sich laut Lanegger & Fröhlich (2014 S. 11) über die Steigerung der Wohnnutzfläche pro Kopf auf die Flächeninanspruchnahme aus. Beispielsweise stieg die durchschnittliche Wohnfläche der Hauptwohnsitzwohnungen von 86,3 m^2 im Jahr 1994 auf 99,3 m^2 im Jahr 2016 (Zucha et al., 2017).

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes 2002 („NSTRAT" 2002 S. 70) enthielt in ihrem Leitziel 13 „Verantwortungsvolle Raumnutzung und Regionalentwicklung" die Absicht, bis 2010 die tägliche Inanspruchnahme durch zusätzliche Bau- und Verkehrsflächen auf maximal 2,5 Hektar (ha) zu reduzieren[83]. Trotz Nichterreichung des genannten Zieles hält das Nachfolgeprogramm ÖSTRAT 2011 (Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung 2011 S. 19) weiter an diesem Ziel fest und verlangt, dass mittelfristig der Zuwachs der Flächeninanspruchnahme auf ein Zehntel des „heutigen Wertes" reduziert werden soll. Ein Zeithorizont wurde jedoch nicht festgelegt. Der tägliche Verbrauch für die gesamte Flächenneuinanspruchnahme mit 14,7 ha für den Durchschnitt der Jahre 2013 - 2016 lag damit ein Mehrfaches über dem Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie.

[83] Die Problemstellung zu Leitziel 13 gibt einen Durchschnittsverbrauch von 25 Hektar pro Tag für zusätzliche Flächeninanspruchnahme an. Das Ziel formuliert eine Reduktion des Zuwachses dauerhaft versiegelter Flächen auf maximal ein Zehntel (2,5 ha/Tag) des heutigen Wertes bis zum Jahr 2010.

4.3
Klimawandel, Emissionen

Vom Menschen verursachte Veränderungen des globalen und regionalen Klimas werden unter dem Begriff Klimawandel bzw. anthropogene Klimaänderung (oder auch globale Klimaerwärmung) zusammengefasst. Treibhauswirksame Emissionen verschiedener Gase wie Kohlenstoffdioxid (CO_2) oder Methan (CH_4) bewirken nach Auffassung von Klimaexpertinnen und Experten einen Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change 2013) weist in seinem Bericht zum Klimawandel 2013 darauf hin, dass der vom Menschen verursachte Einfluss auf das Klima eindeutig festzustellen ist.

Vor allem durch die Nutzung fossiler Energien (Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle) für Mobilität, Industrie und Raumwärme oder durch die landwirtschaftliche Produktion werden entsprechende Emissionen freigesetzt. (Schadstoff)Emissionen sind dabei als Austräge aus Produktion, Distribution und Konsum definiert, die an Umweltmedien wie Luft, Wasser oder Boden abgegeben werden. Beispiele dafür sind, neben den genannten gasförmigen Schadstoffemissionen aus Verkehr und Hausbrand, flüssige Emissionen aus Altlasten, aber auch der Straßenlärm.

Österreich ist zum einen durch die hohe Bedeutung klimasensitiver Wirtschaftssektoren (z. B. Tourismus) und zum anderen durch seine geographische Lage besonders exponiert gegenüber dem Klimawandel.[84]

Im Alpenraum stieg seit dem 19. Jahrhundert die durchschnittliche Jahrestemperatur um rund 2 °C an und liegt damit deutlich über dem weltweit verzeichneten Temperaturanstieg von 0,85°C.

Der Klimawandel hat weichreichende Auswirkungen auf Natur, Gesellschaft und Wirtschaft. Diese Auswirkungen werden als *Klimafolgen* bezeichnet. Klimafolgen betreffen beispielsweise die durchschnittliche Erwärmung der Atmosphäre mit entsprechenden Auswirkungen wie Hitzewellen, Verschiebungen der Vegetationsperioden, den Rückgang der Schnee- und Eismengen, den Anstieg des globalen Meeresspiegels, Veränderungen im Wasserkreislauf und vieles mehr.

Der größte Beitrag zum Klimawandel erfolgt über die ansteigende Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre.

Klimaschutz stellt ein wesentliches Ziel einer nachhaltigen Entwicklung dar. Er umfasst sämtliche Strategien und Maßnahmen zur Minderung schädlicher Emissionen, welche die hauptsächliche Ursache der globalen Erwärmung sind. Neben dem Klimaschutz ist die Anpassung an klimawandelbedingte Auswirkungen die notwendige zweite Säule der Klimapolitik. Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel (BMLFUW 2012b, Teil 1 – Kontext, S. 5) bemerkt in ihrer Einleitung: *„Der Klimawandel als globales Phänomen stellt eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Es besteht wissenschaftlicher Konsens darüber, dass die Klimaänderung nicht mehr verhindert, sondern nur in ihrer Auswirkung gemindert werden kann. Für nahezu alle Regionen Europas werden Beeinträchtigungen erwartet, die für viele sozio-ökonomische und natürliche Systeme erhebliche Probleme darstellen werden.“*

Ein Subziel der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) betrifft den Klimawandel und sieht die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % gegenüber 1990 vor (siehe auch Kapitel 1.1 sowie Kapitel 4.1). Der Indikator *Treibhausgasemissionen* ist daher als Schlüsselindikator für den Bereich Klimawandel, Emissionen zu sehen. Zur Darstellung der Entwicklung der Luftschadstoffe wird der Schlüsselindikator *PM_{10}-Emissionen (Feinstaub)* verwendet.

Aggregierte Daten über Emissionen in Grund- und Oberflächengewässer sowie Boden liegen derzeit aus offiziellen Statistikquellen nicht in vergleichbarer Qualität zu den Treibhausgasen vor. Für das Medium Wasser zeigt ein neu entwickelter Indikator zur Wasserqualität für den Durchschnitt des Zeitraums 2013-2015 für 80,4 % der Grund- und Oberflächengewässer eine gute Qualität an. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality).

[84] http://www.klimawandelanpassung.at/ms/klimawandelanpassung/de/klimawandelinoe/

Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden. Weitere Umweltaspekte (beispielsweise Lärm[85]) werden wegen der bereits erwähnten Beschränkung auf ein überschaubares Set an Indikatoren nicht berücksichtigt.

Abschließend sei noch das Ergebnis der Pariser Klimakonferenz (COP21) vom Dezember 2015 erwähnt, welches als Durchbruch in der internationalen Klimapolitik gesehen wird: das Klimaschutzabkommen von Paris (UN FCCC, 2015) beinhaltet das Klimaziel, den weltweiten Temperaturanstieg gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen (siehe auch Kettner et al., 2016).[86] Im Juli 2016 wurde das Klimaschutzabkommen von Paris vom Nationalrat ratifiziert.

4.3.1 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THGEmissionen)

Der Schlüsselindikator beschreibt die Entwicklung der treibhauswirksamen Emissionen nach dem Inlandsprinzip. Erfasst werden demnach sämtliche Emissionen im Inland, egal ob sie von Inländern oder Ausländern verursacht werden. Als nationales Ziel im Rahmen von Europa 2020 soll in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 16 % gegenüber dem Jahr 2005 erreicht werden.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die THG-Emissionen sind über die gesamte Periode 1995 - 2015 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt, auch wenn sich seit 2006 ein leichter Rückgang zeigt. Der Wert 2015 der Emissionen des Nicht-Emissionshandels liegt mit 49,3 Mio.t unter der erlaubten Höchstmenge für 2015 laut Klimaschutzgesetz (51,5 Mio.t). Um das Ziel für 2020 zu erreichen sind jedoch weitere Maßnahmen notwendig. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird neutral bewertet."

Die Treibhausgasemissionen beeinflussen den Energiehaushalt der Atmosphäre durch die Absorption von Infrarot-Strahlung[87]. Der IPCC (2013) hält fest, dass fortgesetzte Emissionen von Treibhausgasen zu weiteren Erwärmungen und Veränderungen im Klimasystem führen werden und eine Begrenzung des Klimawandels beträchtliche und anhaltende Reduktionen der Treibhausgase erfordert.

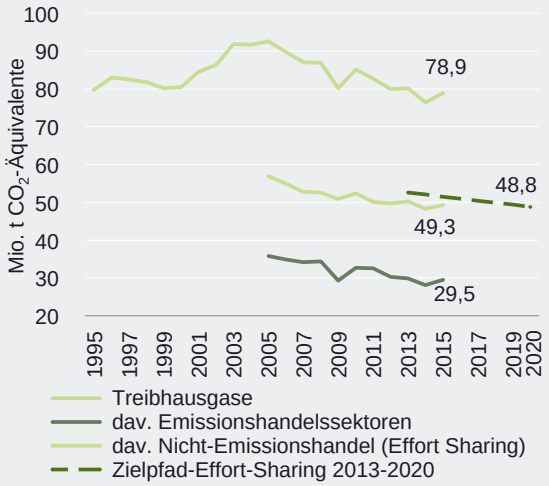
Die Treibhausgasemissionen Kohlenstoffdioxid (CO_2), Methan (CH_4), Distickstoffoxid (N_2O) sowie fluorierte Treibhausgase sind die treibende Kraft des Klimawandels.

Zu den fluorierten Treibhausgasen (F-Gase) zählen vollfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKWs), teilfluorierte Kohlenwasserstoffe (HFKWs) sowie Schwefelhexafluorid (SF_6).

Die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) stiegen von 1995 (79,8 Mio. t CO_2-äquiv.) bis 2005 (92,6 Mio. t CO_2-äquiv.) deutlich an. Ab 2006 bis 2014 gab es dagegen einen Rückgang um insgesamt 17,6 % und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (BIP). Eine Ausnahme zeigt dabei der Anstieg des Jahres 2010, hier wurde der extreme Rückgang des Krisenjahrs 2009 (mit hohen Rückgängen des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie) kompensiert. Von 2014 auf 2015 stiegen die Emissionen dagegen um 3,2 % an und wuchsen damit stärker als das reale BIP (+1,1 %), im letztverfügbaren Jahr wird damit der Entkoppelungsprozess nicht fortgesetzt. Die Emissionen blieben jedoch mit 78,9 Mio. t CO_2-äquiv. unter dem Ausgangswert von 1995 (79,8 Mio. t CO_2-äquiv.).

Grafik 76

Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO_2-Äquivalenten)



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst.

Im Jahr 2015 entfielen von den Gesamtemissionen 49,3 Mio. t CO_2-Äquiv. auf den Nicht-Emissionshandelsbereich und 29,5 Mio. t CO_2-Äquiv. auf den Emissionshan-

[85] Für Umweltbelastungen in der Wohnumgebung siehe auch das Kapitel 3.10 Wohnen.
[86] https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf
[87] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/klima/klimaschutz/

delssektor. Der krisenbedingte Einbruch der industriellen Produktion im Jahr 2009 spiegelt sich auch in der Treibhausgasbilanz wider: Der Emissionshandelssektor zeigte von 2008 auf 2009 eine deutlich stärkere Verminderung von 14,7 %, im Vergleich zur Abnahme von 3,1 % des Nicht-Emissionshandelssektors. Im gesamten Zeitverlauf 2005 bis 2015 lag der Rückgang des Emissionshandelssektors bei 17,5 %, jener des Nicht-Emissionshandelssektors bei 13,3 %.

Von 2014 auf 2015 stiegen die Emissionen des Emissionshandelssektors mit 4,9 % deutlich stärker als jene des Nicht-Emissionshandelsbereichs mit 2,1 %. Ein Grund für den Anstieg im Emissionshandelssektor war eine erhöhte Stromproduktion aus Erdgas, die zusammen mit den ausgebauten Kapazitäten von Windkraft und Photovoltaik einen Teil des Rückgangs aus der Wasserkraftproduktion kompensierten (Umweltbundesamt 2017a, S. 9).

Unter dem Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft" ist in der Europa 2020 Strategie für die EU-28 das Teilziel *„Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % gegenüber dem Niveau von 1990"*[88] festgelegt. Dabei wird zwischen dem Emissionshandelssektor und dem Nicht-Emissionshandelsbereich unterschieden:

- Emissionshandelssektor: Der Rückgang von 20 % muss EU-weit vorwiegend im Emissionshandelssektor erreicht werden, welcher Anlagen in der Stromerzeugung sowie der Industrie (z. B. Zementfabriken) mit hohem Energieverbrauch in 31 europäischen Ländern (28 EU-Staaten plus Liechtenstein, Island und Norwegen) umfasst. Derzeit sind rund 11.000 Anlagen einbezogen, auf die ca. 50 % der gesamten CO_2-Emissionen der EU und ca. 40 % der THG entfallen (Europäische Kommission 2009a).

- Nicht-Emissionshandelsbereich: Für Quellen außerhalb des Emissionshandels (Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft, Teile der Industrie) ist die Verpflichtung zur Emissionssenkung im *„Effort-Sharing"* auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt (Europäische Kommission 2009b). Die *„Effort-Sharing-Decision"* legt verbindliche jährliche Treibhausgas-Emissionsziele für die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2013-2020 fest. Für die gesamte EU-28 soll damit eine Reduktion von 10 % im Vergleich zum Jahr 2005 erreicht werden.

Für Österreich wurde als nationales Ziel im *„Effort-Sharing"* festgelegt, die Treibhausgasemissionen in den Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, um mindestens 16 % gegenüber dem Jahr 2005 zu reduzieren.

Zur Umsetzung dieses nationalen Ziels trat im November 2011 das österreichische Klimaschutzgesetz (KSG, Bundesgesetz BGBl 106/2011) in Kraft. Dieses Gesetz umfasst die nationalen Emissionen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Es legt die Höchstmengen von THG-Emissionen nach Sektoren (Raumwärme, Energieaufbringung, Abfallwirtschaft, Verkehr, Industrie und produzierendes Gewerbe, F-Gase, Landwirtschaft) für den Verpflichtungszeitraum 2008 bis 2012 fest. Mit 17. Juli 2013 wurde eine Novelle des KSG (BGBl I Nr. 94/2013) beschlossen, im Zuge derer jährliche Höchstmengen von Treibhausgasemissionen entsprechend den 1996 IPPC-Richtlinien nach Sektoren für den Verpflichtungszeitraum 2013 bis 2020 festgeschrieben sind. Diese Höchstmengen wurden im Rahmen einer weiteren Novelle (KSG-Novelle 2015, BGBl I Nr. 128/2015) entsprechend den aktuellen 2006 IPCC-Richtlinien für nationale Treibhausgasinventuren angepasst (siehe Grafik 76).

Mit 49,3 Mio. t CO_2-Äquiv. liegen die Emissionen der Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen im Jahr 2015 unter der erlaubten Höchstmenge von 51,5 Mio. t CO_2-Äquiv. laut KSG-Novelle 2015 (Grafik 76). Janger et al. (2015, S. 57) weisen im Monitoring-Bericht zum Nationalen Reformprogramm (Umsetzung der Europa 2020 Strategie) darauf hin, dass das Erreichen der Europa 2020 Ziele eng mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft verbunden ist. Die Wirtschaftskrise 2009 hat ein Einhalten der Emissionsziele deutlich erleichtert. Ein ansteigendes Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren würde laut Janger et al. (2015) ambitionierte Maßnahmen zur Emissionseinsparung erfordern.

Während sich in Österreich die THG-Emissionen im Vergleich zu 1995 um 1,2 % reduzierten, zeigte sich für die gesamte EU-28 von 1995 bis 2015 ein deutlicher Rückgang von 17,3 % (siehe Grafik 77). Der Einbruch der Emissionen im Jahr 2009 wurde in der EU-28 im Jahr nach der Krise kaum wettmacht, in den Folgejahren sanken die Emissionswerte weiter ab.

Für den Zeitraum 2021 bis 2030 liegt derzeit ein Vorschlag der EU-Kommission (2016) über nationale Ziele der THG-Reduktion bis 2030 vor. Österreich soll eine Reduktion von 36 % erreichen. Die Beschlussfassung des Vorschlags ist für 2017 geplant.

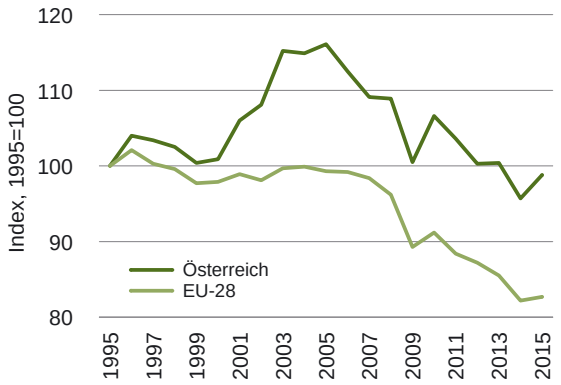
Die Treibhausgasemissionen unterliegen der Berichtspflicht des Umweltbundesamts, welches jährlich umfassende Emissionsberichte erstellt[89]. Weitere Informationen zu den Themen Energieverbrauch und Verkehr finden sich in den Dimensionen „Energie" und „Verkehr".

Wie in Kapitel 4.2.1 bereits erwähnt sollten in einer vollständigen Berechnung und Analyse des Materialver-

[88] Eine Verringerung der Treibhausgase von 30 % gegenüber 1990 wird angestrebt, sofern sich die anderen Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen verpflichten und die Entwicklungsländer einen ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten entsprechenden Beitrag leisten.

[89] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/luft/emissionsinventur/emiberichte/

Grafik 77
Entwicklung der Treibhausgasemissionen im EU-Vergleich



Q: Umweltbundesamt; Eurostat.

brauchs eines Landes zusätzlich die materiellen und energetischen Vorleistungen, die durch die Produktion der importierten aber auch der exportierten Güter entstehen, berücksichtigt werden. Dies betrifft ebenso die damit einhergehenden Emissionen. Vor allem hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich, dadurch werden emissionsintensive Produktionsschritte zunehmend ausgelagert, diese Emissionen sind dadurch in den nationalen Emissionsbilanzen nicht erfasst (siehe auch Kapitel 4.2.1). Wenn umfassend bewertet werden soll, ob sich eine Gesellschaft in Richtung Dekarbonisierung entwickelt, müssen daher auch die Außenhandelsbeziehungen eines Landes miteinbezogen werden. Die Expertengruppe für *WgÖ?* hat deshalb die zukünftige Betrachtung von konsumbasierten Treibhausgasemissionen angeregt. Eine erste Untersuchung der Arbeitsgruppe „Consumption-based GHG Accounting" des Climate Change Center Austria (AG CBA, 2017) zeigt, dass die konsumbasierten Emissionen im Zeitraum 1997 - 2013 mit rund 110 bis 130 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalenten in etwa 50-60 % über den produktionsbezogenen (territorialen) Emissionen lagen.

4.3.2 Schlüsselindikator Luftschadstoffe: PM_{10}-Emissionen (Feinstaub)

Der Schlüsselindikator beschreibt die jährlichen Emissionen des Luftschadstoffs PM_{10} in Österreich. Dieser Schadstoff besteht aus Staubpartikel in inhalierbarer Größe, welche sowohl bei kurzfristiger als auch langfristiger Aufnahme eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Die Daten werden vom Umweltbundesamt nach dem Inlandsprinzip erhoben[90].

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Belastung durch PM_{10}-Imissionen hängt von den inländischen PM_{10}-Emissionen, den meterologischen Bedingungen sowie den Emissionen im benachbarten Ausland ab. Die inländischen PM_{10}-Emissionen sind seit 1995 um rund 8.329 Tonnen (-21 %) zurückgegangen, die langfristige Entwicklung wird daher als tendenziell positiv beurteilt. Der kurzfristige Trend 2013 - 2015 ist sinkend, was ebenfalls zu einer positiven Einschätzung führt."

Im Kapitel 3.10 zur Lebensqualität wird die subjektive Belastung durch Luft- und Wasserverschmutzung sowie Ruß durch Verkehr/Industrie in der Dimension der natürlichen Wohnumgebung als Zusatzinformation dargestellt. Für 2016 gaben 10,7 % der befragten Personen Belastungen durch Luft und Wasserverschmutzung oder Ruß in ihrer Wohnumgebung an. Demgegenüber stellt der Indikator zu den PM_{10}-Emissionen die tatsächlich gemessene Staubbelastung dar. Staub bezeichnet ein Gemisch aus festen bzw. flüssigen Teilchen, die sich hinsichtlich ihrer Größe, Form, Farbe, chemischen Zusammensetzung, physikalischen Eigenschaften und ihrer Herkunft bzw. Entstehung unterscheiden[91]. Feinstaub hat gravierende gesundheitliche Auswirkungen, sowohl was eine akute Exposition (z. B. Entzündungsreaktionen der Lunge) als auch eine Langzeit-Exposition (z. B. Zunahme von Atemwegsymptomen) betreffen (siehe Spangl & Nagl 2016, S. 148).

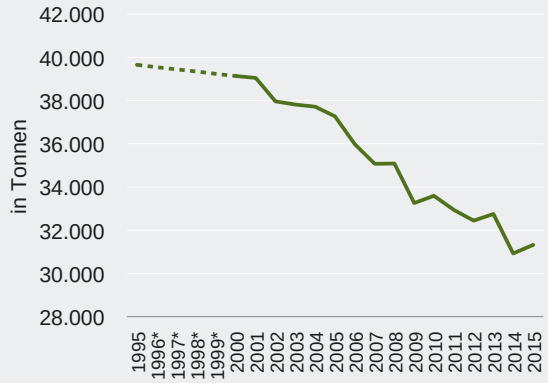
Durch Luftverunreinigungen können nicht nur die Atemwege, sondern auch das Herz-Kreislauf-System in Mitleidenschaft gezogen werden.

Im Zeitraum 1995 – 2015 sanken die PM_{10}-Emissionen um 21 % (rund 8.330 Tonnen). In Absolutwerten betrachtet, bedeutet dies einen Rückgang der PM_{10}-Emissionen von 39.647 Tonnen im Jahr 1995 auf 31.318 Tonnen im Jahr 2015 (Grafik 78). Besonders seit dem Jahr 2005 zeigte sich ein abnehmender Trend mit wenigen Ausnahmen. Dabei sind die jährlichen Veränderungen stark durch die unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen bestimmt. Im Jahr 2014 war die PM_{10}-Belastung um rund 1.800 Tonnen (-5,6 %) niedriger als im Jahr davor. Für das Jahr 2015 zeigte sich dagegen ein geringer Anstieg zum Vorjahr von 1,3 % (knapp 400 Tonnen).

[90] Beim Inlandsprinzip werden sämtliche Emissionen im Inland, egal ob sie von Inländern oder Ausländern verursacht werden, erfasst.
[91] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/luft/luftschadstoffe/staub/

Grafik 78

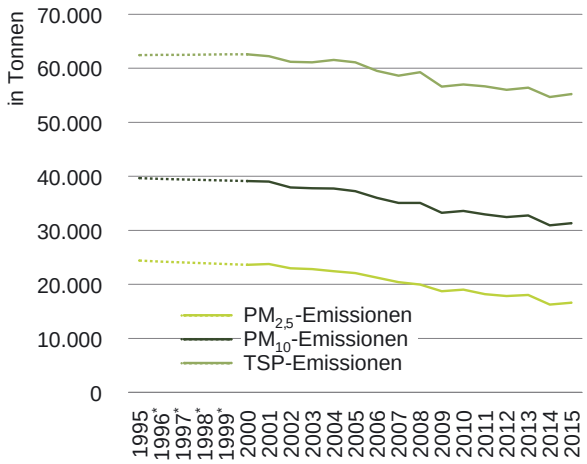
PM_{10}-Emissionen (Feinstaub, in Tonnen)



Q: Umweltbundesamt. - * Daten der Jahre 1996 – 1999 wurden interpoliert, da nicht verfügbar.

Grafik 79

Staubemissionen nach Größenfraktionen (in Tonnen)



Q: Umweltbundesamt. - * Daten der Jahre 1996 – 1999 wurden interpoliert, da nicht verfügbar.

Staubemissionen werden anhand der Masse verschiedener Größenfraktionen beschrieben, die Partikelgröße ist dabei für die gesundheitlichen Auswirkungen der Staubemissionen von Bedeutung:

- Der *Gesamtstaub TSP* (Total Suspended Particulates) umfasst alle luftgetragenen Partikel (Schwebestaub). Teilmengen mit jeweils kleineren Teilchen sind PM_{10} und $PM_{2,5}$ (PM = Particulate Matter, der Zahlenwert bezieht sich auf den mittleren aerodynamischen Partikeldurchmesser in µm). Im deutschen Sprachgebrauch ist für PM_{10} und $PM_{2,5}$ die Bezeichnung „Feinstaub" üblich. Der gut sichtbare Staub, der bei Baustellen oder durch Streusplitt entsteht, besteht dagegen zum Großteil aus Grobstaub.

- *PM_{10}* enthält 50 % der Partikel mit einem Durchmesser von 10 µm, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Zellen, können tief in die Lunge gelangen und sind daher besonders gesundheitsschädlich.

- *$PM_{2,5}$* enthält 50 % der Partikel mit einem Durchmesser von 2,5 µm, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. $PM_{2,5}$ ist eine Teilmenge von PM_{10}. Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Bakterien. $PM_{2,5}$ dringen am tiefsten in den Atemwegstrakt ein, können bis in die Lungenbläschen gelangen, und verursachen damit die größten Gesundheitsschäden aller Staubteilchen.

Der Gesamtstaub (TSP) zeigt im Zeitverlauf 1995 - 2015 ebenfalls einen Rückgang von 11,5 %, was eine Abnahme von rund 7.200 Tonnen bedeutet. Die $PM_{2,5}$–Emissionen sanken im gesamten betrachteten Zeitraum mit 31,8 % am stärksten (von 24.390 Tonnen auf rund 16.620 Tonnen, Grafik 79, siehe auch Umweltbundesamt 2017b, S. 99ff).

Bei Staubpartikeln wird zwischen primär und sekundär gebildeten Partikeln unterschieden: Primäre Partikel werden direkt emittiert, sie können aus gefassten oder diffusen Emissionsquellen stammen. Gefasste Quellen haben einen definierten, relativ kleinen Austrittsquerschnitt (z. B. Schornstein, Auspuff). Beispiele für diffuse Quellen sind die Feldbearbeitung in der Landwirtschaft, die Aufwirbelung von Staub im Straßenverkehr oder der Umschlag von Schüttgütern. Neben den anthropogenen (durch den Menschen verursachten) Staubquellen gibt es auch natürliche Quellen; diese sind in der Regel diffus. Beispiele sind Bodenerosion, Vegetation (Absonderung von Pollen, Sporen), Waldbrände oder Vulkanismus. Sekundär gebildete Partikel entstehen in der Atmosphäre aus Gasen (z. B. aus SO_2, NO_X und NH_3) (Umweltbundesamt 2016, S. 20ff).

Wesentliche anthropogene Emissionsquellen für PM_{10} sind Verbrennungsprozesse (v.a. Energieumwandlung, Industrie, Verkehr, Haushalte) und die Manipulation von Materialien sowie der Bergbau. Nennenswerte Emissionen werden auch durch die Bearbeitung landwirtschaftlicher Flächen und die Tierhaltung freigesetzt. Neben den innerösterreichischen PM_{10}-Emissionen sind noch weitere Quellen für die PM_{10}-Belastung in der Außenluft verantwortlich, wie z. B. Fernverfrachtung oder Winderosion. Diese Quellen sind nicht in der Emissionsinventur enthalten.

Ab nächstem Jahr kann aufgrund einer neuen Berechnung des Umweltbundesamts für den Indikator anstatt der PM_{10}-Emissionen insgesamt die jährliche bevölkerungsgewichtete Exposition durch PM_{10} verwendet werden. Dies entspricht zukünftig den für den SDG-Indikator 11.6.2 und den „Better Life Index" der OECD verwendeten Daten.

Für die Belastung in der Außenluft (*Immissionen*) wurden in der EU-Luftqualitätsrichtlinie (RL 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa) Grenzwerte für PM_{10} festgelegt. Der Grenzwert für PM_{10} beträgt 40 µg/m³ im Jahresmittelwert und 50 µg/m³ im Tagesmittelwert; es sind 35 Überschreitungen pro Jahr zulässig.

Mit der Immissionsschutzgesetz-Luft Novelle 2010 (IG-L; BGBl. I Nr. 77/2010) wurden die in der EU-Luftqualitätsrichtlinie enthaltenen Neuerungen national umgesetzt. Der Grenzwert für PM_{10} beträgt ebenfalls 40 µg/m³ im Jahresmittelwert und 50 µg/m³ im Tagesmittelwert; ab 2010 sind 25 Überschreitungen pro Jahr zulässig (10 weniger als laut der EU-Luftqualitätsrichtlinie). Nach § 24 des Gesetzes sind für jene Luftschadstoffe, für die Immissionsgrenzwerte vorgeschrieben sind, Emissionsbilanzen vorgesehen. Diese werden vom Umweltbundesamt im Rahmen der OLI (Österreichische Luftschadstoffinventur) auch für die innerösterreichischen PM_{10}-Emissionen erstellt.

Der für den Tagesmittelwert festgelegte Grenzwert des IG-L (50 µg/m³als Tagesmittelwert, bis zu 25 Überschreitungen pro Jahr zulässig) wurde im Jahr 2015 an 4 (von 125) der gemäß IG-L betriebenen Messstellen überschritten. D. h. es gab 2015 4 Messstellen mit mehr als 25 Überschreitungen des Tagesmittelwerts. Im Jahr 2015 wurde der als Jahresmittelwert definierte Grenzwert (40 µg/m³) gar nicht überschritten. Das Jahr 2015 wies im Mittel über ganz Österreich die zweitniedrigste PM_{10}-Belastung seit 2003 auf; (niedrigste: 2014). Dabei ist die sehr niedrige PM_{10}-Belastung des Jahres 2015 eine Folge der sehr warmen Wintermonate (Spangl & Nagl 2016, S. 7 und S30f). In allen Bundesländern wurden Verordnungen gemäß IG-L (BGBl. I Nr. 77/2010) zur Verminderung der Feinstaubbelastung erlassen. Zudem wurden emissionsmindernde Maßnahmenprogramme erstellt und zum Teil umgesetzt. Diese umfassen beispielsweise Emissionshöchstwerte für Industrieanlagen, Fahrverbote oder Geschwindigkeitsbeschränkungen.

4.4 Energie

Die Dimension Energie bezieht sich vorrangig auf den Einsatz erneuerbarer und fossiler Energieträger sowie deren effizienter Nutzung. Während erneuerbare Energien aus Windkraft, Solarenergie oder Wasserkraft sich kaum erschöpfen bzw. für lange Zeit nutzbar sind, unterliegen die fossilen Energieträger wie Öl, Gas und Kohle einer natürlichen Begrenzung. Erneuerbare Energiequellen gelten daher, neben dem sparsamen und effizienten Einsatz von Energie, als wichtigste Säule einer nachhaltigen Energiewirtschaft.

Fossile Brennstoffe werden aus natürlichen Vorkommen gewonnen, die im Laufe der Erdgeschichte aus Biomasse entstanden sind. Analog wird der Begriff fossil auch für sämtliche sekundären Brennstoffe verwendet, die aus einem fossilen (Roh-)Brennstoff hergestellt werden. Produkte aus *erneuerbaren Energiequellen* werden dagegen (mit Ausnahme der Erdwärme) direkt oder indirekt aus Energieströmen, die noch andauern oder bis vor kurzem angedauert haben, in Verbindung mit der ständig verfügbaren Sonnenenergie oder der auf der Schwerkraft beruhenden Energie gewonnen. Der Energiewert von Biomasse z. B. entsteht aus der von Pflanzen während des Wachstums angereicherten Sonnenenergie[92].

Energieaufbringung und Energieverbrauch verursachen massive Umweltbelastungen wie Treibhausgas- und Feinstaub-Emissionen, aber auch Flächenverbrauch. Weitere Probleme betreffen beispielsweise die zunehmende Importabhängigkeit und die Ressourcenverknappung.

Eine nachhaltige Entwicklung benötigt ein Energiesystem, das Energie effizient nutzt und hauptsächlich erneuerbare Energien wie Wasserkraft oder Biomasse einsetzt. Der vermehrte Einsatz von heimischen erneuerbaren Energieträgern fördert zudem eine zunehmende Eigenversorgung Österreichs.

Die Energiestrategie Österreich (BMWFJ & BMLFUW 2010, S. 25) definiert ein Energiesystem als nachhaltig, wenn *„nicht mehr Energie verbraucht wird, als auf lange Sicht sicher verfügbar ist, die Energiebeschaffung volkswirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und gesellschaftlich tragbar ist und die Lebensbedingungen für die Menschen (auch für nachkommende Generationen) durch Umwelteinwirkungen und Klimaveränderungen nicht verschlechtert werden"*.

Die steigende Importabhängigkeit, der Druck (endliche) Energieressourcen auszubeuten, die gesicherte Versorgung aller Konsumentinnen und Konsumenten mit Energie zu erschwinglichen Preisen und der Klimawandel spielen auch auf EU-Ebene[93] eine bedeutende Rolle.

Die Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) enthält dementsprechend im Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft" die Teilziele einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % sowie einer Steigerung der Energieeffizienz um 20 % für die EU-28 insgesamt.

Die Umsetzung der nationalen Ziele der Europa 2020 Strategie soll durch die Energiestrategie Österreich (BMWFJ & BMLFUW 2010) forciert werden. Die Strategie enthält eine Reihe von Maßnahmen, die die Stabilisierung des Energieverbrauchs bis 2020 gewährleisten sollen. Der Fokus liegt dabei auf den Bereichen Bauten und Mobilität.

Am 9. Juli 2014 wurde das Energieeffizienzpaket des Bundes (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) mit der erforderlichen Verfassungsmehrheit vom Nationalrat beschlossen. Es enthält im Artikel 1 das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz). Dieses beinhaltet u. a. folgende – über die Energiestrategie hinausgehende – Ziele:

- Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf 1.050 PJ
- Kumulatives Endenergieeffizienzziel von 310 PJ durch anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen in den Jahren 2014 bis einschließlich 2020.

Das nationale Ziel im Rahmen von Europa 2020 für erneuerbare Energieträger liegt bei einem Anteil von 34 % bis 2020.

[92] Siehe Standard-Dokumentation – Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer ab 1970 (1988) Bearbeitungsstand: 27.07.2016 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html.

[93] http://europa.eu/legislation_summaries/energy/index_de.htm

Für den Bereich Energie liegen umfassende Daten aus den *Energiebilanzen von Statistik Austria*[94] vor. Die Energiedaten werden nach dem *Inlandsprinzip* erhoben.

Dies bedeutet, dass alle in Österreich abgesetzten Energieträger in den Energiebilanzen berücksichtigt werden, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und wo sie einsetzt werden.

Die Energiebilanzen stehen jährlich im November für das Vorjahr zur Verfügung, zusätzlich wurde im April 2017 eine vorläufige Energiebilanz mit ersten Berechnungen der Hauptaggregate für 2016 veröffentlicht. Alle Energiedaten für das Jahr 2016 stellen damit eine vorläufige Schätzung dar.

Den Schlüsselindikator für den gesamten Energieverbrauch Österreichs bildet im *WgÖ?*-Set der *energetische Endverbrauch* (EEV). Der EEV ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird (Raumheizung, Beleuchtung und EDV, mechanische Arbeit, etc.). Als weiterer Schlüsselindikator wird die Entwicklung der *erneuerbaren Energieträger* gezeigt. Daten zur *Energieintensität* als Maßzahl der Energieeffizienz ergänzen die beiden Schlüsselindikatoren.

4.4.1 Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger

Der Indikator zeigt den Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger laut Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG am Bruttoendenergieverbrauch. Erneuerbare Energien stammen aus Energiequellen, die sich entweder kurzfristig von selbst erneuern (z. B. Biomasse) oder deren Nutzung nicht zur Erschöpfung der Quelle beiträgt (z. B. Solarenergie, Wasserkraft). Die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten sekundären Energieträger (Elektrizität, Wärme, Kraftstoff) werden dabei ebenfalls als erneuerbare Energien bezeichnet.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Betrachtung zeigen eine Überschreitung des linearen Zielpfades. Durch die Stagnation von 2014 auf 2016 fällt die kurzfristige Bewertung neutral aus, zukünftige Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils werden schwieriger umsetzbar sein. Der gesamte Zeitraum wird sehr positiv bewertet."

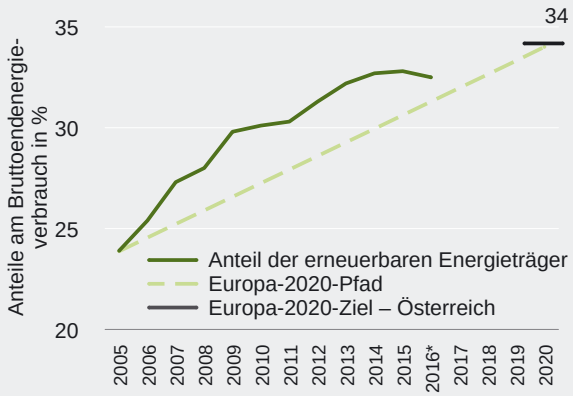
Die Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) enthält für die EU-28 das Teilziel einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 %. Für jedes Mitgliedsland – abhängig von Ausgangslage und Möglichkeiten – wurden nationale Ziele verbindlich vereinbart, die zwischen 10 % und 49 % liegen.

Im Rahmen des Europa 2020 Ziels ist für Österreich eine Anteilssteigerung der erneuerbaren Energien auf 34 % am Bruttoendenergieverbrauch entsprechend der Methodik der Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG vorgesehen.

Wie Grafik 80 zeigt, verringerte sich der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich im Jahr 2016 geringfügig im Vergleich zum Vorjahr (vorläufiges Ergebnis). Dabei lag die Entwicklung des Erneuerbaren-Anteils im gesamten Zeitraum über dem linearen Zielpfad für das nationale Ziel von 34 %. Der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen nahm dabei seit 2005 um rund ein Drittel zu, während der Bruttoendenergieverbrauch nahezu konstant blieb. Im internationalen Vergleich lag Österreich mit einem Anteil von 32,8 % (2015) deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 mit 16,7 %.

Grafik 80

Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG. - * Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

[94] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Als anrechenbare erneuerbare Energien laut Erneuerbaren-Richtlinie (Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen) gelten:

1. der energetische Endverbrauch (EEV) von biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Biokraftstoffen,

2. die Erzeugung von Strom und Fernwärme aus biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Wasserkraft normalisiert ohne die Erzeugung aus gepumptem Zufluss, Windkraft normalisiert sowie Photovoltaik[95].

Der Bruttoendenergieverbrauch errechnet sich aus der Summe von EEV + Eigenverbrauch von Strom und Fernwärme der Strom- und Fernwärmeproduzenten + Transportverlusten von Strom und Fernwärme + nichtenergetischem Einsatz im Hochofen[96].

Janger et al. (2015, S. 55) gehen im Monitoring Bericht zum Nationalen Reformprogramm (Umsetzung der Europa 2020 Strategie, Update 2014-15) davon aus, dass das Ziel von 34 % Anteil der Erneuerbaren erreicht werden wird, zur Zielerreichung jedoch weiterhin Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energieträger sowie der Energieeffizienz notwendig sind.

Den höchsten Anteil an den anrechenbaren erneuerbaren Energien hatte 2015 (letztverfügbares Jahr) traditionell die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft (37,3 %), gefolgt von der festen Biomasse (29,2 %). Die erneuerbare Fernwärme stellt knapp 10 % der anrechenbaren erneuerbaren Energien (siehe Biermayr 2016, S. 6). Biokraftstoffe hatten einen Anteil von 7,3 %, die energetische Nutzung von Ablaugen erreichten 6,1 % an den erneuerbaren Energieträgern. Windkraft, Solarthermie, Umweltwärme, Biogas, Geothermie und Photovoltaik erreichten gemeinsam erstmals über 10 %.

Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien fördert die Umstrukturierung der Gesellschaft in Richtung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Energiesystems. Die Nutzung der zumeist regional anfallenden erneuerbaren Energieträger erhöht den nationalen Selbstversorgungsgrad mit Energie und reduziert die Abhängigkeit von – hauptsächlich fossilen – Energieimporten. Laut Biermayr (2016, S. 6) lag der Gesamtumsatz aus den Investitionen in und dem Betrieb von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energie 2014 bei 6,9 Mrd. Euro, insgesamt waren dafür rund 37.000 Beschäftigte tätig.

4.4.2 Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch

Der energetische Endverbrauch (EEV) ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher (Haushalte, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Dienstleistungen,Landwirtschaft) für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird, also Benzin/Diesel für Pkws, elektrische Energie für Elektrogeräte, Gas und Fernwärme für Raumwärme etc. Die Datenerhebung erfolgt nach dem Inlandsprinzip.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau. Insbesondere der Zuwachs in den Jahren 1995 - 2005 wird negativ gesehen. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs in den letzten Jahren, sondern auch eine Reduktion unter das Niveau von 1995. Dies führt zu einer tendenziell negativen Beurteilung der langfristigen Entwicklung. Die kurzfristige Entwicklung zeigt von 2014 auf 2016 einen Anstieg und liegt über dem Energieeffizienzrichtwert, sie wird daher ebenfalls tendenziell negativ beurteilt."

Der EEV ist für den Bereich Umwelt ein zentraler Indikator, da er Niveau und Entwicklung einer wichtigen Komponente des Energieverbrauchs beschreibt und sich zudem zu einem großen Teil aus fossilen und somit nicht erneuerbaren Energieträgern zusammensetzt. Er stellt neben dem Bruttoinlandsverbrauch eine Schlüsselposition in der Österreichischen Energiebilanz[97] dar und umfasst alle (sofern notwendig) umgewandelten Energieformen (z. B. Elektrizität aus Wasserkraft).

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) sieht vor, dass der heimische energetische Endverbrauch im Jahr 2020 1.050 Petajoule (PJ) nicht überschreitet (Energieeffizienzrichtwert).

Für das Jahr 2016 weist die vorläufige Energiebilanz eine erste Schätzung von 1.121 PJ aus, welche damit deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert für 2020 (1.050 PJ) liegt (Grafik 81). Im Jahr 2015 stieg der energetische Endverbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 % an, was auch

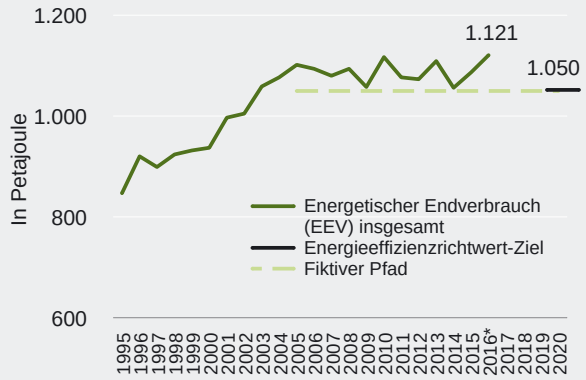
[95] Bei der Berechnung des Beitrags der Wasserkraft und der Windkraft für die Zwecke der Richtlinie 2009/28/EG werden die Auswirkungen klimatischer Schwankungen durch die Verwendung einer im Anhang derselben angeführten Normalisierungsregel geglättet.

[96] Siehe Standard-Dokumentation – Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer ab 1970 (1988) Bearbeitungsstand: 27.07.2016.

[97] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

an den im Vergleich zu 2014 tieferen Außentemperaturen in der Heizperiode lag. Im Vergleich zu 2015 wuchs der EEV erneut um rund 3 %, Hauptursachen waren das erhöhte Verkehrsaufkommen sowie wieder die tieferen Außentemperaturen in der Heizperiode.

Grafik 81
Energetischer Endverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - * Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

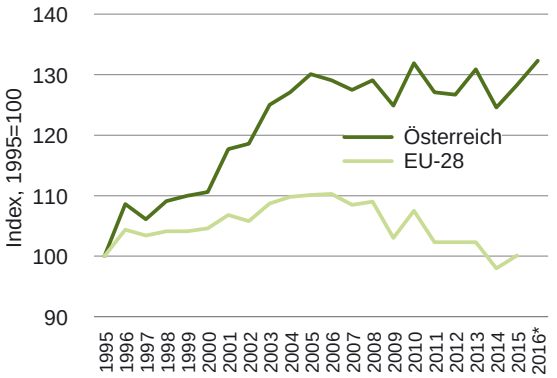
Damit stieg der EEV zwischen 2005 und 2016 um 1,7 % an. Um den Zielwert von 1.050 PJ zu erreichen, müsste bei dem Ausgangswert von 1.121 PJ für 2016 der EEV von 2017 bis 2020 jährlich um 1,6 % zurückgehen.

Der EEV wuchs von 1995 bis 2016 mit 32,3 % etwas verhaltener als das reale BIP (+44,6 %). Während die Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP über lange Jahre sehr ähnlich verlief, zeigte sich seit dem Jahr 2006 für ersteren ein Einbremsen des Wachstums. Seit 2006 liegt der energetische Endverbrauch – u. a. beeinflusst durch die klimabedingten Schwankungen – zwischen 6 und 71 PJ über dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ.

Der Sektor Verkehr[98] stellte mit 35,0 % im Jahr 2016 (vorläufiges Ergebnis) den größten Energieverbraucher dar, gefolgt vom produzierenden Bereich mit 27,4 % und den privaten Haushalten (23,7 %). Öffentliche und private Dienstleistungen benötigten anteilig 12,0 %, die Landwirtschaft 2,0 % des EEV.

Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28, welcher 2015 wieder den Ausgangswert von 1995 erreichte, nahm der österreichische energetische Endverbrauch in den Jahren 1995 bis 2015 mit +28,3 % einen ungünstigeren Verlauf. Vor allem im Zeitraum 2000 – 2005 stieg der nationale EEV sehr stark an, während die EU-28 ein deutlich geringeres Wachstum verzeichnete (siehe Grafik 82).

Grafik 82
Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - * Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Die Senkung des Energieverbrauchs und der Energieeinfuhr, um damit die Versorgungssicherheit zu verbessern, ist ein Ziel des Bundes-Energieeffizienzgesetzes. Die Festlegung des nationalen energetischen Endverbrauchs auf 1.050 PJ (Energieeffizienzrichtwert) für das Jahr 2020 fördert zudem die nationale Zielerreichung betreffend erneuerbarer Energien und Energieeffizienz im Rahmen der Europa 2020 Strategie (siehe auch nachfolgendes Kapitel zur Energieeffizienz). Dieser Energieeffizienzrichtwert stellt dabei den nach Art. 3[99] der Energieeffizienzrichtlinie der EU (2012/27/EU) mittels Prognosemethoden errechneten und notifizierten Indikationswert dar.

4.4.3 Energieintensität

Als Maßzahl für die effiziente Nutzung von Energie wird die *Energieintensität* verwendet, sie stellt dar, inwieweit der Energieverbrauch von Wirtschaftsgrößen (z. B. BIP) entkoppelt ist. Der Indikator beschreibt die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV[100] in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt. Mittels Temperaturbereinigung werden jene Verbrauchseffekte geglättet, die sich aus den jährlich schwankenden klimatischen Bedingungen ergeben. Aus umweltpolitischer Sicht sollte die Energieintensi-

[98] Der verkehrsbedingte Verbrauch von Energieträgern wird in der Energiebilanz nicht direkt den jeweiligen Verbrauchern (z. B. Industrie, Haushalte) zugerechnet, sondern einem funktional definierten „Verkehrssektor".

[99] Artikel 3, Energieeffizienzziele: (1) Jeder Mitgliedstaat legt ein indikatives nationales Energieeffizienzziel fest, das sich entweder auf den Primärenergie- oder den Endenergieverbrauch oder auf die Primärenergie- oder Endenergieeinsparungen oder auf die Energieintensität bezieht. Die Mitgliedstaaten übermitteln diese Ziele an die Kommission gemäß Artikel 24 Absatz 1 und Anhang XIV Teil 1. Dabei drücken sie diese Ziele auch als absoluten Wert des Primärenergieverbrauchs und des Endenergieverbrauchs im Jahr 2020 aus und erläutern, wie und auf Grundlage welcher Daten dieser Wert berechnet wurde.

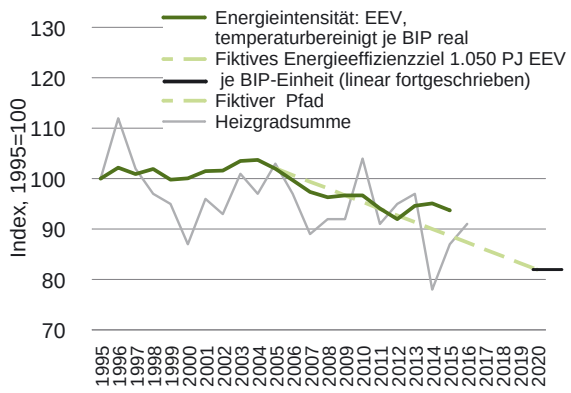
[100] Die Datenerhebung erfolgt nach dem Inlandsprinzip.

tät sinken, also eine deutliche Entkoppelung von energetischem Endverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung das Ziel sein. Für die Temperaturbereinigung des Indikators sind Informationen zum Raumwärmeverbrauch aus der Nutzenergieanalyse notwendig, deren letztverfügbares Datenjahr 2015 ist.

Wie Grafik 83 darstellt, zeigt die Energieintensität Österreichs – d. h. die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV relativ zur Entwicklung des realen BIP – ab dem Jahr 2005 bis 2012 einen fallenden Trend. Dies bedeutet eine Entkoppelung des Energieverbrauchs von der Wirtschaftsleistung. Je stärker die Energieintensität sinkt, desto weniger Energie wird pro Wirtschaftsgröße eingesetzt; d. h. desto effizienter wird Energie genutzt. Von diesem Trend wichen die Jahre 2013 und 2014 allerdings deutlich ab, hier nahm durch den Anstieg des EEV bei gleichzeitig geringem BIP-Wachstum die Energieintensität zu. Im letztverfügbaren Jahr 2015 sank die Energieintensität geringfügig, hier kommen die im Vergleich zum Vorjahr deutlich höheren Heizgradsummen zum Tragen.

Die Effekte durch jährlich schwankende klimatische Bedingungen wurden mittels Temperaturbereinigung des Energieverbrauchs weitgehend geglättet. Die „Energieeffizienz" bei diesem Indikator kann sich jedoch langfristig auch rein dadurch wandeln, dass sich die Sektorenzusammensetzung verändert. D. h. eine verhältnismäßig stärkere Zunahme von Dienstleistungen im Vergleich zur energieintensiven Sachgüterproduktion würde sich positiv auf die Energieeffizienz auswirken. Dies ist jedoch an einem top-down Indikator nicht ablesbar.

Grafik 83
Energieintensität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR.

Das Energieeffizienzpaket des Bundes (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) enthält im Artikel 1 das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz). Letzteres enthält in § 4. (1) folgende gesamtstaatliche Ziele und Richtwerte:

Ziel der Republik Österreich ist es, die Energieeffizienz derart zu steigern, dass

1. der auf ein Regeljahr bezogene Endenergieverbrauch in Österreich im Jahr 2020 die Höhe von 1.050 Petajoule (Energieeffizienzrichtwert) nicht überschreitet;

2. ein Beitrag für unionsrechtlich verbindliche, über das Jahr 2020 hinausgehende Energieeffizienzziele geleistet wird;

3. ein kumulatives Endenergieeffizienzziel von 310 Petajoule durch gemäß der Richtlinie 2012/27/EU zusätzliche anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen in den Jahren 2014 bis einschließlich 2020, davon 159 Petajoule durch Beiträge der Energielieferanten sowie 151 Petajoule durch strategische Maßnahmen, erreicht wird und

4. bis zum 31. Dezember 2016 österreichweit gemäß der Richtlinie 2006/32/EG anrechenbare Maßnahmen von insgesamt mindestens 80,4 Petajoule nachgewiesen werden können.

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz wurde im Sonderkapitel Umwelt „Aspekte von Energieverbrauch und Energieeffizienz" im *WgÖ?*-Bericht 2014 genauer analysiert (siehe Statistik Austria, 2014, Sonderkapitel E.7.1).

Die Stabilisierung des Energieverbrauchs auf 1.050 PJ ergäbe (siehe Grafik 83) – unter der Annahme eines zwischen 2015 und 2020 mit einer Wachstumsrate von 1,4 % fortgeschriebenen Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie eines linearen Zielpfads – einen fiktiven Indexwert von 81,7 für das Jahr 2020[101].

Dieser fiktive Zielpfad wird in den Jahren 2006 bis 2012 knapp erreicht und in einigen Jahren sogar unterschritten. Ab dem Jahr 2013 liegt die Energieintensität jedoch deutlich über dem fiktiven Pfad. Diese Überschreitung erklärt sich einerseits aus dem im Krisenjahr 2009 fallenden und danach nur gering wachsenden realen BIP, und andererseits aus dem seit 2005 auf einem Niveau von etwa 1.100 PJ verweilenden temperaturbereinigten EEV.

[101] Die Wachstumsrate von 1,4 % wurde dem Bericht von Kratena et al. (2013, S. 27) zu den Energieszenarien bis 2030 entnommen. Dieser postuliert für sein WEM-Szenario („With Existing Measures") eine Wachstumsrate des BIP von durchschnittlich jährlich 1,4 % für den Zeitraum 2012 – 2020.

4.5 Verkehr, Mobilität

Verkehr und Mobilität sind wichtige Grundvoraussetzungen für soziale Interaktionen und wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb einer Gesellschaft, verursachen jedoch erhebliche Umweltprobleme (z. B. Flächenverbrauch, Emissionen). Die Ökologisierung des Verkehrssystems stellt daher ein wesentliches Element auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung dar. Das Konzept der nachhaltigen Mobilität zielt u. a. darauf ab, den Verbrauch fossiler Energie und damit die CO_2-Emissionen des Verkehrssektors absolut zu senken. Dies soll die Emissionen des Verkehrs vom Wirtschaftswachstum entkoppeln (Meyer 2007).

(Räumliche) Mobilität betrifft dabei die potentielle und realisierte Beweglichkeit von Menschen, Lebewesen und Dingen, also die Befriedigung von Bedürfnissen durch Raumveränderung (z. B. Einkauf im Supermarkt). Der Verkehr liefert das Instrument (z. B. Auto, Bus), welches man für die konkrete Umsetzung der Mobilität benötigt. Verkehr stellt also die zielgerichtete Ortsveränderung von Personen, Gütern, Nachrichten unter Verwendung von Energie und Information dar und ist daher auch gut messbar[102].

Obwohl durch technologische Verbesserungen der Schadstoffausstoß der einzelnen Fahrzeuge durchaus reduziert wurde, nahm der Energieverbrauch insgesamt durch das kontinuierlich wachsende Verkehrsaufkommen und die steigende Anzahl der gefahrenen Kilometer in den letzten Jahren gravierend zu.

Der Abgasausstoß durch Verkehrsaktivitäten – speziell durch den Einsatz fossiler Energien – verursacht eine Vielzahl von Luftschadstoffen und Treibhausgasen.

Verkehr ist ein wesentlicher Treiber des anthropogenen Klimawandels. Der Verbrauch fossiler Ressourcen, die Lärmbelastung, der Flächenverbrauch für Verkehrswege, die Zerschneidung zusammenhängender Lebensräume oder die Gefährdung durch Verkehrsunfälle sind weitere Problemfelder des Verkehrs.

Das Konzept der nachhaltigen Mobilität – umgesetzt durch das Instrument eines nachhaltigen Verkehrssystems – enthält ökonomische, soziale und ökologische Kriterien und stellt damit eine Schlüsselstrategie für eine nachhaltige Entwicklung dar. Ein nachhaltiges Verkehrssystem soll Wirtschaft und Gesellschaft in ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigen, da Mobilität und der Zugang zu Märkten Grundfunktionen globalisierter Volkswirtschaften darstellen. Nachhaltiger Verkehr soll Mobilität für alle gleichermaßen ermöglichen und den Zugang zu Märkten, Kultur- und Freizeitaktivitäten sozial ausgewogen gestalten. Zudem soll ein nachhaltiges Verkehrssystem den Erfordernissen des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Es soll also die Gesundheit der Menschen nicht durch Luftschadstoffe und Lärm belasten, die Funktionsfähigkeit der ökologischen Systeme (z. B. der Wälder) nicht durch Schadstoffe gefährden und die Stabilität des Klimas nicht beeinträchtigen (Meyer 2007).

Der Verkehr mit seinen Auswirkungen stellt auch im internationalen Kontext eine wichtige Größe für die Umweltaspekte der Nachhaltigkeit dar. Die EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung (Europäische Kommission 2001) sieht den „Nachhaltigen Verkehr" als eine Schlüsselherausforderung an.

Wiewohl „Verkehr" naturgemäß von den privaten Haushalten sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren verursacht wird, bilden Statistiken wie die Energiebilanz oder die Treibhausgasinventur Verkehr funktional als eigenen Sektor ab.

Dieser Verkehrssektor ist einer der bedeutendsten Verbraucher fossiler Energie und damit eine wichtige Einflussgröße auf den Klimawandel.

Der Schlüsselindikator zum *Energieverbrauch des Verkehrs* bezieht sich auf die Entwicklung des gesamten Verkehrsbereichs. Der Schlüsselindikator der *„Transportleistung des Lkw-Verkehrs"* bildet einen wesentlichen Bereich des Straßenverkehrs ab. Als neuer Schlüsselindikator werden die *Treibhausgasemissionen des Verkehrs* dargestellt. Zusatzinformationen betreffen den Treibstoffverbrauch der privaten Pkws sowie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Für beide Indikatoren liegen Daten aus dem Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte bzw. dem Mik-

[102] http://www.zukunft-mobilitaet.net/3892/analyse/unterschied-verkehr-mobilitaet/.

rozensus Umweltbedingungen, Umweltverhalten vor. Die zusätzliche Betrachtung dieser Indikatoren wurde vom Expertengremium angeregt.

4.5.1 Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs

Der Schlüsselindikator bildet den energetischen Endverbrauch (EEV)[103] des gesamten Verkehrssektors nach dem Inlandsprinzip ab. Er deckt somit den Energieverbrauch von Eisenbahn, Straßenverkehr, Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt sowie den Flugverkehr ab. Wie eingangs erwähnt wird der Verkehr „funktional" als eigener Sektor dargestellt, die jeweiligen Verbräuche (z.B. Benzin, Diesel) werden also nicht den eigentlichen Verursachern (beispielsweise Haushalte oder Industriesektoren) zugeordnet[104].

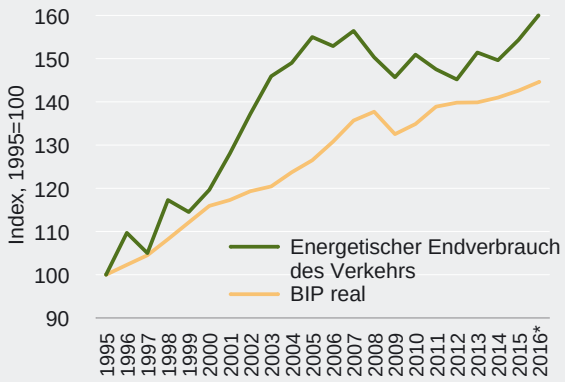
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs insbesondere in den Jahren 1995 bis 2007 verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Es sind keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z.B. Verlagerung des Transports von der Straße auf Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend, der sogar über dem BIP-Wachstum liegt, wird daher negativ beurteilt. Kurzfristig zeigt sich zwischen 2014 und 2016 ein deutlicher Anstieg, der ebenfalls negativ bewertet wird."

Der EEV des Verkehrs hatte im Jahr 2016 (vorläufige Schätzung) einen Anteil von 35 % am gesamten EEV Österreichs und stellte damit die wichtigste Verbrauchsgruppe dar. Der gesamte Energieverbrauch der Traktion (=Verkehr) stieg in den Jahren 1995 bis 2016 um 60,2 %, während das reale BIP im selben Zeitraum mit 44,6 % schwächer wuchs (Grafik 84). In den Jahren 2000 bis 2005 kam es im Vergleich zum BIP zu einem deutlich stärkeren Anstieg des EEV. Davon abweichend gab es in den Jahren 2006 und 2008 trotz ansteigender Wirtschaftsleistung erste Abnahmen des verkehrsbedingten Energieverbrauchs. Im Krisenjahr 2009 fiel der Verbrauch auf das Niveau von 2003 zurück. Die vorläufige Energiebilanz weist, nach einem Anstieg von 3,1 % für 2015 für das Jahr 2016 einen neuerlichen deutlichen Anstieg (+3,8 %) im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit wird der höchste Verbrauch der Zeitreihe seit 1995 erreicht.

Grafik 84
Energieverbrauch des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR. - * Energiewerte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Zum Teil lässt sich der im Vergleich zum BIP überproportionale Anstieg des EEVs durch den „Treibstoffexport im Kfz-Tank" (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Bei der Erfassung des Energieverbrauchs des Verkehrs wird das Inlandsprinzip laut Österreichischer Energiebilanz angewandt, d. h. alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger werden berücksichtigt, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und einsetzt. Entscheidend ist beispielsweise der Absatz von Benzin und Diesel an österreichischen Tankstellen, unabhängig davon, wo diese verfahren werden.

In Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist daher in den Daten erfasst, während im Ausland getankter, aber in Österreich verfahrener Diesel und Benzin nicht enthalten ist.

Laut Umweltbundesamt (2014, S. 131) lag der Anteil dieses „Tanktourismus" im Jahr 1995 noch unter 10 % und stieg bis 2012 auf rund 30 % an. Dies begründet sich in den – im Vergleich mit den Nachbarländern – relativ günstigen Treibstoffpreisen. Umgekehrt ist zu beachten, dass auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten ist.

Wie eingangs erwähnt, ist der Verkehr einer der bedeutendsten Verbraucher fossiler Energie. Diesel war 2015 (vorläufige Schätzung) mit einem Anteil von 61,7 % der wichtigste Energieträger des Verkehrssektors, gefolgt von Benzin mit 16,7 % und Petroleum (Kerosin) mit 8,5 %.

[103] Siehe auch Indikator energetischer Endverbrauch.

[104] Eine Ausnahme bildet die Energiegesamtrechnung der Statistik Austria, welche Traktionsenergieträger dem jeweiligen Wirtschaftsbereich zurechnet, der diese verbraucht http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiegesamtrechnung/index.html

Die Einführung der Substitutionsverpflichtung von fossilen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe gemäß der Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG führte dazu, dass 2015 4,7 % des EEV des Verkehrssektors durch Biodiesel oder Bioethanol gedeckt wurden (2005: 0,3 %). Die Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG schreibt vor, dass bis 2020 jeder Mitgliedstaat mindestens 10 % der im Verkehr eingesetzten Energie durch erneuerbare Energien wie Biokraftstoffe oder auch Ökostrom aufzubringen hat. Laut Gollner (2016) lag im Jahr 2015 der Anteil anrechenbarer Erneuerbarer im Verkehr (nachhaltig produzierte Biotreibstoffe inkl. elektrischer Energie) an den Treibstoffen insgesamt, berechnet nach Vorgaben der Europäischen Kommission, bei 10,1 %. Biermayr (2016 S. 6) geht davon aus, dass durch die Nutzung erneuerbarer Energien im Sektor Treibstoffe / Verkehr im Jahr 2015 Treibhausgase im Ausmaß von 2,1 Mio. t CO_2-Äquiv. vermieden werden konnten.

Im internationalen Vergleich ist die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich mit 54,3 % im Zeitraum 1995 – 2015 (letztverfügbares Jahr der internationalen Daten) sehr hoch. Im Durchschnitt der EU-28 Länder betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum 16,9 % (siehe auch Kapitel 5.4). Auch der nationale pro Kopf Verbrauch liegt mit rund 44 GJ deutlich über jenem der EU-28 mit 30 GJ je Einwohnerin und Einwohner. Hier kann wieder auf das Phänomen des „Treibstoffexports im Kfz-Tank" verwiesen werden. Dass der Ansatz „Tanktourismus" jedoch nicht ausreicht, um den starken Anstieg des EEV des Sektors Verkehr zu erläutern, zeigt der folgende Indikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs. Dieser ist auf das Verkehrsaufkommen in Österreich beschränkt.

4.5.2 Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs

Der Schlüsselindikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs zeigt als einen Aspekt des Verkehrsaufkommens den Straßengüterverkehr in Österreich. Dargestellt wird die Entwicklung der Transportleistung, also das Transportaufkommen verknüpft mit der Wegstrecke (in Tonnen-km), auf österreichischem Territorium. Gezeigt werden die Daten laut Güterverkehrsstatistik.

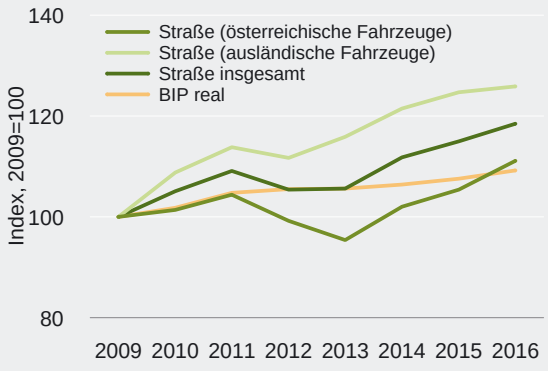
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF

„Die kurzfristige Entwicklung der Transportleistung des Lkw-Verkehrs mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2014 - 2016 wird negativ eingeschätzt. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Die Transportleistung von nicht in Österreich registrierten Güterkraftfahrzeugen wird von Statistik Austria seit 2012 mittels eines eigens entwickelten Entfernungsmodells auf Basis der von Eurostat zur Verfügung gestellten konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik errechnet. Ab dem Datenjahr 2009 liegen valide Daten der Transportleistung der EU-28 sowie der Schweiz, Norwegen und Liechtenstein auf österreichischem Territorium vor.

Im Zeitraum 2009 bis 2016 wuchs die Transportleistung auf der Straße mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen insgesamt um 18,5 %, das reale BIP wuchs im Vergleichszeitraum um 9,2 %. Dabei stieg die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen mit 25,9 % deutlich stärker an als jene mit österreichischen Fahrzeugen (11,1 %). Für österreichische Fahrzeuge zeigte sich in den Jahren 2012 und 2013 ein Rückgang von 5,0 % bzw. 3,8 %, der jedoch in den folgenden 3 Jahren mit deutlichen Zuwächsen (2016 +5,4 %) mehr als ausgeglichen wurde. Diese Schwankungen können zum Teil durch den extrem kalten und schneereichen Winter 2012/2013 bzw. durch die folgenden – bezogen auf die Messgeschichte – durchschnittlich sehr warmen Winter erklärt werden.

Grafik 85
Transportleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Güterverkehrsstatistik, VGR.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bildet eine Erhebung von Statistik Austria zum Straßengüterverkehr die Verkehrsleistung österreichischer Unternehmen mit in Österreich zugelassenen Straßengüterfahrzeugen[105] im In- und Ausland ab. Die Straßengüterverkehrserhebungen in den anderen Mitgliedstaaten der EU erfolgen auf die gleiche Weise. Eurostat führt die Ergebnisse der Mitgliedstaaten zu einer konsolidierten europäischen Straßengüterverkehrsstatistik zusammen, die wiederum den

[105] Lkws ab 2 Tonnen Nutzlast bzw. Sattelzugmaschinen.

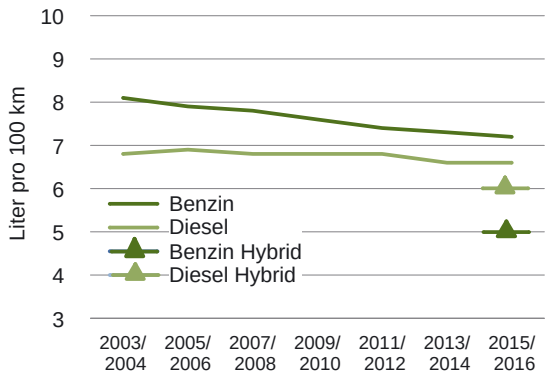
statistischen Institutionen der einzelnen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wird, damit das Gesamtaufkommen im Straßengüterverkehr auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet darstellt werden kann (Karner & Scharl 2012). Dies betraf naturgemäß 1995 nur Daten der Mitgliedsstaaten der EU-15. Erst durch die EU-Erweiterungen 2004 und 2007 wurde eine weitgehende Abdeckung der Güterkraftfahrzeuge des Europäischen Verkehrsraums inklusive Osteuropa erreicht. Ab dem Datenjahr 2009 konnten auch Informationen von Kroatien und der Schweiz zur jeweiligen Verkehrsleistung in Österreich berücksichtigt werden (siehe Karner & Scharl 2012 sowie Karner & Scharl 2014).

Durch die Herausgabe des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum" der Europäischen Kommission (2011b) soll vorrangig die Reduktion der Emissionen aus dem Verkehr erreicht werden. Einer der Strategievorschläge dazu betrifft die stärkere Nutzung energieeffizienterer Verkehrsträger. 2016 lag die gesamte Transportleistung des Güterverkehrs bei 61,4 Mrd. Tonnen-km (ohne Transport in Rohrfernleitungen). Auf Österreichs Straßen betrug die Transportleistung demnach 38,5 Mrd. Tonnen-km, wovon 53 % auf ausländische Fahrzeuge entfielen. Auf der Schiene wurden 21 Mrd. Tonnen-km und auf der Donau 2 Mrd. Tonnen-km erbracht.

Somit zeigen sich seit 2009 kaum die gewünschten Anteilsverschiebungen von der Straße zu Schiene und Schiff. Der Anteil der Straße betrug 2009 62,2 % und lag 2016 bei 62,7 %. Mit der Bahn wurde jeweils etwas über ein Drittel der Transportleistung erbracht, auf die Schifffahrt entfielen 2016 anteilig 3,3 %.

Die Befragung zum Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte erhebt auch die Fahrleistung und den Treibstoffeinsatz von privaten Haushalten. Betrachtet man den Treibstoffverbrauch der privaten Pkw, so zeigt sich im Vergleichszeitraum ein kontinuierlicher Rückgang des Verbrauchs (Grafik 86). Dabei war der Rückgang bei Diesel-Pkw mit rund 3 % weniger deutlich als bei Benzin-Pkw mit über 11 %. Diesel-Pkw liegen in der Periode 2015/2016 bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 6,6 Liter pro 100 km, Benzin-Pkw bei 7,2 Liter pro 100 km. Der Verbrauch von Pkw mit Benzin-Hybrid bzw. Diesel-Hybrid für die Periode 2015/2016[106] liegt jeweils deutlich unter jenem der konventionellen Fahrzeuge.

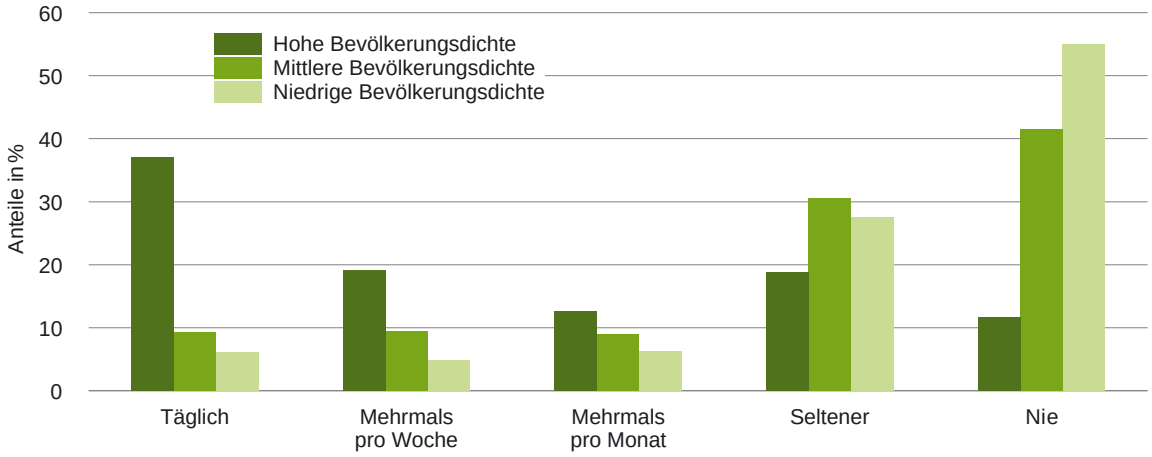
Grafik 86
Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik (Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte).

Ein Blick auf die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel rundet die Betrachtung ab. Die Mikrozensuserhebung (2015) zu Umweltbedingungen und Umweltverhalten zeigt, dass die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel stark von der vorhandenen Infrastruktur abhängt, welche in dicht besiedelten Gebieten besser ausgebaut ist

Grafik 87
Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege (2015)

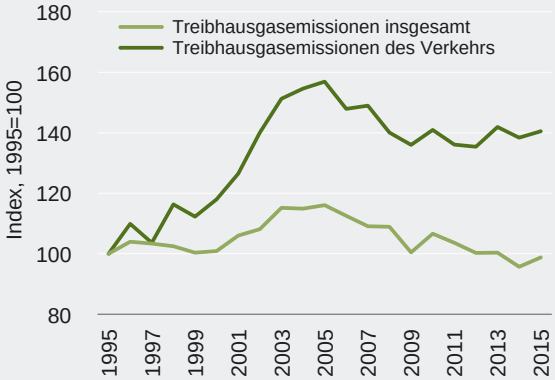


Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik (Mikrozensus Umweltbedingungen, Umweltverhalten).

[106] Die Daten für Hybridfahrzeuge sind nur für die aktuelle Periode 2015/2016 verfügbar.

als in gering besiedelten Gebieten (Baud – Milota, 2017, S. 102). In dicht besiedelten Gebieten verwenden 37,1 % der befragten Personen täglich die öffentlichen Verkehrsmittel (19,3 % mehrmals pro Woche), während in niedrig besiedelten Gebieten nur 6,1 % der täglichen Fahrten damit bewältigt werden (4,8 % mehrmals pro Woche, siehe Grafik 87). Im Gegenzug dazu wird in niedrig besiedelten Gebieten der Großteil der täglichen Fahrten mit dem Auto zurückgelegt: 45 % fahren damit täglich, 36,1 % mehrmals pro Woche. Der Anteil der Autonutzung sinkt in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte deutlich auf 19,3 % (täglich), bzw. 27,5 % (mehrmals pro Woche).

Grafik 88
Treibhausgasemissionen des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA; Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowei KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015).

4.5.3 Treibhausgasemissionen des Verkehrs

Der neue Schlüsselindikator zeigt die Entwicklung der Treibhausgasemissionen des gesamten Verkehrssektors laut Daten des Umweltbundesamts. Wie bereits erwähnt wird der Verkehr „funktional" als eigener Sektor dargestellt, sein Anteil an den gesamten Treibhausgasemissionen lag 2015 bei 28 %. Die Emissionen des Verkehrssektors werden wie der Energieverbrauch nach dem Inlandsprinzip, also auf Basis der in Österreich abgesetzten Treibstoffmengen, berechnet.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind über die gesamte Periode 1995 - 2015 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig negativ eingeschätzt, auch wenn sich seit 2006 ein Rückgang zeigt. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird neutral bewertet."

Wie Grafik 88 zeigt, wuchsen die Treibhausgasemissionen des Verkehrs im gesamten Zeitraum 1995 bis 2015 mit 40,5 % stark, während die Treibhausgasemissionen insgesamt im selben Zeitraum sogar um 1,2 % sanken. Der Sektor Verkehr wies damit im Jahr 2015 Treibhausgas-Emissionen im Ausmaß von rund 22 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalenten auf. Ein besonders starker Anstieg zeigt sich bis zum Jahr 2005, danach gab es einen abnehmenden Trend. Der Wert für 2015 lag aber deutlich über dem Ausgangsjahr 1995.

Die Ursachen für die starke Steigerung der Emissionen im Verkehrssektor – vor allem in den Jahren 2000 bis 2005 – sind laut Umweltbundesamt (2016, S. 62f) im Anstieg der inländischen Fahrleistung im Straßenverkehr und dem steigenden Kraftstoffexport im Tank (Tanktourismus), zu suchen. Wie bereits erwähnt lag der geschätzte Anteil des „Tanktourismus" im Jahr 1995 noch unter 10 % und stieg bis 2012 auf rund 30 % an (Umweltbundesamt (2014, S. 131).[107]

Die deutliche Emissionsminderung von 2005 auf 2006 (-5,7 %) ist hauptsächlich auf die Substitutionsverpflichtung fossiler Kraftstoffe durch Biokraftstoffe gemäß Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG zurückzuführen. Im Krisenjahr 2009 gingen die Emissionen deutlich zurück, im Jahr darauf stiegen die Emissionen aus dem Verkehrssektor wieder an, im Wesentlichen wegen der erhöhten Nachfrage nach Gütertransportleistung als Folge der wirtschaftlichen Erholung. Der Rückgang der Emissionen seit 2010 ist u. a. auf einen verringerten Kraftstoffabsatz aufgrund steigender Kraftstoffpreise (insbesondere von 2010 auf 2011) zurückzuführen. Die Emissionsabnahme 2014 (-2,4 %) ist auf den Rückgang des fossilen Kraftstoffabsatzes sowie den Anstieg des Absatzes von Biokraftstoff zurückzuführen. Dagegen zeigt sich im Jahr 2015 wieder ein Anstieg von 1,5 %.

Die Einführung der Substitutionsverpflichtung von fossilen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe gemäß der Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG führte laut Gollner (2016) dazu, dass im Jahr 2015 der Anteil anrechenbarer Erneuerbarer im Verkehr (nachhaltig produzierte Biotreibstoffe inkl. elektrischer Energie) an den Treibstoffen insgesamt, berechnet nach Vorgaben der Europäischen Kommission, bei 10,1 % lag. Durch die Nutzung der erneuerbarer Energien im Sektor Treibstoffe / Verkehr konnten laut Biermayr (2016 S. 6) im Jahr 2015 Treibhausgase im Ausmaß von 2,1 Mio. t CO_2-Äquiv. vermieden werden.

[107] Die Schätzungen zum Tanktourismus liegen nur punktuell vor und können nicht für die Erstellung eines Indikators herangezogen werden.

4.6
Monetäre Umweltaspekte

In den „monetären Umweltaspekten" sind die ökonomischen Konten der Umweltgesamtrechnungen (Ökosteuern, Umweltschutzausgabenrechnung und umweltorientierte Produktion und Dienstleistung) enthalten. Diese Umweltgesamtrechnungen sind mit der VGR kompatibel und ermöglichen somit eine integrierte Analyse der wechselseitigen Wirkungen von Ökonomie und Ökologie.

Als Schlüsselindikator fungieren die *Ökosteuern,* welche auf die Besteuerung von Bemessungsgrundlagen abzielen, die nachgewiesene negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Informationen zu den *Umweltschutzausgaben,* also den Aufwendungen des öffentlichen und privaten Sektors sowie der privaten Haushalte für den Umweltschutz sowie zur *Umweltwirtschaft* (umweltorientierte Produktion und Dienstleistung), welche den Umsatz mit umweltrelevanten Anlagen und Gütern sowie Bau- und Dienstleistungen abbildet, ergänzen diesen Bereich.

Die Task Force „Environmental Sustainability"[108] der Sponsorship Group (Eurostat 2011) empfiehlt explizit die Verwendung der Umweltgesamtrechnung für die Messung von Wohlstand und Fortschritt.

Die Bedeutsamkeit der Indikatoren auf internationaler Ebene bekundet sich auch darin, dass alle drei Bereiche Module der EU-Verordnung 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (Ökosteuern) bzw. der EU-Verordnung 538/2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (Umweltschutzausgaben, umweltorientierte Produktion und Dienstleistung) sind. Die Europäische Kommission (2013b) hebt im Bericht zum Fortschritt zu „GDP and beyond" die Relevanz der Umweltgesamtrechnungen im Prozess um die Umweltaspekte der Nachhaltigkeit hervor.

4.6.1
Schlüsselindikator Ökosteueranteil am gesamten Steueraufkommen

Der Schlüsselindikator bildet jenes Steueraufkommen als Anteil an den Steuereinnahmen insgesamt ab, dessen Besteuerungsgrundlagen eine nachgewiesene negative Auswirkung auf die Umwelt haben. Die Besteuerung betrifft beispielsweise ein Produkt, das die Umwelt verschmutzt oder die Natur bedroht, oder aber nicht-erneuerbare Ressourcen verbraucht (z. B. Mineralöl, Kohle).

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der Lenkungseffekt der derzeitigen Ökosteuern ist zu gering und hat in kaum einem Bereich (wie Energieverbrauch oder Verkehrsaufkommen) – abgesehen von den Krisenjahren – zu absoluten Reduktionen geführt. Nach den Berechnungen von Eurostat lag Österreich 2015 mit einem Anteil von 5,4 % unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 6,1 % (Daten jeweils ohne Berücksichtigung der Grundsteuer B). Dies lässt den Schluss zu, dass Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden ist und führt langfristig zu einer tendenziell negativen Bewertung. Die kurzfristige Bewertung wird neutral eingestuft."

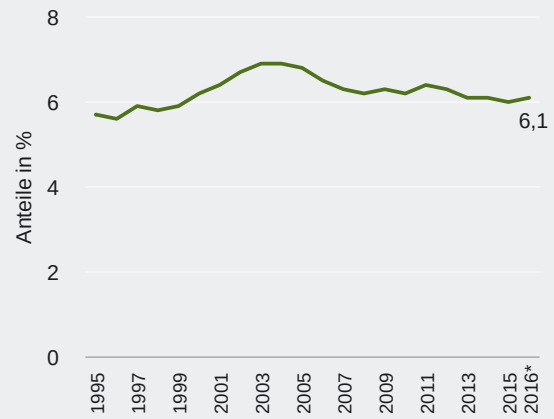
Für die Ökosteuern liegen erste Ergebnisse des Gesamtaufkommens 2016 aus den Steuern und Sozialbeiträgen vor. Die Daten zu den Ökosteuerkomponenten „Wiener Baumschutzgesetz" sowie „Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe" wurden anhand der Vorjahresdaten fortgeschrieben.

Die gesamten Einnahmen aus Ökosteuern beliefen sich nach dieser Vorausrechnung für 2016 auf knapp 9,1 Mrd. Euro, im Jahr 2015 wurden 8,9 Mrd. Euro lukriert. Der Anteil der Ökosteuern an den Steuereinnahmen insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) nahm von 1995 (5,7 %) bis 2016 (6,1 %) nur leicht zu (Grafik 89). Der höchste Öko-Anteil an den gesamten Steuereinnahmen war in den Jahren 2003 – 2005 mit 6,8 % zu verzeichnen, damals wurde der Mineralölsteuersatz erhöht. Im Jahr 2016 (vorläufiges Ergebnis) waren die Umweltsteu-

[108] http://ec.europa.eu/eurostat/documents/7330775/7339383/TF2-Final-report-Environment-Sustainability/5f3bebae-ca5d-40d5-b0d2-01d925c0cbf8

Grafik 89

Ökosteueranteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern, Steuerstatistiken. Anteil an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Pflichtsozialbeiträgen nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist. - * Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar. Daten nach nationaler Definition inklusive Grundsteuer B.

ern um 2 % höher als im Jahr davor, das gesamte Steueraufkommen stieg dagegen nur um 0,4 %. Dies führte zu einem marginal erhöhten Ökosteueranteil (2015 6,0 % und 2016 6,1 %).

Bereits 1998 wurde auf internationaler Ebene (Europäische Kommission, OECD und Internationale Energieagentur) ein einheitliches Konzept zur Erfassung der Öko-Steuern (Eco-Taxes) geschaffen[109]. Die nachgewiesene schädliche Wirkung der Bemessungsgrundlage auf die Umwelt ist das alleinig ausschlaggebende Kriterium und nicht etwa eine allfällige Zweckwidmung der aufgebrachten Mittel oder der Name einer Steuer. In diesem Zusammenhang wurden auch ein gemeinsamer Kontenrahmen und eine Klassifikation der Öko-Steuern mit dem Ziel festgelegt, vergleichbare Daten für alle Mitgliedsländer zu erhalten. Seit 2011 ist die Berechnung der Öko-Steuern Bestandteil der EU-Verordnung 691/2011 und die Datenübermittlung an Eurostat somit verpflichtend.

Da die Höhe der Umweltsteuern per se noch nichts über ihre Umweltauswirkung aussagt, wurde der Indikator als Anteil der betreffenden Steuern an den gesamten Steuereinnahmen (inklusive tatsächlicher Sozialbeiträge) dargestellt. Ökosteuern können einerseits im Zeitverlauf ansteigen, weil die Bemessungsgrundlage (z. B. Mineralöl) vermehrt verbraucht wird. Andererseits kann der Anstieg auch in einer Erhöhung des Steuersatzes begründet liegen. Zudem werden Umweltabgaben (überwiegend Mengensteuern) in der Regel nicht jährlich, sondern in größeren Abstanden angepasst. Eine Bewertung des Ökosteueranteils an den gesamten Steuereinnahmen kann – im Hinblick auf eine ökologische Steuerreform – vorgenommen werden[110].

Das Konzept der ökologischen Steuerreform besagt, dass einerseits höhere Steuern auf umweltschädigende Vorgänge besonders im Bereich Verkehr und Energie entsprechende Lenkungseffekte durch höhere Preise der besteuerten Produkte erzielen und sich somit positiv auf die Umwelt auswirken (z. B. weniger Autofahren durch höhere Benzinkosten). Das so erzielte zusätzliche Steueraufkommen soll andererseits zu einer Senkung der Steuern auf Arbeit (Lohnnebenkosten) führen (siehe beispielsweise Kletzan-Slamanig et al. 2008). Eine ökologische Steuerreform ist auch eines der Ziele (Leitziel 8) des ÖSTRAT Arbeitsprogramms 2011 (Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung 2011).

Der Grundgedanke hinter den Ökosteuern ist einerseits die Förderung des Natur- und Klimaschutzes, andererseits geht es aber auch darum, den Verbrauch begrenzter Ressourcen (z. B. nicht-erneuerbare Energieträger) zu reduzieren. Es soll eine größere Kostenwahrheit in der Nutzung der Umweltressourcen entstehen, welche einen bewussteren Umgang mit der Umwelt erzeugt. Bei einem Großteil der Ökosteuern handelt es sich demgemäß um Verbrauchssteuern.

Die Ökosteuern werden in die Kategorien Energie-, Transport-, Umweltverschmutzungs- und Ressourcensteuern eingeteilt. 58 % des gesamten Umwelt-Steueraufkommens entfielen 2015 (letztverfügbares Jahr) auf Energiesteuern (Mineralölsteuer, Energieabgabe), 32,8 % auf Transportsteuern (z. B. Kfz-Steuer oder Normverbrauchsabgabe), knapp 8 % auf Ressourcensteuern. Rund 1 % entfiel auf Verschmutzungssteuern, dies betrifft im Wesentlichen den Altlastensanierungsbeitrag und seit 2009 den Handel mit Emissionszertifikaten (Aichinger, 2016a).

Österreich weicht in seiner Kalkulation der Ökosteuern etwas von den EU-Berechnungen ab, da die Grundsteuer B (als Besteuerung des Flächenverbrauchs) zusätzlich als Ökosteuer definiert ist. Für den europäischen Vergleich werden Steuern auf Grund und Boden, auch wenn sie wie in Österreich auf den Flächenverbrauch abzielen, nicht als Ökosteuern berücksichtigt. In den meisten Ländern gibt es nur Kapitalsteuern auf Grund und Boden, ein Einbeziehen der Grundsteuern wäre daher verzerrend. Aus demselben Grund werden auf europäischer Ebene auch keine Steuern auf die Förderung von Erdöl und Erdgas betrachtet, da diese für wenige Länder von hoher, für die meisten EU Länder aber von geringer Bedeutung sind. National sind diese Steuern jedoch zu berücksichtigen.

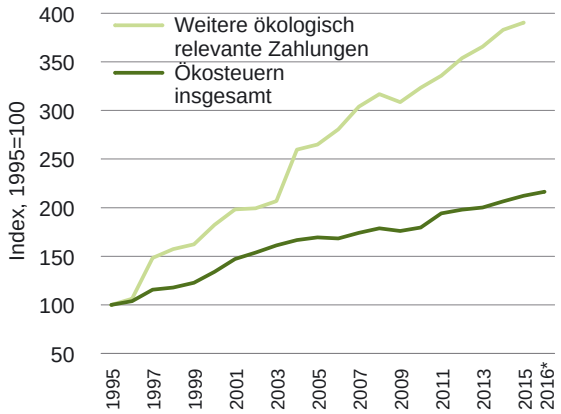
Im internationalen Vergleich lag Österreich im Jahr 2015 nach der EU-Definition (ohne Grundsteuer B) mit einem Anteil am gesamten Steueraufkommen von 5,4 % unter

[109] Europäische Union, 1998: „A tax whose tax base is a physical unit (or a proxy of it) that has a proven specific negative impact on the environment".
[110] Dies wurde vom Expertengremium explizit angeregt.

dem Durchschnitt der EU-28 Länder mit 6,1 %. Betrachtet man den Anteil der Ökosteuern am Bruttoinlandsprodukt (nominell), so zeigt sich, dass Österreich im Jahr 2015 mit 2,4 % Anteil genau der Durchschnittswert der EU-28 erreichte (siehe auch Kapitel 5.4).

Nicht berücksichtigt werden bei dieser Betrachtung die weiteren ökologisch relevanten Zahlungen (wie Mauten, Abfall- und Abwassergebühren). Diese fallen, da es sich nicht um Steuern nach dem Konzept der VGR (Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) handelt, nicht unter die Definition der Öko-Steuern laut internationalen Richtlinien. Da diese Gebühren zweckgebunden sind, ist die ökologische Treffsicherheit durchaus höher als bei den Steuern. In einem Nebenkonto wird deshalb das Aufkommen der ökologisch relevanten Zahlungen für Österreich ausgewiesen. Dieses verzeichnete von 1995 bis 2015 (letztverfügbares Jahr) eine deutlich stärkere Zunahme (+290 %) im Vergleich zu den Ökosteuern mit 116 % (Grafik 90). Die Gebühren beliefen sich 2015 auf knapp 4,5 Mrd. Euro und erreichten damit bereits 50 % der Höhe der Ökosteuern.

Grafik 90
Ökosteuern und umweltrelevante Zahlungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern. - * Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

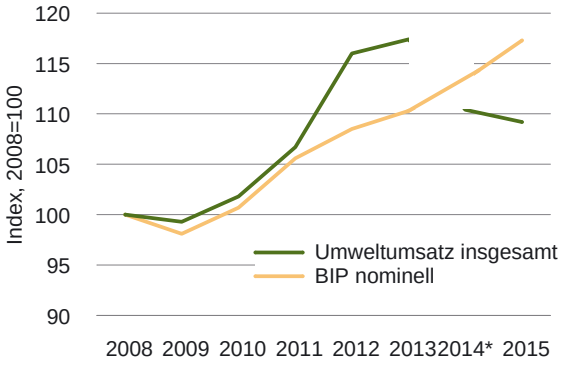
Eine ergänzende Betrachtung der umweltrelevanten Gebühren wäre zukünftig auch im internationalen Vergleich wichtig, da manche Länder etwa die Eindämmung des Abfallaufkommens mit steuerlichen Instrumenten behandeln, während Österreich dies über Gebühren regelt. Außerdem können Umgestaltungen von fiskalischen Instrumenten zu Änderungen der Höhe des Umweltsteueraufkommens führen. Im Jahr 2004 wurde beispielsweise anstelle der Straßenbenützungsabgabe (Umweltsteuer) die Lkw-Maut (Mauten sind keine Umweltsteuern) eingeführt, zudem wurde die Kfz-Steuer (Umweltsteuer) gesenkt. Mit dieser Maßnahme wurde also das Umweltsteueraufkommen reduziert, obwohl das Gesamtaufkommen an ökologisch relevanten Zahlungen erhöht wurde. Derzeit liegen aber EU-weit keine konsistenten Daten zu den weiteren umweltrelevanten Zahlungen vor.

Der Indikator zur *Umweltwirtschaft* zeigt in Ergänzung der monetären Umweltaspekte den Umweltumsatz der „umweltorientierten Produktion und Dienstleistung" in Österreich. Damit wird die direkte Größe der Umweltwirtschaft dargestellt. Sie umfasst die Produktion von Gütern, Technologien und Dienstleistungen zur Reduktion oder Beseitigung von klassischen Umweltproblemen wie Luft- oder Wasserverunreinigung und zur Schonung natürlicher Ressourcen wie Naturgas oder Holz.

4.6.2 Umweltorientierten Produktion und Dienstleistung

Im Bereich der umweltorientierten Produktion und Dienstleistung wurde in Österreich im Jahr 2015 ein Umweltumsatz von 33,9 Mrd. Euro erwirtschaftet. Im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 konnte sich die Umweltwirtschaft mit einem Umsatzminus von knapp 0,7 % deutlich besser behaupten als die Gesamtwirtschaft mit -1,9 % des nominellen BIP (Grafik 91). In den beiden folgenden Jahren entwickelten sich Umweltumsatz und BIP in etwa parallel. Die hohen Wachstumsraten sowohl des Umsatzes als auch der Beschäftigung im Jahr 2012 beruhten in erster Linie auf der Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen Energieversorgung, Maschinenbau, sonstige Bautätigkeiten sowie Architektur- und Ingenieurbüros. Bei der Interpretation der Ergebnisse muss beachtet werden, dass in die Daten ab dem Jahr 2011 neue Umweltgüter sowie Unternehmen aufgenommen wurden, weshalb die Veränderungen gegenüber dem Zeitraum 2008 – 2010 zum Teil auch in der neuen Grundgesamtheit begründet liegen und ein Vergleich daher nur bedingt möglich ist.

Grafik 91
Entwicklung des Umweltumsatzes



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung, VGR. - * Umweltumsatz: Bruch in der Zritreihe.

Durch eine Überarbeitung der Definition kam es 2014 zu einem Bruch in der Zeitreihe. Auf der Basis der revidierten

Daten wurden im Jahr 2014 34,3 Mrd. Euro und im Jahr 2015 nach den vorläufigen Zahlen 33,9 Mrd. Euro umgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr kam es damit 2015 zu einem geringen Umsatzrückgang von 1,1 % (Baud 2017).

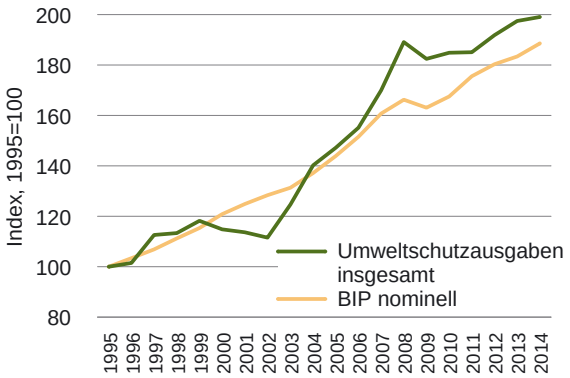
Bereits 63,7 % des Umsatzes sind dem Ressourcenmanagement zuzurechnen, dazu gehören etwa die Produktion von Recyclingtechnologien oder die Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie. 36,3 % des Umsatzes entfielen 2015 auf Umweltschutzaktivitäten (Baud 2017). Der vorliegende Indikator misst die direkte Produktion von Umweltprodukten und Umweltdienstleistungen. Informationen wie z. B. die indirekten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft oder die Qualität der Umweltarbeitsplätze sind aus den Daten nicht abzuleiten.

4.6.3 Umweltschutzausgaben

Die *Umweltschutzausgaben* umfassen alle Maßnahmen und Aktivitäten, die von privaten Haushalten, sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren zur Vermeidung, Verringerung und Beseitigung von Umweltbelastungen und allen anderen Formen von Umweltschädigungen getätigt werden (SERIEE Handbuch 1994, § 2006)[111]. Die Umweltschutzausgaben werden im Rahmen der Umweltschutzausgabenrechnung der Statistik Austria erhoben.

Die nationalen Umweltschutzausgaben beliefen sich 2014 (letztverfügbares Jahr) auf insgesamt 12,1 Mrd. Euro (inklusive EU-Transferleistungen und Förderungen). Im Vergleich zum nominellen BIP (+88,6 %) stiegen die Umweltschutzausgaben von 1995 bis 2014 stärker an (+99,1 %). Speziell in den Jahren 2002 bis 2008 war eine markante Wachstumsperiode sichtbar (Grafik 92). Das Jahr 2009 verzeichnete dagegen einen Rückgang zum Vorjahr (-3,5 %), der im Jahr 2010 nur teilweise (+1,3 %) wieder ausgeglichen wurde. Im letztverfügbaren Jahr 2014 stiegen die Umweltschutzausgaben geringfügig um 0,8 % an, das bedeutet ein Plus von knapp 100 Mio. Euro.

Grafik 92
Umweltschutzausgaben



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltschutzausgaben, VGR.

Umweltschutzausgaben betreffen einerseits vorab getätigte Maßnahmen für den Umweltschutz, die Umweltverschmutzung oder Ressourcenverbrauch vermeiden oder vermindern sowie Maßnahmen, um Schäden bereits im Vorfeld zu verhindern (etwa Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie, ressourceneffizientere Produktionsanlagen). Eine Steigerung dieser Ausgaben wirkt sich positiv auf die natürliche Umwelt aus. Andererseits können hohe Umweltschutzausgaben auch auf eine stark verschmutzte Umwelt hinweisen, die entsprechend hohe Aufwendungen zur Reinigung erfordert. Umgekehrt können niedrige Umweltschutzausgaben sowohl ein Hinweis auf geringe Maßnahmen für den Umweltschutz als auch auf eine sehr saubere Umwelt sein.

Die Höhe der nationalen Umweltschutzausgaben lässt also nicht unbedingt auf den Umweltzustand schließen. Aufwendungen des öffentlichen und privaten Sektors für den Umweltschutz stellen jedoch einen wichtigen Aspekt ökologisch relevanter Aktivitäten einer Volkswirtschaft dar (siehe Aichinger 2016b).

[111] SERIEE (Système Européen de Rassemblement de l´Information Economique sur l´Environnement) stellt ein EU weit harmonisiertes System von Eurostat zur Sammlung umweltbezogener Wirtschaftsdaten dar. Es setzt sich aus einer Reihe von Satellitenkonten zusammen, die eine Verknüpfung der Umweltdaten mit der Wirtschaftsstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ermöglichen sollen. (Eurostat, 1994).

5

Wie geht‘s Österreich im EU-Vergleich?

Gender Pay Gap hohes Niveau aber gesunken

Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede gingen zurück, lagen 2015 mit 21,7% aber deutlich über EU-28-Schnitt (16,3 %).

Rückgang der Ausgrenzungsgefährdung

Die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung sank 2016 auf 18,0 % und lag damit unter dem Zielpfad von Europa 2020

Hohe Ressourcenverbräuche

Materialverbrauch lag 2016 bei 22 Tonnen (EU-28: 13 Tonnen), Energieverbrauch des Verkehrs stieg seit 1995 um über 60 %

5.1
Österreich im europäischen Kontext

***WgÖ?* dient dazu, ein möglichst differenziertes Bild des österreichischen Wohlstands und Fortschritts zu zeichnen. Allerdings kann dieses nur in einem internationalen Kontext umfassend bewertet werden. Das folgende Kapitel diskutiert daher für ausgewählte Indikatoren die Position Österreichs im EU Vergleich. Nach wie vor nimmt Österreich heute in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein, wie etwa in etlichen Dimensionen der Lebensqualität. Dennoch zeigt vor allem ein Blick auf die Entwicklung seit dem Krisenjahr 2009 auch Schwächen des österreichischen Modells von Wohlstand und Fortschritt auf.**

Die vergangenen drei Jahre waren in Europa von einer wirtschaftlichen Erholung geprägt. Zwar lag die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt auch 2016 noch auf einem beunruhigenden Niveau von 8,6 %, doch war diese Zahl zuletzt rückläufig. Das reale Wirtschaftswachstum erreichte EU-weit 2016 1,9% und auch die Eurozone wuchs 2016 wieder stärker mit 1,8 %.

Ein Blick auf die hiesigen wirtschafts- und sozialpolitischen Fundamentaldaten zeigt, dass Österreich zuletzt hinter der europäischen Entwicklung zurückblieb. Pro Kopf wuchs das reale BIP in Österreich 2016 um 0,2%, das reale BIP pro Kopf der EU28 hingegen um 1,6 %. Die Arbeitslosigkeit war in Österreich 2016 mit 6,0 % im EU-Vergleich zwar nach wie vor niedrig (für die EU28 lag die Arbeitslosenquote bei 8,6 %), stieg jedoch seit 2012 kontinuierlich an und lag zuletzt wieder auf dem höchsten Wert seit Beginn des Beobachtungszeitraums.

Der Fokus der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger liegt häufig auf dem ökonomischen Aufschwung, an dem sie nicht zuletzt gemessen werden. Dennoch gibt es viele Gründe, über die traditionellen wirtschaftlichen Indikatoren hinauszublicken. Es ist in Krisenzeiten wichtig, jene Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, die besonders von krisenhaften Entwicklungen betroffen sind. Dies kann mit herkömmlichen ökonomischen Kennzahlen alleine nicht geleistet werden. Ein Blick über das BIP hinaus kann dazu beitragen, die vielfältigen Wirkungen von Wohlbefinden und Fortschritt auf unterschiedliche Lebensaspekte zu quantifizieren und zu vergleichen, woraus allgemeine Politikempfehlungen abgeleitet werden können. Im Kontext eingeschränkten fiskalischen Spielraums müssen Regierungen zudem nach neuen Wegen streben, das Wohlbefinden der Bevölkerung sicherzustellen. Nicht zuletzt sollten auch umweltrelevante Aspekte wie steigender Energieverbrauch oder zunehmendes Verkehrsaufkommen und ihre Auswirkungen auf Wohlstand und Fortschritt betrachtet werden. Materialverbrauch und Energieverbrauch pro Kopf sind beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der viert-höchste in der EU-28 ist.

5.2
Materieller Wohlstand im EU-Vergleich

Der materielle Wohlstand Österreichs ist bekanntermaßen einer der höchsten weltweit. Dennoch ist auch hier ein Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre aufschlussreich. Im Folgenden wird die Entwicklung der wichtigsten Schlüsselindikatoren des Materiellen Wohlstands für Österreich im EU-Vergleich dargestellt.

In der Dimension Produktion wird dem realen BIP pro Kopf dabei das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards zur Seite gestellt um die internationale Vergleichbarkeit in Bezug auf den materiellen Wohlstand zu gewährleisten[112]. In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren. Der Indikator real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf inklusive sozialer Sachtransfers gibt Aufschluss über die sekundäre (also die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigende) Verteilung. Bei der Betrachtung des real verfügbaren Einkommens der Haushalte pro Kopf ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen" nach dem Verbrauchskonzept erfasst.

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers). Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen. Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Um eine Aussage über die Verteilungsaspekte im EU-Vergleich treffen zu können, wird die Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen und der Gender Pay Gap in Österreich in diesem Kapitel den Ergebnissen der EU28 Länder gegenüber gestellt.

Produktion – Bruttoinlandsprodukt

Gemessen am nominellen BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) nahm Österreich 2016 im EU-28-Vergleich hinter Luxemburg, Irland und den Niederlanden erneut den vierten Platz ein. Somit zählt Österreich bei Berücksichtigung der Kopfzahl nach wie vor zu den wirtschaftskräftigsten Ländern der EU – noch vor Dänemark, Schweden und Deutschland. Seit Beginn des Beobachtungszeitraumes befindet sich Österreich gemessen am nominellen BIP pro Kopf in KKS unter den stärksten sechs Volkswirtschaften, seit 2003 auf dem fünften und seit 2009 auf dem vierten Platz (Grafik 93).

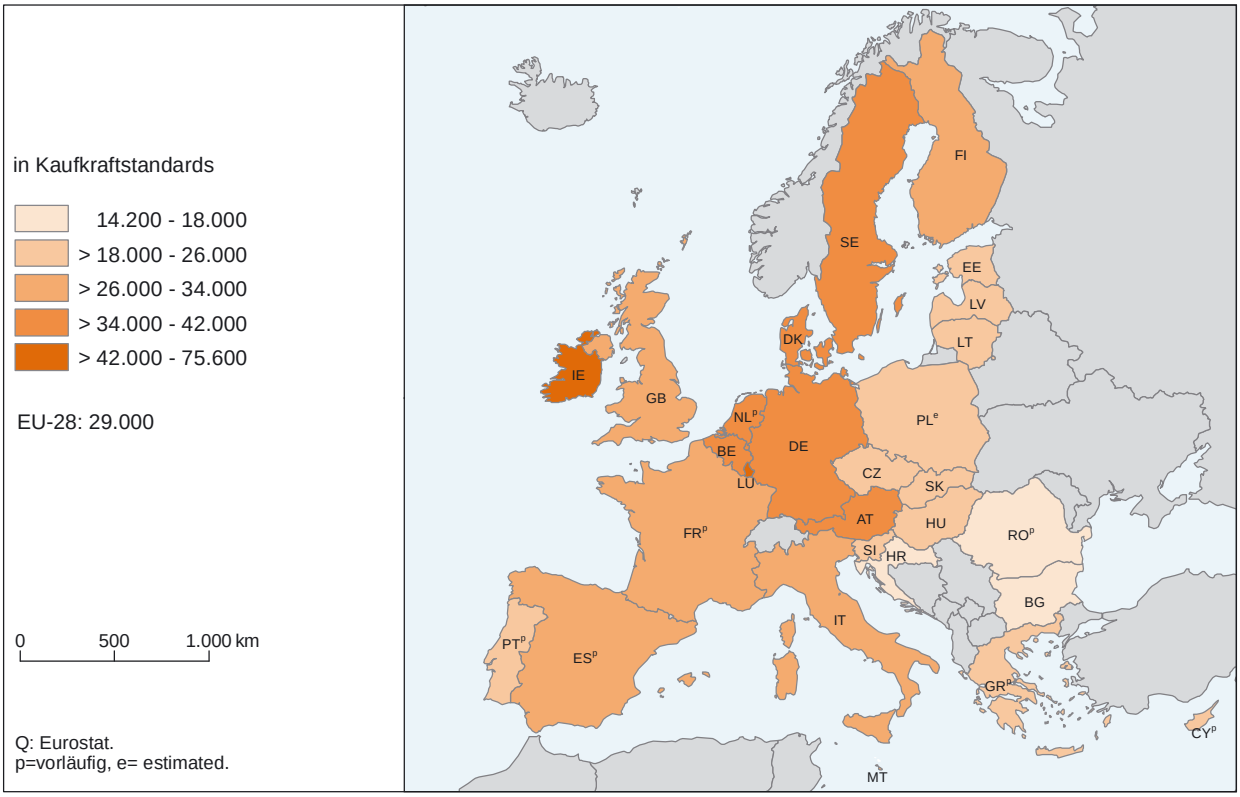
Das stärkste BIP pro Kopf in KKS weist Luxemburg auf und stellt damit einen Spezialfall im EU-Vergleich dar. 2016 lag der Wert Luxemburgs bei 75.600 und betrug somit mehr als das 2,5-fache des Vergleichswertes für die EU-28 (29.000). Das BIP Luxemburgs ist aber insofern zu relativieren als knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten Grenzgänger (also nicht in Luxemburg wohnhaft) sind. Bei den Berechnungen zu den Kaufkraftstandards pro Kopf wird dann folglich nur die Hälfte (nämlich jene in Luxemburg wohnhaften Personen) einbezogen. Auf der anderen Seite sind Bulgarien (14.200), Rumänien[113] (17.200), Kroatien (17.300) 2016 jene EU-Länder mit dem niedrigsten BIP in KKS.

Betrachtet man das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, so zeigt sich für Österreich eine relativ verhaltene Entwicklung seit 2012. Nach einem leichten Rückgang 2013, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Österreich 2014 und 2015 um 0,1% und 2016 um 0,2%. Dies liegt unter anderem an einem Anstieg der Bevölkerung von 1,3%, der dem Wachstum des BIP von 1,5% gegenübersteht. Österreich verzeichnete damit beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf EU-weit das niedrigste Wachstum, dahinter reihen sich Griechenland[114] (0,4 %), Luxemburg (0,5%) und Belgien (0,7%). Grafik 94 stellt die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf 2016 für die EU-28-Länder dar.

[112] Kaufkraftparität bedeutet, dass die Kaufkraft verschiedener Währungen anhand eines repräsentativen Warenkorbs bestimmt und die Kennzahlen anhand dieser Kaufkraft verglichen werden.
[113] Vorläufig
[114] Vorläufig.

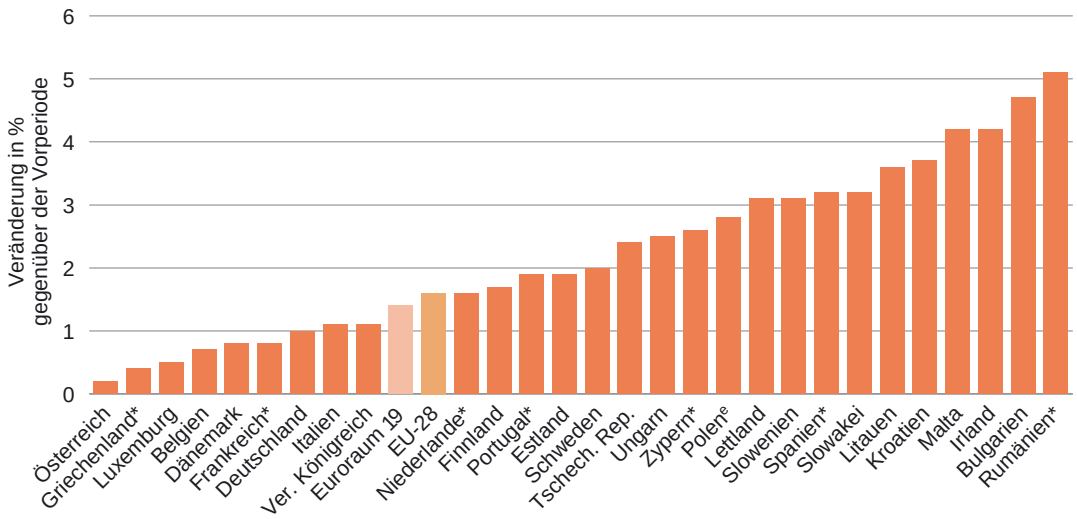
Grafik 93

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominell) im EU-Vergleich (2016)



Grafik 94

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der EU-28-Länder 2016



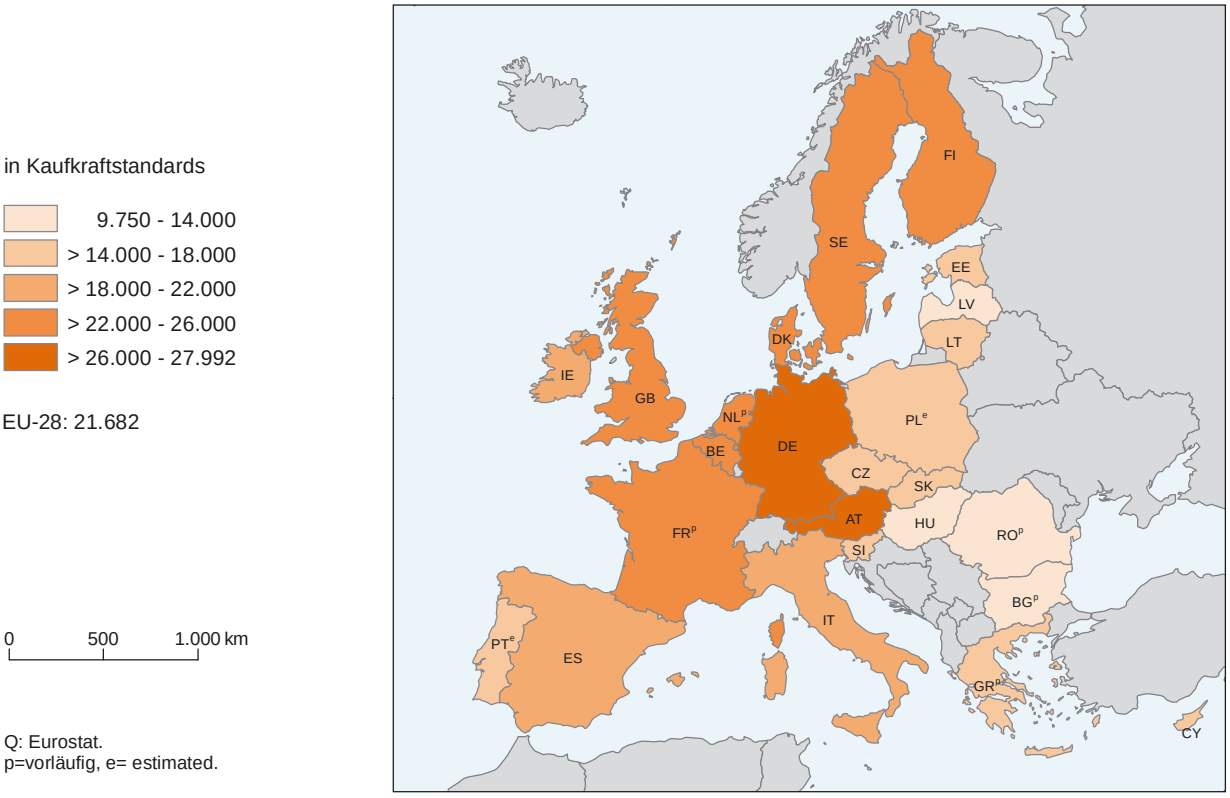
Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Aufgrund einer Revision der VGR stehen die Daten zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bis auf wenige Ausnahmen nur für 2015 zu Verfügung. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird daher das verfügbare Einkommen des Jahres 2015 dargestellt.

2015 betrug das real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf laut Daten von Eurostat in Österreich inklusive sozialer Sachtransfers (Bildungsleistungen, Gesundheit etc.) 26.307 Euro in Kaufkraftstandards. Dies war nach Deutschland (27.992 Euro) der zweithöchste Wert in der Europäischen Union. Dahinter reihten sich Frankreich (25.280 Euro), Belgien (24.385 Euro), Schweden (24.191 Euro) und

Grafik 95
Verfügbare Haushaltseinkommen (Verbrauchskonzept) (2015 und 2016)



Q: Eurostat.
p=vorläufig, e= estimated.

Finnland (24.164 Euro) ein. Die geringsten Pro-Kopf-Einkommen in KKS wurden EU-weit in Bulgarien (9.750 Euro) und Lettland (12.756 Euro) lukriert.

Konsum der privaten Haushalte

Wie auch bei den real verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf, war Österreich auch beim Konsum der privaten Haushalte 2016 unter den Spitzenreitern. Mit durchschnittlichen 24.200 Euro pro Person in Kaukraftstandards (KKS) war Österreich nach Luxemburg (30.500 Euro) und dem Vereinten Königreich (24.600) an dritter Stelle unter den EU-Ländern mit dem höchsten Konsum der privaten Haushalte (inklusive sozialer Sachtransfers wie Bildung oder Gesundheit). Nach Österreich folgten Dänemark (23.900 Euro) und Deutschland (23.700 Euro) sowie Schweden (22.900) und Niederlande und Belgien (beide 22.800 Euro). Am wenigsten konsumierten die privaten Haushalte in Bulgarien (9.800 Euro), Kroatien (11.700) und Rumänien (11.800 Euro, vorläufig) sowie in Ungarn (11.900 Euro).

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

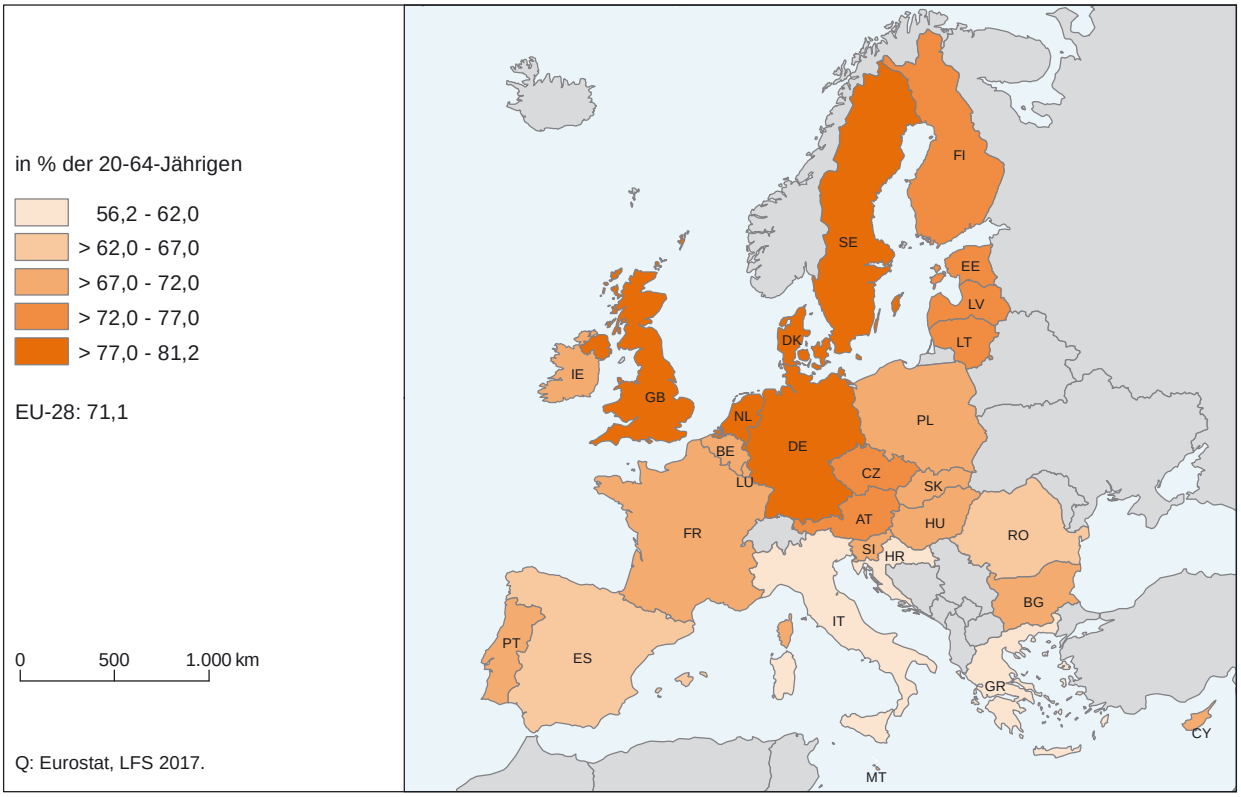
Auch bei der Erwerbstätigkeit schneidet Österreich 2016 mit einem Anteil von 74,8 % der 20-64-Jährigen vergleichsweise gut ab, fällt aber gegenüber den Vorjahren etwas zurück und liegt nunmehr auf Platz 9. Höhere Beschäftigungsquoten gab es 2016 in Litauen (75,2 %), Estland (76,6 %), der Tschechischen Republik (76,7 %), den Niederlanden (77,1 %), Dänemark (77,4 %), Vereinigtes Königreich (77,5%), Deutschland (78,6 %) und Schweden (81,2%). Die niedrigsten Quoten hatten Spanien (63,9 %), Italien (61,6 %), Kroatien (61,4 %) und Griechenland (56,2 %).

Österreich und Deutschland gehörten 2016 zugleich zu jenen drei Ländern mit der höchsten Teilzeitquote (28,2 % bzw. 26,8 %), jedoch mit großem Abstand zu den Niederlanden, wo es einen traditionell sehr hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten gibt (2016: 46,6 %). Der allgemeine Anstieg der Teilzeit hängt einerseits mit der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen zusammen, andererseits war der Anstieg seit 2009 auch ein Nebeneffekt der Krise, wo in vielen Ländern durch die Maßnahme der Kurzarbeit einem (noch stärkeren) Anwachsen der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden konnte.

Dennoch stellt Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU 2013 einen neuen Spitzenwert. Zuletzt ging die Quote jedoch wieder zurück, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten. 8,6 % der europäischen Erwerbsbevölkerung waren 2016 trotz Arbeitswillens ohne Beschäftigung (Grafik 99).

Besonders hohe Werte erreichte die Arbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa, die Spitzenreiter waren wie schon in

Grafik 96
Erwerbstätigkeit der 20-64-Jährigen im EU-Vergleich (2016)

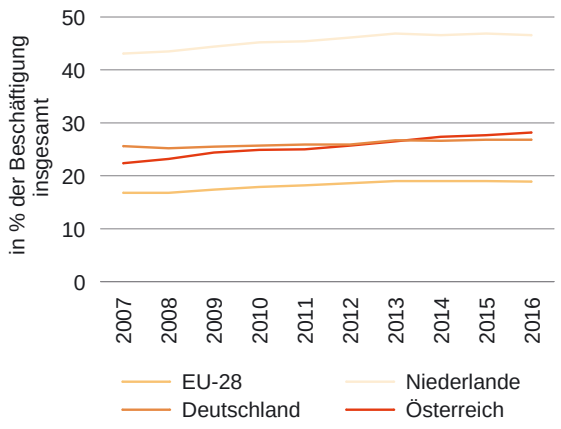


Q: Eurostat, LFS 2017.

den Jahren zuvor Griechenland (23,6 %), Spanien (19,6 %) und Kroatien (13,3 %), gefolgt von Zypern (13,0%), Italien (11,7%) und Portugal (11,2 %). Österreich liegt 2016 mit einer Arbeitslosenrate von 6,0% im EU-Vergleich unter jenen Ländern mit einer niedrigen Arbeitslosenrate. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Arbeitslosigkeit seit 2009 rückläufig ist (bis 2016 -3,5 %-Punkte), gab es in Österreich in den letzten Jahren eine ansteigende Tendenz (+1,4 %-Punkte im Vergleich zu 2011). Im EU-28-Durchschnitt ging die Quote 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 %-Punkte zurück. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit ist mit Ausnahme von Estland (+0,6 %-Punkte), Österreich (+0,3%-Punkte) und Dänemark (keine Veränderung zum Vorjahr) 2016 in allen EU-Ländern zu beobachten.

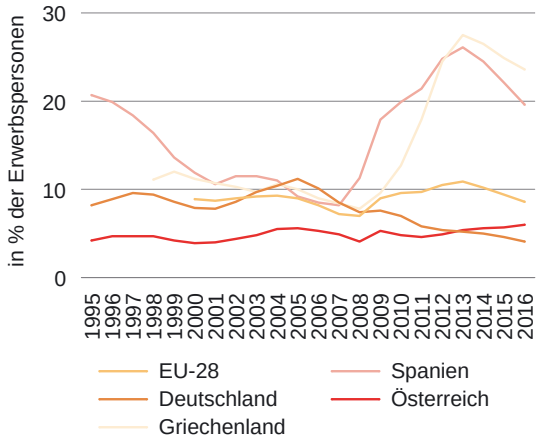
Die Position Österreichs im EU-Vergleich wird auch in Grafik 98 deutlich, welche den Zeitverlauf der Arbeits-

Grafik 97
Entwicklung der Teilzeit-Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen ausgewählter Länder



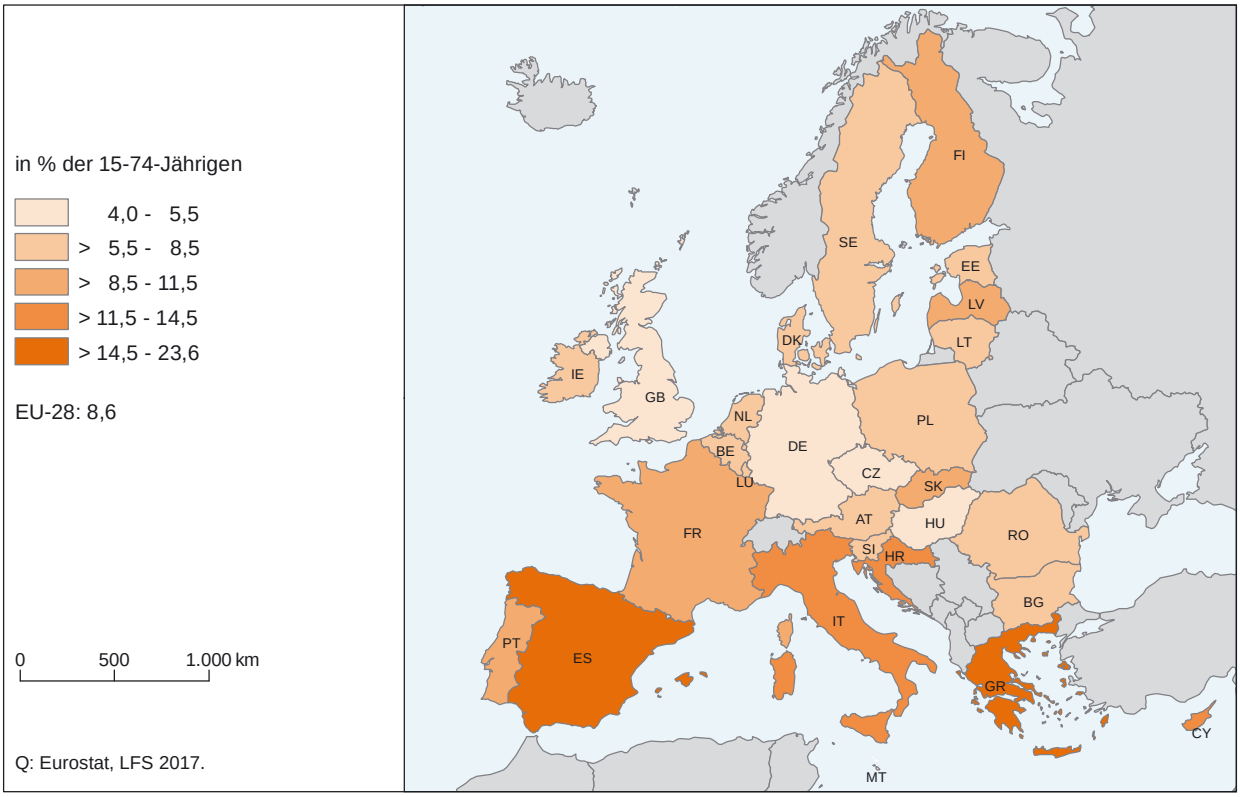
Q: STATISTIK AUSTRIA, LFS 2016; Eurostat

Grafik 98
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf



Q: STATISTIK AUSTRIA, LFS 2016; Eurostat

Grafik 99
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2016)



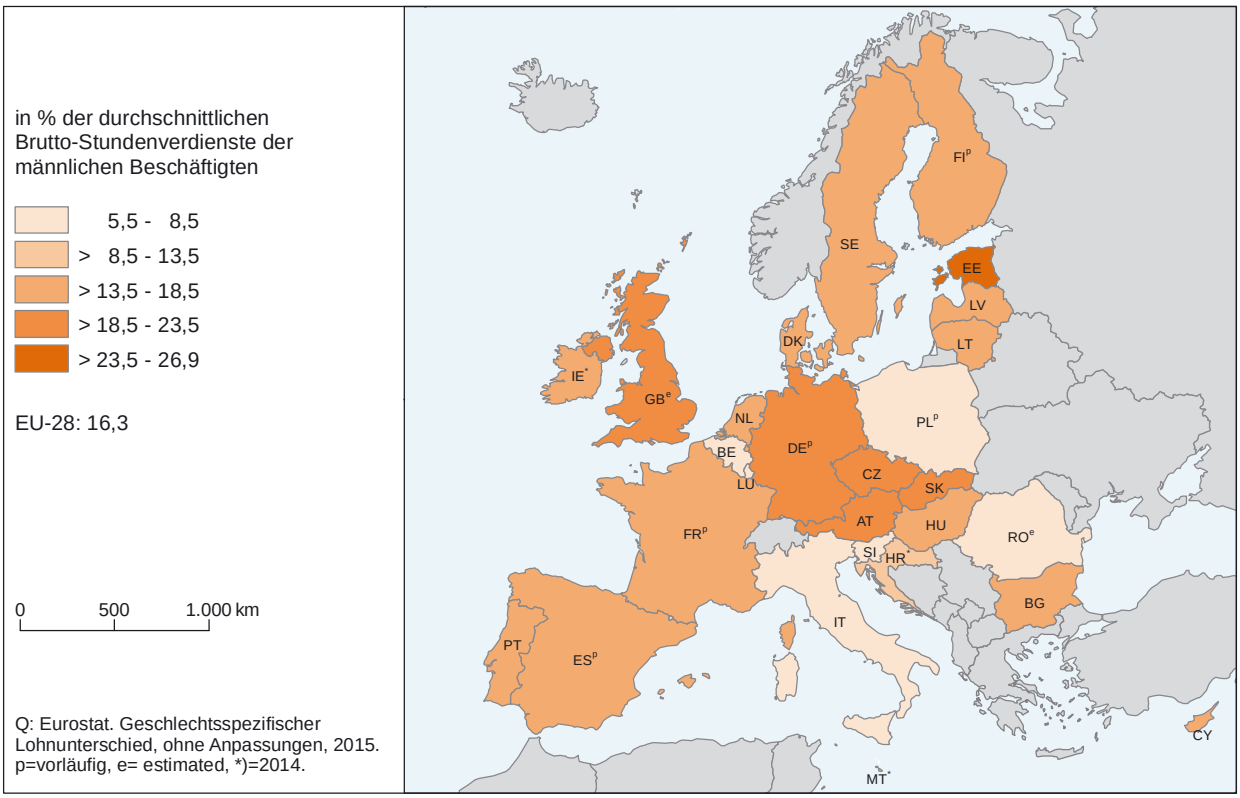
losenraten Österreichs, Deutschlands und der EU-28 im Gegensatz zur jenen Spaniens und Griechenlands darstellt. Während die Arbeitslosigkeit in Österreich seit 1995 in mehreren Phasen einen leichten Anstieg verzeichnete, ging die Arbeitslosigkeit in Deutschland im selben Zeitraum (und seit dem Krisenjahr 2009 kontinuierlich) zurück. Damit liegt die Arbeitslosenrate in Österreich 2016 1,8 %-Punkte über dem Niveau von 1995 (4,2%) auf 6,0 %.In Deutschland konnte die Quote ausgehend von 8,2 % in 1995 auf 4,1 % in 2016 halbiert werden. Mit einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenrate im Zuge der Wirtschaftskrise und ihren Folgen waren die EU-Länder Spanien und Griechenland konfrontiert. Nach einem Anstieg von 17,9 %-Punkten in Griechenland und 8,2 %-Punkten in Spanien im Zeitraum 2009-2013, konnte seither wieder ein Rückgang erreicht werden. Das Niveau der Arbeitslosenraten ist in beiden Ländern jedoch auch 2016 noch sehr hoch und deutlich über dem EU-Schnitt von 8,6 %.

Ein wichtiger Verteilungsindikator, bei welchem Österreich traditionell jedoch schlecht abschneidet, ist der Gender Pay Gap (Grafik 100). Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Im EU-Vergleich findet sich Österreich unter jenen Ländern mit sehr hohen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen, wenngleich sich die Position Österreichs zuletzt etwas verbesserte. Lag Österreich beim Gender Pay Gap 2014 noch an vorletzter Stelle, so befindet es sich mit 21,7% 2015 hinter Estland (26,9%), der Tschechischen Republik (22,5%) und Deutschland (22%) auf dem vierten Platz. Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede fielen in den EU-28 im Durchschnitt mit zuletzt 16,3 % deutlich geringer aus. Spitzenreiter der lohnbezogenen Gleichstellung waren Italien und Luxemburg (5,5 %), Rumänien (5,8 %) und Belgien (6,5 %)

Die Unterschiede zwischen den Ländern haben mit einer Reihe komplexer Faktoren zu tun, die in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen: Einflusselemente wie etwa Unterschiede in den Frauenerwerbsquoten, Teilzeitquoten, oder der Einfluss der sektoralen Segregation u. a. variieren teilweise beträchtlich zwischen den Mitgliedstaaten. Der Gender Pay Gap ist daher immer in Verbindung mit weiteren Kontextfaktoren zu interpretieren. So weisen die Daten zur Erwerbsintegration von Frauen darauf hin, dass Länder mit einem niedrigen Gender Pay Gap, wie Italien oder Malta, tendenziell eine niedrigere Frauenerwerbsquote aufweisen als Länder mit einem hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied. Für Österreich, aber auch für andere Länder wie die Niederlande, das Vereinigte Königreich oder Deutschland ist ein gegenteiliger Effekt zu beobachten. In diesen Ländern kann sowohl ein hoher Gender Pay Gap als auch eine hohe Frauenerwerbsquote beobachtet werden. Zudem geht die hohe Frauenerwerbsquote in diesen Ländern gleichzeitig mit

Grafik 100

Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2015)



einer hohen Teilzeitquote der Frauen einher. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stellt somit in einigen Ländern einen relevanten Faktor dar. Die Tatsache, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen jedoch nicht zwangsläufig zu einem hohen Gender Pay Gap führt, zeigt das Beispiel der skandinavischen EU-Mitgliedstaaten Schweden und Dänemark. In beiden Ländern liegt der geschlechtsspezifische Lohnunterschied trotz hoher Frauenerwerbsquoten und hoher Teilzeitbeschäftigung der Frauen unter EU-Durchschnitt (Geisberger & Glaser 2014).

5.3
Lebensqualität im EU-Vergleich

Österreich nimmt im EU-Vergleich in den meisten Dimensionen der Lebensqualität nach wie vor eine herausragende Rolle ein. In diesem Kapitel soll, wie auch schon beim materiellen Wohlstand, die Position Österreichs herausgestrichen und die österreichische Entwicklung gegenüber anderen, vergleichbaren EU-Ländern untersucht werden.

Soziale Teilhabe und Armut

Im EU-Vergleich lag Österreich 2016 bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten im unteren Mittelfeld und mit 18,0 % deutlich unter dem EU-Durchschnitt von rund 23,4 % (2016). Die höchsten Anteile an armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen hatten Bulgarien (40,4 %), Rumänien (38,8 %) und Griechenland (35,6 %).

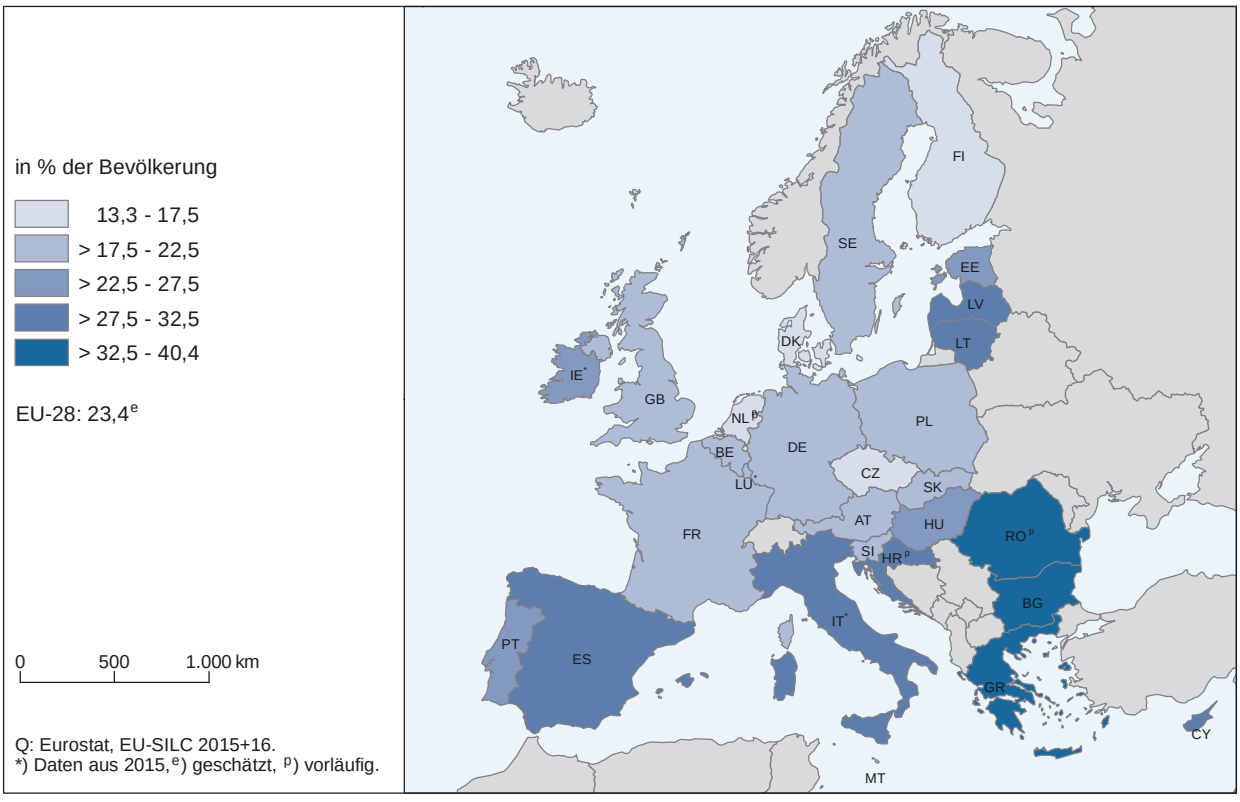
EU-weit sollten gemäß der Europa 2020 Strategie bis dahin 20 Millionen Menschen aus der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gebracht werden. Der Trend zeigte vor allem bis 2012 eher in die entgegensetzte Richtung. Seitdem sinkt der Anteil der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in der EU zwar wieder. In der EU-27 waren jedoch 2016 knapp 400.000 Menschen mehr bedroht als noch 2008.

Gesundheit

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung" basiert europaweit auf der SILC-Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?" (Antwortmöglichkeiten: Sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

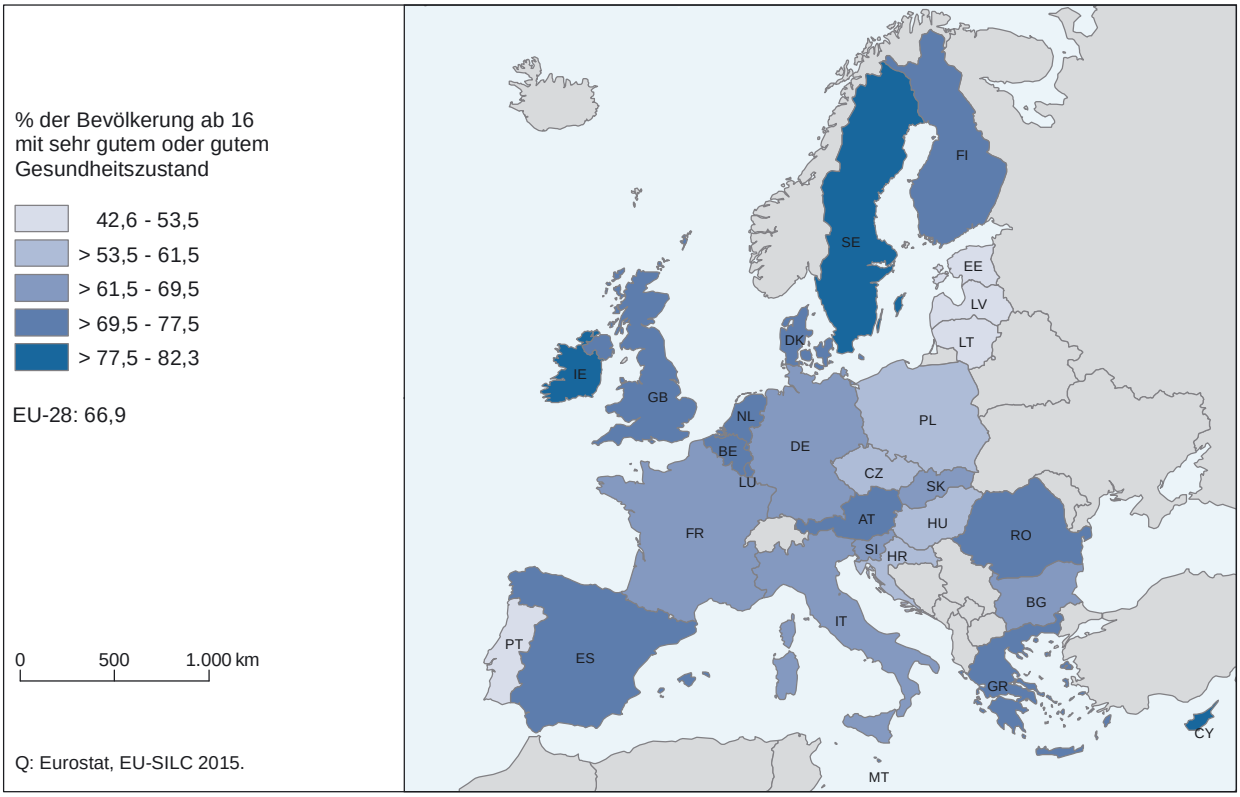
Grafik 102 zeigt den EU-Ländervergleich für den Indikator subjektive Gesundheit. EU-weit gaben 2015 zwei Drittel oder 67 % an, bei sehr guter oder guter Gesundheit

Grafik 101
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: Eurostat, EU-SILC 2015+16.
*) Daten aus 2015, e) geschätzt, p) vorläufig.

Grafik 102
Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2015)



zu sein. Österreich befand sich mit 70 % im EU-Mittelfeld. Spitzenreiter waren Schweden (80 %), Zypern (80 %) und Irland (82%).

10 % der EU-Bevölkerung ab 16 Jahren empfanden ihre Gesundheit demgegenüber als schlecht oder sehr schlecht. Österreich lag mit 9 % knapp unter dem EU-Durchschnitt. Die höchsten Raten schlechter oder sehr schlechter Gesundheit wiesen Kroatien (20 %), Portugal (18 %) und Litauen (18 %) auf.

Bildung

Die Tertiärquote stellt den Anteil der 30-34-Jährigen mit Hochschulstudium oder einem nicht-akademischen tertiären Abschluss als höchster abgeschlossener Bildung an der Gesamtgruppe der 30-34-Jährigen dar. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu in Österreich Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen.

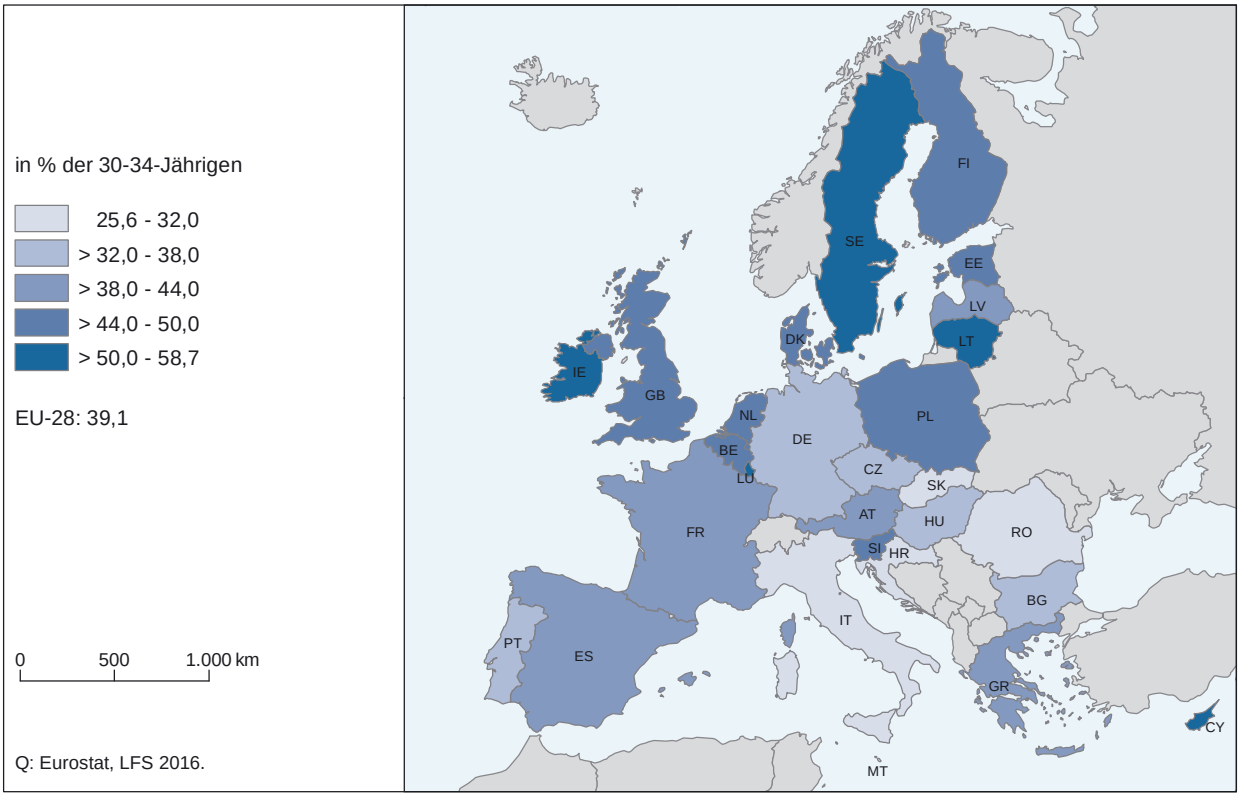
Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen in Österreich (BHS wie z. B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als einem Tertiärabschluss gleichwertig gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S. 10). Mit Einführung der ISCED 2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär.

Im internationalen Vergleich lag Österreich bei der Tertiärbildung der 30-34-Jährigen mit 40,1 % (unter Einbeziehung der berufsbildenden höheren Schulen) 2016 knapp über dem EU-Durschnitt von 39,1 % (Grafik 103). EU-Spitzenreiter waren Zypern (53 %) Luxemburg (55%) und Litauen (59%). Die niedrigsten Tertiärquoten hatten Italien (25 %) und Rumänien (beide 26 %).

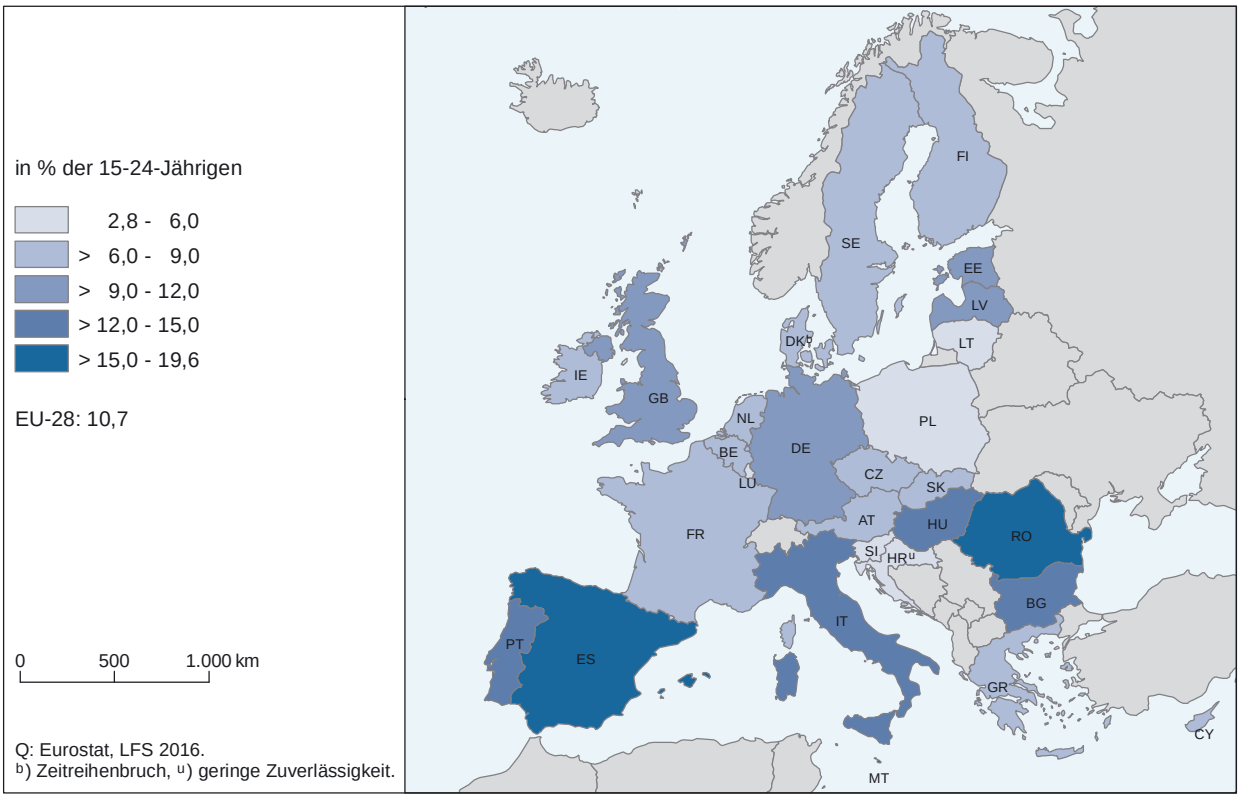
Der zweite wichtige Indikator im Bereich Bildung, der auch ein Bildungsziel der Europa 2020 Strategie unterfüttert, ist die Quote der frühen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger (Grafik 104). Als solche werden Personen zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Österreich lag 2016 mit 6,9 % im europäischen Vergleich im niedrigen Mittelfeld. Im Durchschnitt gab es 2016 10,7 % frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger in den EU-28. Die niedrigsten Quoten erreichten Litauen, Slowenien und Polen (alle 5 %). Kroatien wies

Grafik 103
Tertiärquote der 30-34-Jährigen im EU-Vergleich (2016)



Grafik 104
Frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2016)



eine noch niedrigere Rate auf, allerdings wurde hier eine andere Zählmethode angewendet, wodurch die Daten nicht vergleichbar sind. Die höchsten Anteile zeigten Malta (20%) und Spanien (19 %).

Physische Unsicherheit

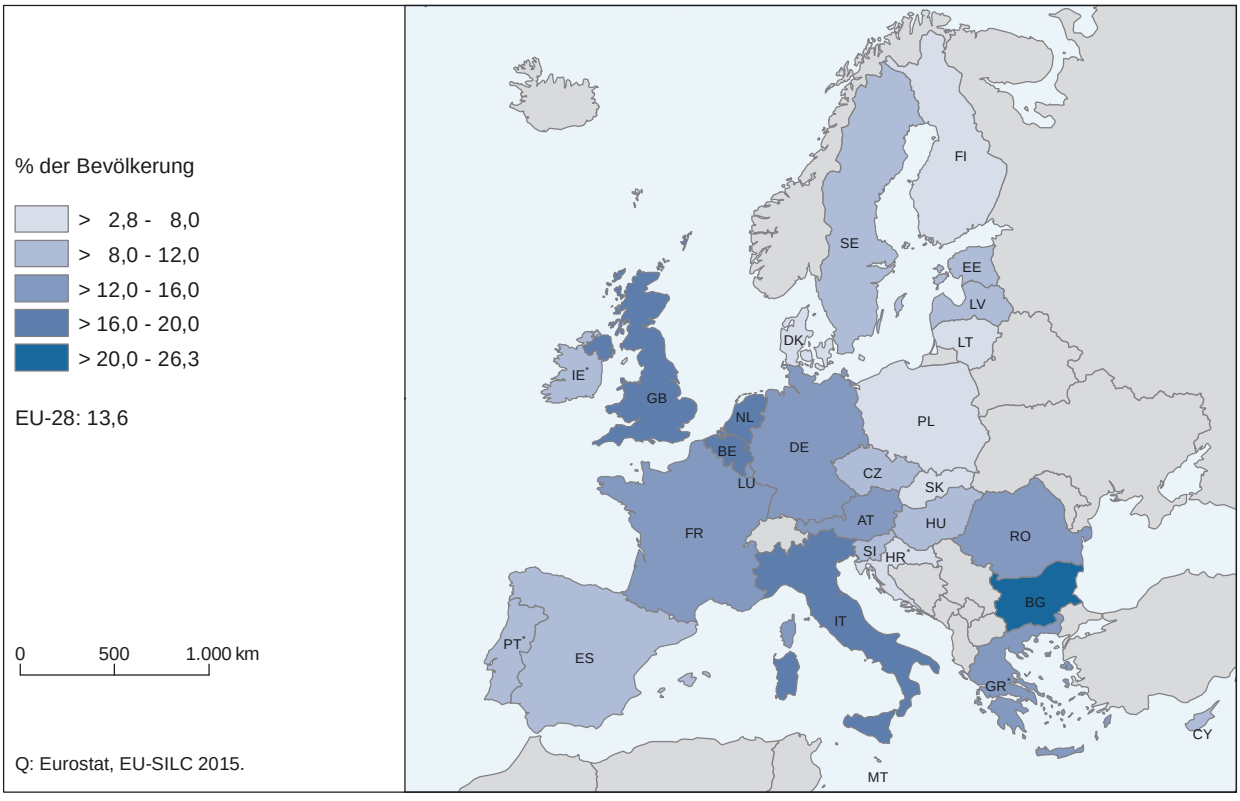
Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Auch im Alltag sind Menschen mit Gewalt und physischer Unsicherheit konfrontiert. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden" aus EU-SILC abgedeckt. Die entsprechende Frage lautet: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?". Die objektive Sicherheit wird durch den Subindikator der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet.

Im europäischen Vergleich lag der Anteil der in Österreich lebenden Personen, die sich von Gewalt, Kriminalität oder Vandalismus in ihrer Wohnumgebung bedroht fühlten, mit 13 % im Jahr 2015 im Mittelfeld (Grafik 105). Die höchsten Quoten wiesen Bulgarien (26 %), Italien (19%) und die Niederlande (17 %) auf. Am wenigsten von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend fühlte sich hingegen die Wohnbevölkerung in Kroatien (3 %), Litauen (5 %) und Polen (6 %) bedroht.

Im EU-SILC Sondermodul 2013 zum Wohlbefinden wurden EU-weit auch Daten zum subjektiven Sicherheitsempfinden erhoben. Die Respondentinnen und Respondenten wurden gefragt, wie sicher sie sich fühlen, wenn sie nachts in ihrer Wohngegend alleine unterwegs sind. In Österreich fühlten sich 81 % sehr sicher oder sicher, im EU-Durchschnitt waren es mit 75 % etwas weniger. 90 % oder mehr fühlten sich in Slowenien, Finnland oder den Niederlanden sehr sicher oder sicher. Am häufigsten fühlten sich demgegenüber Personen in Bulgarien (50 %), Griechenland (40 %) und Portugal (39 %) unsicher oder sehr unsicher.

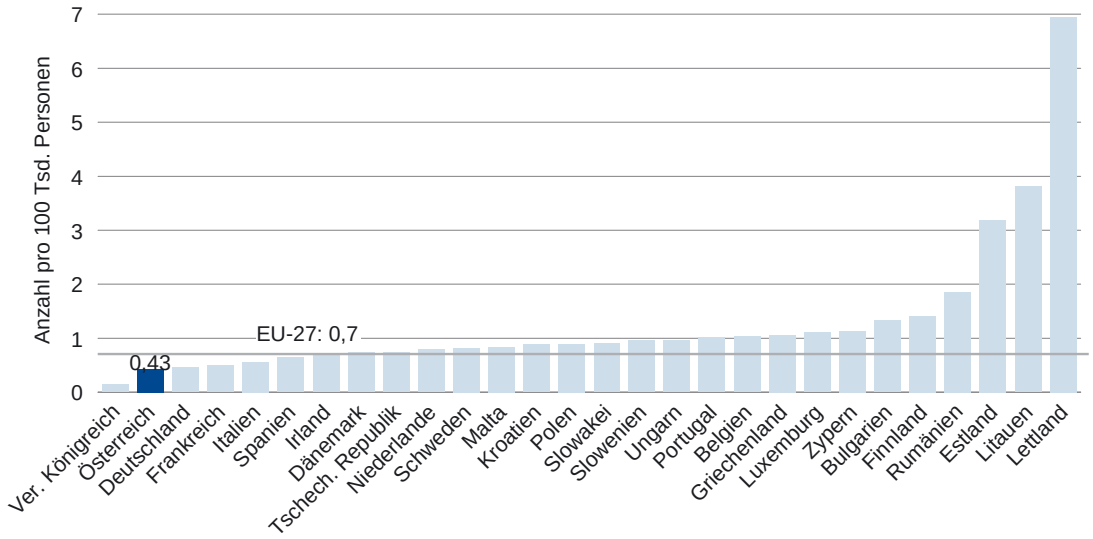
Objektive Informationen zur Sicherheitslage eines Landes liefert der Indikator „Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag oder Verletzungen"(Grafik 106). Die aktuellsten vergleichbaren Daten stammen aus dem Jahr 2014. Österreich gehörte mit 0,4 Todesfällen pro 100.000 Personen zu den Ländern mit den niedrigsten Tötungsraten weltweit. Im EU-Vergleich wies nur das Vereinigte Königreich eine niedrigere Rate von 0,1 auf, was insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert ist, dass das Vereinigte Königreich beim Unsicherheitsempfinden vergleichsweise sehr hohe Quoten erreicht. Die höchsten Tötungsraten hatten die drei Baltischen Staaten Estland (3,2 pro 100.000 Personen), Litauen (4,8) und Lettland (7).

Grafik 105
Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2015)



Q: Eurostat, EU-SILC 2015.

Grafik 106
Todesfälle aufgrund von Mord, Todschlag und Verletzungen mit Todesfolgen im EU-Vergleich (2014)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013; Eurostat.

Auch hier zeigt sich eine Diskontinuität mit dem Schlüsselindikator: Litauen ist jenes Land mit der zweitniedrigsten gefühlten Unsicherheit. Zwischen der gefühlten Unsicherheit innerhalb eines Landes und der Tötungsraterate kann also keine Verbindung beobachtet werden.

Qualität der gesellschaftlichen Organisation

Wie sehr vertrauen die in der EU lebenden Personen dem politischen System (Grafik 107)? Erstmals wurde diese Frage 2013 im EU-SILC Sondermodul zum Wohlbefinden gestellt. Im internationalen Vergleich zeigt sich hier, dass jene Länder, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise hart getroffen wurden, nur sehr geringes Vertrauen in das politische System haben. Zugleich ist – wie auch bei vielen anderen Indikatoren zur Lebensqualität – ein deutliches Nord-Südgefälle zu beobachten: Die niedrigsten Mittelwerte auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht" bis 10 „vertraue vollkommen" wurden in Portugal (1,7 von 10), Slowenien (1,8 von 10), Spanien (1,9 von 10), Griechenland (2,0) und Italien (2,1 von 10) gemessen. Österreich lag mit einem Mittelwert von 4,4 von 10 möglichen Punkten über dem EU-Durchschnitt von 3,5. Die höchsten Vertrauenswerte genossen die politischen Systeme in den nordischen Ländern Niederlande (5,5), Schweden (5,6), Dänemark (5,9) und Finnland (6,0).

Analysen auf Basis der EU-Daten zeigten, dass Vertrauenswerte in das politische System nur wenig zwischen unterschiedlichen Alters- oder Einkommensgruppen variieren. Tendenziell haben sehr junge Menschen (16-24 Jahre) und Personen im höchsten Einkommensdrittel ein etwas höheres durchschnittliches Vertrauen als die restliche Bevölkerung. (Eurostat 2015b, S. 199ff).

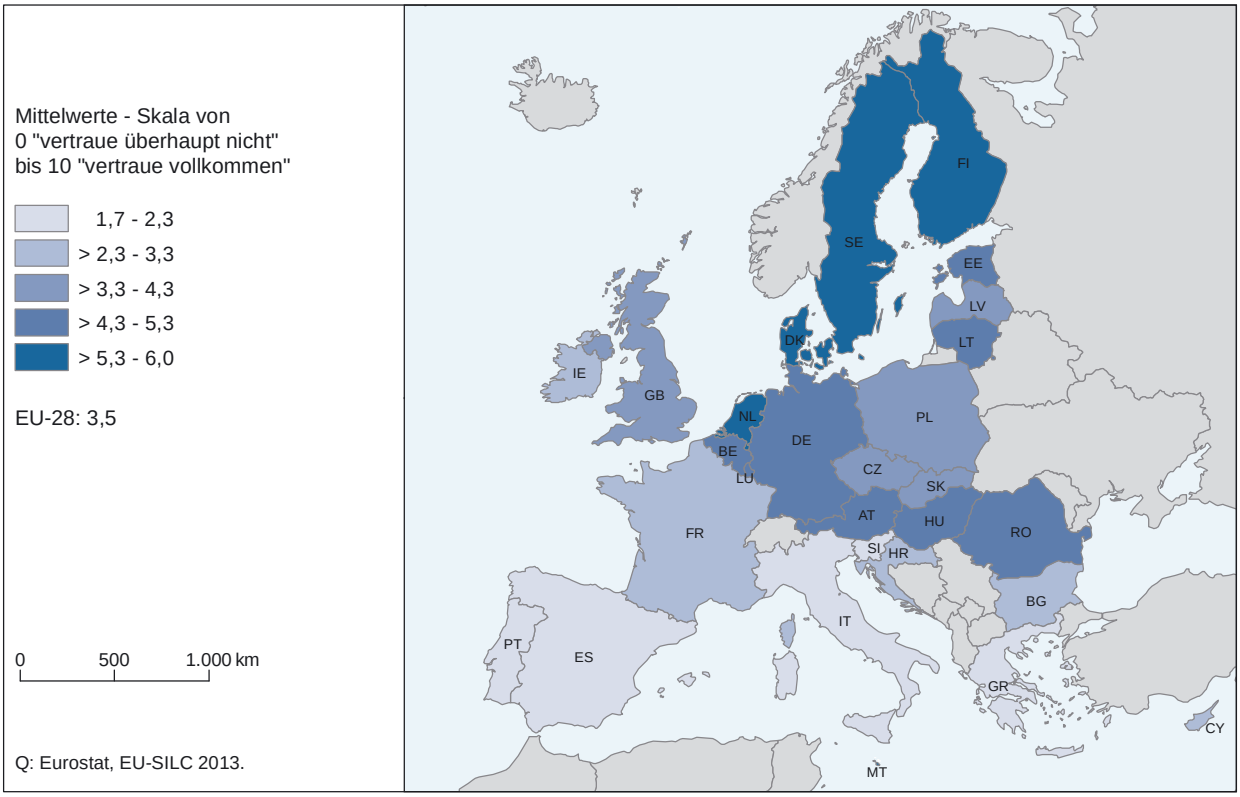
Subjektives Wohlbefinden

Bei der Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 nahm Österreich mit einem durchschnittlichen Wert von 7,8 auf einer Skala von 0 „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 „vollkommen zufrieden" im EU-Vergleich 2013 einen Spitzenplatz ein (Grafik 108), der nur noch von den skandinavischen Ländern Dänemark, Finnland und Schweden (jeweils 8,0 von 10) übertroffen wurde. Am unteren Ende des Länder-Rankings fanden sich die Staaten Bulgarien (4,8 von 10), Griechenland, Zypern, Ungarn und Portugal (alle 6,2 von 10). Der EU-28 Durchschnittswert der Lebenszufriedenheit lag bei 7,1.

Somit zeigt sich, dass die durchschnittliche Lebenszufriedenheit deutlich zwischen den EU-Staaten variiert. Noch deutlicher vielen diese Unterschied aus, wenn man die Anteile der Personen mit geringer Lebenszufriedenheit (Werte von 0-5) vergleicht: Diese rangierten von 6 % in den Niederlanden bis zu 64 % in Bulgarien. In Österreich lag dieser Anteil 2013 bei 13 %. Die Anteile der Personen mit hoher Lebenszufrieden (Werte von 9-10) reichten auf der anderen Seite von 6 % in Bulgarien (gefolgt von Ungarn mit 11 %) bis hin zu 42 % in Dänemark. In Österreich lag der Anteil der Personen mit sehr hoher Lebenszufriedenheit bei 38 %, im EU-28-Durchschnitt waren es dagegen nur 22 %.

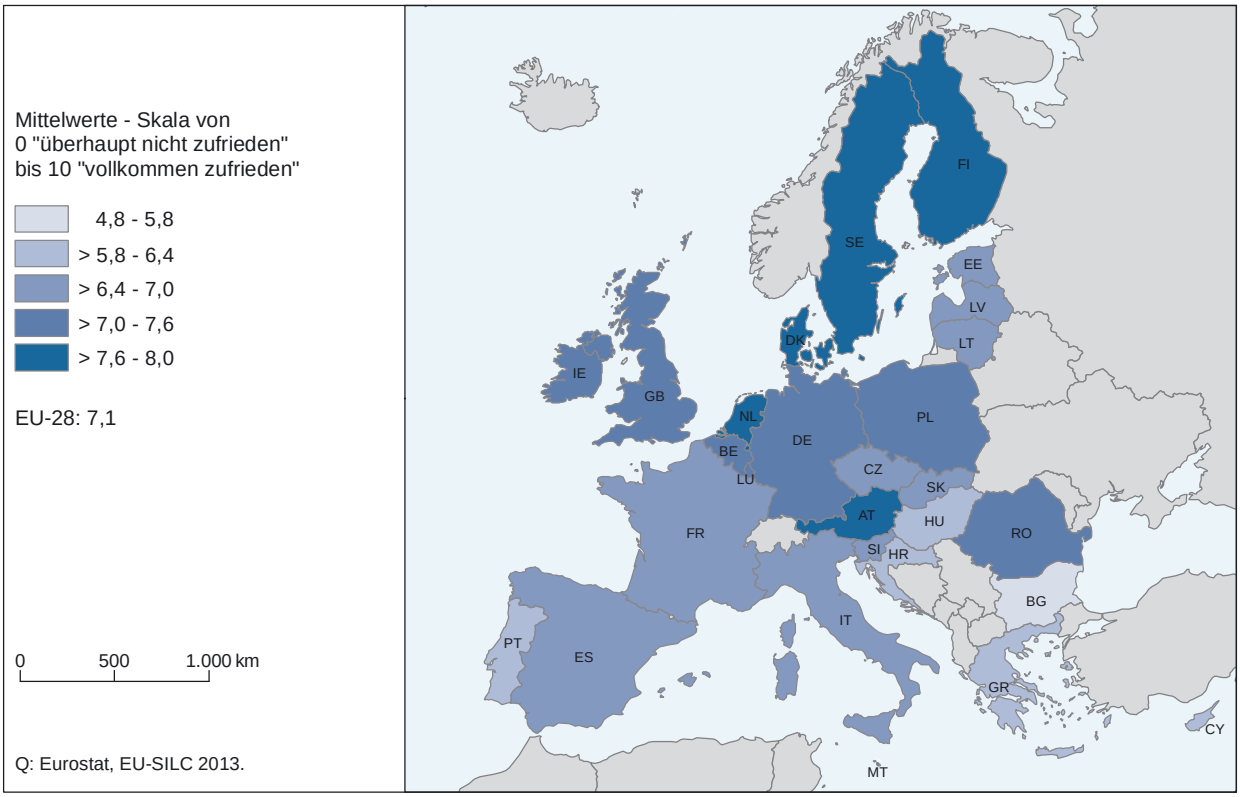
Grafik 107

Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)



Grafik 108

Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 im EU-Vergleich (2013)



5.4
Umwelt im EU-Vergleich

Im aktuellen Kapitel wird die Entwicklung von Umweltindikatoren im europäischen Zusammenhang betrachtet. Wie im Kapitel 5.2 gezeigt, ist der materielle Wohlstand in Österreich einer der höchsten in der EU. Ein starker Industriesektor und eine hohe Exportorientierung haben jedoch auch einen Einfluss auf Materialverbrauch, Emissionsausstoß oder Energieeinsatz eines Landes. Unter dem ökologischen Blickwinkel von Wohlstand und Fortschritt zeigt sich Österreichs Position in der EU durchwachsen. Materialverbrauch und Energieverbrauch pro Kopf sind beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der viert-höchste in der EU-28 ist.

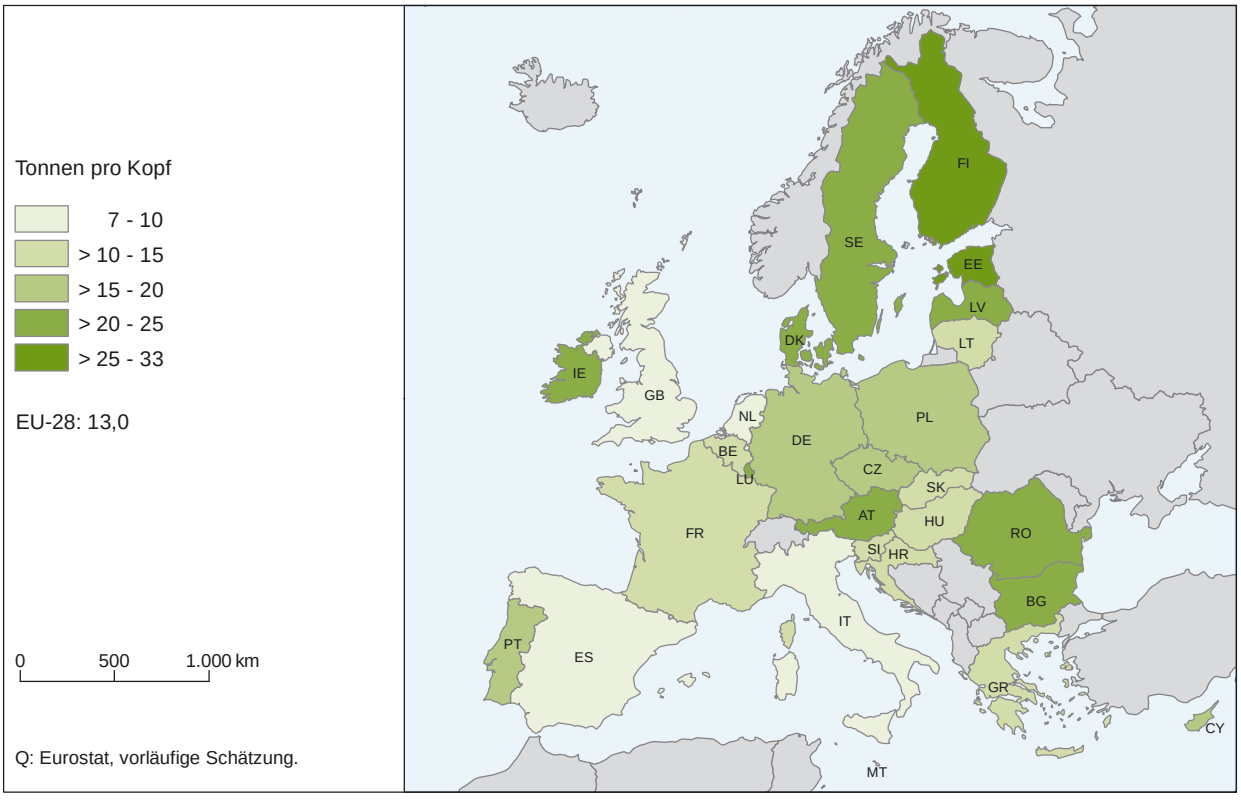
Ob ein Land seinen Wohlstand und Fortschritt nachhaltig generiert oder nicht, wird beispielsweise von der Bevölkerungsdichte, dem Rohstoffvorkommen oder der Spezialisierung auf bestimmte Wirtschaftssektoren beeinflusst. Auch geografische und klimatische Gegebenheiten spielen eine Rolle, etwa beim Materialverbrauch für den Hausbau oder dem Energieeinsatz für Heizen und zunehmend auch Kühlen.

Ressourcen

Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch einer Österreicherin oder eines Österreichers lag laut vorläufiger Schätzung 2016 bei 21,7 Tonnen und war damit deutlich höher als der Durchschnitt der EU-28 mit 13,0 t/Kopf. Die verschiedenen europäischen Länder weisen generell sehr unterschiedliche Materialverbräuche pro Kopf auf: während an einem Ende Italien (7 Tonnen pro Person) und Spanien (8 Tonnen pro Person) nur sehr geringe Verbräuche aufweisen, benötigte Finnland 33 Tonnen je Einwohnerin bzw. Einwohner (Grafik 109).

Viele unterschiedliche Faktoren wirken auf den Ressourcenverbrauch eines Landes: die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungsdichte, das Vorherrschen bestimmter Wirtschaftszweige sowie die Ausstattung mit natürlichen

Grafik 109
Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2016)



Q: Eurostat, vorläufige Schätzung.

Ressourcen. Ressourcenreiche, exportorientierte Länder haben tendenziell einen sehr hohen Ressourcenverbrauch. Länder mit geringer Ressourcenausstattung, die von Importen abhängig sind, haben meist einen niedrigeren Materialverbrauch, da diese vorgelagerten Ströme beim DMC nicht berücksichtigt werden. Der sehr hohe pro Kopf Verbrauch von Finnland lässt sich beispielsweise zum Teil mit einer der niedrigsten Bevölkerungsdichten in ganz Europa sowie mit klimatischen Bedingungen, die hohe materielle Investitionen in den Wohnbau notwendig machen, erklären (Eisenmenger et al. 2015 S. 29ff, S.41).

Der österreichische DMC pro Kopf liegt vor allem in zwei Materialgruppen über dem EU-Mittelwert: Biomasse und nichtmetallische Mineralien:

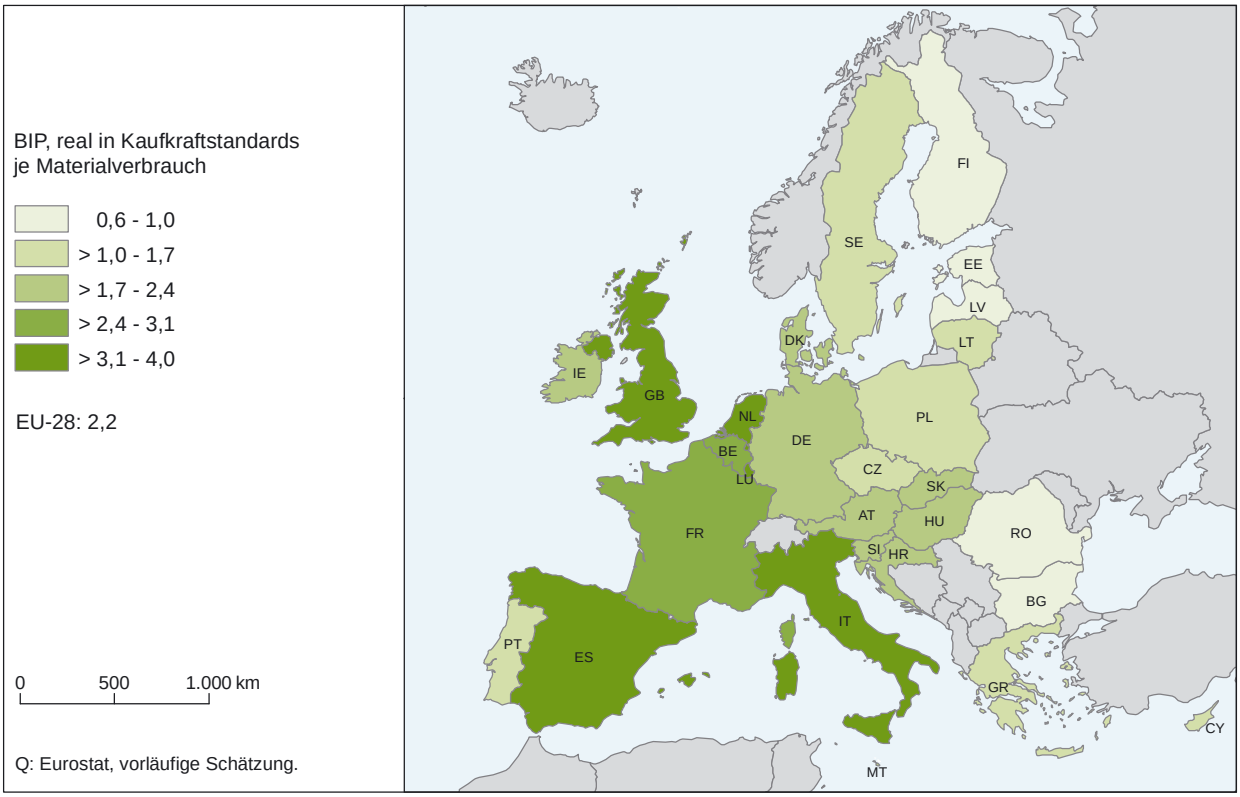
- Die vergleichsweise große Bedeutung der Viehwirtschaft in Österreich erklärt zum Teil den überdurchschnittlichen Verbrauch an Biomasse. Bezogen auf die Bevölkerung wird in Österreich mehr Vieh gehalten als in den übrigen EU-Ländern, entsprechend hoch ist der Umsatz an Grünfutter und anderen Futtermitteln. Darüber hinaus ist auch die Produktion der Forstwirtschaft in Österreich höher als in anderen Ländern der EU.

Eine materialaufwändige Bauweise sowohl bei Gebäuden (z. B. Wärmeisolierung) als auch bei Straßen und sonstiger Verkehrsinfrastruktur (z. B. höhere Anforderungen aufgrund von Temperaturschwankungen) ist auf Klima und Geländestruktur der von den Alpen geprägten heimischen Landschaft zurückzuführen. Dies bedingt u. a. den erheblichen Verbrauch an nichtmetallischen Mineralien – vor allem an Baurohstoffen (siehe Eisenmenger et al. 2015 S. 29ff).

Eine der sieben Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa" (Europäische Kommission 2011a). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor.[112] In einigen Jahren gibt es zwar gegenläufige Entwicklungen des ökonomischen und ökologischen Indikators (z. B. Dänemark 2011, Österreich 2008, 2012, 2013). Die angestrebte absolute Entkoppelung des Materialverbrauchs vom BIP wurde jedoch bisher noch nicht umfassend erreicht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Ressourcenproduktivität, also des Bruttoinlandsprodukts (BIP, real, KKS) je DMC (inländischer Materialverbrauch). Die Ressourcenproduktivität in Österreich lag 2016 laut vorläufiger Berechnungen von Eurostat mit 1,7 Euro BIP (real, kaufkraftbereinigt) je kg Materialverbrauch etwas unter der EU-28 (2,2). Das bedeutet, innerhalb der

Grafik 110
Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2016)



[112] Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

EU-28 werden Ressourcen effektiver eingesetzt, also je Einheit eingesetzten Materials mehr BIP erwirtschaftet als in Österreich. Dies resultiert aus dem gezeigten überdurchschnittlichen Materialverbrauch in Österreich, der trotz hohem nationalen BIP zu einer niedrigen Ressourcenproduktivität führt (Grafik 110).

Wie bereits in Kapitel 4.2.1 erwähnt, ist ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt auch vom Umfang der erfassten Materialflüsse und von Datenrevisionen ab. Datenqualität und Erfassungsgrad der österreichischen Materialflussanalyse sind dabei als sehr hoch anzusehen.

Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

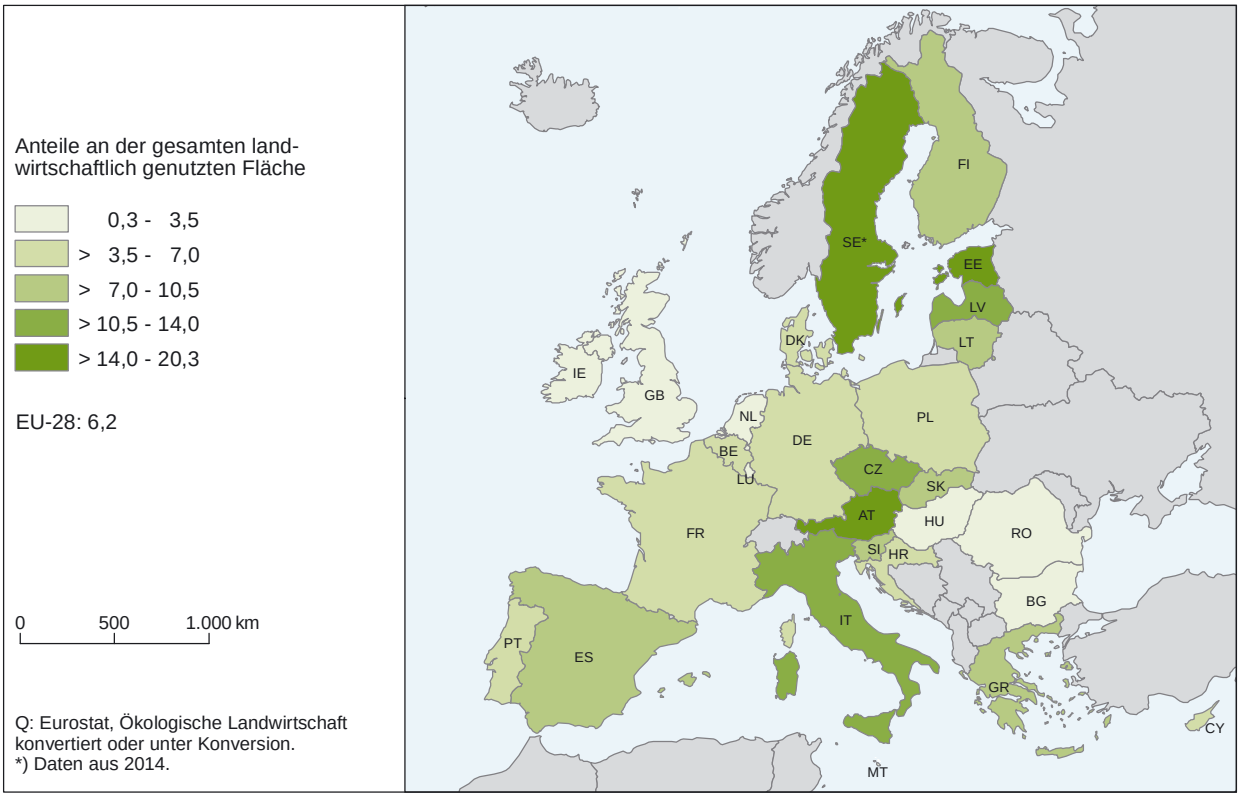
Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2015 flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben[113]: Rund 20 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurde biologisch bewirtschaftet, der Durchschnitt in der EU-28 lag 2015 (letztverfügbares Jahr) bei 6,2 %. An zweiter Stelle folgen Schweden mit knapp 17 % (letztverfügbares Jahr 2014) und Estland mit 15,7 % Bio-Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Den geringsten Anteil der Bio-Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche weisen Malta, Irland und Rumänien auf, die jeweils unter 2% blieben (Grafik 111).

Klimawandel, Emissionen

Die geografische Lage und die Wirtschaftsstruktur eines Landes beeinflussen nicht nur den Materialverbrauch sondern auch Emissionen wie die Treibhausgas-Emissionen oder die PM_{10}-Emissionen (Feinstaub). Hat ein Land einen hohen Anteil an energieintensiver (Schwer-)Industrie und/oder Petrochemie oder große Viehbestände, so gehen diese beispielsweise mit höheren THG-Emissionen einher. Auch ein hoher Transitverkehr führt zu höheren Emissionen.

Die nationalen THG-Emissionen lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2015 mit 9,4 Tonnen CO_2-Äquiv. pro Kopf nur knapp über dem Durchschnitt der EU-28 mit 8,7 Tonnen (ohne Berücksichtigung von JI/CDM Programmen, Grafik 111). Am höchsten waren die Pro-Kopf-Emissionen in Luxemburg (20,5 Tonnen CO_2-Äquiv.). Hier kommt das – beim BIP-Vergleich in Kapitel 5.2 bereits erwähnte –

Grafik 111
Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2015)

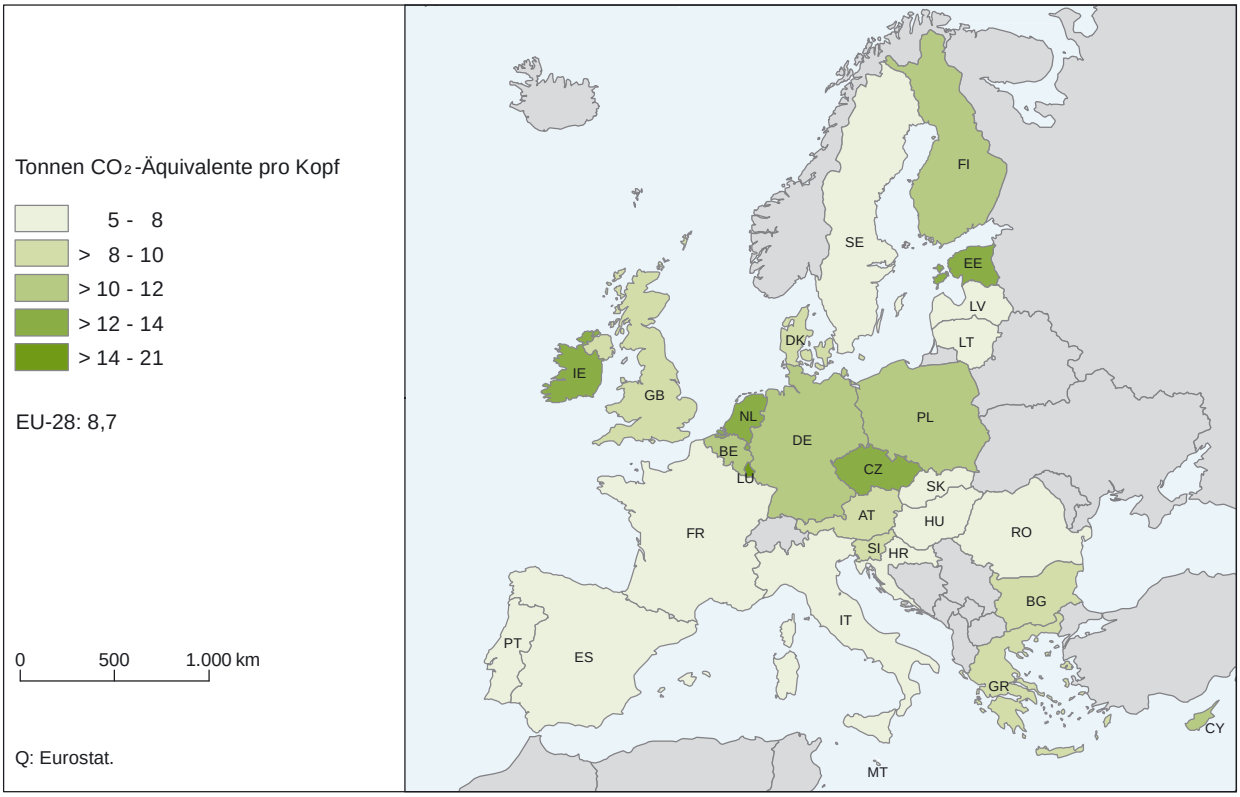


Q: Eurostat, Ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion.
*) Daten aus 2014.

[113] Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion. Für den nationalen Datenteil wird nur der Anteil der bereits konvertierten Bio-Landwirtschaft betrachtet, die Werte liegen damit geringfügig unter jenen im EU-Vergleich.

Grafik 112

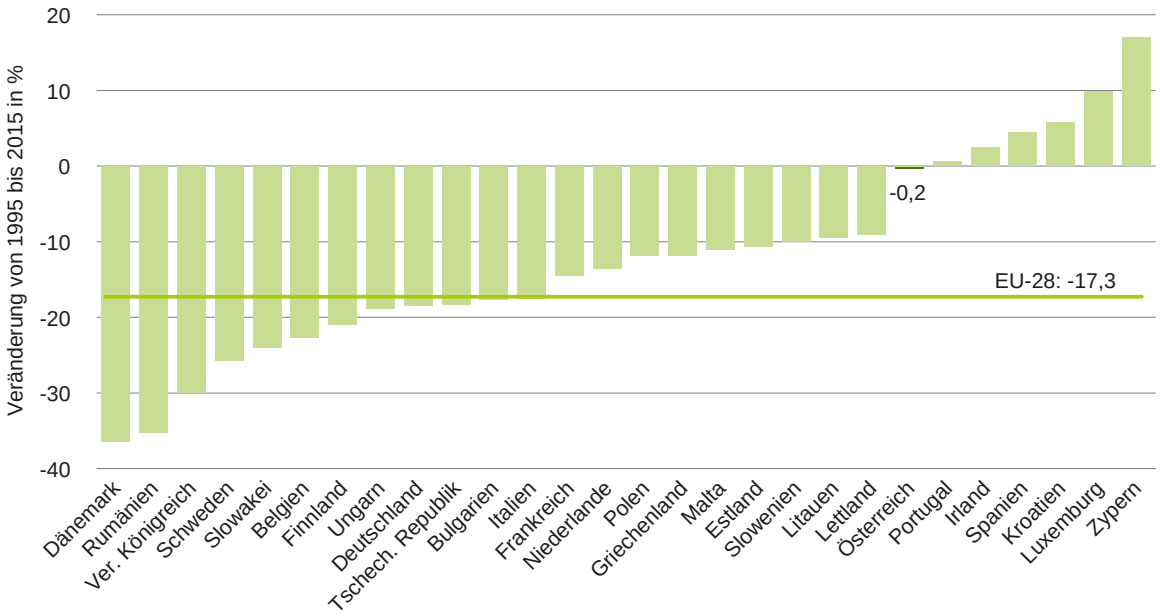
Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2015)



Q: Eurostat.

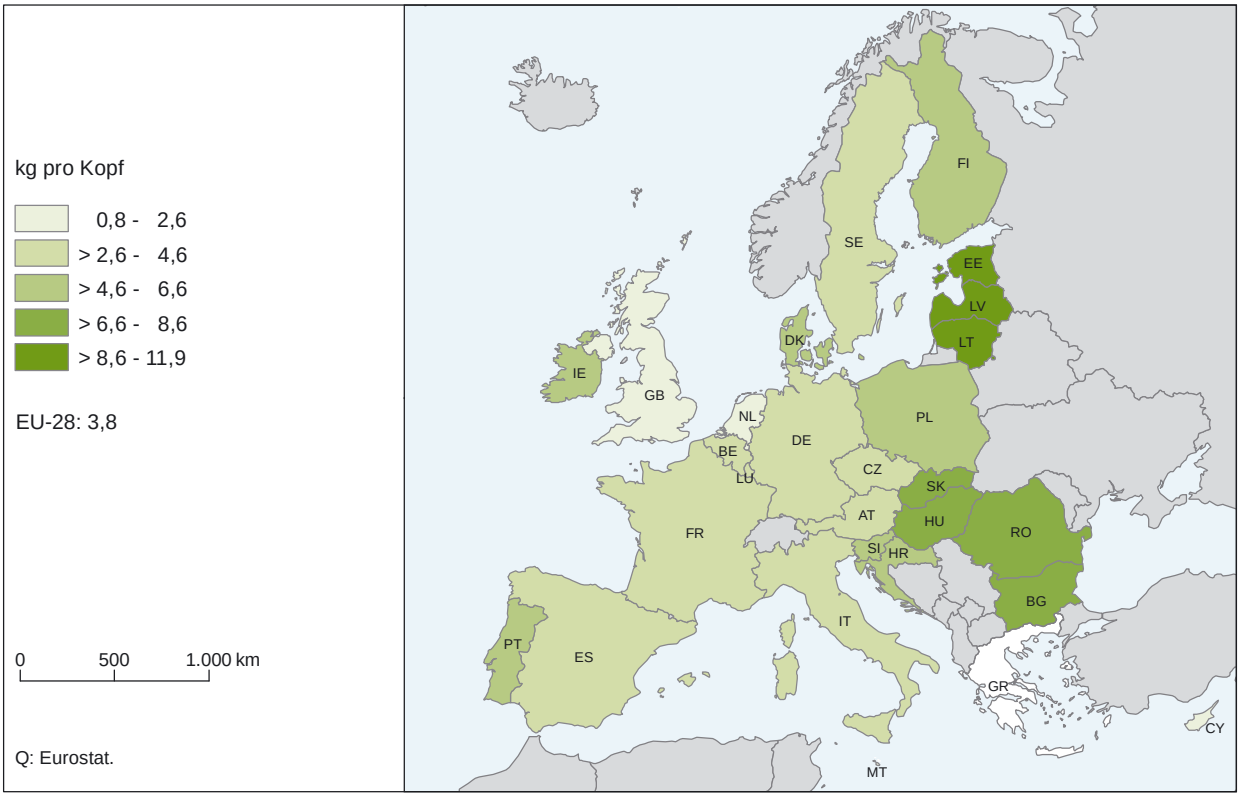
Grafik 113

Entwicklung der Treibhausgasemmisionen (1995 bis 2015)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Umweltbundesamt; Eurostat.

Grafik 114
Gesamte PM_{10}-Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2015)



Problem der Grenzgänger[114] wieder zum Tragen. Knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten sind nicht in Luxemburg wohnhaft. Diese verursachen bei ihren Tätigkeiten in Luxemburg Emissionen und verbrauchen Ressourcen. Bei den Berechnungen der THG-Emissionen pro Kopf werden jedoch nur die in Luxemburg als wohnhaft gemeldeten Personen einbezogen[115].

Mit etwas Abstand zu Luxemburg folgten Estland (13,8 Tonnen CO_2-Äquiv. pro Kopf) und Irland (13,4 Tonnen CO_2-Äquiv. pro Kopf). Am niedrigsten waren die Werte in Kroatien und Schweden mit jeweils 5,7 Tonnen CO_2-Äquiv. pro Kopf.

Wie in Kapitel 4.3.1 gezeigt, reduzierten sich die THG-Emissionen in der EU-28 von 1995 bis 2015 um 17,3 %, während in Österreich in diesem Zeitraum eine Reduktion von 0,2 % erfolgte. In Dänemark (-36,4 %) und Rumänien (-35,2 %) gab es seit 1995 starke Rückgänge, wohingegen in Zypern der Anstieg 17 % ausmachte.

Die nationalen PM_{10}-Emissionen (Feinstaub) lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2015 mit 3,3 kg pro Kopf etwas unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 3,8 kg. Am höchsten waren die Feinstaub-Emissionen in Lettland (11,8 kg pro Kopf). Auch Estland war mit 10,6 kg pro Kopf deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die niedrigsten Werte wiesen Malta (0,9 kg pro Kopf) und die Niederlande (1,6 kg pro Kopf) auf (Grafik 114).

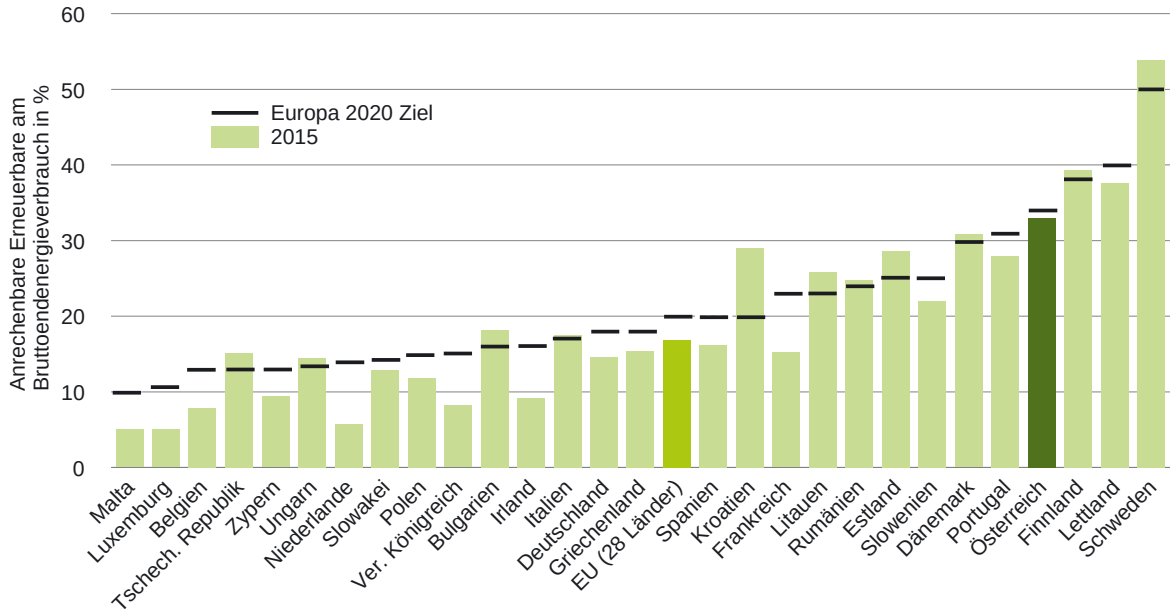
Energie

Das nach einer Spitze im Jahr 2006 erreichte Absinken der nationalen THG-Emissionen auf das Niveau von 1995 wurde u. a. durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger bewirkt. Erfreulich zeigt sich dementsprechend der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger im EU-Vergleich. Nur wenige EU-Staaten setzen in einem ähnlich hohen Ausmaß erneuerbare Energieträger ein wie Österreich (siehe Grafik 115). Dies begründet sich unter anderem in der günstigen topografischen Situation und dem Vorhandensein der Ressourcen Wasserkraft und Biomasse, die seit jeher maßgeblich zur Energiegewinnung herangezogen wurden. Während im Durchschnitt der EU-28 im Jahr 2015 lediglich 16,7 % erneuerbare Energien genutzt wurden, lag der Vergleichswert in Österreich bei 33 %.

[114] „Grenzgänger" sind Arbeitnehmer, die im Gebiet eines Mitgliedstaats beschäftigt (Beschäftigungsstaat) sind, und im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats wohnen.
[115] Dieses Phänomen ist für andere EU-Staaten weitgehend vernachlässigbar.

Grafik 115

Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2015) und Europa 2020 Ziel im EU-Vergleich

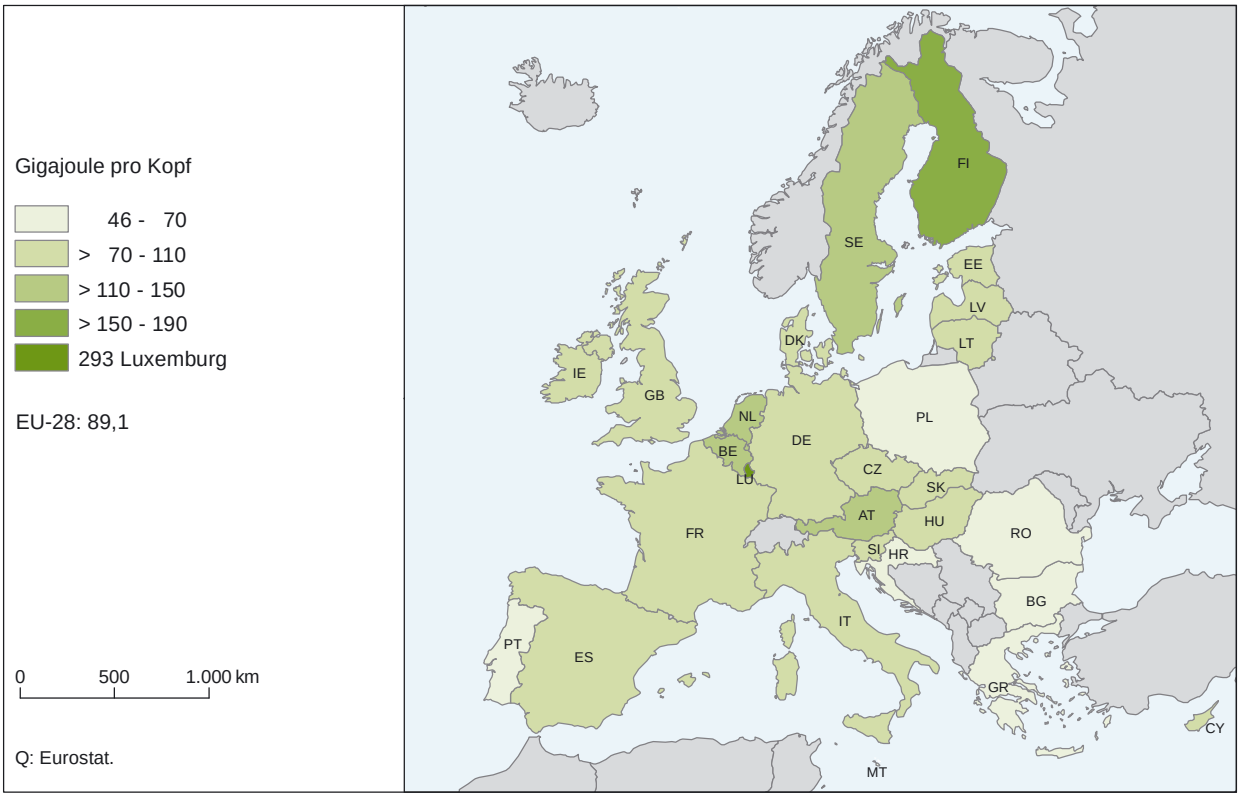


Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Österreich liegt auch mit seinem nationalen Ziel von 34 % für 2020 deutlich über den Zielvorgaben der EU-28 mit 20 %. Nur drei Länder (Finnland, Lettland und Schweden) haben einen höheren Anteil an erneuerbaren Energieträgern und streben noch höhere Ziele als Österreich an. Wie in Kapitel 4.4.1 gezeigt, scheint auch eine Zielerreichung im Jahr 2020 aus heutiger Sicht wahrscheinlich.

Grafik 116

Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2015)



Trotz des hohen Anteils an erneuerbaren Energieträgern sollte nicht vernachlässigt werden, dass der energetische Endverbrauch (EEV) Österreichs noch immer zu einem großen Teil aus fossilen Energieträgern besteht und unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels auf zu hohem Niveau liegt. Der EEV wuchs zwar von 1995 bis 2015 mit rund 28 % etwas verhaltener als das reale BIP (+42,6 %), in der gesamten EU-28 zeigte sich jedoch im gleichen Zeitraum ein Rückgang auf den Ausgangswert von 1995. Betrachtet man den gesamten EEV je Einwohner, hat Österreich dieser Entwicklung folgend, einen im EU-Vergleich sehr hohen Energieeinsatz pro-Kopf. Gemeinsam mit Luxemburg (hier wieder ein Verweis auf das Grenzgängerproblem, analog der THG-Emissionen pro-Kopf), Finnland, Schweden und Belgien hat Österreich die höchsten Verbräuche an Endenergie. Am anderen Ende der Skala liegen Rumänien, Bulgarien und Malta (Grafik 116).

Neben den klimatischen Bedingungen, die einen Einsatz von Energie für Raumwärme beeinflussen, und dem Energieverbrauch der Industrie, ist auch der Energieverbrauch des Verkehrs, mit einem Anteil von rund einem Drittel am Gesamtaufkommen von Energie, ein wesentlicher Indikator für *WgÖ?* (siehe Kapitel 4.5.1).

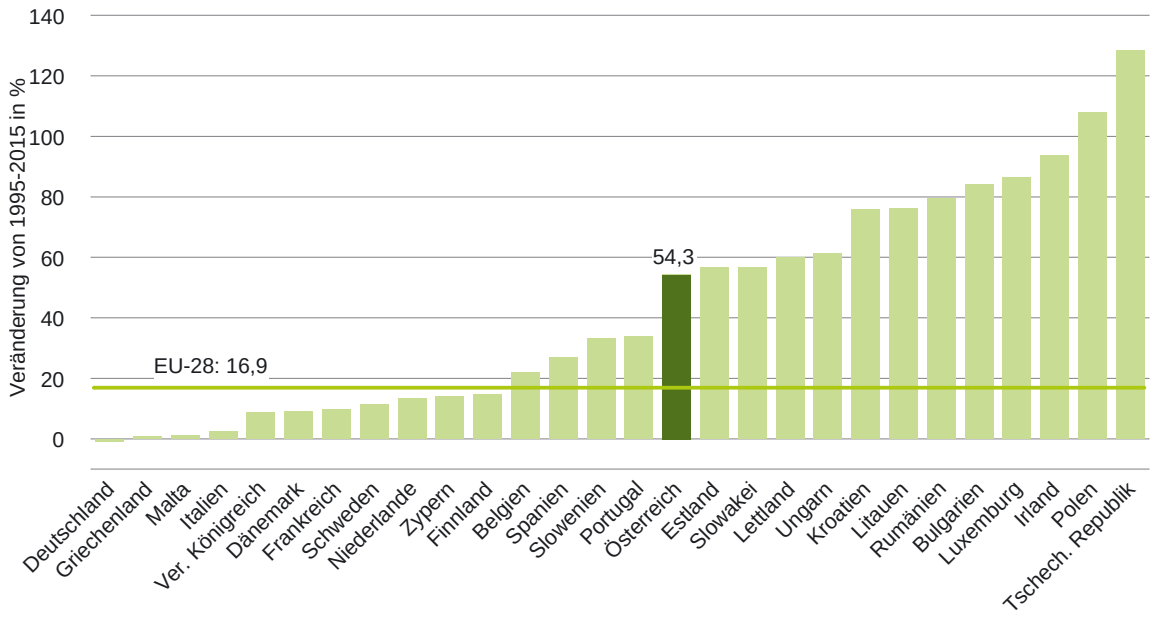
Verkehr, Mobilität

Die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich war mit 54,3 % (1995 – 2015) sehr hoch (Grafik 117). Im Durchschnitt der EU-28 Mitgliedsstaaten betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum nur 16,9 %. Deutlich unter diesem Durchschnittswert der Entwicklung lagen vor allem die vier bevölkerungsreichsten Länder der EU (Deutschland, Italien, Vereinigtes Königreich, Frankreich). Auch der nationale pro Kopf Verbrauch liegt mit rund 44 GJ deutlich über jenem der EU-28 mit 29,5 GJ je Einwohnerin und Einwohner.

Zum Teil lässt sich der starke Anstieg des nationalen EEVs des Verkehrs durch den Tanktourismus (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Es werden alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger berücksichtigt, d. h. in Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist in den Daten erfasst. Umgekehrt ist aber auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten.

Dass der Ansatz „Tanktourismus" nicht ausreicht, um den im Vergleich zu EU-28 starken Anstieg des EEV des Sektors Verkehr zu erläutern, zeigt der Indikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs. Dieser stellt die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf österreichischen Straßen dar (Kapitel 4.5.2), vergleichbare Daten liegen aus der konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik ab 2009 vor. Die Lkw-Transportleistung auf österreichischem Territorium stieg von 2009 bis 2016 mit 18,5 % ebenfalls deutlich stärker als das nominelle BIP mit 9,2 %.

Grafik 117
Veränderung des Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich (1995 bis 2015)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat.

Monetäre Umweltaspekte

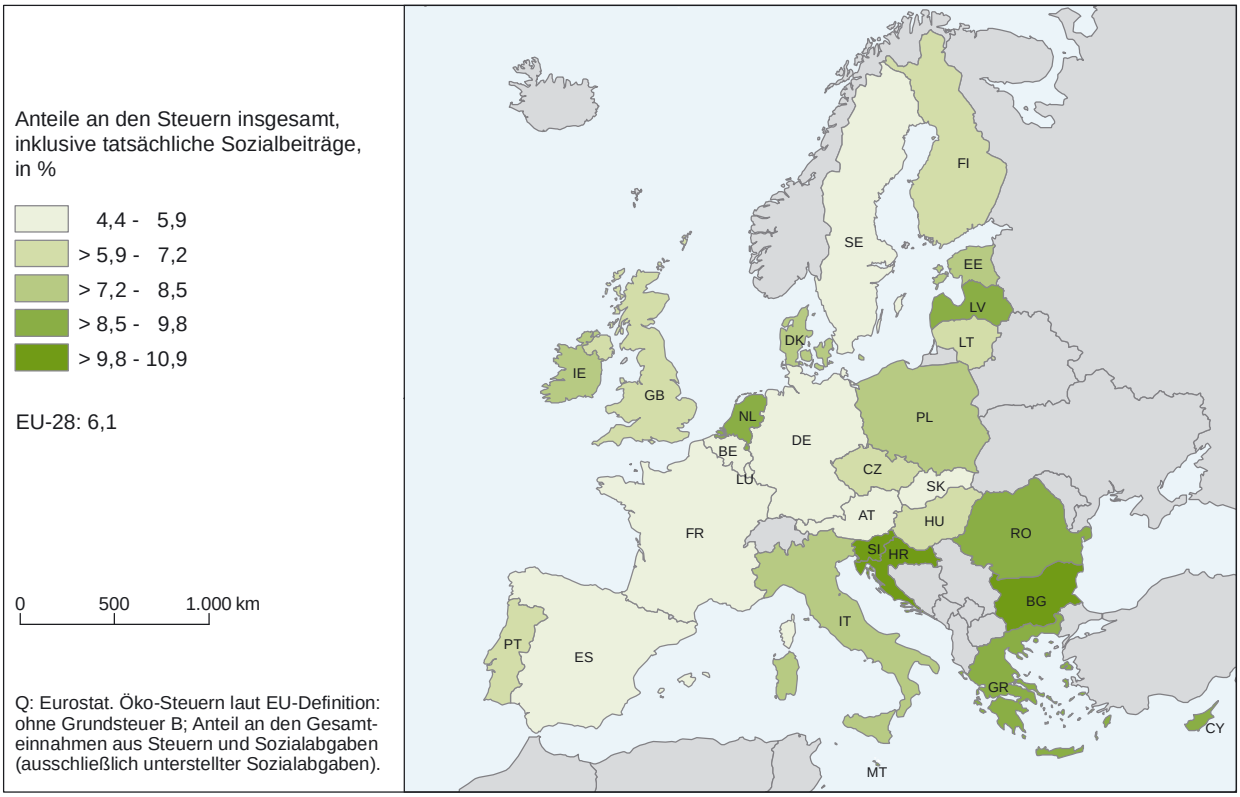
Als letzter Indikator wird der Anteil der Ökosteuern an den gesamten Steuereinnahmen im EU-Vergleich betrachtet. Im Länderdurchschnitt der EU-28 wurden 2015 6,1 % der Steuereinnahmen durch Ökosteuern erbracht (siehe Grafik 118). Die höchsten Ökosteueranteile wiesen Kroatien (10,9 %), Slowenien (10,5) und Bulgarien (10,0 %) aus, die niedrigsten Anteile zeigten Belgien (4,4%) und Frankreich (4,6 %).

Österreich lag nach EU-Definition (ohne Grundsteuer B) mit einem Anteil am gesamten Steueraufkommen von 5,4 % unter dem Durchschnitt der EU-28 von 6,1 %. Dies lässt den Schluss zu, dass auf nationaler Ebene noch Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden wäre.

Die Höhe des Anteils der Ökosteuern an den gesamten Steuereinnahmen wird einerseits durch das Aufkommen ökologisch relevanter Steuern und andererseits durch das gesamte Steueraufkommen bestimmt. Ein im internationalen Vergleich hohes gesamtes Steueraufkommen führt zu einem geringeren Anteil an Ökosteuern. Eine weitere Betrachtungsweise stellt daher die (nominellen) Ökosteuern dem nominellen BIP gegenüber. Der Anteil der österreichischen Ökosteuern am nominellen BIP liegt mit 2,4% gleichauf mit dem Niveau der EU-28. Hohe Ökosteueranteile im BIP mit jeweils rund 4% weisen Slowenien, Dänemark und Kroatien auf. Die Slowakei, Litauen und Luxemburg liegen dagegen deutlich unter 2%.

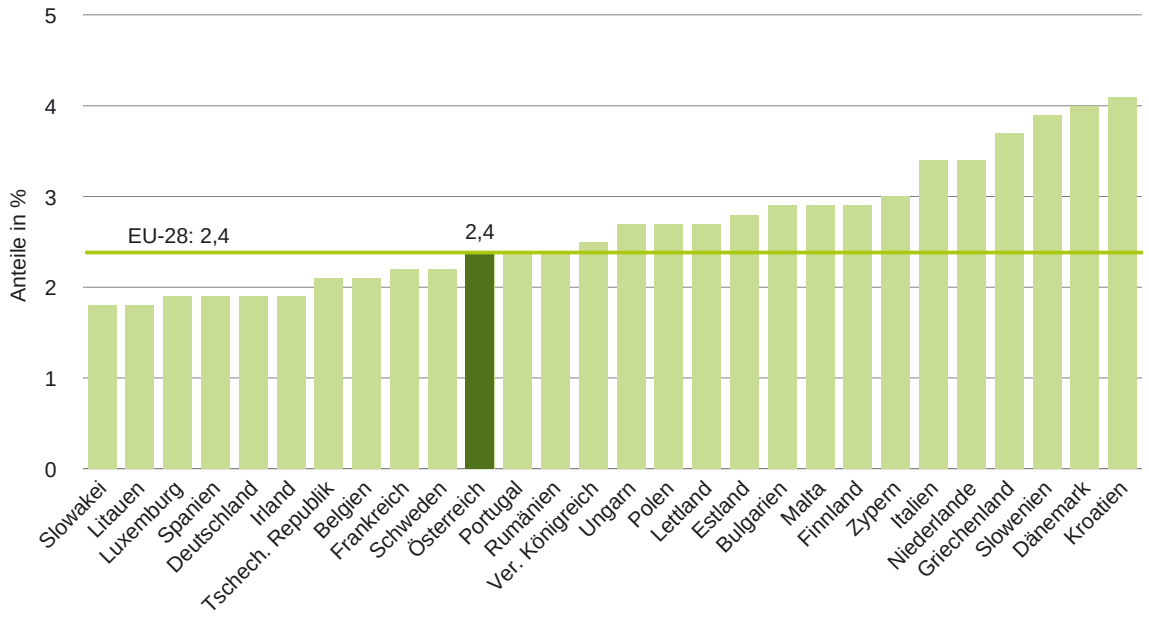
Nicht berücksichtigt werden bei dieser Betrachtung allerdings die weiteren ökologisch relevanten Zahlungen (wie Mauten, Abfall- und Abwassergebühren). Diese fallen, da es sich nicht um Steuern nach dem Konzept der VGR (Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) handelt, nicht unter die Definition der Öko-Steuern laut internationalen Richtlinien. Eine ergänzende Betrachtung der umweltrelevanten Gebühren wäre zukünftig auch im internationalen Vergleich wichtig, da manche Länder etwa die Eindämmung des Abfallaufkommens mit steuerlichen Instrumenten behandeln, während Österreich dies über Gebühren regelt. Außerdem können Umgestaltungen von fiskalischen Instrumenten zu Änderungen der Höhe des Umweltsteueraufkommens führen. Derzeit liegen aber EU-weit keine konsistenten Daten zu den weiteren umweltrelevanten Zahlungen vor (siehe auch Kapitel 4.6.2).

Grafik 118
Ökosteueranteile im EU-Vergleich (EU-Definition 2015)



Q: Eurostat. Öko-Steuern laut EU-Definition: ohne Grundsteuer B; Anteil an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben (ausschließlich unterstellter Sozialabgaben).

Grafik 119
Ökosteueranteile am nominellen BIP im EU-Vergleich (EU-Definition 2015)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. - Öko-Steuern laut EU-Definitionen: ohne Grundsteuer B.

6 Ausblick

6.1
Rahmenbedingungen

Statistik Austria musste bei der Erstellung des Indikatorensets pragmatisch vorgehen und griff daher ausschließlich auf bereits vorhandenes Datenmaterial aus offiziellen Statistikquellen zurück. Dieser Ansatz lässt freilich einige Felder offen, für die in Zukunft dringend Informationen benötigt werden. Weitere Aspekte der Verteilung von Einkommen und Vermögen, Fragen der Governance oder Daten zum Wasserverbrauch sind nur einige Beispiele. Datenentwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene ermöglichen die Weiterentwicklung des Indikatorensets und die mittel- und langfristige Schließung von Datenlücken.

Statistik Austria bildet im Rahmen von *WgÖ?* die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt mit verfügbaren Daten bestmöglich ab. Das darin abgebildete Set der Indikatoren untergliedert sich in Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen. Schlüsselindikatoren sind die aus Sicht der Stakeholder zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimension, welche auch der Bewertung unterliegen. Neben dem BIP wurden weitere 30 Schlüsselindikatoren ausgewählt. Diese Zahl soll auch in Zukunft nicht überschritten werden.

Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch Zusatzinformationen ergänzt. Sie dienen dazu, zusätzliche Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen. Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit und Zeitnähe wurden als allgemeine Auswahlkriterien für die Indikatoren festgelegt. Die Schließung von Datenlücken ist dabei eine der wichtigen Herausforderungen in der Weiterentwicklung des Indikatorensets. Statistik Austria kann jedoch aus rechtlichen und finanziellen Gründen nicht von sich aus tätig werden, um neue Daten speziell für *WgÖ?* zu generieren, sondern ist auf eine Beauftragung für neue Statistiken oder Erhebungen von außen angewiesen.

Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren folgte den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009) und insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z. B. Europa 2020-Indikatoren[116]) und nationale Projekte flossen ebenfalls in die Auswahl ein.

Die Indikatoren wurden seither jährlich im Rahmen eines „Runden Tisches" einem Konsolidierungsprozess mit den wichtigsten Stakeholdern unterzogen. Dabei wurde das Indikatorenset laufend überarbeitet und angepasst, auch dabei wurde wieder auf bereits vorhandene Daten und neue Datenentwicklungen zurückgegriffen.

Im Jahr 2017 wurde eine grundlegende Revision des Indikatorensets unter Einbeziehung der Stakeholder und vor dem Hintergrund internationaler (etwa UN Agenda 2030) und nationaler Entwicklungen durchgeführt. Es erfolgte eine Evaluierung der verwendeten Indikatoren durch ein unabhängiges Expertengremium (siehe Kapitel 1.2). Bei der Überarbeitung des Indikatorensets wurden die konzeptionellen Vorgaben von *WgÖ?* berücksichtigt. Die wesentlichen Empfehlungen der Sponsorship Group blieben damit weiterhin erhalten. Die Einbindung der zentralen Stakeholder (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) war dabei wieder ein Grundpfeiler des Projekts.

[116] http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/europe-2020-indicators/europe-2020-strategy/headline-indicators-scoreboard

6.2
Datenlücken und Weiterentwicklung

Im Folgenden werden gegliedert nach den drei Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt Datenlücken und wesentliche Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene thematisiert.

Materieller Wohlstand

Unbezahlte Produktion

In der Dimension Unbezahlte Produktion gibt der Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit Auskunft über jene Form der Produktion, die nicht über den Markt abgewickelt wird. Die Darstellung von Nichtmarktaktivitäten ist ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen der Stiglitz-Kommission. Der Schlüsselindikator der Dimension Unbezahlte Produktion beruht auf Daten der Zeitverwendungserhebung aus 2008/2009. Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist für 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung der Guidelines für diese neue Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab. Um nationale Zeitvergleiche und internationale Datenvergleiche zu ermöglichen, ist eine österreichische Beteiligung an der nächsten Welle von großer inhaltlicher Bedeutung und jedenfalls anzustreben.

Verteilungsfragen

Verteilungsfragen werden sowohl im Stiglitz-Sen-Fitoussi Bericht (Stiglitz et al. 2009) als auch im Bericht der Sponsorship Group (Eurostat 2011) größte Bedeutung zuerkannt. Die Dimension Verteilung im Bereich materieller Wohlstand enthält als Schlüsselindikatoren den aus der Lohnsteuerstatistik stammenden Indikator „Entwicklung hoher und niedriger Bruttojahreseinkommen", das Einkommensquintils-Verhältnis der verfügbaren äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen (S80/S20) aus EU-SILC sowie den Gender Pay Gap aus der Verdienststrukturerhebung. Als Zusatzindikator wird in der Dimension Verteilung der Gini-Koeffizient des verfügbaren äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen aus EU-SILC sowie die Verteilung des Vermögens durch die Dezile des Nettovermögens und die Verteilung des Bruttovermögens auf Basis des von der OeNB durchgeführten „Household Finance and Consumption Survey" (HFCS) dargestellt. Diese Indikatoren bilden die Verteilungsfragen aus verschiedenen Blickwinkeln ab, auf die Grenzen ihrer Interpretierbarkeit wird in Kapitel 2.5 jedoch deutlich hingewiesen. Wiewohl schon drei Schlüsselindikatoren sich dem Thema Verteilung widmen, können - auch aufgrund der derzeitig vorhandenen Datenlage nicht alle Aspekte der Verteilung ausreichend abgebildet werden.

Vermögen

Aus offiziellen Datenquellen standen bis 2012 keine validen Informationen zum Vermögen privater Haushalte zur Verfügung. Auf der Grundlage eines Beschlusses des EZB-Rats vom September 2008 führte das „Household Finance and Consumption Network" (HFCN) eine gemeinsame Erhebung zu den Finanzen und dem Konsum privater Haushalte im Euroraum durch. Das Projekt wurde in Österreich von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in enger Zusammenarbeit mit den anderen nationalen Zentralbanken des Eurosystems und der EZB realisiert (OeNB 2012). Der HFCS ist die erste umfassende Erhebung auf Haushaltsebene, die Geldvermögen, Immobilienvermögen und Schulden der Haushalte gemeinsam erfasst und dadurch Analysen der Nettovermögen und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit von Haushalten ermöglicht (Fessler et al. 2012, S.26). Die Einbeziehung von HFCS-Daten in das *WgÖ?*-Set wurde gemeinsam mit den Stakeholdern beschlossen (siehe Kapitel 2.5). Im Zeitraum Juni 2014 bis Februar 2015 wurde die zweite Welle der Erhebung durchgeführt (siehe auch Fessler et al. 2016, Statistik Austria 2016, Sonderkapitel).

Die OECD (2013d) veröffentlichte Leitlinien zur Erstellung von Mikrostatistiken zum Haushaltsvermögen. Erklärte Absicht dieser Publikation ist es, internationale Standards für die Produktion solcher Statistiken zusammenzustellen, die als Grundlage künftiger Erhebungen dienen sollen.

NPOs in der VGR

Ein weiterer Punkt betrifft die Herausrechnung der NPOs aus dem Sektor private Haushalte. Derzeit werden Privathaushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck (Non-Profit Organisation, NPO) in der VGR teilweise zusammengefasst. Daraus ergibt sich eine Verzerrung der diesbezüglichen Indikatoren. Dies betrifft etwa das im *WgÖ?*-Set enthaltende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Daher wurde von Statistik Austria und dem Institut für Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien eine gemeinsame Erhebung über Non-Profit Organisationen durchgeführt. Ziel dieser auf freiwilliger Basis beruhenden wiederholten Befragung von NPOs ist es, sowohl die zentralen Indikatoren zu aktualisieren, die

im Rahmen einer bereits im Jahr 2006 durchgeführten Erhebung ermittelt wurden, als auch durch den Einbau von neuen Fragen die allgemeine Datengrundlage für diesen Bereich zu erweitern und eine schärfere Abgrenzung vom Sektor der privaten Haushalte (S.14) zu ermöglichen. Voraussichtlich ab Ende 2017 liegen aus der VGR erstmalig getrennte Werte dafür vor.

Lebensqualität

Aspekte der Lebensqualität

Durch die Neustrukturierung des Bereichs Lebensqualität schlagen sich einige Datenmängel, wie z. B. die fehlende durchgängige Erhebung von Indikatoren zu sozialen Beziehung und Freizeitmöglichkeiten, nicht mehr bis auf Ebene der Schlüsselindikatoren durch. Trotzdem wäre hier eine wiederholte Befragung durch zukünftige EU-SILC Sondermodule bzw. eine Aufnahme einzelner Indikatoren in die regelmäßige Befragung wünschenswert. Bezüglich der Freizeitqualität gibt es hier bereits konkrete Überlegungen.

Governance und Grundrechte

Nach wie vor keinen bewertbaren Schlüsselindikator gibt es für die Dimension Vertrauen ins politische System Das EU-SILC Sondermodul 2013 hat hier zum ersten Mal vergleichbare Daten für alle EU-28 Länder zum Thema Vertrauen in die Institutionen Politik, Polizei und Medien ergeben. Im österreichischen Fragebogen waren darüber hinaus auch Fragen zum Vertrauen in das Rechtssystem und in die Gemeinde- und Bezirksbehörden enthalten (in *WgÖ?* inkludiert). Aus den offiziellen Datenquellen stehen ansonsten aber wenige Informationen über soziale Rechte sowie über die Zufriedenheit mit den Institutionen oder der Regierungsarbeit zur Verfügung. Allerdings wären bei dieser sensiblen Thematik verstärkt Investitionen notwendig, um Untersuchungen voranzutreiben, die klären können, wie Fragen dieser Art bei den Respondentinnen und Respondenten verstanden werden. Was wird etwa mit dem politischen System assoziiert? Die Regierung, das Parlament oder das demokratische System insgesamt? Wird das Vertrauen in das Rechtssystem oder die Polizei auf Basis persönlicher Erfahrungen oder allgemeiner Kriterien bewertet etc.

Der Bericht der Sponsorship Group empfiehlt künftig u. a. die Einbeziehung von Verwaltungsdaten und Daten aus dem European Quality of Life Survey (EQLS)[117], die nicht zur offiziellen Statistik zählen. Die Eurostat Expert Group on Quality of Life schlägt auf ihrer Webseite[118] außerdem einige Indikatoren vor, für die derzeit noch kein Datenmaterial zur Verfügung steht. Darunter fallen die Indikatoren „active citizenship", Mitsprachrecht und „erlebte Diskriminierung. Vorschläge zur Operationalisierung sind in Ausarbeitung. Außerdem wird hier auch der Gender Pay Gap genannt, den *WgÖ?* als Verteilungsindikator führt.

Freizeit

Seit diesem Jahr gibt es in *WgÖ?* keine eigene Dimension zum Thema Freizeit mehr und der Indikator zu Freizeitaktivitäten aus dem Zeitverwendungserhebung findet sich in der Dimension Gesamte Lebenszufriedenheit. Wie erwähnt ist die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen für 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung der Guidelines für diese neue Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab. Da Freizeit aber als zentraler Komponenten der Lebensqualität verstanden werden muss, ist auch an dieser Stelle auf die dringende Notwendigkeit einer österreichischen Beteiligung an der nächsten Welle bzw. auf regemäßige Zeitverwendungserhebungen hinzuweisen.

Umwelt

Biodiversität

Aggregierte Daten zur Biodiversität in Österreich liegen aus der amtlichen Statistik nicht vor. Vom Umweltbundesamt wird ab dem Berichtsjahr 2007 der Indikator „High Nature Value Farmland" (HNVF)[119] erstellt. Dieser Indikator beschreibt die Ausdehnung von Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert, die sich durch eine hohe Biodiversität bzw. durch das Auftreten von Arten mit hohem Schutzinteresse charakterisieren. Abgebildet werden „HNVF Typ 1 (extensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen mit naturnaher Vegetation) und Typ 2 (Mosaiklandschaften mit einer räumlich eng verzahnten Mischung unterschiedlicher Nutzungen, die teilweise auch extensiven Charakter haben sollen)". Dabei wird speziell der Zusammenhang zwischen extensiven landwirtschaftlichen Nutzungsformen und biologischer Vielfalt postuliert. Bei entsprechender statistischer Validität und ausreichender Etablierung könnte dieser Indikator mittelfristig als Indikator für die Biodiversität genutzt werden.

Ein weiterer Indikator, der im Zusammenhang mit Biodiversität genannt wird, ist jener zu den geschützten Gebieten für biologische Vielfalt. Dies sind Gebiete, die unter die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) der EU, Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur

[117] EQLS wird von der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions durchgeführt und ist keine offizielle Quelle des ESS.

[118] http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Quality_of_life_indicators_-_governance_and_basic_rights

[119] Siehe Bartel et al. 2015, http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/landnutzung/landnutzungbiologischevielfalt/highnaturevaluefarmland/.

Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, fallen. Wesentliches Ziel der FFH-Richtlinie ist die Erhaltung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt. Dieses Ziel soll mit dem Aufbau des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 erreicht werden. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, Gebiete zu nennen, zu erhalten und zu entwickeln, in denen Arten und Lebensräume von europaweiter Bedeutung vorkommen[120]. In Österreich wurden laut Umweltbundesamt 218 Natura-2000-Gebiete vorgeschlagen. Mit Stand 2009 wurden 148 Gebiete rechtlich verordnet. Diese Europaschutzgebiete umfassen rund 12 % der Bundesfläche (Gesamtfläche 10.244 km^2). Bei entsprechender Verfügbarkeit und Validität wäre mittelfristig ein Heranziehen dieser Daten möglich.

Bodenqualität (Emissionen)

Das Umweltbundesamt[121] liefert mit dem Bodeninformationssystem „BORIS" österreichweite Informationen über den Zustand der Böden und deren Belastung mit Schadstoffen auf dezentraler Ebene. Aggregierte Daten über die Schadstoffbelastung der Böden analog den Luftemissionen gibt es derzeit in Österreich aus offiziellen Statistikquellen nicht.

Minderungskosten für den Klimawandel bzw. Klimawandelanpassungskosten

Die Entwicklung einer geeigneten harmonisierten Datenerhebung zur Abbildung der Minderungskosten für bzw. Anpassungskosten an den Klimawandel wird von Eurostat im Rahmen der Environmental Transfers Task Force diskutiert. Entsprechende Daten könnten zukünftig in das Indikatorenset aufgenommen werden. Ab welchem Zeitpunkt diese vorhanden sein werden, kann aus heutiger Sicht aber noch nicht eingeschätzt werden (siehe beispielsweise Eurostat, 2011a).

Stickstoffemissionen

Aktuell liegen Daten des Umweltbundesamts über Stickstoffemissionen im Abwasser von kommunalen Kläranlagen vor. Für die wichtigen diffusen Stickstoffeinträge in die Oberflächengewässer (z. B. aus landwirtschaftlich genutzten Flächen) gibt es dagegen noch keine aggregierten Daten aus offiziellen Statistikquellen. Diese können derzeit nur mittels Modellrechnungen abgeschätzt werden[122]. Berechnungen einer Stickstoffbilanz aus Inputquellen (Mineraldünger, Saatgut etc.) und natürlichen Stickstoffquellen wurden vom WIFO[123] anhand einer von der OECD entwickelten Methode durchgeführt. Diese Stickstoffbilanz stellt die Einträge von Stickstoff in das Agrar-Ökosystem dem Entzug durch Nutzpflanzen gegenüber. Je höher dabei der Bilanzüberschuss an Stickstoff ist, umso höher ist die Gefahr von potentiell negativen Umwelteinwirkungen. Die Daten könnten bei entsprechender Validität mittelfristig in das Indikatorenset aufgenommen werden.

Tanktourismus (Kraftstoffexport im Tank)

Vom Umweltbundesamt liegen Schätzungen für den Tanktourismus vor. Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch werden nach dem Inlandsprinzip erhoben, d. h. erfasst werden sämtliche Emissionen bzw. sämtlicher Treibstoffabsatz im Inland, egal ob von Inländern oder Ausländern verursacht bzw. genutzt. Eine ergänzende Darstellung des Kraftstoffexports im Tank für die Dimension Verkehr wurde daher von der Expertengruppe angeregt. Die Schätzungen zum Tanktourismus liegen jedoch nur punktuell vor und können laut Auskunft des Umweltbundesamts nicht für die Erstellung eines Indikators herangezogen werden.

Wasserentnahme und -verbrauch, Wasserqualität

Aktuelle Daten zur (Trink-)Wasserentnahme und -verwendung sind derzeit nicht vorhanden. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung im Rahmen der Umweltgesamtrechnungen geplant, welche beispielsweise den Wasserverbrauch nach Wirtschaftsaktivitäten abbilden soll. Für das Medium Wasser liegt ein neu entwickelter Indikator zur Wasserqualität der Grund- und Oberflächengewässer für den Durchschnitt des Zeitraums 2013-2015 vor. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality). Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden.

[120] http://www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/naturschutz/ffh_richtlinie/
[121] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/boden/boris/
[122] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/industrie/daten_industrie/prtr/prtr_diff_emissionen/prtr_diff_emissionen/
[123] Für Berechnungen einer Stickstoffbilanz aus Inputquellen (Mineraldünger, Saatgut etc.) und natürlichen Stickstoffquellen siehe Kletzan-Slamanig et al. 2015 S.600).

Literaturverzeichnis

Aichinger, A. (2016a). Umweltgesamtrechnungen Modul Öko-Steuern (Zeitreihe 1995 bis 2015), Statistik Austria, Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Aichinger, A. (2016b). Umweltschutzausgaben Österreichs 2014. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Altzinger, W., Lamei, N., Rumplmaier, B., Schneebaum, A. (2013). Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. Statistische Nachrichten, 1/2013, 48-62.

Anand, S., Sen, A. (2000). Human Development and Economic Sustainability. World Development, 28(12), 2029-2049.

AG CBA (2017): Die Notwendigkeit einer konsumbezogenen Betrachtung der Treibhausgasemissionen Österreichs. Arbeitsgruppe „Consumption based GHG accounting". Climate Change Center Austria (CCCA). Wien

Bartel, A., Schwarzl, B, Süßenbacher, E., (2015). „High Nature Value Farmland" in Österreich, Auswertungen zum LE07-13 Indikator für die Jahre 2007 - 2013. Umweltbundesamt. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Baud, S., (2017). Umweltgesamtrechnungen, Modul Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung (EGSS) 2015. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Baud, S., Milota, E., (2017). Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2015, Ergebnisse des Mikrozensus. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Bauer, A. & Blauensteiner, S. & Einfalt, J. (2013). Census 2011. Gebäude- und Wohnungszählung Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen aus der Registerzählung. Wien: Statistik Austria.

Biermayr, P. (2016). Erneuerbare Energie in Zahlen. Die Entwicklung erneuerbarer Energie in Österreich im Jahr 2015. Wien: BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2011b). Bundes-Abfallwirtschaftsplan (BAWP) 2011. Wien: BMLFUW. http://www.bundesabfallwirtschaftsplan.at/

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012a). Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP), Wegweiser zur Schonung natürlicher Ressourcen. Wien: BMLFUW. http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/ressourceneffizienz/aktionsplan_ressourceneffizienz/aktionsplan.html

BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012b). Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, Teil 1 – Kontext. http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/klimaschutz/klimapolitik_national/anpassungsstrategie.html.

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015a). Indikatoren-Bericht MONE 2015. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Österreich. Wien: BMLFUW. https://www.nachhaltigkeit.at/bewertung/MONE

BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2017). Grüner Bericht 2017. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, Wien: BMLFUW. https://gruenerbericht.at/cm4/jdownload/download/2-gr-bericht-terreich/1773-gb2017

BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend & BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010). Energie Strategie Österreich – Maßnahmenvorschläge. Wien. http://www.energiestrategie.at/, http://www.energiestrategie.at/images/stories/pdf/longversion/energiestrategie_oesterreich.pdf.

Bowling, A. (2005). Ageing well. Birkshire: McGraw-Hill.

Braunmiller, H. (2012). Auf Dauer macht der Lärm uns krank. SRF Schweizer Fernsehen.

Bundesgesetz über eine nachhaltige Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002), BGBl. I Nr. 102, 16. Juli 2002.

Bundesgesetz BGBl. Nr. 185/1993 i.d.F. 35/2012 Bundesgesetz über die Förderung von Maßnahmen in den Bereichen der Wasserwirtschaft, der Umwelt, der Altlastensanierung, zum Schutz der Umwelt im Ausland und über das österreichische JI/CDM-Programm für den Klimaschutz sowie der Energieeffizienz (Umwelt- und Energieeffizienzförderungsgesetz - UFG) (Umweltförderungsgesetz – UFG).

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 77/2010, Bundesgesetz, mit dem das Immissionsschutzgesetz-Luft und das Bundesluftreinhaltegesetz geändert werden und das Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen aufgehoben wird (Immissionsschutzgesetz-Luft).

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 75/2011, über die Förderung der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern (Ökostromgesetz 2012 – ÖSG 2012).

Bundesgesetz BGBl 106/2011 zur Einhaltung von Höchstmengen von Treibhausgasemissionen und zur Erarbeitung von wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz (Klimaschutzgesetz 2011).

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 11/2012 Kundmachung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über das Inkrafttreten des Ökostromgesetzes 2012.

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 94/2013, mit dem das Klimaschutzgesetz BGBl. I Nr. 106/2011 geändert wird.

Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014, mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz, das Bundesgesetz, mit dem der Betrieb von bestehenden hocheffizienten KWK-Anlagen über KWK-Punkte gesichert wird, und das Bundesgesetz, mit dem zusätzliche Mittel für Energieeffizienz bereitgestellt werden, erlassen sowie das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz und das KWK-Gesetz geändert werden (Energieeffizienzpaket des Bundes).

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2012). Nationales Reformprogramm Österreich. http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=47619.

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2017). Nationales Reformprogramm Österreich. https://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=59521

BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2012). Sozialbericht 2011-2012 – Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien: BMASK.

BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2014). Sozialbericht 2013-2014 – Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien: BMASK.

BMGFJ, Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend & Statistik Austria (2007). Sozio-demographische und sozio- ökonomische Determinanten von Gesundheit. Wien: BMGFJ.

BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (2010). Wirtschaftsbericht Österreich 2009. Wien: BMWFJ.

BMWFW, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (2015). Wirtschaftsbericht Österreich 2014. Wien: BMWFW.

Deci, EL, & Ryan, RM (1980). Self-determining theory: When mind mediates behavior. The Journal of Mind and Behavior, 1, 33-43.

Demmeler M. (2009). Klimaschutz auf kurzen Wegen. Welchen Beitrag leisten regionale Lebensmittel für Umwelt und Verbraucher. Nürnberg: Bund Naturschutz in Bayern e.V., www.bund-naturschutz.de/uploads/media/BNStudie-_Klimaschutz-auf-kurzen-Wegen_mareg_05-2009-web.pdf

Donald, M. N. & Havighurst, R. J. (1959). The meanings of leisure. Social Forces, 37(4), 355-360.

Doyal, L., & Gough, I. (1991). A theory of human need. New York: Palgrave Macmillan.

Egle, L., Rechberger, H., Zessner, M. (2014). Endbericht Phosphorrückgewinnung aus dem Abwasser, Wien: BMLFUW.

Eisenmenger, N., Krausmann F., Milota, E. & Schaffartzik, A. (2015). Ressourcennutzung in Österreich – Bericht 2015. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Hrsg.).

Eurofound (2012). Fifth European Working Conditions Survey. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Europäische Kommission (2001). Communication from the Commission. A Sustainable Europe for a Better World: A European Union Strategy for Sustainable Development. Brussels. http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2001/com2001_0264en01.pdf

Europäische Kommission (2009a). EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel, Das Emissionshandelssystem der EU. http://ec.europa.eu/clima/publications/docs/ets_de.pdf

Europäische Kommission (2009b). „Effort-Sharing"-Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 (406/2009/EG). http://ec.europa.eu/clima/policies/effort/index_en.htm

Europäische Kommission (2009c): MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT UND DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT - Das BIP und mehr. Brüssel, den 20.8.2009 KOM(2009) 433 endgültig.

Europäische Kommission (2010a). Mitteilung der Kommission – Europa 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020 endgültig, Brüssel. http://www.statistik.at/web_de/static/mitteilung_der_kommission_europa_2020_070151.pdf; http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

Europäische Kommission (2011a). Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2011) 571 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2011b). Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem" der Europäischen Kommission, KOM (2011) 144, Brüssel.

Europäische Kommission (2012). Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, COM(2012) 729 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2013a). Standard Eurobarometer 79 Frühjahr 2013 - DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPAÏSCHEN UNION. Erste Ergebnisse, Durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation Koordiniert von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_first_de.pdf

Europäische Kommission (2013b). Commission Staff Working Document, Progress on "GDP and beyond" actions, SWD(2013) 303 final, Volume 1, Brüssel.

Europäische Kommission (2014). Bestandsaufnahme de rStrategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, COM(2014) 130 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2015): Standard Eurobarometer - Public Opinion. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_arch_en.htm.

Europäische Kommission (2016a) Factsheet on the Commission's proposal on binding greenhouse gas emission reductions for Member States (2021-2030), Brüssel, http://ec.europa.eu/transport/node/4033_fr

Europäische Kommission (2016b). A European Strategy for Low-Emission Mobility, https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/themes/strategies/news/doc/2016-07-20-decarbonisation/com%282016%29501_en.pdf

Europäische Union (1998). Doc. Eco-taxes/98/1, Arbeitspapier, Luxemburg.

European Commission (2012). Communication from the Commission - Annual Growth Survey 2013, COM(2012) 750 final, Brüssel. http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/ags2013_en.pdf

Eurostat Task Force "Environmental sustainability" of the Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development (2011). Report of the Task Force. http://ec.europa.eu/eurostat/documents/7330775/7339383/TF2-Final-report-Environment-Sustainability/5f3bebae-ca5d-40d5-b0d2-01d925c0cbf8

Eurostat (1994). SERIEE Système Européen de Rassemblement de l'Information Économique sur l'Environnement, Handbuch Version 1994, Luxembourg.

Eurostat (2008). Harmonised European time use surveys - 2008 Guidelines. Methodologies and Working Papers, Eurostat, Office for Official Publications of the European Communities, Brüssel.

Eurostat, (2009). The environmental goods and services sector, a data collection handbook, (Methodenhandbuch EGSS) Luxembourg. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Environmental_goods_and_services_sector.

Eurostat (2010). Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2010. Luxemburg: Eurostat.

Eurostat (2011). Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development – Final Report adopted by the European Statistical System Committee. http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/measuring-progress

Eurostat (2011a). Climate Change: Reflection about the work of Eurostat on statistics related to mitigation and adaption, Luxemburg.

Eurostat (2014a). Getting messages across using indicators - A handbook based on experiences from assessing Sustainable Development Indicators, Manuels and Guidelines, Luxembourg: Publications Office of the European Union

Eurostat (2014b). Lebensqualität - Kontext, http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/gdp-and-beyond/quality-of-life/context.

Eurostat (2015a). MIP Indicators. http://ec.europa.eu/eurostat/web/macroeconomic-imbalances-procedure/indicators.

Eurostat (2015b). Quality of Life - Facts and Views. Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Eurostat (2015c): GDP and Beyond: Report and plan to 2020. Doc PG 2015/56/4.3. 56th Meeting of the Partnership Group Stockholm / Sweden 20 March 2015.

Eurostat (2015d): Sustainable development in the European Union, 2015 monitoring report of the EU Sustainable Development Strategy, Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Eurostat (2016): Smarter, greener, more inclusive? Indicators to support the Europe 2020 Strategy, Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Eurostat/OECD (2015): Eurostat-OECD compilation guide on land estimation. Eurostat Manuals and Guidelines. Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2015.

EU-Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

EU-Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91.

EU-Verordnung Nr. 443/2009 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der CO2-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen.

EU-Verordnung Nr. 510/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2011 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue leichte Nutzfahrzeuge im Rahmen des Gesamtkonzepts der Union zur Verringerung der CO_2 -Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen.

EU-Verordnung Nr. 691/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

EU-Verordnung Nr. 538/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

Fessler, P., Lindner, P., Schürz, M. (2016). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle). Oesterreichische Nationalbank.

Fessler, P., Mooslechner, P. & Schürz, M. (2012). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. Geldpolitik & Wirtschaft, Q3, 26-67.

Gierlinger, S. (2017). Umweltgesamtrechnungen Modul Materialflussrechnung (Zeitreihe 2000 bis 2015). Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Wien: Statistik Austria.

Geisberger, T. (2011). The gender pay gap: evidence from Austria. Presented at the Conference of European Statisticians, United Nations, Economic and Social Council, 12-14 March 2012. Geneva/CH.

Geisberger, T. & Glaser, T. (2014). Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede - Analysen zum „Gender Pay Gap" auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010, Statistische Nachrichten, 3/2014, 215-226.

Gollner, M. (2016). Energiedaten Österreich 2015, Änderung wichtiger Kennzahlen und Einflussfaktoren im Vergleich zum Vorjahr, Studie im Auftrag von Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Hák, T., Janousková, S., Abdallah, S., Seaford, C. & Mahony, S. (2012). Review report on Beyond GDP Indicators: categorisation, intensions and impacts. Final version of BRAINPOoL deliverable 1.1, A collaborative project funded by the European Commission under the FP7 programme (contract no. 283024). CUEC Prague, 18 October 2012.

Huppert, F. A., & So, T. T. (2013). Flourishing across Europe: Application of a new conceptual framework for defining well-being. Social Indicators Research, 110(3), 837-861.

IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2013). Summary for Policymakers. In: Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Stocker, T.F., D. Qin, G.-K. Plattner, M. Tignor, S.K. Allen, J. Boschung, A. Nauels, Y. Xia, V. Bex and P.M. Midgley (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA. -

Jackson, T. (2011). Prosperity without growth: Economics for a finite planet. London: Routledge.

Janger, J., Bock-Schappelwein, J., Böheim, M., Famira-Mühlberger, U., Horvath, Th., Kletzan-Slamanig, D., Schratzenstaller, M., Hofmarcher-Holzhacker, M. (2015). Monitoring auf Austria's Efforts Within the Europe 2020 Strategy, Update 2014-15. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Karner, T. & Scharl, S. (2012). Von einer nationalen zu einer europäischen Straßengüterverkehrsstatistik in Österreich, Statistische Nachrichten 12/2012, 1016-1025.

Karner, T. & Scharl, S. (2014). Straßengüterverkehrsstatistik im Wandel der Zeit, Statistische Nachrichten 6/2014, 490-496.

Kettner, C., Kirchner, M., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F. (2016). Aktuelle Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft. Sonderthema: das Klimaschutzabkommen von Paris. WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(7), S. 511-524, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Keyes, C. L. (2002). The mental health continuum: From languishing to flourishing in life. Journal of health and social behavior, 43 (6), 207-222.

Kletzan, D., Köppl, A., Kratena, K., Wüger, M. (2002). Nachhaltige Strukturen im privaten Konsum, Wifo-Studie im Auftrag der Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Verkehr, Innovation und Technologie, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A. & Kratena, K. (2008). Ziele und Optionen der Steuerreform: Optionen für eine Ökologisierung des österreichischen Steuersystems. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kletzan-Slamanig, C., Kettner, C., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F. (2015). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2015. WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(7), S. 593-607, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kratena, K., Meyer, I., Wüger, m. (2009): Ökonomische, technologische und soziodemographische Einflussfaktoren der Energienachfrage, WIFO-Monatsberichte 7/2009, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kratena, K., Meyer, I., Sommer, M.W. (2013). Energy Scenarios 2030, Model Projections of Energy Demand as a Basis to Quantify Austria's Greenhouse Gas Emissions, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kronsteiner-Mann, Ch. (2012). Verbrauchsausgaben – Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung, Statistik Austria Studie, Wien: Statistik Austria http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/verbrauchsausgaben/konsumerhebung_2009_2010/index.html

Kuhlmann, E. & Kolip, P. (2005). Gender und Public Health. Juventa: Weinheim.

Kyoto-Protokoll – Klimaschutzabkommen, am 11.12.1997 beim Weltklimagipfel in Kyoto (Japan) beschlossen, http://unfccc.int/kyoto_protocol/items/2830.php.

Lamei, N. & Skina-Tabue, M. (2011). Lebensstandard aus Geschlechterperspektive - Indikatoren zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebenslagen von Frauen und Männern, Statistische Nachrichten 12/2011, 1205-1215.

Lanegger, J. & Fröhlich, G. (2014). Bodenlos? Flächeninanspruchnahme in Österreich: Ursachen-Folgen-Lösungsansätze. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich.

Leoni, T. (2015). Soziale Unterschiede in Gesundheit und Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung. WIFO.

Lewicki, R. J., & Tomlinson, E. C. (2003). Trust and trust building. Beyond intractability, 305-315. http://www.beyondintractability.org/essay/trust-building

Meyer, I. (2007): Nachhaltige Mobilität und Klimaökonomie, WIFO-Monatsberichte 4/2007, S. 375-388, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Meyer, B., Meyer, M., Meyer zu Holte, I.(2010). Die ökologischen und ökonomischen Wirkungen eines nachhaltigeren Konsums in Deutschland, Bildungsinitiative Mut zur Nachhaltigkeit, Osnabrück: 2010 Stiftung Forum für Verantwortung, ASKO EUROPA-STIFTUNG, Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH.

Mock, P., Tietge, U., Franco, V., German, J., Bandivadekar, A., Ligterink, N., Lambrecht, U., Kühlwein, J., Riemersma I.(2014). From laboratory to road: A 2014 update, Berlin: The International Council on Clean Transportation (ICCT). http://www.theicct.org/sites/default/files/ICCT_LaboratoryToRoad_2014_Report_German.pdf

Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (NSTRAT 2002) - „Österreichische Strategie für Nachhaltige Entwicklung" (2002), https://www.nachhaltigkeit.at/nstrat.

Nordhaus, W. D. & Tobin, J. (1972). Is growth obsolete? In W.D. Nordhaus & J.Tobin (1972), Economic Research: Retrospect and Prospect Vol. 5: Economic Growth (pp. 1-80). Cambridge MA: NBER.

OECD (2013a). OECD Economic Surveys: Austria 2013. Paris: OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2013-en

OECD (2013b). OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013c). OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth. Paris: OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/9789264194830-en.

OECD (2013d). OECD Guidelines for Micro Statistics on Household Wealth. Paris: OECD Publishing. http:/dx.doi.org/10.1787/9789264194878-en

ÖSTRAT Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung - Arbeitsprogramm 2011ff des Bundes und der Länder (2011). http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/strategien_programme/oestrat.html

Pesendorfer, K., Eiffe, F. & Wegscheider-Pichler, A. (2012). Wie geht's Österreich? Messung von Wohlstand- und Fortschritt - Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen. Wien: Statistik Austria. https://www.statistik.at/web_de/static/hintergrundbericht_wie_gehts_oesterreich_070146.pdf

Ponocny, I. et al. (2015). Are most people happy? Exploring the meaning of subjective well-being ratings, Journal of happiness studies, Open access: http://link.springer.com/article/10.1007/s10902-015-9710-0

Rat der Europäischen Union (2011). Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020", Amtsblatt der Europäischen Union 2011/C 70/01

Richtlinie des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (91/271/EWG) (Kommunaler-Abwasser-Richtlinie).

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - FFH-Richtlinie).

Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor (Biokraftstoffrichtlinie).

Richtlinie 2006/32/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/ EWG des Rates.

Richtlinie 2008/50/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (EU-Luftqualitätsrichtlinie).

Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren-Richtlinie).

Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG.

Schaffartzik, A., Krausmann, F. & Eisenmenger, N. (2011). Der Rohmaterialbedarf des österreichischen Außenhandels. Social Ecology Working Paper 125, IFF Social Ecology, Wien.

Seligman, M. (2011). Flourish: A new understanding of happiness, well-being-and how to achieve them. Boston: Nicholas Brealey.

Sen, A. K. (2009). Ökonomische Ungleichheit. Marburg: Metropolis.

Sevilla, A., Gimenez-Nadal, J. & Gershuny, J. (2012). Leisure Inequality in the United States: 1965—2003. Demography, 49(3), 939-964.

Sonderrichtlinie des BMLFUW für das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (Ö P U L 2007); GZ BMLFUW-LE.1.1.8/0072-II/8/2013.

Song-Klein, Y. (2012). Gesundheit und Umwelt. http://www.gesundheit.de/medizin

Spangl, W., Nagl, Ch. (2016). Jahresbericht der Luftgütemessungen in Österreich 2015, REP-0562, Wien: Umweltbundesamt.

Statistik Austria (2007). Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007 - Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2011). Standard-Dokumentation - Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer 1970 (1988)-2009 Bearbeitungsstand: 14.01.2011 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Statistik Austria (2013). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Oismüller, A., Plate, M.. Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2014). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Kettner, C. (WIFO), Kletzan-Slamanig, D. (WIFO). Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2014). Standard-Dokumentation – Metainformationen zur Kfz-Statistik, Bearbeitungsstand: 21.03.2014 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_neuzulassungen/index.html

Statistik Austria (2015). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, Leitner, F., Schachl, Th. Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2016). Wegscheider-Pichler, Gärtner, K., , Prettner, C., Heuberger, R., Jurasszovich, T., Schwarz, K., Thomasberger, M., Aichholzer, J.; Fessler, P. (OeNB), Schürz, M. (OeNB). Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria und Bundesministerium für Gesundheit (2015). Österreichische Gesundheitsbefragung 2014. Hauptergebnisse des Austrian Health Interview Survey (ATHIS) und methodische Dokumentation. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria. Energiegesamtrechnung (Energy Accounts) http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiegesamtrechnung/index.html

Statistik Austria. Materialflussrechnung. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/materialflussrechnung/index.html

Statistik Austria. Öko-Steuern, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/oeko-steuern/index.html

Statistik Austria. Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/umweltorientierte_produktion_und_dienstleistung/index.html

Statistik Austria. Umweltschutzausgabenrechnung, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/umweltschutzausgaben/index.html

Statistik Austria. Kraftfahrzeuge - Bestand, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html

Statistik Austria. Österreichische Energiebilanzen, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Stiglitz, J., Sen, A. & Fittousi, J. (2009). Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf

Till, M.; Baldaszti, E. & Eiffe, F. (2012). Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich – Endbericht. Wien: Statistik Austria.

Till, M, Klotz, J., Zucha, V. (2014). Eingliederungsindikatoren 2014 Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien: Statistik Austria.

Überreiter, E., Lenz, K., Windhofer, G. & Zieritz, I. (2012). Kommunale Abwasserrichtlinie der EU – 91/271/EWG, Österreichischer Bericht 2012. Wien: Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Umweltbundesamt (2013). Zehnter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich. Reports Bd. REP-0410. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2014). Pazdernik, K.; Anderl, M.; Freudenschuß, A.; Haider, S.; Jobstmann, H.; Kohlbach, M.; Köther, T.; Kriech, M.; Lampert, C.; Moosmann, L.; Pinterits, M.; Poupa, S.; Schmid, C.; Stranner, G.; Schwaiger, E.; Schwarzl, B.; Weiss, P. & Zechmeister, A. Austria's National Inventory Report 2014. Submission under the United Nations Framework Convention on Climate Change and under the Kyoto Protocol, Bd. REP-0475. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2016). Anderl, M., Gangl, M., Haider, S., Moosmann, L., Pazdernik, K., Poupa, St., Purzner, M., Schieder, W., Schmid, C., Stranner, G., Zechmeister, A. Emissionstrends 1990-2014, Ein Überblick über die Verursacher von Luftschadstoffen in Österreich. (Datenstand 2016). Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2017a). Austria's annual greenhouse gas inventory 1990–2015, Submission under Regulation (EU) No 525/2013, REP-0598, Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2017b). Austria's Informative Inventory Report (IIR) 2017, Submission under the UNECE Convention on Long-range Transboundary Air Pollution and Directive (EU) 2016/2284, Wien: Umweltbundesamt.

UN System of Environmental Economic Accounting – SEEA. http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seea.asp

UNECE (2010). Measuring Quality of Employment. Geneva: United Nations.

UNECE (2011). The Canberra Group Handbook on Household Income Statistics, Second Edition, ECE/CES/11,Geneva.

UNECE (2015): Handbook on Measuring Quality of Employment - A Statistical Framework, Expert Group on Measuring the Quality of Employment, ECE/CES/BUR/2014/OCT/22, CES Bureau, Geneva (Switzerland), 21. May 2015 - DRAFT.

UNEP, United Nations Environment Program (2011). Decoupling natural resource use and environment impacts from economic growth, a Report of the Working Group on Decoupling to the International Resource Panel. http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/ressourceneffizienz/ressourcennutzung_zahlen-und-fakten/decoupling.html

UN FCCC, United Nations Framework Convention on Climate Change, Adoption of the Paris Agreement, Conference of the Parties, Paris December 2015. https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf

United Nations (1987) United Nations Report of the World Commission on Environment and Development; "Brundtland-Bericht". Our Common Future.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über Deponien (Deponieverordnung 2008) BGBl. II Nr. 39/2008, geändert durch BGBl. II Nr. 185/2009, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 178/2010

Ward, P., & Meyer, S. (2009). Trust, social quality and wellbeing: a sociological exegesis. Development and Society, 38(2), 339-363.

WHO (2015). Health and human rights. http://www.who.int/hhr/en/

Ziegleder, D./ Kudlacek, D./ Fischer, T. (2011). Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Zucha, V., Heuberger, R., Leitner, B., Ghassemi-Bönisch, S., Vollman, K. (2017). Wohnen - Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik, Wien: Statistik Austria.

Sonderkapitel

UN Agenda 2030 im Kontext von „Wie geht's Österreich?"

Inhalt

A.1
Einleitung und Überblick 194

Die Agenda 2030 und die „Sustainable Development Goals" (SDGs) 194
Globale Ebene 195
Regionale Ebene (Europa) 196
Nationale Umsetzung 197

A.2
Agenda 2030 in Österreich 198

Agenda 2030 Prozess 198
Monitoring der Agenda 2030 – Indikatoren 198
Bewertung der Zielerreichung 200

A.3
Wie geht's Österreich? in den Zielen der SDGs 202

Agenda 2030 Indikatorenset – Auszug im Kontext von WgÖ? 203
Ziele der Agenda 2030 ohne Zuordnung von Schlüsselindikatoren aus ***WgÖ?*** ***217***

A.4
Exkurs – Neue Schlüsselvariablen der Lebensqualität im Fokus 218

Frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Krankheiten (30-69-Jährige) 218
Sehr schlechter Wohnstandard 219
Risikogruppen 220
Bedeutsamkeit von Wohnmängeln 221
Wohnzufriedenheit und Lebenszufriedenheit 222

A.5
Literatur und Links 223

Grafiken

Grafik A.1 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung 194
Grafik A.2 Indikatorenverfügbarkeit im nationalen SDG-Indikatorenset von Statistik Austria 199
Grafik A.3 Wie geht's Österreich? in den Zielen der SDGs 202
Grafik A.4 Sterbefälle aufgrund der wichtigsten Krankheitsgruppen bei 30-69-Jährigen im Jahr 2016 (in %) 218
Grafik A.5 Frühzeitige Sterblichkeit aufgrund der häufigsten nicht- übertragbaren Todesursachengruppen seit 2002 nach Geschlecht 219
Grafik A.6 Häufigkeiten einer bestimmten Anzahl von Wohnmängel 219
Grafik A.7 Häufigkeiten spezifischer Wohnmängel (an der insgesamt von Wohnmängeln betroffenen Bevölkerung) 220
Grafik A.8 Anzahl der Wohnmängel nach Einkommensquintilen (äquivalisiertes Haushaltseinkommen) 220
Grafik A.9 Spezifische Wohnmängel nach Einkommensquintilen (äquivalisiertes Haushaltseinkommen) 220
Grafik A.10 Anzahl der Wohnmängel nach dem Urbanisierungsgrad 221
Grafik A.11 Spezifische Wohnmängel nach dem Urbanisierungsgrad 221
Grafik A.12 Wohnzufriedenheit nach Anzahl der Wohnmängel 221

Übersichten

Übersicht A.1	Indikatorenverfügbarkeit im nationalen SDG-Indikatorenset von Statistik Austria	199
Übersicht A.2	Regression verschiedener Wohnmerkmale auf die Wohnzufriedenheit	222

Tabellen

Ziel 1	Armut in allen ihren Formen und überall beenden	203
Ziel 2	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern	204
Ziel 3	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern	205
Ziel 4	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern	206
Ziel 5	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen	207
Ziel 7	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern	208
Ziel 8	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern	210
Ziel 9	Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen	211
Ziel 10	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern	212
Ziel 11	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten	213
Ziel 12	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen	214
Ziel 13	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen	215
Ziel 16	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen	216

A.1
Einleitung und Überblick

Am 25. September 2015 wurde im Zuge des United Nations Sustainable Development Summit die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung von der Vollversammlung bzw. den Staatsoberhäuptern der UN-Mitgliedsstaaten in New York verabschiedet (Vereinte Nationen, 2015). Alle 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichteten sich zur Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen - den „Sustainable Development Goals" (SDGs) auf nationaler, regionaler und globaler Ebene bis zum Jahr 2030. In Österreich wurden alle Bundesministerien mit der Umsetzung (Implementierung) der „Agenda 2030" beauftragt. Wesentlich für die Umsetzung der Agenda 2030 ist dabei das Monitoring der SDGs, welches durch die den Zielvorgaben (targets) zugeordneten Indikatoren geschehen soll. Auf nationaler Ebene sollen unabhängige Statistikinstitute wie Statistik Austria dabei eine zentrale Rolle einnehmen.

Die Agenda 2030 und die „Sustainable Development Goals" (SDGs)

Der Verabschiedung der Agenda 2030 am Sustainable Development Summit der United Nations vorausgegangen war die Erarbeitung weltweiter Entwicklungsziele, die für 15 Jahre gelten und damit die 2015 ausgelaufenen Millennium Development Goals (MDGs) ablösen sollen. Im Zentrum der Sustainable Development Goals steht eine breite und mehrdimensionale Auffassung vom Wohlbefinden der Menschen, wie auch ein ausbalanciertes Bild der ökonomischen, sozialen und umweltrelevanten Aspekte der Nachhaltigkeit.

Nach einem 16-monatigen Konsultations- und Verhandlungsprozess schlug die Open Working Group on Sustainable Development Goals (OWG) dafür 17 Ziele (Goals, siehe Grafik A:1) mit 169 spezifischen Zielvorgaben (Targets) vor. Die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) orientieren sich an den drei Säulen Umwelt, Mensch und Wirtschaft. Für die kommenden fünfzehn Jahre verpflichteten sich die UN-Mitgliedsstaaten zu einer „Partnerschaft für Frieden und Wohlstand für alle Menschen für den Schutz der Umwelt und des Klimas auf dem Planeten Erde". Die vereinbarten Ziele der Agenda 2030 lassen sich in fünf Kategorien gliedern - die fünf „P" People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership. Durch entsprechende Maßnahmen auf globaler, regionaler und nationaler Ebene sollen die gesetzten Ziele bis zum Jahr 2030 weltweit umgesetzt werden (für weitere Informationen siehe auch die UN Sustainable Development Knowledge Platform).

Die 17 Entwicklungsziele und 169 Unterziele umfassen eine große Bandbreite von Themen: Beseitigung von Armut und Hunger, Gesundheit, nachhaltiges Wachstum, Gender-Gerechtigkeit, Klimawandel, Wassermanagement u.v.m. (siehe Grafik A.1). Viele der formulierten Ziele sind jedoch komplex und facettenreich bzw. eher qualitativ zu bewerten, was insbesondere in Hinblick auf die Datensammlung, oder auch auf die weitere Definition präziser Indikatoren, Schwierigkeiten mit sich bringt.

Grafik A.1
17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung

Q: UN, http://unstats.un.org/sdgs/

Ziel der Agenda 2030 ist es, unter Mitwirkung aller Länder die genannten globalen und regionalen Herausforderungen der heutigen Zeit zu bewältigen und künftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Dies bedarf der Anstrengung auf globaler, regionaler und nationaler Ebene. Auf globaler Ebene ist die UN gemeinsam mit den ihr vorgelagerten Institutionen wie Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) oder internationale Energieagentur (International Energy Agency, IEA) mit der Umsetzung beschäftigt. Auf regionaler Ebene sind in Europa die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) bzw. die EU mit der Agenda 2030 befasst. Auf nationaler Ebene sind naturgemäß die Nationalstaaten für die jeweilige Zielerreichung zuständig.

Zur Messung der Zielerreichung sind eigene Indikatorensets auf nationaler, regionaler und UN-Ebene vorgesehen. Durch die Indikatoren soll es möglich sein, festzustellen, ob

die beabsichtigten Verbesserungen tatsächlich eintreten, bzw. wo möglicherweise noch größere Anstrengungen erforderlich sind.

Die Weiterentwicklung der Indikatorensets zur Agenda 2030 erfolgt auf allen Ebenen laufend. Die Agenda 2030 bietet damit eine gute Gelegenheit für nachhaltige Neuerungen des Datenangebots und birgt das Potential für neue strategische Partnerschaften, auch mit privaten Datenanbietern. Antworten auf Länderebene müssen im engen Dialog mit der internationalen Gemeinschaft (v. a. mit dem ESS und der OECD) gefunden werden. Statistik Austria kommt hierbei als nationales Statistikinstitut (NSI) eine wichtige Rolle zu.

Globale Ebene

Im Gegensatz zu den Millennium Development Goals beschränkt sich die Agenda 2030 nicht auf Entwicklungsländer sondern betrifft, durch die Verpflichtung aller 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Umsetzung der SDGs, auch Industrie- und Schwellenländer. Neben der großen Anzahl der beteiligten Länder, spannen die Ziele der Agenda 2030 auch eine große Bandbreite von Themen auf, welche von der Beseitigung von Armut und Hunger, zu Gesundheit, nachhaltigem Wachstum, Gender-Gerechtigkeit, Klimawandel, Wassermanagement u.v.m. reicht. Die UN Agenda 2030 verfolgt dabei einen „Leaving no one behind "- Ansatz, welcher bei der Umsetzung der Indikatorensets viele Disaggregationen vorsieht, z. B. nach Alter, Geschlecht, Behinderung, Migration.

Eine strategische Führung im Aufbau statistischer Kapazitäten und in der Koordinierung von Partnerschaften zur Schließung von Datenlücken nimmt die High-level Group for Partnership, Coordination and Capacity-Building for statistics for the 2030 Agenda for Sustainable Development (HLG) ein. Ihr fällt auch die Aufgabe der Konsistenzprüfung zwischen globalem und nationalem Reporting und Monitoring zu. Das Rahmenwerk für Diskussionen, Planung, Implementierung und Evaluierung des Aufbaus statistischer Kapazitäten bietet der 2017 verabschiedete Welt-Aktionsplan zu Daten für Nachhaltige Entwicklung (Cape Town Global Action Plan for Sustainable Development Data, UNSC 2017).

Für die Erstellung des globalen Indiatorensets zum Monitoring der Agenda 2030 bildete die United Nations Statistical Commission im Jahr 2015 die Inter-agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs), welche sich aus ausgewählten Mitgliedsstaaten und darüber hinaus aus regionalen und internationalen Institutionen als Beobachtern zusammensetzt[1]. Die IAEG-SDGs wurde mit der Ausarbeitung eines globalen SDG-Indikatorenrahmenwerks, sowie, damit verbunden, der Erstellung eines globalen Indikatorensets betraut. Der ursprünglich daraus resultierende Vorschlag wurde später auf insgesamt 244 Indikatoren ergänzt (bzw. 232 Indikatoren mit Mehrfachnennungen). Eine formelle Einigung auf das globale Indikatorenset als Bestandteil der Resolution „Work of the Statistical Commission pertaining to the 2030 Agenda for Sustainable Development" (UN, 2017) erfolgte im Rahmen der 48. Tagung der Statistikkommission der Vereinten Nationen (UNSC) 2017. Die Resolution wurde in weiterer Folge durch den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) sowie durch die UN Generalversammlung am 7. Juli 2017 verabschiedet.

Die endgültige Anzahl der Indikatoren liegt damit deutlich unter der ursprünglich geplanten Anzahl von 800 Indikatoren. Jedoch soll das Indikatorenset durch die vorgesehenen Disaggregationen (z. B. nach Geschlecht, Stadt/Land, etc.) schließlich sehr umfangreich werden. Zur Berücksichtigung spezifischer Bereiche, die für die Umsetzung der SDG Indikatoren wichtig sind, wurden drei verschiedene Arbeitsgruppen zu den Bereichen Statistische Daten und Metadatenaustausch (Statistical Data and Metadata Exchange, SDMX), geografisch-räumliche Informationen sowie Interlinkages gebildet. Länder, die nicht Mitglieder der *IAEG-SDGs* sind, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft, die akademische Welt sowie die Privatwirtschaft wurden dazu eingeladen, an inhaltlichen Gruppen zu spezifischen Themen teilzunehmen, welche von den Arbeitsgruppen aufgebaut werden.

Um die Umsetzung des globalen Indikatorenrahmenwerks zu erleichtern, wurden alle Indikatoren von der IAEG-SDGs auf Basis ihres methodischen Entwicklungsstandes und der globalen Verfügbarkeit in drei Ebenen (Tiers) eingeteilt. Tier 1 Indikatoren sind konzeptionell klar, verfügen über eine international etablierte Methodik und Standards und sind verfügbar. Die Daten werden regelmäßig für zumindest 50 % der Länder und der Bevölkerung in jeder Region produziert, in der der Indikator relevant ist. Tier 2 Indikatoren sind konzeptionell klar, verfügen über eine international etablierte Methodik und Standards und sind verfügbar, die Daten werden aber nicht regelmäßig von den Ländern erstellt. Für Indikatoren von Tier 3 sind noch keine international etablierten Methoden oder Standards verfügbar, Methodik und Standards dazu werden jedoch entwickelt2. Mit April 2017 wurden 35 % der Indikatoren als Tier 1 klassifiziert, sind also auf globaler Ebene in ausreichender Qualität verfügbar. 26 % erreichen Tier 2 und 36 % sind Tier 3 Indikatoren, die demgemäß noch längere Zeit nicht zur Verfügung stehen werden. Für rund 2 % der Indikatoren sind verschiedene Komponenten des Indikators in verschiedene Tier-Stufen eingeteilt.

[1] Für Europa sind derzeit Frankreich, Deutschland, Niederlande und Schweden in der IAEG-SDGs vertreten (Rotationsprinzip), Eurostat hat nur Beobachterstatus.

[2] Siehe IAEG-SDGs, https://unstats.un.org/sdgs/iaeg-sdgs/tier-classification/

Die Indikatoren für das globale Monitoring der 17 Ziele und 169 Targets werden von den der UN vorgelagerten Institutionen, wie Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO), Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organization, FAO) oder internationaler Energieagentur (International Energy Agency, IEA), zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen sind bestrebt, die Indikatoren weitgehend mit den nationalen Statistikinstitutionen und weiteren Dateninhabern zu harmonisieren und abzustimmen.

Dabei ist einschränkend anzumerken, dass die Einhaltung regionaler und nationaler Gesetzmäßigkeiten teilweise dazu führen wird, dass manche Indikatoren nach den verschiedenen Ebenen weiterhin voneinander abweichen werden. Beispielsweise ist die Berechnung des Anteils der erneuerbaren Energieträger auf nationaler und europäischer Ebene gesetzlich geregelt (laut Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG, siehe auch Kapitel 4.4.1). Während die globalen Vorgaben den Anteil der erneuerbaren Energieträger am energetischen Endverbrauch in den Metadaten vorschreiben, legt die Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG die Berechnung des Anteils der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch fest. Eine Abweichung des Anteilswerts im globalen Datenset im Vergleich zu jenem der EU-28 sowie dem nationalen Set ist damit zwingend vorgegeben, auch wenn der nationale Indikator damit weitgehend dem UN-Vorschlag entspricht.

Regionale Ebene (Europa)

Auf der regionalen Ebene unterstützt die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) die europäischen Länder bei der Umsetzung der globalen Ziele durch die Entwicklung statistischer Empfehlungen und durch Capacity Building. Darüber hinaus erhalten die Länder Hilfe bei Partnerschaften mit dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft. Eurostat übernimmt auf EU-Ebene die regionale Berichterstattung zu den SDG-Indikatoren, aufbauend auf den vorhergehenden Erkenntnissen im Rahmen der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung.

Als Leitfaden für die nationalen Statistikämter, welche mit der Umsetzung der SDGs auf Indikatorenebene betraut wurden, präsentierte der *Economic and Social Council der UNECE im Juli 2017 die Conference of European Statisticians' Road Map on Statistics for Sustainable Development Goals (CES Road Map on statistics for SDGs, UNECE 2017), welche durch die Steering Group on Statistics for SDGs erstellt wurde.*

Die CES Road Map ist als Ressource für die Entwicklung von Statistiken zu den Sustainable Development Goals (SDGs) gedacht. Sie fasst die Kenntnis über derzeitig verfügbare Statistiken zu den SDGs zusammen und liefert einen Leitfaden für die Erstellung der Indikatorensets. Dabei soll die Roadmap ein lebendiges Dokument bleiben, welches fortlaufend aktualisiert wird, um aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang mit Statistiken zu den SDGs zu berücksichtigen. Anhand folgender Fragen legt sie jene Aktivitäten fest, die mit der Erstellung von Statistiken für die SDGs verbunden sind:

- Was muss getan werden?
- Wer muss was tun und wann?
- Wer sind die Stakeholder?
- Möglichkeiten zur Kooperation.

Auch für das Europäische Statistische System (ESS) sind noch etliche Fragen hinsichtlich der Indikatoren offen. Eine erste Abschätzung durch Eurostat ging davon aus, dass zumindest 80 der 244 UN-Indikatoren durch das ESS abgedeckt werden, weitere rund 100 Indikatoren sind aus verschiedenen Gründen nicht relevant für das ESS (z. B. Angaben über die Anzahl der Länder, welche Entwicklungsmaßnahmen umgesetzt haben) und nur bis 50 Indikatoren der UN-Vorschläge bedürfen tatsächlich einer stärkeren Entwicklungsarbeit (Data Gaps at EU Level, Eurostat, 2016a).

Eurostat übernimmt die regionale Berichterstattung zu den SDG-Indikatoren, hat jedoch, wie oben bereits erwähnt, in der UN-Arbeitsgruppe IAEG-SDGs nur Beobachter-Status. Auf regionaler Ebene wird durch Eurostat ein eigenes Indikatorenset erstellt, wobei Eurostat bei der Umsetzung des regionalen SDG-Indikatorenberichts unabhängig vorgeht. Dies wird damit begründet, dass das EU SDG Indikatorenset Aufschluss darüber geben soll, wie EU-Maßnahmen zur Implementierung der Agenda 2030 beitragen. Eine durch Eurostat entwickelte Liste von 100 EU SDG Indikatoren soll für dieses regionale Monitoring der UN Agenda 2030 herangezogen werden[3]. Das Indikatorenset wurde mittels eines breit und umfassend angelegten Prozesses entwickelt. Dabei wurden nur solche Indikatoren ausgewählt, für die bereits eine reguläre Datenproduktion gegeben ist. Eurostat ging dabei jedoch vom Prinzip der Zuordnung der Indikatoren zu Targets (Unterzielen) ab und beschloss, seine Indikatoren nur den 17 Zielen (Goals) zuzuordnen. Zudem ist jedes der 17 Ziele jeweils mit maximal sechs Indikatoren zu messen (siehe auch Eurostat, 2017).

Eine Koordination oder Harmonisierung der nationalen Indikatorensets durch Eurostat ist nicht vorgesehen.

[3] http://ec.europa.eu/eurostat/web/sdi/overview

Dadurch ergeben sich deutliche Unterschiede in den nationalen Indikatorensets zu jenem von Eurostat. Die Daten kommen aus dem ESS (Europäisches Statistisches System). Ein erster Indikatorenbericht soll Ende 2017 folgen.

Nationale Umsetzung

Die Agenda 2030 betont, dass die nationale Umsetzung freiwillig ist und von den Ländern getragen wird. Die Umsetzung durch die Länder soll dabei nationale Realitäten, Kapazitäten und unterschiedliche Entwicklungsstadien berücksichtigen bzw. die damit verbundene unterschiedliche Bedeutung und Relevanz der einzelnen Ziele und Unterziele einbeziehen. So ist beispielsweise für Österreich als Binnenland die Bedeutung des Ziels 14 „Leben unter Wasser – Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen" kaum von Bedeutung.

Wie nachfolgend beschrieben, basiert die politische Umsetzung der Agenda 2030 für Österreich auf einem Mainstreaming Ansatz, welcher dazu beitragen soll, dass es zur einer effizienten Implementierung der SDGs kommt, die sich an den Aktivitäten der Politik anlehnt. Die Bundesministerien arbeiten dabei in den jeweiligen sie betreffenden Zuständigkeitsbereichen. Die Vermittlung der Bedeutung der SDGs und deren Umsetzung an die breite Öffentlichkeit sind für die Implementierung der Agenda 2030 ganz wesentlich. Die Umsetzung der Agenda 2030 wird daher von vielen Veranstaltungen sowie einer Informationswebsite zu dem Thema begleitet (www.sdg.gv.at).

Die CES Road Map empfiehlt, dass die Nationalen Statistikinstitute als nationale Focal Points für die Messung der SDGs fungieren. Zur Erstellung der nationalen Indikatorensets wird empfohlen, dass sich die Nationalen Statistikinstitute auf (amtlich-) statistische Indikatoren fokussieren. Wo Daten anderer Datenanbieter (z. T. außerhalb des nationalen statistischen Systems) aufgenommen werden, sind diese zu kennzeichnen.

Für Österreich hat Statistik Austria die Erstellung der nationalen SDG-Indikatorentabellen übernommen. Die Tabellen werden basierend auf dem globalen SDG-Indikatorenrahmenwerk der IAEG-SDGs und in enger Abstimmung mit der europäischen Ebene 2017 erstellt. In der ersten Fassung werden die Tabellen Zeitreihen zu den nationalen Indikatoren, beginnend mit 2010 bis zum aktuellen Stand, enthalten sowie eine Kategorisierung nach Relevanz und Verfügbarkeit der Indikatoren. Die nationalen Indikatorentabellen werden zukünftig auf der Webseite von Statistik Austria verfügbar sein unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/internationales/agenda2030_sustainable_development_goals/index.html.

A.2
Agenda 2030 in Österreich

Der Erfolg der Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung wird letztlich davon abhängig sein, wie diese in die nationale Politik und deren Strategien einbezogen werden. In Österreich erfolgte der erste Schritt zur Implementierung auf der politischen Ebene durch die Erfassung bereits bestehender Strategien und Maßnahmen der Bundesministerien zu den verschiedenen Targets bzw. Zielen. Für das Monitoring der Sustainable Development Goals sind Indikatorensets auf nationaler, regionaler und UN-Ebene vorgesehen, die der jeweiligen Einheit Rechnung tragen sollen.

Agenda 2030 Prozess

Die Bundesministerien wurden durch die Bundesregierung beauftragt, die Umsetzung der SDGs in ihrem Zuständigkeitsbereich und darüber hinaus in ihren Programmen zu berücksichtigen. Bei der Umsetzung entschied man sich für einen Mainstreaming Ansatz, das heißt zur Integration der SDGs in sämtliche Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung und Zuordnung der SDGs im Rahmen bereits bestehender Tätigkeiten. Die Umsetzung der SDGs bis 2030 erfolgt demgemäß durch alle Bundesministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich.

Die Bundesregierung beauftragte am 12. Jänner 2016 durch einen Ministerratsbeschluss alle Bundesministerien, die Prinzipien der Agenda 2030 und ihre nachhaltigen Entwicklungsziele in die jeweiligen Strategien und Programme einzuarbeiten und gegebenenfalls entsprechende Aktionspläne sowie Maßnahmen zu erstellen. Zusätzlich sollen alle relevanten staatlichen Organe und Kooperationspartnerinnen/Kooperationspartner auf Bundes-, Landes-, Städte- und Gemeindeebene sowie Sozialpartner, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft einbezogen werden (siehe auch „Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung", Bundeskanzleramt (Bka)[4]).

Entsprechend dem genannten Ministerratsbeschluss wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, welche sich mit der Koordination der einzelnen Bereiche der Umsetzung sowie dem Fortschritt in der Indikatorenerstellung befasst. In dieser Arbeitsgruppe sind neben dem Bundeskanzleramt (Bka) und dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA), welche die Arbeitsgruppe gemeinsam leiten, alle Bundesministerien entsprechend vertreten, insbesondere das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK), das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) sowie das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW). Die Aufgabe der interministeriellen Arbeitsgruppe liegt in der Erstellung eines den international festgelegten Vorgaben entsprechenden regelmäßigen Fortschrittsberichtes auf Basis vereinbarter Indikatoren. Zudem soll die Arbeitsgruppe die Prioritäten in der Umsetzung für die jeweilige Berichtsperiode koordinieren. Im März 2017 wurde vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres eine Publikation zu den Beiträgen der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich erarbeitet (Bundeskanzleramt Österreich, 2017).

Die Umsetzung der Maßnahmen zur Agenda 2030 in Österreich erfolgt durch alle Bundesministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich, der Mainstreaming Ansatz bildet dazu den strategischen Rahmen. Dadurch sollen die SDGs in effizienter, zielorientierter und eigenverantwortlicher Weise in sämtliche Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung integriert werden.

Eine große Bedeutung kommt der transparenten Darstellung der Umsetzung der SDG Ziele zu, da über den politischen Prozess und die Erstellung der Indikatorensets hinaus die gesellschaftliche Diskussion und die Beschäftigung der breiten Öffentlichkeit mit den Zielen der Agenda 2030 gewünscht ist. Aus diesem Grund wird die Umsetzung der Agenda 2030 nicht nur in Österreich sondern auch international von einer Vielzahl an Veranstaltungen zum Thema begleitet.

Monitoring der Agenda 2030 – Indikatoren

Um die Wirksamkeit der gesetzten Maßnahmen bzw. die Zielerreichung betreffend die formulierten Tar-

[4] https://www.bundeskanzleramt.gv.at/implementierung.

gets zu messen ist ein fundiertes und statistisch valides Indikatorenset wesentlich. Auf nationaler Ebene ist dieses Indikatorenset derzeit durch Statistik Austria in Entwicklung.

Wie oben beschrieben, wurde für das Monitoring der SDGs durch die UN Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs) ein globales Indikatorenrahmenwerk entwickelt, welches zum aktuellen Stand 244 Indikatoren enthält. Statistik Austria entwickelt basierend auf diesem Rahmenwerk ein nationales Indikatorenset, welches die Indikatorenvorschläge der UN unter größtmöglicher Abstimmung mit dem Indikatorenset von Eurostat sowie unter Berücksichtigung der nationalen Datenverfügbarkeit umsetzt. Die Weiterentwicklung der Indikatoren erfolgt laufend, so dass es sich bei der Erstellung der Indikatorensets nicht um ein einmaliges Projekt handelt sondern vielmehr um einen längerfristigen Prozess, welcher die permanente Verbesserung und Ergänzung der Indikatorensets erfordert. Dieses Indikatorenset soll auf nationaler Ebene für das Monitoring des Agenda 2030 Prozesses zur Verfügung stehen.

Dabei wurde in einem ersten Schritt basierend auf der Einschätzung von Eurostat und der Fachexpertinnen und –experten bei Statistik Austria eine Klassifikation der Indikatoren vorgenommen, welche es ermöglicht, die Indikatoren zwischen verschiedenen Kategorien von Relevanz und Verfügbarkeit zu unterscheiden (siehe Übersicht A.1).

Aufgrund der Reichweite der Ziele der Agenda 2030 und der damit verbundenen Targets (welche Entwicklungsländer ebenso betreffen wie Industrie- und Schwellenländer), wurde es –analog zur Vorgehensweise von Eurostat – als sinnvoll erachtet, eine Kategorie für jene Indikatoren einzuführen, welche für Österreich „Nicht relevant, Ziel bereits erreicht" sind. Dies ist für Indikatorenvorschläge der Fall, für welche Österreich das betreffende Unterziel bereits erreicht hat. In einer weiteren Kategorie wurden jene Indikatoren zusammengefasst, für die es sich aus der Sicht der amtlichen Statistik nicht um statistische Daten im engeren Sinn (i.e.S) handelt. Dies betrifft Indikatoren, die beispielsweise auf UN-Ebene anfallen (z. B. Anzahl der Länder), speziell auf Entwicklungsländer abzielen sowie politische Maßnahmen betreffen. Die Kategorisierung der Indikatoren nach „Nicht relevant, Ziel bereits erreicht" bzw. „Keine statistischen Daten i.e.S" folgt dabei dem Eurostat-Vorschlag zu „Data Gaps at EU Level" (Eurostat, 2016a).

Hinsichtlich der Verfügbarkeit der Daten wurde von Statistik Austria eine Unterteilung in die drei Kategorien „Entsprechende Daten verfügbar", „Alternative Daten verfügbar" sowie „Daten nicht verfügbar" vorgenommen.

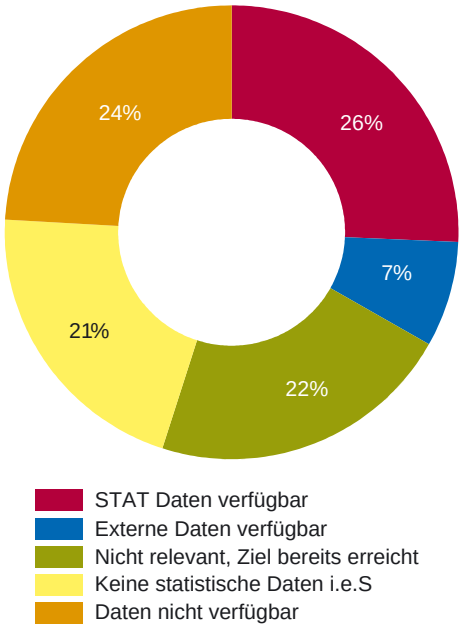
Grafik A.2 fasst die Anteile in den verschiedenen Kategorien zusammen, wobei Kategorie a und b zusammengefasst wurden und in der Darstellung nach internen und externen Quellen unterschieden wurde. Zum Stand Oktober 2017 können etwa ein Viertel der Indikatoren durch Daten der Statistik Austria abgedeckt werden. Weitere 7 % werden durch externe Daten gespeist. Für 22 % der Indikatoren wurde die Klassifikation „nicht relevant, Ziel bereits erreicht" vorgenommen. Da es sich hierbei vielfach um Indikatoren handelt, deren Unterziele für Österreich als bereits erreicht betrachtet werden können, kann diese Klassifikation in einem weiteren Sinn in einem Naheverhältnis zu verfügbaren Indikatoren gewertet werden. Beispielsweise ist der Anteil der Kinder, welche in Österreich Kinderarbeit nachgehen, erwartungsgemäß bei null, Österreich hat beim Unterziel Kinderarbeit das Ziel (keine Kinderarbeit) bereits erreicht. Keine statistischen Daten im engeren Sinn (i.e.S) betrifft 21 % der Indikato-

Übersicht A.1
Indikatorenverfügbarkeit im nationalen SDG-Indikatorenset von Statistik Austria

Code	Klassifikation
🔑	Schlüsselindikator Wie geht's Österreich?
a	Entsprechende Daten verfügbar
b	Alternative Daten verfügbar
c	Nicht relevant, Ziel bereits erreicht
d	Keine statistische Daten i. e. S
e	Daten nicht verfügbar

Q: STATISTIK AUSTRIA.

Grafik A.2
Indikatorenverfügbarkeit im nationalen SDG-Indikatorenset von Statistik Austria



Q: STATISTIK AUSTRIA, Stand Oktober 2017.

renvorschläge der UN und für 24 % der Indikatoren liegen aktuell keine Daten vor (Datenlücke).

Nach der internen Erstellung der Indikatorentabellen und deren Befüllung durch Daten der Statistik Austria werden die Tabellen in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt, der Austrian Development Agency (ADA) und den Bundeministerien in den folgenden Monaten extern abgestimmt und ergänzt. Dadurch wird sich die bestehende Datenlücke von 24 % voraussichtlich weiter schließen lassen. Nach der abschließenden Qualitätskontrolle durch Statistik Austria werden die Tabellen geplanter Weise im Dezember 2017 auf der Website von Statistik Austria veröffentlicht.

Wo möglich und sinnvoll werden dabei Indikatoren aus dem Indikatorenset von WgÖ? herangezogen bzw. diese als alternative Indikatoren dem relevanten Target zugeordnet.

So finden sich alle 30+1 Schlüsselindikatoren aus *WgÖ?* entweder in direkter Zuordnung zu einem Target oder als Alternativindikator in den nationalen Indikatorentabellen der SDGs wieder. Gleichzeitig wurden die Indikatorenvorschläge der Agenda 2030 beim Überarbeitungsprozess von *WgÖ?* 2017 berücksichtigt, so dass die beiden Indikatorensets aufeinander abgestimmt sind und wo sinnvoll ineinander greifen. 16 *WgÖ?* Schlüsselindikatoren entsprechen dabei weitestgehend einem UN-Indikatorenvorschlag, 15 Indikatoren wurden einem Target zugeordnet und sind als alternative Indikatoren enthalten. Aus dem Blickwinkel von *WgÖ?* betrachtet finden sich dementsprechend 16 der UN-Indikatorenvorschläge im Schlüsselindikatorenset von *WgÖ?* wieder.

Bewertung der Zielerreichung

Auf nationaler Ebene sollen, wie beschrieben, unabhängige Statistikinstitute wie Statistik Austria eine Schlüsselrolle beim begleitenden Monitoring der SDGs durch Indikatoren einnehmen. Viele der formulierten Ziele sind jedoch komplex und facettenreich, ein großer Teil wurde nicht quantitativ sondern nur richtungsweisend festgelegt. Eine Bewertung der Zielerreichung stellt damit eine besondere Herausforderung dar.

Das Target 8.6 lautet beispielsweise: „Bis 2020 den Anteil junger Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, *erheblich verringern*". Target 4.4 formuliert: „Bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen *wesentlich erhöhen*, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen". Formulierungen wie „erheblich verringern" oder „wesentlich erhöhen" erlauben einen breiten Spielraum der Deutung der Zielerreichung. Dies bringt insbesondere in Hinblick auf die Bewertbarkeit einer Zielerreichung mit Indikatoren erhebliche Schwierigkeiten mit sich. Den Nationalstaaten ist es freigestellt, zusätzlich zu den globalen Targets auch nationale Unterziele festzulegen. Werden bei der Festlegung von Zielen die entsprechenden Indikatoren mit berücksichtigt, so ist eine solide Bewertung der Zielerreichung möglich.

In Österreich wurden keine nationalen Zielwerte für die Agenda 2030 Targets festgelegt. Damit ist naturgemäß weitgehend keine Bewertung der Zielerreichung möglich. Eine Bewertung der Entwicklung der Indikatoren wäre jedoch durchaus möglich. Eurostat bewertet beispielsweise die Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren sowie der Europa 2020 Indikatoren mittels einer 4-teiligen Wettersymbolik, die aktuelle Ausgabe berücksichtigt dabei bereits die SDGs (Eurostat 2016b).

Im Zuge von *WgÖ?* wird die Entwicklung der einzelnen Indikatoren (zumeist in Bezug auf Referenz- oder Zielgrößen) bewertet, die Bewertung der Indikatoren ist dabei Teil eines von einem externen Expertenteam durchgeführten Evaluationsprozesses (siehe Kapitel 1.3), Statistik Austria nimmt auf die Bewertung der einzelnen Indikatoren keinen Einfluss. Bei der Bewertung der Entwicklung der *WgÖ?*-Indikatoren werden auch die Europa 2020-Ziele zugrunde gelegt (Europäische Kommission 2010). Damit konnte die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen werden. Bewertungen dieser Art sind intuitiv verständlich und ergeben gemeinsam betrachtet ein Gesamtbild der Entwicklung des Indikatorensets.

Die Bewertung der Entwicklung der Indikatoren erfolgt in *WgÖ?* mittels einer 5-teiligen Wettersymbolik. Gegenstand sind kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen der Vergangenheit: Während die kurzfristige Perspektive auf die letzten drei verfügbaren Jahre fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die gesamte verfügbare Zeitreihe eines Indikators. Eine langfristige Beurteilung wird nur dann durchgeführt, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind (siehe Kapitel 1.3). Auf eine zusammenfassende Bewertung der Dimensionen oder der drei Bereiche „Materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt" wurde bewusst verzichtet. Dafür wäre die Aggregierung der Bewertungen der einzelnen Indikatoren notwendig gewesen.

Wiewohl dieses Vorgehen der Aggregierung im Rahmen der Agenda 2030 in internationalen Studien häufig gewählt wird (OECD 2017, Sachs et al. 2017, Eurostat 2016b), birgt es ähnliche Gefahren wie die Entwicklung von zusammengesetzten Indikatoren (composite indicators). Diese sind ein vieldiskutiertes Thema: Generell liefern sie eine attraktivere Basis für breite öffentliche Aufmerksamkeit, als ein komplexes System vielfältiger Teilindika-

toren. Auch der Zeitvergleich fällt leichter, weil sich ein einziger Trend eher evaluieren lässt als mehrere, möglicherweise sogar gegenläufige Entwicklungen.

Der Preis für diese Vorteile ist potentiell allerdings hoch, denn es besteht die Gefahr, *relevante* Information zu verlieren. Wenn unterschiedliche Variablen zu inkonsistenten Schlussfolgerungen führen, dann ist die konsistente, leicht kommunizierbare Aggregation möglicherweise irreführend oder verfälschend.

Eine weitere Schwierigkeit betrifft die Gewichtung einzelner Teilinformationen, dies sind Bewertungen, die nicht durch Statistikinstitutionen vorgenommen werden sollen/können und die Interpretierbarkeit einer solchen Maßzahl. Composite indicators stehen immer vor dem Problem, konfligierende oder voneinander unabhängige Phänomene in einer Zahl abbilden zu wollen. Dieses Phänomen tritt auch bei der Entwicklung einer aggregierten Bewertung auf.

Eine bewertende Einschätzung der Entwicklung der Agenda 2030-Indikatoren ist nach derzeitigem Entwicklungsstand für *WgÖ?*-Schlüsselindikatoren möglich sowie für Indikatoren, für welche international anerkannte Referenz- oder Zielgrößen vorhanden sind (beispielsweise im Rahmen der Europa 2020 Strategie).

Darüber hinaus ist für viele der Indikatoren die gewünschte Richtung von vorherein implizit erkenntlich, wie beispielsweise beim Indikator zur Müttersterblichkeit. Bei anderen Indikatoren, wie etwa dem gesamten F&E Personal, ist die Frage ob und bis zu welchem Anteil eine Steigerung im Sinn der Agenda 2030 Indikatoren gewünscht ist, nicht klar ersichtlich. Wie die Bewertung der Zielerreichung im Rahmen der Agenda 2030 erfolgen soll ist dem folgend derzeit noch nicht festgelegt. Bei der Bewertung von Indikatoren sollten jedoch die Grundsätze der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Objektivität, wie im Verhaltenskodex für Europäische Statistiken festgehalten, berücksichtigt werden (Eurostat 2011).

A.3
Wie geht's Österreich? in den Zielen der SDGs

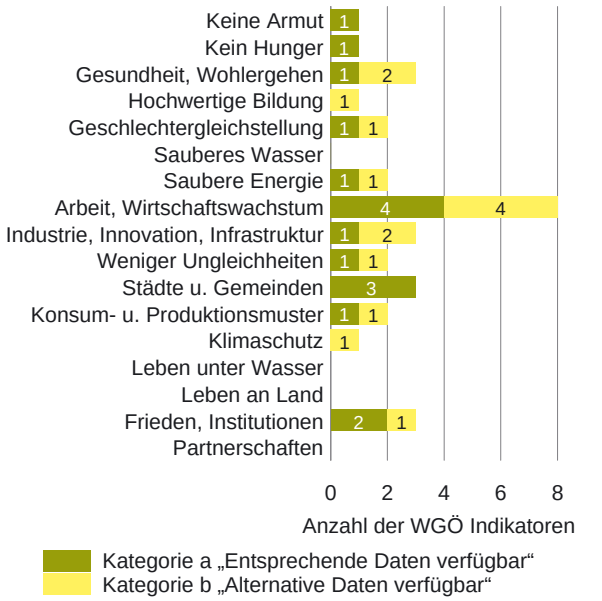
Wie in den vorangehenden Kapiteln bereits beschrieben, wurde 2017 eine Überarbeitung des *WgÖ?*-Indikatorensets unter Berücksichtigung des SDG-Indikatorensets vorgenommen. Bei der Revision wurden die Schlüsselindikatoren von *WgÖ?* den UN SDG-Indikatoren im Rahmen eines Indikatorenmappings gegenübergestellt. Alle *WgÖ?*-Schlüsselindikatoren wurden den Targets der Agenda 2030 zugeordnet und, soweit nicht bereits enthalten, als alternative Indikatoren zum nationalen SDG-Indikatorenset hinzugefügt. So finden sich alle 30+1 Schlüsselindikatoren im SDG-Indikatorenset wieder.

Grafik 7 zeigt die Häufigkeiten der *WgÖ?*-Schlüsselindikatoren nach den Zielen der Agenda 2030. Die mit Abstand stärkste Überschneidung ergibt sich bei Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern. In diesem Ziel finden sich insgesamt acht Schlüsselindikatoren von *WgÖ?* wieder, davon entsprechen vier den UN-Indikatorenvorschlägen, weitere vier (privater Konsum, verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, Erwerbstätigenquote und frühe Schul- und Ausbildungsabgänger) wurden als alternative Indikatoren hinzugefügt. Auch in den meisten anderen Zielen ist *WgÖ?* mit zumindest ein oder zwei Indikatoren vertreten. Insgesamt vier Ziele enthalten jedoch keine Indikatoren aus dem *WgÖ?* Set. Neben dem Leben unter Wasser sind dies sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen, das Leben am Land und Partnerschaften zur Erreichung der Ziele.

16 *WgÖ?* Schlüsselindikatoren entsprechen einem UN-Indikatorenvorschlag und sind damit als Kategorie a „Entsprechende Daten verfügbar" definiert, 15 Indikatoren wurden als Kategorie b "Alternative Daten verfügbar" einem Target zugeordnet (siehe auch Grafik A.3). Aus dem Blickwinkel von *WgÖ?* betrachtet finden sich demzufolge 16 der UN-Indikatorenvorschläge im Schlüsselindikatorenset von *WgÖ?* wieder.

Der folgende Abschnitt präsentiert Auszüge aus den SDG-Indikatorentabellen von Statistik Austria zum Stand Oktober 2017. Die Auszüge fokussieren auf die Überschneidungen des Indikatorensets von *WgÖ?* mit dem nationalen

Grafik A.3
Wie geht's Österreich? in den Zielen der SDGs



Q: STATISTIK AUSTRIA.

SDG-Indikatorenset. Dargestellt werden die Agenda 2030 Targets sowie die entsprechenden Indikatorenvorschläge von Statistik Austria. Die UN-Indikatorenvorschläge der Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG) sind nicht in den u.a. Tabellen enthalten und können über die offizielle Homepage der UN Agenda 2030 betrachtet werden5. Die Gesamttabellen inklusive der Information zu den UN-Indikatorenvorschlägen, genauer Quellenangaben sowie Links werden voraussichtlich Ende des Jahres auf der Homepage von Statistik Austria publiziert6.

Die im nachfolgenden Text angesprochene Bewertung wurde von einem externen Expertenteam für die *WgÖ?* Schlüsselindikatoren vorgenommen. Die exakten Bewertungstexte finden sich in den jeweiligen Kapiteln zu den Schlüsselindikatoren wieder, die Bewertung bezieht sich auf die letzten 3 Jahre (kurzfristige Bewertung, siehe auch Kapitel 1.3). Für Indikatoren, die nicht im Rahmen des Bewertungsprozesses von *WgÖ?* behandelt wurden, kann keine Bewertung vorgenommen werden.

[5] https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/
[6] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/internationales/agenda2030_sustainable_development_goals/index.html

Agenda 2030 Indikatorenset – Auszug im Kontext von WgÖ?

Ziel 1 der Sustainable Development Goals sieht vor, Armut in allen ihren Formen und überall zu beenden. Das SDG-Indikatorenrahmenwerk der IAEG-SDGs listet dazu 14 Indikatorenvorschläge in sieben Unterzielen. Wie Tabelle A.1 zeigt, können aktuell fünf der Hauptindikatoren dieses Ziels durch Daten der Statistik Austria abgedeckt werden.

Auch der *WgÖ?*-Schlüsselindikator zur Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und Indikator der Europa 2020 Strategie findet sich im nationalen SDG-Indikatorenset wieder. Wie in Kapitel 3.2 bereits beschrieben, konnte die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den vergangenen Jahren reduziert werden. Die Veränderungen zwischen den einzelnen Jahren sind jedoch aufgrund der statistischen Schwankungsbreite mit großer Vorsicht zu interpretieren. Da die Quote 2016 unter dem Europa 2020 Zielpfad lag, fällt die Bewertung des Schlüsselindikators tendenziell positiv aus. Ebenso eine Tendenz in die gewünschte Richtung lässt sich bei der Armutsgefährdung sowie bei den unter erheblicher materieller Deprivation lebenden Personen erkennen.

Ziel 1
Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
1.2 Bis 2030 den Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in Armut in all ihren Dimensionen nach der jeweiligen nationalen Definition leben, mindestens um die Hälfte senken	Armutsgefährdung	Anteil in %	14,7	14,5	14,4	14,4	14,1	13,9	14,1	STAT	a
	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	Anteil in %	18,9	19,2	18,5	18,8	19,2	18,3	18,0	STAT	🔑 a
1.3 Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen	Anteil des durchschnittl. Bestands an ALG- und NH-BezieherInnen am gesamten durchschnittl. Arbeitslosenbestand	Anteil in %	91,4	90,5	90,7	90,9	89,3	88,7	87,6	STAT	a
1.4 Bis 2030 sicherstellen, dass alle Männer und Frauen, insbesondere die Armen und Schwachen, die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu grundlegenden Diensten, Grundeigentum und Verfügungsgewalt über Grund und Boden und sonstigen Vermögensformen, Erbschaften, natürlichen Ressourcen, geeigneten neuen Technologien und Finanzdienstleistungen einschließlich Mikrofinanzierung haben	Unter erheblicher materieller Deprivation leidende Personen	Anteil in %	4,3	4,0	4,0	4,2	4,0	3,6	3,0	STAT	b
1.5 Bis 2030 die Widerstandsfähigkeit der Armen und der Menschen in prekären Situationen erhöhen und ihre Exposition und Anfälligkeit gegenüber klimabedingten Extremereignissen und anderen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schocks und Katastrophen verringern	Todesfälle durch Katastrophen per 100.000 Einwohner	Altersstandardisierte Rate	0,8	0,3	0,7	0,8	0,7	0,6	.	STAT	a

Mit **Ziel 2** der SDGs einigten sich die unterzeichnenden Länder darauf, den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung zu erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Hierzu schlägt das Rahmenwerk der UN 13 Indikatoren vor, von welchen sieben als für Österreich nicht relevant eingestuft wurden. Die Einteilung eines Indikators in „Nicht relevant, Ziel bereits erreicht" folgt dabei wie erwähnt dem Eurostat-Vorschlag zu „Data Gaps at EU Level" (Eurostat, 2016a)

Tabelle A.2 zeigt beispielhaft den *WgÖ?*-Schlüsselindikator Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche sowie einen weiteren Indikator, für welchen Daten der Statistik Austria zu Verfügung stehen, zu den Ausgaben für Land- und Forstwirtschaft. Beim *WgÖ?*-Schlüsselindikator Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche zeigt sich ein deutlicher Anstieg in den letzten drei Beobachtungsjahren, welcher als positiv zu bewerten ist. Der Anteil der Ausgaben für Land- und Forstwirtschaft an den gesamten Staatsausgaben ging in den vergangenen Jahren von 0,9 % auf 0,7 % zurück.

Ziel 2
Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
2.4 Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftl. Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereign., Dürren, Überschwemmungen u.a. Katastrophen erhöhen und d. Flächen- und Bodenqualität schrittw. verbessern	Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten LW-Fläche (ohne Almen)	in %	18,4	18,4	18,6	18,7	18,7	19,3	20,5	BMLFUW	a
2.a Die Investitionen in die ländliche Infrastruktur, die Agrarforschung und landw. Beratungsdienste, die Technologieentwicklung sowie Genbanken für Pflanzen und Nutztiere erhöhen, unter anderem durch verstärkte internat. Zusammenarbeit, um die landwirtschaftliche Produktionskapazität in den Entwicklungsländern und insb. den am wenigsten entwickelten Ländern zu verbessern	Ausgaben für Land- und Forstwirtschaft	Anteil in % der gesamten Staatsausgaben	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	STAT	a

Ziel 3 der SDGs erfasst die Bedeutung der Gesundheit und des Wohlergehens aller Menschen, einem Bereich, der auch im *WgÖ?*–Set durch drei Schlüsselindikatoren vertreten ist. Der Indikator frühzeitige Sterblichkeit durch die wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten wurde im Zuge der Überarbeitung des *WgÖ?*-Sets 2017 als neuer Schlüsselindikator eingeführt. Nicht übertragbare, potentiell tödliche Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder chronische Erkrankungen der unteren Atemwege stellen schwerwiegende Gesundheitsprobleme in der entwickelten Welt dar. Da die frühzeitige Sterblichkeit in den letzten Jahren etwas zurückging, fiel die kurzfristige Bewertung tendenziell positiv aus. Wie in Kapitel 3.4 beschrieben, blieb der subjektive Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant, wobei der Anteil jener Personen, welche ihre Gesundheit als sehr gut/ gut einstufen, geringfügig angestiegen ist und der Anteil jener Personen, welche ihre Gesundheit als sehr schlecht/ schlecht einstufen, gesunken ist.

Als dritter Schlüsselindikator wurde die gesamte Lebenszufriedenheit als alternativer Indikator hinzugefügt. Hier zeigt sich ein leichter Anstieg seit 2013, weshalb die kurzfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird. Die Daten zur Selbstmordrate zeigen, dass die Selbstmorde auf 100.000 Einwohner in den vergangenen sechs Jahren (2010-2015) von 15,3 auf 14,3 reduziert werden konnte. Auch bei der Sterblichkeit der Unter-Fünfjährigen konnte eine Reduktion erreicht werden. Bei der Müttersterblichkeitsrate kam es 2014 hingegen zu einem deutlichen Anstieg, die Sterblichkeit ging 2015 wieder zurück, liegt aber weiterhin über den Werten zu Beginn der Zeitreihe.

Ziel 3
Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
3.1 Bis 2030 die weltweite Müttersterblichkeit auf unter 70 je 100.000 Lebendgeburten senken	Müttersterblichkeitsrate auf 100.000 Lebendgeborene	Rate	1,3	2,6	1,3	1,3	8,6	4,7	.	STAT	a
3.2 Bis 2030 den vermeidbaren Todesfällen bei Neugeborenen und Kindern unter 5 Jahren ein Ende setzen, mit dem von allen Ländern zu verfolgenden Ziel, die Sterblichkeit bei Neugeborenen mindestens auf 12 je 1.000 Lebendgeburten und bei Kindern unter 5 Jahren mindestens auf 25 je 1.000 Lebendgeburten zu senken	Sterblichkeitsrate von Unter-Fünfjährigen auf 1.000 Lebendgeborene	Rate	4,7	4,3	3,8	3,8	3,6	3,6	.	STAT	a
	Sterblichkeitsrate von Neugeborenen auf 1.000 Lebendgeborene	Rate	2,7	2,4	2,3	2,3	2,3	2,3	.	STAT	a
3.4 Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern	Frühzeitige Sterblichkeit auf 100.000 Einwohner	Altersstandardisierte Rate der 30 bis unter 70-Jährigen	293,1	288,3	280,3	276,2	272,2	267,1	259,0	STAT	a
	Selbstmordrate auf 100.000 Einwohner	Altersstandardisierte Rate	15,3	15,5	15,1	15,2	15,2	14,3	.	STAT	a
	Subjektiver Gesundheitszustand	sehr gut/ gut in %	69,5	68,8	70,0	68,7	69,6	69,9	70,3	STAT	b
		mittelmäßig in %	21,3	21,8	21,0	22,3	21,5	21,3	21,6		
		sehr schlecht/ schlecht in %	9,2	9,4	9,0	9,0	8,9	8,8	8,1		
	Gesamte Lebenszufriedenheit (Skala 0-10)	Mittelwert	.	.	.	7,8	7,8	7,9	7,9	STAT	b
3.6 Bis 2020 die Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen weltweit halbieren	Todesfälle durch Straßenverkehrsunfälle	Getötete je 1 Mio. Einwohner	66,0	62,0	63,0	54,0	50,0	56,0	.	STAT	a

Das **Ziel 4** der SDGs strebt eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung sowie Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle an. *WgÖ?*-Schlüsselindikator in der Dimension Bildung sowie auch einer der Zielwert der Europa 2020 Strategie ist die Tertiärquote der Bevölkerung zwischen 30 und 34 Jahren (Altersgruppe, in der in der Regel von einer abgeschlossenen Tertiärausbildung ausgegangen werden kann). Da die Tertiärquote in Österreich seit 2010 um insgesamt 5,2 %-Punkte erhöht werden konnte, und das nationale Europa 2020 Ziel von 38 % bereits erreicht wurde, kann man für diesen Indikator von einer positiven Entwicklung sprechen. Dabei ist anzumerken, dass BHS-Abschlüsse in Österreich generell als tertiär gezählt werden.

Auch beim lebenslangen Lernen konnte der Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 Jahre, die an beruflichen oder allgemeinen Weiterbildungsaktivitäten teilnahmen, seit 2010 angehoben werden. Für den Indikator Kinder in vorschulischen Einrichtungen zwischen 4 Jahren und dem Schulpflichtalter liegen Daten für die Jahre 2013 bis 2015 vor, auch hier ergab sich eine Steigerung von 1,1 %-Punkten.

Ziel 4
Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
4.2 Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind	Kinder in vorschulischen Einrichtungen zwischen 4 Jahren und dem Schulpflichtalter	in % der entsprechenden Altersgruppe in der Bevölkerung	.	.	.	93,9	94,0	95,0	.	STAT	a
4.3 Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung einschließlich universitärer Bildung gewährleisten	Lebenslanges Lernen	%	13,8	13,5	14,2	14,1	14,3	14,4	14,9	STAT	a
	Tertiärer Bildungsabschluss	in % der 30-34-jährigen	34,9	36,4	37,9	39,3	40,0	38,7	40,1	STAT	b
4.6 Bis 2030 sicherstellen, dass alle Jugendlichen und ein erheblicher Anteil der männlichen und weiblichen Erwachsenen lesen, schreiben und rechnen lernen	Anteil der Bevölkerung einer bestimmten Altersgruppe, die über ein Mindestmaß an Kenntnissen in a) Lesen und Schreiben b) Mathematik verfügen	% (Lesen)	.	.	97,5	.	.	.	.	STAT	a
		% (Mathematik)	.	.	96,5	.	.	.	.	STAT	

Ziel 5 zielt auf Geschlechtergleichstellung ab sowie darauf, alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung zu befähigen. Die UN-Indikatorenvorschläge nennen für dieses Ziel 14 Indikatoren, wovon vier für Österreich als nicht relevant eingestuft werden können, wie etwa der Anteil der Mädchen und Frauen, die einer Genitalverstümmelung ausgeliefert waren. Weitere drei können als Indikatoren auf UN-Ebene klassifiziert werden, und für vier relevante Indikatoren gibt es derzeit keine Daten aus der amtlichen Statistik , wie beispielsweise für Indikatoren im Bereich körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalttätigkeit gegenüber Frauen und Mädchen.

In anderen Bereichen, wie dem Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen, liegt eine europaweit etablierte Methodik und entsprechende Zeitreihe vor. Der *WgÖ?*-Schlüsselindikator „Gender Pay Gap" (unbereinigt) ist einer aus einer Reihe von Gender Equality Indikatoren, die zur Messung der Geschlechtergleichstellung in der EU herangezogen werden. Hier zeigt sich, dass in Österreich in den vergangenen Jahren ein Rückgang des Verdienstunterschiedes zwischen Männern und Frauen erreicht werden konnte. Da dieser Rückgang jedoch von einem sehr hohen Niveau ausgeht und vor allem in den letzten Jahren nur sehr langsam vorangeht, wird die Entwicklung der kurzen Frist vom *WgÖ?* Expertengremium als neutral eingestuft. Für den zweiten *WgÖ?*-Schlüsselindikator, dem Zeitaufwand für Haushaltsführung und Kinderbetreuung, stammen die Daten aus der Zeitverwendungserhebung 2008/2009 und wurden exemplarisch für 2010 eingefügt. Hier zeigt sich, dass Frauen fast doppelt so viel Zeit für Haushaltsführung und Kinderbetreuung aufwenden wie Männer.

Auch bei einem weiteren SDG-Indikator im Bereich Geschlechtergleichstellung konnten in den vergangenen Jahren Verbesserungen erreicht werden. So konnte der Anteil weiblicher Führungskräfte von 28,4 % auf 32,2 % gesteigert werden.

Ziel 5
Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
5.1 Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden	Gender Pay Gap	in %	24,0	23,5	22,9	22,3	22,2	21,7	.	STAT	b
5.4 Unbezahlte Pflege- und Hausarbeit durch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen, Sozialschutzmaßnahmen und die Förderung geteilter Verantwortung innerhalb des Haushalts und der Familie entsprechend den nationalen Gegebenheiten anerkennen und wertschätzen	Zeitaufwand für Haushaltsführung und Kinderbetreuung – Frauen ab 19 Jahren	Anteil pro Tag in % für 2009	19,7	.	.	.	.	.	.	STAT	a
	Zeitaufwand für Haushaltsführung und Kinderbetreuung – Männer ab 19 Jahren	Anteil pro Tag in % für 2009	10,6	.	.	.	.	.	.	STAT	
5.5 Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen	Anteil weiblicher Führungskräfte	Anteil in %	.	28,4	30,9	29,9	31,1	30,0	32,2	STAT	a

Der Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie wird als **Ziel 7** der SDG formuliert. Hierunter fallen im SDG-Indikatorenrahmenwerk insgesamt sechs UN-Indikatorenvorschläge. Der *WgÖ?*-Schlüsselindikator Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch findet sich unter diesem Ziel im SDG-Set wieder. Im Rahmen des Europa 2020 Ziels ist für Österreich eine Anteilssteigerung der erneuerbaren Energien auf 34 % am Bruttoendenergieverbrauch vorgesehen. Wie in Kapitel 4.4 beschrieben, liegt Österreich mit 32,4 % über diesem Zielpfad, durch die Stagnation von 2014 auf 2016 (vorläufiger Wert) fällt die kurzfristige Bewertung neutral aus.

Target 7.3. „Die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppeln" enthält zwei Indikatoren von Statistik Austria, einerseits die Energieintensität (Anteil des energetischen Endverbrauchs am Bruttoinlandsprodukt) und als alternativen Indikator den *WgÖ?*-Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch. Wie aus Tabelle A.6 ersichtlich, konnte die Energieintensität seit 2010 etwas reduziert werden. Der energetische Endverbrauch (jene Energiemenge, die dem Verbraucher für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird) liegt in Österreich auf einem sehr hohen Niveau, im Sinne der Begrenzung des Klimawandels wäre hier ein deutlicher Rückgang notwendig. Zudem liegt der energetische Endverbrauch zuletzt deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert - laut Bundes-Energieeffizienzgesetz, Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014 soll der heimische energetische Endverbrauch im Jahr 2020 1.050 Petajoule (PJ) nicht überschreiten. Für *WgÖ?* wurde daher die kurzfristige Entwicklung als tendenziell negativ beurteilt.

Ziel 7
Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
7.2 Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen	Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch	Anteile in %	30,1	30,3	31,3	32,2	32,7	32,8	32,4	STAT	a
7.3 Bis 2030 die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppeln	Energieintensität: Anteil des Energetischen Endverbrauchs (temp) je BIP real	Megajoule per Euro	3,8	3,6	3,5	3,6	3,4	3,5	.	STAT	a
	Energetischer Endverbrauch	in PJ	1.117	1.077	1.073	1.109	1.056	1.087	1.121	STAT	b

Ziel 8 „Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern" ist ein sehr umfassendes Ziel, insgesamt 17 Indikatoren werden dazu im UN SDG-Set vorgeschlagen. Acht der *WgÖ?*-Schlüsselindikatoren finden sich unter Ziel 8 im nationalen SDG-Indikatorenset wieder. Da es sich bei den Indikatoren für dieses Ziel unter anderem um volkswirtschaftliche Kennzahlen, wie etwa BIP pro Kopf oder die Arbeitslosenrate, handelt, ist die Datenlage sehr gut. Darüber hinaus finden sich jedoch auch arbeits- und ausbildungsbezogene Indikatoren unter diesem Ziel, wie der Anteil der frühen Schul- und Ausbildungsabgänger. Während das BIP pro Kopf in Österreich real in den vergangenen Jahren nur sehr verhalten wuchs, kam es 2015 zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität, welcher jedoch 2016 teilweise wieder konterkariert wurde. Für die kurze Frist wurde die Entwicklung des BIP pro Kopf vom *WgÖ?*-Expertenteam als neutral, die der Arbeitsproduktivität als tendenziell positiv beurteilt. Die beiden *WgÖ?* Schlüsselindikatoren verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte werden als alternative Indikatoren im SDG-Set angeführt. Für beide Indikatoren wird die kurzfristige Entwicklung als neutral bewertet.

Wie bereits in Kapitel 4.2 besprochen, liegt der Materialverbrauch in Österreich auf zu hohem Niveau, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen, der Verlauf seit 2013 wird durch das *WgÖ?*-Expertenteam als tendenziell negativ bewertet.

Von 2012 bis 2016 ist ein kontinuierlicher Anstieg der nationalen Arbeitslosenrate auf zuletzt 6,0 % zu verzeichnen, die kurzfristige Bewertung für *WgÖ?* fällt aufgrund des Anstiegs seit 2014 und der gegenläufigen Bewegung zur Arbeitslosenquote der EU-28 tendenziell negativ aus. Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde die Erwerbstätigenquote - ein *WgÖ?*-Schlüsselindikator und SDG-Alternativindikator im nationalen SDG-Indikatorenset - als Leitindikator für die Beschäftigung definiert. Bis 2020 sollen in der EU 75 % der 20-64-Jährigen in Erwerbstätigkeit stehen. Das nationale Ziel liegt bei 77 %. In Österreich konnte die Erwerbstätigenquote in den vergangenen sechs Jahren von 73,9 % auf 74,8 % gesteigert werden, womit sie sich nach einem Rückgang 2014 wieder dem Europa 2020-Zielpfad annähert. Die kurzfristige Entwicklung wird vom *WgÖ?*-Expertenteam als neutral eingeschätzt, da sie 2016 noch unter dem Europa 2020-Zielpfad lag.

Die Entwicklung der NEETS (des Anteils junger Erwachsener, die weder erwerbstätig noch in Ausbildung oder Weiterbildung sind) zeigte seit 2010 sowohl Auf- als auch Abwärtsbewegungen, welche jedoch aufgrund der eingeschränkten Gruppe auf 18-24-Jährige auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein könnten. Mit den frühen Schul- und Ausbildungsabgängern findet ein weiterer *WgÖ?*-Schlüsselindikator, welcher auch Teil der Europa 2020 Strategie ist, als alternativer Indikator Eingang ins nationale SDG-Set. Als nationales Ziel wurde hier eine Quote von 9,5 % vereinbart, welche bereits im Jahr 2009 unterschritten wurde. Da es in den letzten Jahren zur keiner deutlichen Veränderung mehr kam, fällt die kurzfristige Bewertung nur tendenziell positiv aus.

Ziel 8

Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Daten-quelle	Code
8.1 Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten und insbesondere ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern aufrechterhalten	Reales BIP-Wachstum pro Kopf		1,6	2,6	0,2	-0,6	0,1	0,1	0,2	STAT	a
	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf inkl. S.15, netto, Verbrauchskonzept	Index, 1995=100	100,0	99,3	100,3	98,3	97,9	97,5	98,9	STAT	b
	Konsumausgaben der privaten Haushalte pro Kopf, Verbrauchskonzept	Index, 1995=100	100,0	100,9	101,0	100,6	100,2	99,9	100,4	STAT	b
8.2 Eine höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation erreichen, einschließlich durch Konzentration auf mit hoher Wertschöpfung verbundene und arbeitsintensive Sektoren	Wachstum des realen BIP pro Kopf pro gearbeiteter Stunden		1,5	1,0	1,1	0,6	0,5	1,9	-0,4	STAT	a
8.4 Bis 2030 die weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion Schritt für Schritt verbessern und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben, im Einklang mit dem Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, wobei die entwickelten Länder die Führung übernehmen	Inländischer Materialverbrauch	In Mio. Tonnen	173	182	178	175	176	174	180	STAT	a
8.5 Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen	Arbeitslosen-Quote (ILO-Definition)	in % der 15-74 jährigen Erwerbspersonen	4,8	4,6	4,9	5,4	5,6	5,7	6,0	STAT	a
	Erwerbstätigenquote	in % der 20-64 Jährigen	73,9	74,2	74,4	74,6	74,2	74,3	74,8	STAT	b
8.6 Bis 2020 den Anteil junger Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, erheblich verringern	„NEET" (Anteil junger Erwachsener, die weder erwerbstätig noch in Aus- oder Weiterbildung sind)	(in % der 18-24-Jährigen)	7,4	7,3	6,8	7,3	7,7	7,5	7,7	STAT	a
	Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger	(in % der 18-24-Jährigen)	8,3	8,3	7,6	7,3	7,0	7,3	6,9	STAT	b

Ziel 9 stellt darauf ab, eine widerstandsfähige Infrastruktur aufzubauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung zu fördern und Innovationen zu unterstützen. Die Indikatoren, welche Statistik Austria in Anlehnung an die UN-Vorschläge zu den Targets dieses Ziels ins SDG-Indikatorenset aufgenommen hat, beinhalten neben den *WgÖ?*-Schlüsselindikatoren Güterverkehr im Inland und Energieverbrauch des Verkehrs beispielsweise die Wertschöpfung der Herstellung von Waren in der Spitzentechnologie in % der Wertschöpfung oder den Anteil der Bruttowertschöpfung kleiner und mittlerer Industrieunternehmen an der gesamten Bruttowertschöpfung. Für die beiden *WgÖ?*-Indikatoren wurde bereits in Kapitel 4.5 dargestellt, dass die kurzfristige Entwicklung des Güterverkehrs und die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs im Inland als sehr problematisch einzuschätzen sind.

Für die Anteile an der Wertschöpfung der Herstellung von Waren in der Spitzentechnologie und mittleren Hochtechnologie macht sich seit 2010 ein leichter Anstieg bemerkbar. Dieselbe Entwicklung lässt sich auch anhand der Daten zu den Beschäftigten in diesem Bereich beobachten. Die Forschungsquote, eines der Ziele der Europa 2020- Strategie der Europäischen Union, konnte seit 2010 von 2,7 % auf 3,1 % erhöht werden, liegt jedoch noch unter dem nationalen Zielwert von 3,76 %. Der Anteil der Bruttowertschöpfung kleiner und mittlerer Industrieunternehmen an der gesamten Bruttowertschöpfung blieb seit 2010 unverändert.

Ziel 9
Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
9.1 Eine hochwertige, verlässliche, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, einschließlich regionaler und grenzüberschreitender Infrastruktur, um die wirtschaftliche Entwicklung und das menschliche Wohlergehen zu unterstützen, und dabei den Schwerpunkt auf einen erschwinglichen und gleichberechtigten Zugang für alle legen	Güterverkehr im Inland – Transportleistung (ohne Rohrleitungen)	in Mrd. Tonnenkilometern	56,2	57,8	55,9	56,0	59,0	59,4	.	STAT	a
	Energieverbrauch des Verkehrs	PJ	369	361	355	370	366	378	392	STAT	b
	Emissionen des Verkehrs gesamt	Mio t CO_2 Äquiv.	22	21	21	22	22	22	.	UBA	b
9.2 Eine breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und bis 2030 den Anteil der Industrie an der Beschäftigung und am Bruttoinlandsprodukt entsprechend den nationalen Gegebenheiten erheblich steigern und den Anteil in den am wenigsten entwickelten Ländern verdoppeln	Wertschöpfung der Herstellung von Waren in der Spitzentechnologie und mittleren Hochtechnologie in % der Wertschöpfung insgesamt	%	7,9	8,2	8,3	8,3	8,3	8,3	.	STAT	a
	Beschäftigte in der Herstellung von Waren in der Spitzentechnologie und mittleren Hochtechnologie in % der Beschäftigten insgesamt (Vollzeitäquivalente)	%	5,3	5,4	5,5	5,5	5,5	5,6	.	STAT	a
9.3 Insbesondere in den Entwicklungsländern den Zugang kleiner Industrie- und anderer Unternehmen zu Finanzdienstleistungen, einschließlich bezahlbaren Krediten, und ihre Einbindung in Wertschöpfungsketten und Märkte erhöhen	Anteil der Bruttowertschöpfung kleiner und mittlerer Industrieunternehmen an der gesamten Bruttowertschöpfung	%	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	.	.	STAT	a
9.5 Die wissenschaftliche Forschung verbessern und die technologischen Kapazitäten der Industriesektoren in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern ausbauen und zu diesem Zweck bis 2030 unter anderem Innovationen fördern und die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen sowie die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen	Bruttoinlandsausgaben für F & E (GERD)	%	2,7	2,7	2,9	3,0	3,1	3,1	3,1	STAT	a
	Gesamtes F&E Personal	Anzahl pro Mio. Einwohner	.	7292,1	.	7215,8	.	.	.	STAT	a

Das **Ziel 10** der Sustainable Development Goals, die Ungleichheit in und zwischen Ländern zu verringern, betrifft eine Thematik, welche auch in *WgÖ?* durch viele Indikatoren direkt als Schlüsselindikator und indirekt durch Disaggregationen und Zusatzinformationen enthalten ist. So finden sich drei Schlüsselindikatoren und ein Zusatzindikator aus *WgÖ?* in diesem Ziel wieder.

Target 10.1 betrifft die Einkommensverteilung. Wie in Kapitel 2.7 beschrieben, sanken die Bruttojahreseinkommen des untersten Quartils inflationsbereinigt in den vergangenen Jahren stärker als jene des dritten Quartils. Es kam demnach zu einer Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen. Diese Entwicklung ist jedoch immer im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Teilzeitquote der vergangenen 15 Jahre zu verstehen, weswegen die kurzfristige Bewertung für *WgÖ?* neutral ausfällt. Die Verteilung der verfügbaren Nettohaushaltseinkommen (S80/S20 Einkommensquintilsverhältnis) zeigt, dass im Jahr 2016 Haushalte im obersten Quintil viermal mehr Einkommen hatten, als jene im untersten Einkommensquintil. Dabei lässt sich seit 2010 keine deutliche Veränderung dieser sekundären Einkommensverteilung feststellen, die Bewertung der kurzen Frist (2014-2016) fällt daher neutral aus.

Im Set der SDGs ist darüber hinaus auch die Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle bei 40 %, 50 % und 70 % sowie die Lohnquote als Verteilungsindikator enthalten.

Ziel 10
Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
10.1 Bis 2030 nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung erreichen und aufrechterhalten	Inflationsbereinigte Entwicklung der Bruttojahreseinkommen, 1.EK-Quartil	Index	100,0	95,7	94,6	93,2	93,5	93,2	.	STAT	a
	Inflationsbereinigte Entwicklung der Bruttojahreseinkommen, 3.EK-Quartil	Index	100,0	98,1	98,2	98,0	98,1	98,9	.	STAT	
	Einkommensquintilsverhältnis	Verhältnis-zahl	4,3	4,1	4,2	4,1	4,1	4,1	4,1	STAT	b
10.2 Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern	Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle 40%	%	5,0	3,9	4,5	4,9	4,0	3,8	4,7	STAT	
	Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle 50%	%	9,1	8,0	8,4	8,6	8,2	8,3	8,1	STAT	a
	Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle 70%	%	22,1	22,5	21,6	21,5	21,2	21,8	22,9	STAT	
10.4 Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen	Lohnquote		66,6	66,4	67,9	68,7	69,3	70,1	70,0	STAT	a

Ziel 11 spiegelt den Entschluss der unterzeichnenden Länder wieder, Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten. Auch in diesem Ziel finden sich drei der *WgÖ?*-Schlüsselindikatoren wieder. Der Schlüsselindikator zur Flächeninanspruchnahme bildet die Entwicklung von Flächennutzungen ab und stellt damit einen wesentlichen Aspekt bei der Betrachtung von Land- und Bodenressourcen dar. Durch eine geringe Abschwächung des Anstiegs, wird die kurzfristige Entwicklung vom *WgÖ?*-Expertengremium als tendenziell negativ eingeschätzt.

Der *WgÖ?*-Schlüsselindikator PM_{10} Emissionen entspricht weitgehend dem UN-Vorschlag „Annual mean levels of fine particulate matter (e.g. $PM_{2.5}$ and PM_{10}) in cities (population weighted)", allerdings sind die Daten für den Schlüsselindikator derzeit nicht nach der Bevölkerung gewichtet und zudem für Gesamtösterreich angegeben. Der Schlüsselindikator beschreibt die jährlichen Emissionen des Luftschadstoffs PM_{10} in Österreich. Die inländischen PM_{10}-Emissionen sind seit 2010 insgesamt zurückgegangen und auch für *WgÖ?* wird kurzfristige der Trend 2013 - 2015 als positiv eingeschätzt. Der zweite Alternativindikator betrifft die Bevölkerung mit „sehr schlechtem Wohnstandard", welcher 2017 als Schlüsselindikator in *WgÖ?* aufgenommen wurde. Hier kam es in den letzten Jahren zu einem Anstieg, weswegen die kurzfristige Entwicklung seit 2014 in *WgÖ?* als tendenziell negativ bewertet wird.

Über *WgÖ?* hinaus enthält dieses Ziel u.a. Indikatoren zu den Öffentlichen Kulturausgaben und den Todesfällen durch Katastrophen (letzterer ist auch in Ziel 1 und 13 enthalten).

Ziel 11
Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
11.1 Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren	Bevölkerung mitsehr "schlechtem Wohnstandard" (nationaler Eingliederungsindikator)	%	3,5	3,0	2,6	2,4	2,0	2,7	3,0	STAT	b
11.3 Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken	Flächeninanspruchnahme je Einwohner	Jährliche Veränderung in %	1,4	1,1	1,1	0,5	0,4	-0,1	-0,5	UBA / STAT	a
	Flächeninanspruchnahme	km²	5.216	5.292	5.375	5.436	5.501	5.553	5.599	UBA	
11.4 Die Anstrengungen zum Schutz und zur Wahrung des Weltkultur und -naturerbes verstärken	Öffentliche Kulturausgaben – Baukulturelles Erbe	in Mio. EUR	207,4	185,2	193,9	173,9	195,3	.	.	STAT	a
11.5 Bis 2030 die Zahl der durch Katastrophen, einschließlich Wasserkatastrophen, bedingten Todesfälle und der davon betroffenen Menschen deutlich reduzieren und die dadurch verursachten unmittelbaren wirtschaftlichen Verluste im Verhältnis zum globalen Bruttoinlandsprodukt wesentlich verringern, mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Armen und von Menschen in prekären Situationen	Todesfälle durch Katastrophen per 100.000 Einwohner	Alters-standardisierte Rate	0,8	0,3	0,7	0,8	0,7	0,6	.	STAT	a
11.6 Bis 2030 die von den Städten ausgehende Umweltbelastung pro Kopf senken, unter anderem mit besonderer Aufmerksamkeit auf der Luftqualität und der kommunalen und sonstigen Abfallbehandlung	PM_{10} Emissionen insgesamt	In Tonnen (ungewichtet)	33.591	32.932	32.445	32.753	30.921	31.318	.	UBA	b

Für das **Ziel 12** Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen, wurde etwa die Hälfte der Indikatoren als keine statistische Daten i.e.S. oder als Indikatoren auf UN-Ebene eingestuft, wie beispielsweise die UN-Indikatorenvorschläge „Anzahl der Länder mit nationalen Aktionsplänen für nachhaltigen Konsum und Produktion" oder „Anzahl der Länder, die eine nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik und Aktionspläne durchführen".

Mit der Ausnahme der *WgÖ?*-Schlüsselindikatoren zum inländischen Materialverbrauch und den Ökosteuern (letzterer wurde als Alternativindikator zum SDG-Set hinzugefügt), liegen zu den verbleibenden Indikatoren keine Daten vor. Wie unter Ziel 8 (und Kapitel 4.2) beschrieben, liegt der Materialverbrauch auf einem sehr hohen Niveau, der Verlauf seit 2013 wird durch das *WgÖ?*-Expertenteam als tendenziell negativ bewertet.

Als weiterer Indikator im Umweltbereich fungieren die Ökosteuern, die für den Schlüsselindikator in *WgÖ?* als Anteile an den Steuereinnahmen insgesamt berechnet werden (Kapitel 4.6), für die nachfolgende Tabelle zu Ziel 12 wird jedoch der Index der Öko-Steuern insgesamt gezeigt. Da der Lenkungseffekt der derzeitigen Ökosteuern vom Bewertungsteam als sehr gering eingestuft wird und sich über die letzten Jahre kaum Veränderungen zeigen, wird der Indikator für *WgÖ?* kurzfristig neutral bewertet.

Ziel 12
Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
12.1 Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer	Öko-Steuern insgesamt	Index, 1995=100	100	108	110	112	115	118	121	STAT	b
12.2 Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen	Inländischer Materialverbrauch	In Mio. Tonnen	173	182	178	175	176	174	180	STAT	a

Das **Ziel 13** Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen, enthält acht Indikatorenvorschläge, von welchen die Hälfte als nicht statistische Daten i.e.S. oder als Indikatoren auf UN-Ebene eingestuft wurden wie beispielsweise der Indikator zur Anzahl der am wenigsten entwickelten Länder und der kleinen Inselentwicklungsländer, die spezielle Unterstützung erhalten, und Umfang der Unterstützung, einschließlich Finanzierung, Technologie und Kapazitätsaufbau im Zusammenhang mit Klimawandel (gekürzt).

Der *WgÖ?*-Schlüsselindikator zu den Treibhausgasemissionen, welcher gleichzeitig ein Indikator der Zielvorgaben der Europa 2020 Strategie im Bereich Klimawandel und Energie ist, findet sich als Alternativindikator im nationalen SDG-Indikatorenset wieder. Die Treibhausgasemissionen liegen international gesehen auf einem sehr hohen Niveau. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird neutral bewertet, zur Erreichung des Ziels für 2020 werden noch weitere Maßnahmen notwendig sein. Für Österreich wurde als nationales Ziel im „Effort-Sharing" festgelegt, die Treibhausgasemissionen in den Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, um mindestens 16 % gegenüber dem Jahr 2005 zu reduzieren.

Darüber hinaus findet sich die altersstandardisierte Rate der Todesfälle durch Katastrophen per 100.000 Einwohner im nationalen SDG-Set (auch in Ziel 1 und 11 enthalten).

Ziel 13
Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
13.1 Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken	Todesfälle durch Katastrophen per 100.000 Einwohner	Altersstandardisierte Rate	0,8	0,3	0,7	0,8	0,7	0,6	.	STAT	a
13.2 Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	Treibhausgasemissionen	Mio t CO_2 Äquivalente	85,1	82,7	80,0	80,2	76,4	78,9	.	UBA	b

Für **Ziel 16** Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen, liegen sehr viele der Indikatorenvorschläge auf UN-Ebene bzw. sind diese für Österreich nicht relevant.

Um den Fortschritt des Unterziels „Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern" zu ermessen, liegt der neue *WgÖ?*-Schlüsselindikator zur Tötungsrate „Todesfälle durch Mord/tätlicher Angriff per 100.000 Einwohner" vor. Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der „Mordrate" (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass dieses Risiko seit 1995 in Österreich kontinuierlich gesunken ist. In den letzten drei Jahren macht sich jedoch keine nennenswerte Veränderung bemerkbar, seit 2015 liegt die altersstandardisierte Rate auf demselben Niveau wie 2010, die kurzfristige Bewertung fällt damit neutral aus.

Daneben ist ein weiterer *WgÖ?*-Schlüsselindikator zu diesem Unterziel als Alternativindikator verfügbar, welcher über Verbrechen, Gewalt oder Vandalismus in der Gegend Aufschluss gibt. Darüber hinaus findet der *WgÖ?*-Schlüsselindikator zum Vertrauen ins politische System Eingang ins nationale SDG-Set. Auf einer Skala von 0-10 liegt der Mittelwert für die Österreichische Bevölkerung für das Jahr 2013 bei 4,4. Die Daten für diesen Indikator stammen aus dem EU-SILC Sondermodul 2013 (siehe auch Kapitel 3.6), weitere Jahreswerte sind nicht verfügbar.

Ziel 16
Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Target	STAT-Indikator	Einheit	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Datenquelle	Code
16.1 Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringerns	Todesfälle durch Mord/tätlicher Angriff per 100.000 Einwohner	Altersstandardisierte Rate	0,6	0,6	0,4	0,4	0,4	0,6	0,5	STAT	a
	Verbrechen, Gewalt oder Vandalismus in der Gegend	%	13,4	12,1	11,7	11,3	13,4	12,9	12,4	STAT	b
16.6 Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen	Vertrauen ins politische System	Skala 0-10 (Mittelwert)	.	.	.	4,4	.	.	.	STAT	a

Ziele der Agenda 2030 ohne Zuordnung von Schlüsselindikatoren aus *WgÖ?*

Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

A.4
Exkurs – Neue Schlüsselvariablen der Lebensqualität im Fokus[7]

Im Prozess der Überarbeitung des Indikatorensets von *„WgÖ?“* wurden zwei neue Schlüsselvariablen aufgenommen, die sich auch im Set der SDGs finden: “Frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Krankheiten“ und „Sehr schlechter Wohnstandard". Zu diesen Variablen werden jeweils vertiefende Analysen dargestellt.

Frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Krankheiten (30-69-Jährige)

Die frühzeitige Sterblichkeit aufgrund der häufigsten nicht übertragbaren Krankheiten – Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegserkrankungen und Diabetes – ist der zentrale Indikator des SDG Target 3.4 „Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern“. In Kapitel 3.3 wurde bereits gezeigt, dass die Sterblichkeit an diesen Krankheiten in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist. Doch warum sind diese vier nicht-übertragbaren Krankheiten so wichtig in Bezug auf die frühzeitige Sterblichkeit?

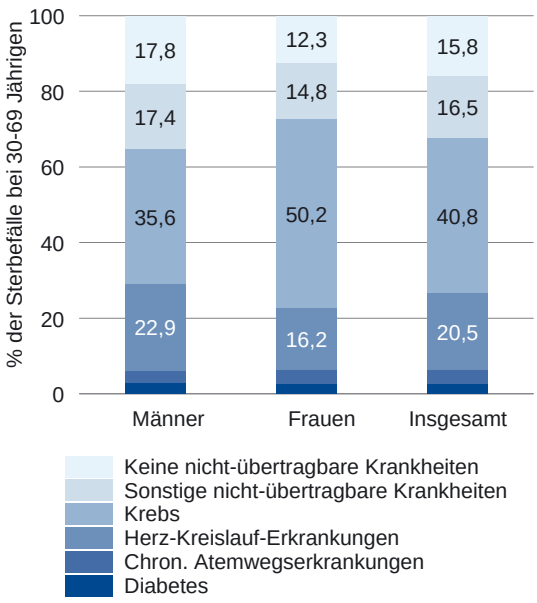
2016 verstarben insgesamt rund 17.000 Personen im Alter von 30 bis 69 Jahren. Das ist rund ein Fünftel aller Sterbefälle im Jahr 2016. Bei Männern ereigneten sich rund 29 % der Sterbefälle in diesem Alter (rund 11.000 Männer), bei Frauen 15 % (rund 6.000 Frauen). 84,2 % aller Todesfälle bei 30-69-Jährigen waren auf nicht-übertragbare Krankheiten zurückzuführen. Die häufigsten nicht übertragbaren Krankheiten – Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegserkrankungen und Diabetes – machen davon rund 80 % aus (67,7 % aller Sterbefälle der Altersgruppe, siehe Grafik A.4). Die übrigen 15,8 % in dieser Altersgruppe starben aufgrund von Verkehrsunfällen, Suizid, Krankheiten der Verdauungsorgane und anderen Krankheiten.

Auch international spielten nicht-übertragbare Krankheiten in Bezug auf die frühzeitige Sterblichkeit eine wichtige Rolle. Laut WHO (2014) gingen 2012 68 % der Todesfälle weltweit auf nicht-übertragbare Krankheiten zurück, bei den Todesfällen der unter 70-Jährigen waren es 52 %. Über drei Viertel dieser vorzeitigen Todesfälle wurden wiederum durch die genannten häufigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegserkrankungen und Diabetes) verursacht.

In Österreich waren wie genannt 67,7 % der Todesfälle in der Altersgruppe der 30-69-Jährigen auf diese vier Krankheitsgruppen zurückzuführen. Krebs war dabei für 40,8 % der Sterbefälle in dieser Altersgruppe verantwortlich, Herz-Kreislauf-Erkrankungen für 20,5 %, chronische Atemwegserkrankungen für 3,5 % und Diabetes für 2,8 % (Grafik A.4).

Bei Männern dieser Altersgruppe spielten Herz-Kreislauf-Erkrankungen und sonstige nicht-übertragbare Krankheiten (wie z. B. Verkehrsunfälle und Suizide) als Todesursa-

Grafik A.4
Sterbefälle aufgrund der wichtigsten Krankheitsgruppen bei 30-69-Jährigen im Jahr 2016 (in %)



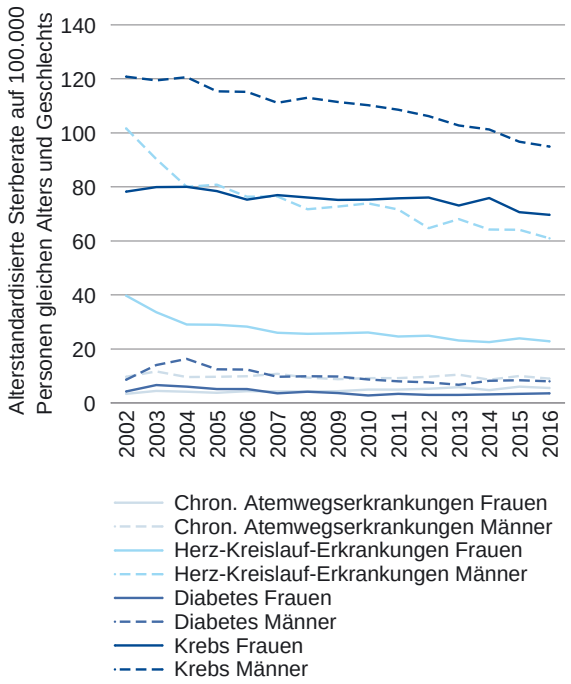
Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

[7] Die Autorinnen danken Thomas Glaser für wertvolle Ideen und Anmerkungen zu diesem Kapitel.

che eine größere Rolle als bei Frauen. Dementsprechend war der Anteil der Krebssterbefälle mit 35,6 % deutlich geringer als bei den Frauen mit 50,2 %. Chronische Atemwegserkrankungen und Diabetes traten bei 30-69-jährigen Männern wie Frauen zu etwa gleichen Anteilen auf.

Für eine Darstellung der Entwicklung der frühzeitigen Sterblichkeit über mehrere Jahre muss der unterschiedliche Altersaufbau in den einzelnen Jahren mitberücksichtigt werden. Dafür wird die altersstandardisierte Sterberate herangezogen (siehe dazu Kapitel 3.3). Betrachtet man diese frühzeitige Sterblichkeit im Zeitverlauf, so sieht man, dass in beinahe allen Todesursachengruppen ein Rückgang zu verzeichnen war (Grafik A.5). Männer hatten bei allen Todesursachengruppen eine höhere Sterblichkeit. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen sank die frühzeitige Herz-Kreislauf-Sterblichkeit um mehr als 40 %. Die frühzeitige Krebssterblichkeit nahm bei Männern in den letzten 15 Jahren um ein Sechstel ab, bei Frauen um 11 %. Auch die frühzeitige Sterblichkeit aufgrund von Diabetes konnte im gleichen Zeitraum für Frauen um 16 % und für Männer um 7 % verringert werden. Bei Männern sank auch die frühzeitige Sterblichkeit aufgrund von chronischen Atemwegserkrankungen um 7 %. Frauen bildeten in dieser Krankheitsgruppe die Ausnahme: Bei ihnen stieg die frühzeitige Sterblichkeit aufgrund von chronischen Atemwegserkrankungen um mehr als 60 %.

Grafik A.5
Frühzeitige Sterblichkeit aufgrund der häufigsten nicht- übertragbaren Todesursachengruppen seit 2002 nach Geschlecht



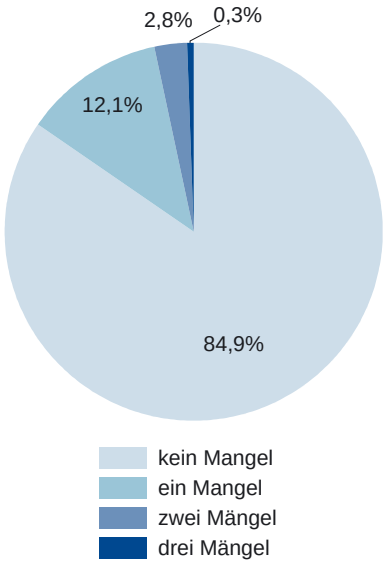
Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Sehr schlechter Wohnstandard

Von sehr schlechtem Wohnstandard spricht man dann, wenn mindestens zwei der folgenden vier Wohnmängel zutreffen: weder Dusche noch Bad, kein WC, dunkle Räume oder Feuchtigkeit (zum Beispiel durch undichtes Dach, schimmelige Räume etc.). Wie in Kapitel 3.7 gezeigt, ist das bei 3 % der Personen in Österreich gegeben. Doch bereits das Vorliegen eines dieser Merkmale kann die Wohnqualität deutlich schmälern. Im Folgenden soll also nicht nur ein Blick auf sehr schlechten Wohnstandard, sondern auf Wohnmängel ganz generell geworfen werden, es soll untersucht werden, wer davon vor allem betroffen ist und wie sich Wohnmängel auf die Wohnzufriedenheit und die generelle Lebenszufriedenheit auswirken.

Doch zunächst einmal zu den vier Wohnmängeln, die für den sehr schlechten Wohnstandard herangezogen werden. Grafik A.6 zeigt, dass 2016 12,1 % der Bevölkerung von einem dieser Wohnmängel betroffen waren, 2,8 % Person von zweien und weitere 0,3 % von mindestens dreien.

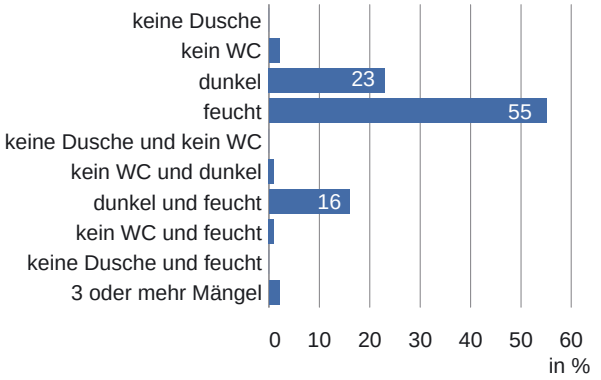
Grafik A.6
Häufigkeiten einer bestimmten Anzahl von Wohnmängel



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

In Grafik A.7 werden nur jene Fälle betrachtet, in denen Wohnmängel gegeben sind. Unter den Personen, die mindestens einen Wohnmangel aufzuweisen haben (rund 15 % der Gesamtbevölkerung), haben über die Hälfte Probleme mit Feuchtigkeit, weitere 23 % haben dunklen Räume und 16 % haben sowohl dunkle Räume als auch Feuchtigkeit. Diese Gruppe macht gleichzeitig den Großteil der Personen mit mindestens zwei Wohnmängeln – also mit sehr schlechtem Wohnstandard – aus. Deutlich macht diese Grafik auch, dass die typischen „Substandardmerkmale" kein Bad in der Wohnung, keine Dusche in der

Grafik A.7
Häufigkeiten spezifischer Wohnmängel (an der insgesamt von Wohnmängeln betroffenen Bevölkerung)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

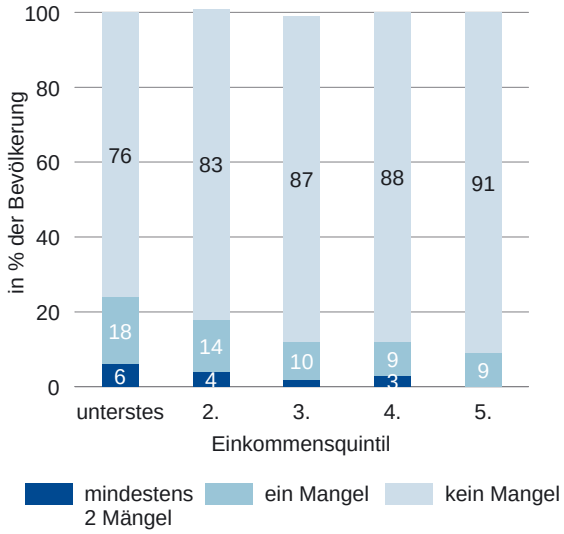
Wohnung oder keine Toilette in der Wohnung, in Österreich nur noch eine sehr geringe Rolle spielen.

Risikogruppen

Welche Personengruppen sind nun besonders von Wohnmängeln betroffen? In der Statistik Austria Publikation Wohnen 2016 (Zucha et al., 2017) wird für verschiedene Bevölkerungsgruppen die Betroffenheit von prekären Wohnqualität dargestellt. Hierbei handelt es sich um einen ganz ähnlichen Indikator wie der sehr schlechte Wohnstandard, nur dass Bad und WC zu einer Kategorie zusammengefasst sind und zusätzlich das Vorhandensein einer Waschmaschine berücksichtigt wird. Hierbei zeigt sich, dass prekäre Wohnqualität besonders häufig in Wien (und etwas abgeschwächt auch in anderen größeren Städten) vorkommt und dass vor allem Menschen in Mietwohnungen davon betroffen sind. Weiters sind Personen in Häusern mit mehreren und vor allem mit mehr als zehn Wohneinheiten häufiger betroffen als beispielsweise Personen in Einfamilienhäusern.

Besonders intensiv beleuchtet werden in der Wohnpublikation die materiellen Lebensbedingungen. Dabei zeigt sich, dass prekäre Wohnqualität und auch verschiedene einzelne Wohnmängel bei Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen deutlich häufiger vorkommen. Im Folgenden soll untersucht werden, inwiefern das auch für den sehr schlechten Wohnstandard gilt und wie sich Stadt und Land diesbezüglich unterscheiden.[8]

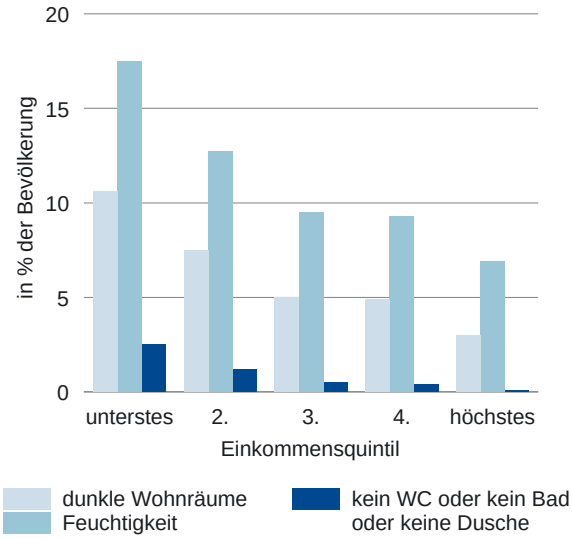
Grafik A.8
Anzahl der Wohnmängel nach Einkommensquintilen (äquivalisiertes Haushaltseinkommen)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Zunächst zur Risikogruppe Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen: Grafik A.8 zeigt, dass der Anteil der Personen in Wohnungen ohne Wohnmangel mit steigendem Einkommen zunimmt. Sowohl der Anteil der Perso-

Grafik A.9
Spezifische Wohnmängel nach Einkommensquintilen (äquivalisiertes Haushaltseinkommen)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

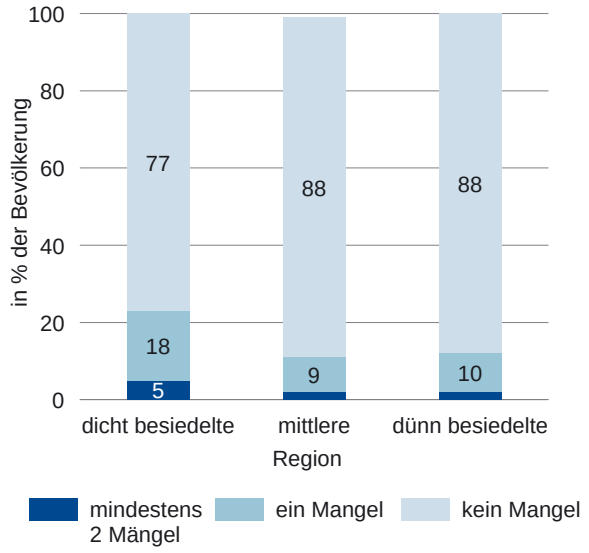
[8] Die folgenden Auswertungen beziehen sich aufgrund der teilweise sehr starken Untergliederungen auf relativ kleine Fallzahlen, die in Standardtabellen aus EU-SILC so teilweise nur noch geklammert oder gar nicht mehr ausgewiesen würden. Aufgrund der explorativen Natur des Sonderkapitels wird auf solche Einschränkungen verzichtet. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die gezeigten Ergebnisse von beschränkt allgemeingültiger Natur sein dürften und für andere Jahre abweichende Werte zu erwarten sind, selbst wenn sich an der Verteilung in der Grundgesamtheit nichts ändert.

nen mit einem Wohnmangel als auch der Anteil der Personen mit mindestens zwei Wohnmängeln (sehr schlechter Wohnstandard) nimmt mit steigendem Einkommen ab[9].

Grafik A.9 zeigt, dass diese Abnahme nach steigendem Einkommensquintil für alle Arten von Wohnmängeln zu beobachten ist. Sowohl feuchte Räume, als auch dunkle Räume, als auch Wohnungen mit weder Badzimmer noch Dusche oder ohne WC (Variable aufgrund der geringen Fallzahlen zusammengefasst) kommen also bei Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen deutlich häufiger vor.

Bezüglich des Urbanisierungsgrades lässt sich feststellen, dass Personen in dicht besiedelten Gegenden, also im städtischen Raum, eher mit Wohnmängeln konfrontiert sind, als Personen in mittel oder niedrig besiedelten Gegenden. Sie sind nicht nur häufiger von sehr schlechtem Wohnstandard (mindestens zwei Wohnmängel) betroffen, sondern auch häufiger von einzelnen Wohnmängeln (siehe Grafik A.10).

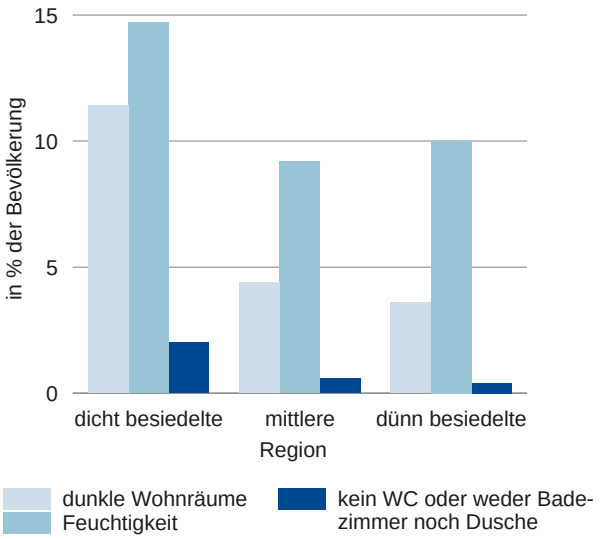
Grafik A.10
Anzahl der Wohnmängel nach dem Urbanisierungsgrad



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Wie aufgrund der dichten Besiedlung und der damit verbunden engen und hohen Bauweise zu vermuten, sind Personen in den Städten häufiger mit dunklen Räumen konfrontiert als Personen, die im mittel und dünn besiedelten Gebiet leben. Sie wohnen aber auch häufiger in Wohnungen mit feuchten Räumen oder in Wohnungen ohne WC oder ohne Badezimmer bzw. Dusche in der Wohnung (siehe Grafik A.11).

Grafik A.11
Spezifische Wohnmängel nach dem Urbanisierungsgrad

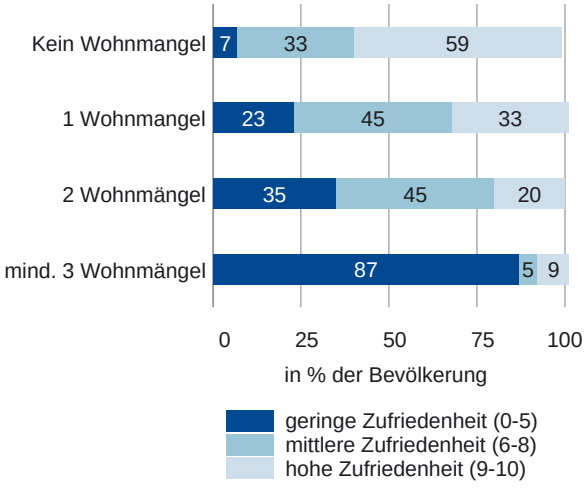


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

Bedeutsamkeit von Wohnmängeln

Doch inwiefern stellen diese und andere Wohnmängel überhaupt eine reale Belastung dar? Zunächst einmal kann man davon ausgehen, dass Personen, die es sich leisten können, eher in Wohnungen leben, die sie nicht als mangelbehaftet erleben. Das gehäufte Auftreten von Wohnmängeln in den unteren Einkommensgruppen, wie in Grafik A.8 und Grafik A.9 zu sehen, deutet darauf hin,

Grafik A.12
Wohnzufriedenheit nach Anzahl der Wohnmängel



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2016.

[9] Ein Chi-Quadrat ist signifikant (p<.001).

dass es sich hierbei tatsächlich um relevante Wohnmängel handelt. EU-SILC erlaubt es aber auch, auf direkterem Weg festzustellen, inwiefern bestimmte Wohnmängel tatsächlich als Belastung wahrgenommen werden. Grafik A.12 zeigt, dass mit zunehmender Zahl der Wohnmängel die Wohnzufriedenheit deutlich sinkt. Die Mittelwertunterschiede sind signifikant (ANOVA; p<.001)[10]. Es scheint sich bei den verwendeten Variablen also durchaus um relevante Maßzahlen für die Wohnqualität zu handeln.

Doch welche Wohnmerkmale sind es, die zu einer niedrigen Wohnzufriedenheit führen? Übersicht A.2 zeigt die Ergebnisse einer Regression von verschiedenen Wohnbedingungen auf die Wohnzufriedenheit. Dabei wird, wie in der Wellbeing- Forschung weitgehend üblich (aber nicht unumstritten), die Zufriedenheit wie eine metrische Variable behandelt. Eingeflossen sind in das Modell neben den oben behandelten Variablen, die Wohnkostenüberbelastung, wie sie im Kapitel zu Lebensqualität bereits beschrieben wurde und Überbelag. Überbelag ist dann gegeben, wenn eine Wohnung in Relation zur Anzahl der Personen im Haushalt besonders klein ist. In EU-SILC wird hierbei die Definition von Wiener Wohnen herangezogen. Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16 m² beträgt, im Mittel weniger als 8 m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist: ein Raum für zwei Personen, weniger als drei Räume für drei oder vier Personen, weniger als vier Räume für fünf oder sechs Personen, weniger als fünf Räume für sieben oder acht Personen und weniger als sechs Räume für mehr als acht Personen. Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt (unabhängig von deren Größe).

Die Regression zeigt nun, dass alle Variablen im Modell, mit Ausnahme des Fehlens von Dusche und Bad, auch bei Konstanthaltung der anderen Variablen einen signifikanten Zusammenhang mit der Wohnzufriedenheit aufweisen. Den größten Effekt hat der Faktor Überbelag, gefolgt vom Fehlen einer Toilette und dunklen Räumen. Die Wohnkostenüberbelastung hat einen vergleichsweise geringen Effekt in Bezug auf die Wohnzufriedenheit. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Wohnkosten nicht allen Personen sofort einfallen, wenn sie über ihre Wohnbedingungen und ihre Zufriedenheit damit nachdenken.

Generell muss bei Analysen wie dieser berücksichtig werden, dass die Respondentinnen und Respondenten in EU-SILC zunächst ausführlich zu ihren Wohn- und Lebensbedingungen befragt werden und dann nach ihrer Zufriedenheit mit denselben. Dass die Antworten auf die Zufriedenheitsfragen durch die vorher angesprochenen

Übersicht A.2
Regression verschiedener Wohnmerkmale auf die Wohnzufriedenheit

	Unstandardisieter β-Koeffizient	Standardisierter β- Koeffizient	Signifikanz
Konstante	8,681		0,000
Wohnkostenüberbelastung	-,541	-,073	,000
dunkle Räume	-1,146	-,144	,000
Feuchtigkeit	-1,089	-,179	,000
kein WC	-1,383	-,060	,000
weder Badzimmer noch Dusche	-,727	-,020	,057
Überbelag der Wohnung	-1,557	-,153	,000

Q: STATISTIK AUSTRIA.

Lebensbereiche besonders beeinflusst sind, ist daher nicht auszuschließen.

Wohnzufriedenheit und Lebenszufriedenheit

Im letzten Abschnitt konnte gezeigt werden, dass das Vorhandensein von Wohnmängeln mit einer niedrigeren Wohnzufriedenheit einhergeht. Doch wie relevant ist die Wohnzufriedenheit für die generelle Lebenszufriedenheit? Die Korrelation zwischen der Wohnzufriedenheit und der Lebenszufriedenheit liegt mit einem r von .437 auf einem mittleren Niveau und ist statistisch signifikant (p<0.01). Allerdings kann dieser recht starke Zusammenhang auch darin begründet liegen, dass beide Variablen mit derselben Drittvariablen hoch korrelieren. So ist beispielsweis davon auszugehen, dass ein hohes Einkommen sowohl die Wohnsituation als auch die Lebenszufriedenheit positiv beeinflusst. Ein Vergleich zweier Regressionsmodelle, eines nur mit dem äquivalisierten Haushaltseinkommen und eines zusätzlich mit der Wohnzufriedenheit, zeigt jedoch, dass die Wohnzufriedenheit auch über das äquivalisierte Einkommen hinaus noch einen deutlichen Effekt auf die Lebenszufriedenheit hat. Das R-Quadrat (ein Maß für den erklärten Anteil der Varianz) erhöht sich durch Hinzunahme der Wohnzufriedenheit von 0.031 auf 0.204. Natürlich können hier noch weitere erklärende Variablen eine Rolle spielen, was durch weiterführende Analysen, die den Rahmen dieses Kapitels sprengen würden, konkreter untersucht werden sollte.

[10] Bei EU-SILC handelt es sich um keine (reine) Zufallsstichprobe sondern um eine geschichtete Stichprobe. Genau genommen ist hier die Verwendung einfacher Signifikanztests (die Stichprobengewichte bzw. Kalibrierungsgewichte nicht berücksichtigen) nicht ganz korrekt. Aufgrund der Stärke der beobachteten Effekte und der explorativen Natur dieses Sonderkapitels erscheinen sie hier jedoch trotzdem gerechtfertigt (das gilt auch für das Regressionsmodell).

A.5
Literatur und Links

Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014, mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz, das Bundesgesetz, mit dem der Betrieb von bestehenden hocheffizienten KWK-Anlagen über KWK-Punkte gesichert wird, und das Bundesgesetz, mit dem zusätzliche Mittel für Energieeffizienz bereitgestellt werden, erlassen sowie das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz und das KWK-Gesetz geändert werden (Energieeffizienzpaket des Bundes).

Bundeskanzleramt Österreich (2017). Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich, Darstellung 2016, Wien: bka http://archiv.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=65724

Eurostat, Indikatoren für nachhaltige Entwicklung, Übersicht (SDG), http://ec.europa.eu/eurostat/web/sdi

Eurostat (2016a). Data Gaps at EU Level, Eurostat's current actual and potential coverage of SDG global indicators, Sustainable Development and Europe 2020 Indicators Working Group.

Eurostat (2016b). Sustainable development in the European Union, a statistical glance from the viewpoint of the sustainable development goals, http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/7745644/KS-02-16-996-EN-N.pdf/eae6b7f9-d06c-4c83-b16f-c72b0779ad03

Eurostat (2017), EU SDG Indicator Set, Final version of 28 April 2017 as agreed with Commission Services, which received a favourable opinion by the European Statistical System Committee at its meeting of 17-18 May 2017, Indicators for monitoring the sustainable development goals (SDGs) in an EU context, http://ec.europa.eu/eurostat/documents/276524/7736915/EU-SDG-indicator-set-with-cover-note-170531.pdf

High-level Group for Partnership, Coordination and Capacity-Building for statistics for the 2030 Agenda for Sustainable Development (HLG), https://unstats.un.org/sdgs/hlg/

IAEG-SDGs Inter-agency Expert Group on SDG Indicators, https://unstats.un.org/sdgs/iaeg-sdgs/

IAEG-SDGs, Tier Classification for Global SDG Indicators, https://unstats.un.org/sdgs/iaeg-sdgs/tier-classification/

OECD (2017). Measuring Distance to the SDG Targets: an assessment of where OECD countries stand, http://www.oecd.org/std/measuring-distance-to-the-sdgs-targets.htm

OWG Open Working Group on Sustainable Development Goals OWG, https://sustainabledevelopment.un.org/owg.html

Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren-Richtlinie).

Sachs, J., Schmidt-Traub, G., Kroll, C., Durand-Delacre, D. and Teksoz, K. (2017). SDG Index and Dashboards Report 2017, Global Responsibilities, International spillovers in achieving the goals. New York: Bertelsmann Stiftung and Sustainable Development Solutions Network (SDSN).

UN Sustainable Development Knowledge Platform, https://sustainabledevelopment.un.org/

UNECE (2017). Economic and Social Council, Conference of European Statisticians' Road Map on Statistics for Sustainable Development Goals, First Edition, Prepared by the Steering Group on Statistics for SDGs, https://www.unece.org/fileadmin/DAM/stats/documents/ece/ces/2017/CES_Road_Map_for_SDGs_First_Edition_final.pdf

United Nations (2017): General Assembly, Resolution adopted by the General Assembly on 6 July 2017, Work of the Statistical Commission pertaining to the 2030 Agenda for Sustainable Development, http://ggim.un.org/meetings/2017-4th_Mtg_IAEG-SDG-NY/documents/A_RES_71_313.pdf

UNSC United Nations Statistical Commission (2017). Cape Town Global Action Plan for Sustainable Development Data, https://unstats.un.org/sdgs/hlg/Cape-Town-Global-Action-Plan/

Vereinte Nationen UN (2015). Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015, Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, http://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf

World Health Organization (2016). World Health Statistics 2016. Monitoring health for the SDGs. http://www.who.int/gho/publications/world_health_statistics/2016/en/

Zucha, V., Heuberger, R., Leitner, B., Ghassemi-Bönisch, S., Vollman, K. (2017). Wohnen - Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik, Wien: Statistik Austria.